November '97
kostet 2.50

Klarofix

Kommunikationsmittel für Leipziger Raffen, Zecken und anderes Ungeziefer

Das Schiff zum Sinken bringen!

- Innenstadt und Sicherheit
- Saalfeld und drumrum
- Film: Der ewige Jude
- Interview: kgb
- die PDS in der Abschiebemaschinerie
- VS-Anwerbeversuch
- Morde aus dem Alltag

Editorial

Immer wenn jemand sagt, ich will diesmal nicht soviel machen, türmt sich ein Berg Arbeit auf. Nicht nur vor den anderen, nein in der regel auch vor demoder derjenigen selbst. Das ist nur eine von den mannigfaltigen Formen, in denen uns Murphys Gesetz entgegentritt. Daß ich nun also wieder das Editorial schreibe, ohne daß vorher darübergeredet worden wäre, ist also einem Naturgesetz geschuldet und nicht meinem Betsreben, mich in den Vordergrund zu drängen. Klar? Und daß das Heft 84 Seiten hat, ist auch nicht meine Schuld. Jetzt, wo die Redaktion geschrumpft ist, scheinen die verbleibenen Unverbesserlichen ein paar Kohlen aufzulegen. Unter dem entstehenden Druck ist die Kampagne „Kein Mensch ist illegal", die bundesweit von autonomen, kirchlichen und gewerkschaftlichen antirassistischen Gruppen gefahren wird, hinten runter gefallen. Ebenso die Fahrpläne für den Regionalverkehr von Markleeberg über Connewitz ins Stadtzentrum. Sorry, aber wir versuchens beim näxten Mal.

Was jedesmal hintenrunter fällt, sind die Diskussionen ums Titelbild, und zwar in dem Sinne, daß für Nichtteilnehmer/innen oft nicht nachvollziehbar, was an Gedanken dahinter steckt. Wer hätte denn den letzten Titel mit dem CDU-Parteitag in Verbindung gebracht? Und daß der Ausgangspunkt für diesen Titel der 9. November, die Reichspogromnacht, war und sich die Diskussion um „Wo Dreck ist sind Ratten" (Berliner CDU-Freak Landowski), Punkrock und die eigene Besetzung von ursprünglich als Schimpfwort gemeinten Bezeichnungen (etwa Ratten, Zecken [never die!] aber auch Nigga) drehte, ist dem Titel selbst nicht mehr anzusehen. So ist das, wenn man nicht in Kunst-und-Kampf-Manier simple Plakate macht. Niemand versteht eine/n.

Vielleicht wird das ja noch.

Bis dahin
Ciao

Euer Foxi

Inhalt

4 Innenstadt, Sicherheit und zerbrochne Fenster
11 Saalfeld - Fakten, Fakten, Fakten
18 Die ewigen Bilder - zum Film „Der ewige Jude"
22 kgb - das ultimative Interview
30 Rechtshilfeinfos - aktuell und preiswert
38 Ein neues Täterprofil: Die PDS in der Abschiebemaschinerie
46 Morde und Prozesse - zu den Prozessen gegen die Mörder von Achmed Bahir und Bernd Grigol
50 Der rechte Rückspiegel
51 Faschisten am Werk? - Brandstiftung im Werk II
52 Nochmal zum encuentro im Sommer in Spanien - weltweit gegen den Neoliberalismus
56 Wenn der Verfassungsschutz wieder klingelt - ein Erfahrungsbericht
58 Früher Konsens - Replay in Sachen Denunziation
59 Chronik deutscher Ausländer/innen/politik
66 Globalisierung - der letzte Schrei: Veranstaltung der Zeitschrift Gegenstandpunkt
68 ZORO-Festival - Bist du wieder fit?
70 Zur Situation des ZORO
71 Animal Man: Er rettet Tiere aus Fun!
72 Der Ball ist rund! So ist er!
74 umrundschlag - rundumschlag - andere Mags eben
76 Buchbesprechung: Flammen im Schnee
77 Glücksrätsli mit extra Gewinnchance!
78 this is not fiesta! Kalender fürn November

Herausgeberin:
DRUCK c/o Infobüro,
Peterssteinweg 13,
Leipzig 04107

keine Anzeige

SIEMENS

Eigentlich machen wir seit 150 Jahren immer nur das Gleiche:

Innovationen

Siemens.
Die Kraft des Neuen.

http://www.siemens.de/innovationen

Iarofix bietet Gruppen, Personen und Organisationen ein monatliches Podium, um Informationen, Standpunkte und Diskussionsbeiträge zum politischen Geschehen in Stadt und Region über Themen jenseits der "Aufbau-Ost" Jubelberichterstattung und jenseits der Kommerz- und Yuppiekultur einer breiten Öffentlichkeit anzubieten. Es öffnet sich vor allem Themen, die von anderen regionalen Medien ausgespart, verschwiegen oder verfälscht dargestellt werden, weil sie entweder nicht ins herrschende Meinungsbild passen, weil sie nicht den entsprechenden verkaufsfördernden Sensationscharakter besitzen, oder weil sie unbequeme Widersprüche und Problemfelder im gesellschaftlichen Alltag aufzeigen.

Klarofix begreift sich nicht als Zentralorgan einer konkreten politischen Gruppierung oder Organisation und wird von allen Helfer/innen und Mitarbeiter/innen unentgeltlich hergestellt. Der veranschlagte Preis stellt ausschließlich den Materialpreis zur Herstellung eines Heftes dar, alle inhaltlichen Zuarbeiten, die Herstellung, der Vertrieb, sowie die technischen Hilfsmittel werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Alle im Heft erschienen Beiträge stellen, wenn nicht anders gekennzeichnet, die Meinung des/r Autors/in/innen dar.

Wir bedanken uns bei allen Autor/innen, Helfer/innen und Freund/innen, die durch ihre Mithilfe das Erscheinen der vorliegenden Ausgabe ermöglicht haben und hoffen, daß Klarofix seinen Leser/innen Spaß macht und Ansatze aufzeigt, um die Entwicklungen, die uns wichtig sind, selbst mitzubestimmen. ***DRUCK, Leipzig***

KRIMINAL TANGO

Eine so blanke Visitenkarte wie Berlin, Frankfurt oder München hätte Hamburg auch gerne. So wird Sicherheit zum Wahlkampfthema der SPD, die damit ziemlich krachen ging. Wahrscheinlich aber nur, weil es nicht schlau ist, den Untergang einer Stadt auszurufen, die man selbst regiert. Selbstverständlich ist das hamburger Wahlergebnis kein Thema fürs KlaroFix.

Die Sozialdemokraten haben sich aber noch nie selbst was neues ausgedacht, sondern wieder dort geklaut wo sie hin wollen - an die Macht. Die Lepra wurde mit dem Ausschluß der Erkrankten bekämpft und die Pest mit Disziplinierung. Jetzt werden beide Systeme vereinigt zu Stigmatisierung, Kontrolle, Ausschluß und Abschiebung.

New York als Wahlkampfthema der deutschen Bauernfänger. Mit ihren rigiden Maßnahmen gegen von der Gesellschaft ausgegrenzten Menschen machte sich die New Yorker Polizei weltweit zum Beispiel erfolgreicher Verbrechensbekämpfung.
Dieses mit subjektiver Statistikinterpretation unter Ausblendung von Folgeerscheinungen geschaffene Image soll nun zur Legitimation der Maßnahmen zur Sicherung staatspolitischer und wirtschaftlicher Interessen dienen.

Bundesinnenminister Kanther droht in der FR vom 15.10.97 mit der Kriminalitätsuhr:
„... jede Sekunde werden zwei Straftaten angezeigt." Er fährt dann fort: „...Von vielen Menschen wird Kriminalität, auch wenn sie nicht selbst Opfer einer Straftat werden, zunehmend als existentielle Bedrohung in ihrem persönlichen Lebensumfeld empfunden. Es wäre falsch, diese subjektive Wahrnehmung vieler Bürger leichthin abzutun...".
Das Ergebnis der eigenen Bedrohungsszenarien zwingt zum handeln.

Die Ansätze der Kriminalpolitik des New Yorker Bürgermeister Giuliani und sein Polizeichef Bratton (entlassen) beruhen auf Theorien der Bell curve. Die Bell Curve ist eine rassistische Untersuchung, die den IQ und die Verhaltensweisen des weißen Mittelklassebürgers als Maßstab für Zivilität setzt. Sie richtet sich gegen die Sozialgesetze, die es Schwarzen ermöglichen sollten die Ghettos zu verlassen. Nach der Bell Curve - Studie seien farbige an Universitäten sogar gefährlich, weil sie so den Leistungsdurchschnitt der amerikanischen Gesellschaft senken würden und sinnlos, weil sie genetisch bedingt sowieso wieder im Ghetto landen würden.

Die Broken Window - Theorie baut darauf auf. Mit ihr wird unterstellt, daß durch geringste Abweichungen von der Norm der Kriminalität Tür und Tor geöffnet sind. In einem Aufsatz beschreiben Kelling und Wilson folgendes Schreckensszenario:
„ Ein Grundstück ist verlassen, das Unkraut wächst, und eine Scheibe wird eingeschlagen. Erwachsene schelten lärmende Kinder nicht mehr, die Kinder, dadurch ermutigt, werden rebellischer. Familien ziehen aus, Bindungslose ziehen

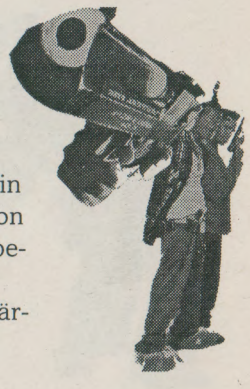
ein... Abfall häuft sich. Die Leute beginnen vor dem Laden zu trinken: Und dann stürzt ein Betrunkener auf dem Bürgersteig, darf liegenbleiben und seinen Rausch ausschlafen. Fußgänger werden von Bettlern angesprochen." Leicht kann man sich vorstellen, wie diese Argumentation bis zur Alltäglichkeit von Mord und Totschlag fortgeführt wird. Die Konsequenz davon Zero Tolerance.

Beides vereint in Kanthers „Kriminalität und Justiz" - Philosophie:
„...der Rechtsstaat muß deutliche Grenzen ziehen, um das Rechtsbewußtsein zu schärfen. Deshalb darf er auch kleinere Vergehen nicht einfach durchgehen lassen. sonst verschwimmen die Grenzen von Recht und Unrecht mehr und mehr und lassen eine Geisteshaltung entstehen, aus der immer neue und schwerere Straftaten erwachsen. Auch die immer wieder aufkeimende Diskussion um eine Entkriminalisierung sog. Bagatelldelikte kann sich verantwortungsvolle Sicherheitspolitik nicht leisten.
Als ob Ladendiebstähle, Sachbeschädigung, Schwarzfahren..., Randale ... oder auch Schmierereien es nicht mehr Wert wären strafrechtlich geahndet zu werden! Vollständig absurd wird die Szene dann bei der Debatte um die teilweise Freigabe des Drogenerwerbs."

Das darauf basierende Handeln ist eine Abkehr von der Reaktion und dem Verfolgen des einzelnen Straftäters. Die Erfüllung des Sicherheitsbedürfnisses der privilegierten Mittelklasse erfordert das Schaffen von Sicherheitszonen durch soziale Säuberungen. Dabei baut die Polizei auf die Sicherheitspartnerschaft mit dem wachsamen Bürger, um die in den Metropolen abhanden gekommene Kontrollgesellschaft wieder herzustellen. Der „Volkskörper" kann sich nur so gesund halten. Die Täter werden nicht mehr als Ergebnis ihrer Sozialisation gesehen, sondern nach dem Rational Choice - Handlungsmodell als Vorteil- und Risikoabwägende, die mit Polizeipräsenz und- repression kontrollierbar sind.

Soziale Abweichungen vom Typus Normalbürger werden deshalb kriminalisiert, um sie mit den dafür vorgesehenen polizeilichen Repressionsmaßnahmen legitim bekämpfen zu können. CDU-Landowsky brachte es mit seinem -Wo Müll ist, sind auch Ratten-Spruch in die deutsche Version.

„Die Innenstädte gehören dem Gelichter", weiß der Spiegel zu berichten.
Solche Rufe nach einem starken Mann -eine Berufung für Schönbohm (Berliner Innensenator). Das Zucht und Ordnung sein Metier sind, zeigen schon seine offenen Sympathiebekundungen, wenn es um Naziaufmärsche geht.



OBEN - VON UNTEN

(Zum 1. Mai 1997 kündigte er bereits im Vorfeld an, daß es in Berlin keine Verbote einer NPD/JN - Demo geben werde.)
Rollkommandos wünscht er sich, die gegen Dealer, Bettler und Obdachlose vorgehen.
Ein Bettelverbot soll durchgesetzt werden. Der Spiegel setzt dies in den Kontext, daß sich die Beamten auch um den täglich anfallenden Hundekot kümmern sollen. Die heile Welt des Spießers ist also durch Dreck und Müll primär und sekundär bedroht. Kein Wunder also, daß Schönbohm auf dem Weg zu einem sicheren Berlin zuerst die Sprayer platt macht. Immerhin wird Berlin von 340 000 potentiellen Kriminellen, also Kids zwischen 14 und 20, zerfressen. Havard-Pädagoge Glaser meint sinngemäß: Die Graffitimaler gehören zu einer Welt unkontrollierbarer Raubtiere. Sie sind die gleichen Leute, die rauben, vergewaltigen und Fahrgäste umbringen. Schönbohms vorgehen ist ebenso dumpf: Sprayer erwischt, zack, Rübe ab. Es hagelte Freiheitsstrafen und Unterbringungsbeschlüsse. Alles streng nach amerikanischem Vorbild.

Wo sich aber Leute wie Bratton (NYPD) ihre Vorgehensweise abgeschaut haben wird schnell klar: „In Handschellen wurden die Ertappten (Schwarzfahrer) zu Sammellagern gebracht; richtige Gefangenentransporte waren das.„ (Spiegel 28/97).

Brattons Logik leuchtet schnell ein. Jeder siebente Schwarzfahrer sei ein gesuchter Verbrecher gewesen und wer einen Überfall plane, kauft keine Fahrkarte.
Da müssen die schweren Jungs jetzt wohl tief in die Tasche greifen, wenn sie vom Bankraub unbehelligt mit der U-Bahn nach Hause wollen.

Die Medien übersetzen das, was Sicherheitsexperten und Politiker erdenken. Kriminalitäts- und Erfolgsstatistiken werden umgemünzt in Bedrohungsszenarien. Hierzu aus der Beilage zur Sitzung des Stadtrates von Nürnberg: „Ein hoher Ausländeranteil ist einerseits Ausgangspunkt zahlreicher Spannungen in einem Gebiet"..."! Als Schwellenwert wird ein 25%-iger Ausländeranteil festgesetzt."

Für Nichtexperten wird die Sicherheitsbedrohung ihres Kollektivs medial in Krankheits- oder Katastrophenmetaphern erfahrbar gemacht. Während sich „unsere Gesellschaft", „Volkskörper" usw. auf der positiv kodierten, bedrohten Seite wiederfinden soll. In der medialen Darstellung wird Kriminalität in Bereiche wie Alltags-, Massen-, Gewalt- und Drogenkriminalität eingeteilt. So wird ein diffuses Potential suggeriert, das die Bedrohung noch gefährlicher wirken läßt. Aus diesen können dann Forderungen abgeleitet werden. Das gelingt, indem Feindbilder konstruiert werden. Es wird versucht eine direkte Kausalität zwischen Migration und Kriminalitätsentwicklung herzustellen.

Kanther weiß dazu: „Organisierte Kriminalität ist internationale Kriminalität. Ausländische Täter und Tätergruppierungen spielen in Deutschland die bedeutendste Rolle...Dieses Faktum darf nicht weggeredet werden, sondern muß eindeutige ausländerrechtliche Antworten erfahren, deren einige das novellierte Ausländerrecht seit Mitte 1997 mit erleichterten Abschiebungsmöglichkeiten gibt."
So wird die Grenze deutlich zwischen dem Kollektiv deutscher Opfer und der amorphen Masse nichtdeutscher Täter gezogen.

Weite Kreise zog zumindest medial das Lasso - Fieber, oder so ähnlich. Bespickt mit Schablonendenken in die Lächerlichkeit der eigenen Konstruktion getappt. Ein abgelehnter Asylbewerber (= Illegaler) mit Kontakt zum Drogenmilieu in Frankfurt (=Großstadt) erkrankt und stirbt (=s.h. Drogenmilieu). Wir sind alle Bedroht. Eine Fahndung nach allen Personen, die Kontakt mit ihm hatten, wird ausgelöst. Das alles passiert unter medialem Getöse. Nur der Rest nicht; als die Experten feststellen: wahrscheinlich Grippe.

GULLI-PERSPEKTIVE

Diese Grenzziehung wirkt integrativ. Nur so ist ein Übergang zum Normalitätsstandard möglich. Die Beschränkungen der bürgerlichen Gleichheitsforderung wird legitimiert, indem der Zugang zu sozialen Rechten, also zu Wohlstandsressourcen, von der moralischen Bewertung der Betroffenen abhängig gemacht wird. Medial soll die Wählerschaft auf einschneidende Sicherheitsmaßnahmen vorbereitet werden.

Unterstütz durch die Propaganda über organisierte Kriminalität, Russenmafia, Rumänenbanden, die über die viel zu durchlässigen Ostgrenzen ins Reich schwappen, konnten diverse neue Gesetzte und Bestimmungen eingeführt werden. So wurde das abhören von Telefonen und Räumen, die von mutmaßlichen Tätern auch nur eventuell genutzt werden könnten, legalisiert. Was schon gängige Praxis war, ist jetzt ohne die lästige Zeitverschwendung, einen richterlichen Beschluß zu erwirken, möglich. Die Freiheit muß hier leider etwas eingeschränkt werden. Es ist aber für die Sicherheit von allen.

„Innere Sicherheit ist grundlegende Voraussetzung für ein freiheitliches und friedliches Zusammenleben. Kriminalität und Extremismus in all ihren Erscheinungsformen bedrohen dies wichtige Gut."
Man muß mit Kanther sicher nicht einer Meinung sein, aber ist er nun kriminell und/oder extremistisch?

Auch die Aufgabenbereiche und Befugnisse des BGS werden ständig erweitert. Als paramilitärische Einheit mit besonderen Aufgaben gegründet, soll der BGS zur Staatspolizei werden. Schließlich konnte kurz nach dem Krieg der „neuen demokratischen" Öffentlichkeit keine neue Staatspolizei präsentiert werden, eine geheime schon gar nicht. Deshalb wird der Aufgabenbereich des BGS etappenweise erweitert. Das, im September vorgestellte, Grenzschutzkonzept von Innenminister Kanther sieht vor, den BGS in Zukunft stärker zur Verbrechensbekämpfung im Inland einzusetzen. Damit soll der BGS zu einer schlagkräftigen Bundes(-Staats-) polizei ausgebaut werden.
So gehört z.B. die Bahnpolizei seit 1995 dazu.
Die Sicherheit der Reisenden liegt Kanther dabei besonders am Herzen. Es ist ja schon zur Alltagsgewissheit geworden, daß Bahnhöfe und Innenstädte eine besondere Anziehungskraft auf Straftaten und Ordnungswidrigkeiten ausüben. Doch die Gegenwart der BGS-Streifen soll dem Mitglied der Gemeinschaft der bedrohten Deutschen ein subjektives Sicherheitsgefühl vermitteln. Außerdem sollen weitere Teile des BGS an die Grenzen zu Polen und Tschechien verlegt werden. Mit noch größerem Personalaufwand wird es besser möglich sein die Erweiterungen der Befugnisse voll auszuschöpfen.
Die 30 km breite Sicherheitszone, in der verdachtsunabhängige Kontrollen durchgeführt werden dürfen, wurde jetzt sachsenweit auf Fernverkehrsstraßen ausgeweitet Das bedeutet natürlich nicht, daß dieses Vorgehen jetzt neu wäre. Es wurde aber die rechtliche Grundlage dafür geschaffen. Von schikanösen Repressionen Betroffene haben noch weniger die Möglichkeit sich zu wehren. Doch auch für den Fall, daß sich jemand wehren oder solidarisieren sollte, ist verschärft Vorsorge getroffen worden. Es ist möglich ein Aufenthaltsverbot gegen Personen für ganz Sachsen zu verhängen. Nur die private Wohnung ist ausgespart, das bedeutet indirekter Hausarrest. Nach der Begründung dient das Aufenthaltsverbot der Verhinderung groß angelegter gewalttätiger Veranstaltungen und zur Bekämpfung der Drogenszene. Bisher wurden Aufenthaltsverbote bis zu 5 Monaten verhängt und von Gerichten für rechtmäßig gehalten.
Also wieder die gesetzliche Legitimation der gängigen Praxis. Dazu der O-Ton, § 21 des Referentenentwurfes des sächsischen Innenministers:

„Künftig soll auch in Sachsen die Polizei einer Person den Aufenthalt in einem Gemeindegebiet oder Gebietsteil untersagen, wenn Tatsachen, die eine Annahme rechtfertigen, daß die Person dort eine Straftat begehen oder zu einer Straftat beitragen wird. Die Wohnung darf nicht betroffen sein."

Wer von der deutschen Bevölkerung nicht von selbst rassistisch motiviert aktiv wird, kann juristisch dazu gezwungen werden. Das zeigt die Verurteilung von Taxifahrern in Zittau, die Ausländer aus dieser 30-km-Zone gefahren haben. Auf den hin Verdacht, daß Ausländer in der Nähe der Grenze ohne Gepäck sich ein Taxi leisten können, illegal seien, hätten sie die Leute festhalten müssen und den BGS rufen. Das rassistische System zu unterstützen, wird juristisch verankert

Verfolgungsjagd! Hausfrau fing Ganoven

Bild

Von ANGELA WITTIG

Viele hätten einfach weggeschaut...

Doch eine **Hausfrau (30)** verfolgte **drei Baustellendiebe**, lotste gleichzeitig die Polizei auf die Fährte der Räuber. Dank ihrer **Zivilcourage** sitzen die **Männer aus Polen** jetzt in Abschiebehaft.

Gestern gab's für Silke H. zum Dank einen **Blumenstrauß** von der Leipziger Polizei.

zur Bürgerpflicht. Solche Urteile zeigen Erfolg. Von nun an werden Farbige, die in Zittau o.ä. in ein Taxi steigen zuerst zur Polizei gefahren. Das ist bestimmt für alle beteiligten ein großer Spaß. Wenn es Touristen waren, (Taz berichtete) haben sie Deutschland bestens kennengelernt und Illegale werden eben abgeschoben. Darüber kann sich dann Silke H. freuen, bestimmt noch mehr als über den Blumenstrauß der Polizei.

Die Kommunen sollen sich am Bund ein Beispiel nehmen und aufrüsten. Der Sozialschnick verschwindet. Das Geld, das damit gespart wird kann prima in die Aufwertung der Polizei zur Reglementierung der Armut eingesetzt werden.

Im aktuellen Sicherheitsdiskurs spielt die Stadt sicherheitspolitisch sowie medial eine besondere Rolle. Das Image der Region ist alles und darf durch nichts beschmutzt werden. Auch nicht durch das aufzeigen Faschistischer Strukturen. Aktuellstes Beispiel ist, daß die Saalfeld-Demo zum Teil mit Bezug auf die Demo in Wurzen und mit der damit verbundenen Imageschädigung verboten wurde.

In den lokalen Medien werden kontnuierlich selbst die kleinsten „Erfolge" der Polizei dokumentiert. Ein Besitzer von zwei Gramm Hasch wird zum -selbstverständlich ausländischen- Drogendealer hochgespielt und das Auffinden leerer Drogenverstecke ist ein gelungener Schlag gegen das organisierte Verbrechen. Für den Leser wird durch die Kontinuität und die angenommene Neutralität der journalistischen Wahrnehmung die Kriminalität in den eventuell erfahrbaren Bereich gerückt. Das individuell empfundene Bedrohungsgefühl wird verstärkt.

So berichtete die LVZ von einem Leipziger Altersheim, in dem sich der KoB-Bulle zu Fragen der Sicherheit stellte. Dort waren die älteren Damen tatsächlich empört darüber, daß sie sich heut´ zu Tage kaum noch nach 22:00 Uhr in die Innenstadt wagen.

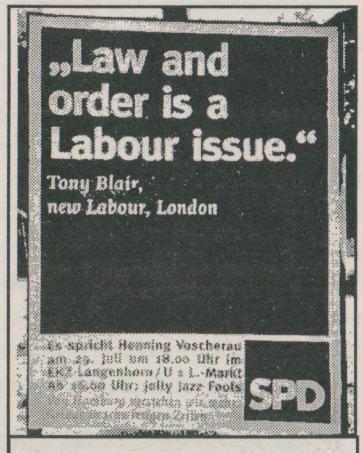
Metropolen und regionale Zusammenschlüsse (sogenannte Städtenetze) treten in einen Wettbewerb und buhlen um das immer globaler gestreute Investitionskapital der Banken, Versicherungen und Konzerne. Auch die Werbung für Regionen wird privatisiert. Über „Leipzig kommt" haben schon genug Leute ihre Witze gemacht. Dresden kontert supercool mit „Dresden - aus Tradition spitze".

Die groben Strukturierungskonzepte sehen überall gleich aus. In einem sogenannten Speckgürtel soll sich Industrie ansiedeln oder halten. Dieser muß infrastrukturell an das Zentrum angebunden sein. Deshalb auch die Forderung das S-Bahnnetz in Leipzig auszubauen. Außerdem notwendig: ein Flughafen und „Baulücken" zum Schließen. Sicherheit, „Lebensqualität" und Kalkulierbarkeit der Investition sind bei dieser Rivalität ein wichtiges Kriterium.

Die innerhalb der großen Städte immer deutlicher sichtbare und für Betroffene erfahrbare Ausgrenzung basiert zum einen auf dem erwähnten suggeriert-subjektiven „Sicherheitsbedürfnis" und zum anderen auf einer sozialräumliche Spaltung. Das Elend soll sich gefälligst eine andere Bleibe suchen. Die Innenstadt repräsentiert schließlich die Fähigkeit, Kapitalinteressen zu vertreten.

Grundstücksmärkte werden als reine Finanzanlagen genutzt. Deshalb werden immer größere Bereiche privatwirtschaftlich kontrolliert. Öffentlicher Raum wird zu teuren Caféfreisitzen. Es gibt in der Innenstadt kaum noch Sitzplätze, die frei von Konsumverpflichtung sind. Auf den Bänken an Haltestellen kannst du

zwar mal 10 Minuten auf deine Bahn warten, aber versuch mal dort zu pennen. Geschäftsinhaber und Investoren setzen mit ihren Ansprüchen die lokale Politik unter Druck und vereinigen sich in den meisten deutschen Großstädten in sogenannten City AGs. Ihr gemeinsames Interesse ist die Profitmaximierung der „Innenstädter".
Die durch privates Management organisierten Einkaufszentren und -zonen werden zunehmend Vorbild für die gesamte Entwicklung der Innenstädte. Sie entsprechen der Erwartung einer geleckten Erlebnis- und Konsumwelt der Mittelklasse.
Dazu braucht man kaufkräftiges Publikum.



SPD - rechter als die CDU erlaubt.

Als „geschäftsschädigend" gilt, wer da nicht dazugehört, denn sichtbare Armut bringt finanzielle Verluste. Mit einer solchen Argumentation gelang es der Berliner AG City, den Einsatz von täglich bis zu 100 Polizisten am Ku´damm durchzusetzen. Nach anfänglichen Konflikten klappte auch die Zusammenarbeit von Polizei und Sicherheitsdiensten aus dem „Zuhältermilieu". Die Lobby der Geschäftemacher im Senat konnte demokratische Bedenken gegen das Abputzen der Armen wegwischen. Der Einsatz privater Sicherheitsdienste ist erst durch die Privatisierung öffentlicher Straßen und Plätze möglich.

In Leipzig kommt der Hauptbahnhof als absolute Super-Mall zu City neu hinzu. Als ich das letzte mal jemanden vom Zug abholen wollte bekam für mich die Bezeichnung „größter Sackbahnhof Europas" einen völlig neuen Sinn. Ob die Spezialbeschichtung gegen Graffiti wirkungsvoll und als ausgrenzende Menschenrechtsmißachtung zu verstehen ist, darf bezweifelt werden. Aber immerhin schimmert hier der erste Ansatz zur Verwirklichung der broken windows Theorie durch, der in der Hausordnung klar weitergeführt wird. Im Bahnhofsgebäude ist es verboten zu musizieren, eigene Speisen und Getränke zu verzehren u.ä.. Daß der Bahnsteig nur mit einer gültigen Fahrkarte betreten werden darf, ist wohl schon eine Weile so. Seit 1995 hat die Deutsche Bahn AG mit ihrem „SSS-Konzept" (Service, Sicherheit, Sauberkeit) ihre eigene Security aufgebaut. Die räumt jetzt gemeinsam mit dem BGS unliebsame Personen ab. Wenn der Bahnhof fertig gebaut ist, wird man mit Sicherheit wieder die dumm-freudige Zustimmung der LeipzigerInnen in allen Zeitungen lesen. Sie stört es auch nicht, wenn ihre Essen mit den Kameras auf dem Bahnhofsplatz und dem Sachsen Platz gefilmt werden.
Der Erfolg des Konzepts der europäischen Diensleistungsmetropole basiert auf der Garantie des gesicherten Konsums. Das Konsumpotential stellen die Geschäftemacher oder ihre Angestellten, die ihre Freiheit in der Welt der Konsumzonen erleben.

Aber auch das noch vorhandene Unreine übt auf sie eine Fazination aus:
„Am ... übernahm das Freie Fach" (ein Fachbereich der Hochschule der Künste in Berlin) „die Führung einer 30köpfigen Gruppe Hamburger Touristen durch das Herz der Stadt. Durch sorgfältige Vorbereitung war es uns gelungen, sie dem Reiseführer ... abzuluchsen, ohne das einem der Teilnehmer etwas aufgefallen wäre. ... Nach einer Verkaufsveranstaltung, der Besichtigung von Mauerresten vor dem Charlottenburger Schloß und Haschen in der sozialisierten Gropiusstadt kam unsere Gruppe begeistert vom Pinkeln auf einer Junkie-Toilette zurück und forderte mehr Authentizität."
Das Freie Fach reagierte umgehend und öffnete den zuvor versperrten Zugang zu einem verfallenen Haus in der Tucholskystraße und überließ die Gruppe sodann ihrem Schicksal. In einer dpa-Meldung hieß am selben Tag ganz offiziell: „30 Personen wurden vorläufig festgenommen. Die Gruppe, die von einem Polizeisprecher als -untypisch für die autonome Szene- eingestuft wurde, machte keine Angaben zu Person und Motiv."

DRUCK

Aufruf

zum 1. Vorbereitungstreffen für eine Demo oder andere Aktionsformen zum Thema:

Innere Sicherheit

In Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten und politischer Instabilität benötigen PolitikerInnen dringend Mittel zur Beruhigung der kritischen Situation. Als besonders hilfreich haben sich durch die Jahrhunderte gezeigt:

- Krieg gegen einen äußeren Feind (erfolgreich: Bush gegen Irak, Vorbereitung der bundesdeutschen Bevölkerung durch Bundeswehreinsätze in Ex-Jugoslawien)
- Sich an Sündenböcken orientierende Verschärfung der Repression gegen „Innere Feinde", die auch alle anderen treffen soll, die sich gegen herrschende Zustände auflehnen. Die sozial und wirtschaftlich Betroffenen sollen vereinzelt, entwertet und entmachtet, aber z.B. ihre rassistischen Vorurteile sollen bestärkt werden, so daß sogar eine unzufriedene große Minderheit sich nicht in der Lage sieht, die bestehenden Verhältnisse zu verändern.

Deshalb erstaunt es nicht, daß Orientierungslosigkeit allenthalben durch markige Entschlossenheit übertüncht wird, daß der Ex-Bullenchef von New York, William Bratton als Zero-Tolerance-Papst und Verfechter der Broken-Windows-Theorie gefeiert wird, weil er mit harter Hand durchgreift, daß die SPD nach dem Law + Order Wahlkampferfolg von Tony Blairs „New Labour" mit Schröder das Ruder herumreißen und Kanter und die CDU/CSU mit rassistischer und brauner Scheiße rechts überholen will.

Warum eine Demo/Aktionsformen?

Wir als Linke haben einfach zu lange zugesehen, wie die Werte immer weiter nach rechts gerutscht sind, es konnte aufgrund der von uns so wahrgenommenen Schwäche und Ohnmacht nur noch mit durchaus guten, im Gesamtbild aber eher rückzugsartigen Aktionen reagiert werden.

Rassismus zieht sich inzwischen offen und akzeptiert durch die ganze Gesellschaft, der Große Lauschangriff wird als unbedingt notwendig erachtet, „organisierte Kriminalität" wird entgegen den Realitäten als übermächtige Bedrohung dargestellt und dient als Mittel zur Ausweitung der Polizeimacht in den präventiven Bereich, der gläserne Mensch wird angestrebt, um „uns" vor dem angeborenen Bösen zu schützen, d.h. alle „anderen" müssen sich anpassen oder aus dem normalen Leben entfernt werden. Armut wird mehr und mehr als Schicksal dargestellt, für das die Betroffenen selbst verantwortlich sind, was deren Ausgrenzung erleichtert und deren Gefühl der Ohnmacht verstärkt (z.B. Soziknete). Gleichzeitig fließen immense Gelder in private Sicherheitsdienste, welche zusammen mit der Privatisierung öffentlichen Raums dafür sorgen sollen, daß die Wohlhabenden in ihrem Leben nicht von Arbeitslosen, MigrantInnen, Armen und sonstigem Gesindel belästigt werden.

So geht es nicht weiter. Es ist Zeit für einen Aufbruch. Zeit, zu zeigen, wie wir uns eine menschliche und lebenswerte Gesellschaft vorstellen und wieder eigene Impulse zu setzen.

Warum in Sachsen/Leipzig?

Sachsen ist ein Vorreiter in Sachen Überwachung und Prävention, möglicherweise soll hier ausgetestet werden, wie weit gegangen werden kann. Wenn wir dem nichts entgegensetzen, könnte es bald überall so und übler sein.

- Wegen der „Russenmafia" und „Schlepper- und Schmugglerbanden" soll die Bundesgrenze im Land Sachsen elektronisch und videotechnisch gesichert werden
- wegen „international operierender organisierter Kriminalität" soll den Kriminellen im Land Sachsen" der Stiefel des Gesetzes ständig im Nacken" stehen (Bandmann, innenpol. Sprecher der CDU Sachsen), so sollen die BullInnen Menschen ohne Verdacht und besonderen Anlaß an den Hauptverkehrsverbindungen und in einem 30 km- Korridor entlang der Grenzen kontrollieren dürfen, was laut LVZ ca. 2/3 des Landes betreffen dürfte
- Das bundesweit erste „Versuchsprogramm" zur großangelegten Videoüberwachung in Leipzigs Innenstadt; rassistisch motivierte Videoüberwachung und Kontrolle in der Cafeteria der Uni Leipzig
- In Chemnitz prügelten Bullen 50 Punks und Andere von einem Platz in der Innenstadt, weil sich „Kaufleute gestört" fühlten
- In Saalfeld bzw. auf der Fahrt dahin konnten wir teilweise am eigenen Leib erfahren, welche Vorstellung vom starken Staat sie haben, und was andere Bevölkerungsgruppen, vor allem MigrantInnen schon seit Jahren erleben.

Das Vorbereitungstreffen soll dazu dienen, erstmal zusammenzukommen, Wege der Auseinandersetzung mit dem Thema zu erörtern und sich grobe Gedanken über Aktionsformen, Termine und weitere Organisation zu machen.

Kommt zum 1. Vorbereitungstreffen am Dienstag, den 19. November um 19.00 Uhr in der Braustraße 20.

Saalfeld 1997:
Den rechten Konsens durchbrechen
Eine Chronologie der Ereignisse am 11. Oktober 1997

Am 11.10.1997 fanden in Thüringen und Sachsen mehrere Demonstrationen und Aktionen statt, die sich gegen das Verbot der für den gleichen Tag angemeldeten antifaschistischen Demonstration in Saalfeld richteten. Insgesamt nahmen mehr als 1.500 Antifaschistinnen und Antifaschisten daran teil. Weitere 500 Menschen versuchten, an den Veranstaltungen teilzunehmen, wurden aber von der Polizei daran gehindert. Für die ursprünglich angemeldete Demonstration wurde zuletzt mit 3.500 Teilnehmenden gerechnet.

Im Anschluß an eine Autobahnblockade verhaftete die Polizei ca. 400 Menschen. An der Blockade nahmen ca. 600 Personen teil. Die Polizeiaktion war in keiner Weise gerechtfertigt, da die Demonstrierenden während der Verhandlungen mit der Polizei die Bereitschaft zum Verlassen der Autobahn deutlich machten.

In Leipzig demonstrierten 500 Menschen gegen die Verbote.

Bereits am Freitag abend wurden 17 Antifaschistinnen und Antifaschisten in Saalfeld festgenommen.

Am Morgen, des 11.10.1997 nimmt die Polizei in Heilsberg bei Rudolstadt 56 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet vorläufig fest. Beschlagnahmt wurden dabei u.a. 60 Schlagstöcke, 60 Hieb- und Stichwaffen, 300 Schuß Leuchtspurmunition, 4 Schreckschußpistolen, 6 Äxte, 10 Funkscanner und eine komplette Funkanlage.

Ebenfalls am Morgen stürmen ein Sondereinsatzkommando (SEK) und Unterstützungskommando (USK) der Polizei ein Wohnhaus, in dem die Polizei die Organisatoren der antifaschistischen Demonstration vermutete, und nimmt 14 Anwesende fest. Ein Hausdurchsuchungsbefehl wird nicht vorgewiesen. Als Grund für den Überfall, bei dem die Tür des Hauses gesprengt werden sollte, gab die Polizei vermutete Funde von Drogen und Waffen an. Außerdem vermutete die Polizei gewaltbereite Personen im Keller des Hauses. Beschlagnahmt wurden Funktelefone und ein geschnitzter Holzstock. Unter den Verhafteten befanden sich auch drei Kölner Journalisten. Anschließend befindet sich die Polizei zehn Stunden in dem weiträumig abgesperrten Privathaus. Den BewohnerInnen, denen Durchsuchungs- und Beschlagnahmeprotokolle verweigert wurden, fehlen danach mehrere hundert Mark Bargeld und eine Videokamera. Zeitgleich wird das Saalfelder Klubhaus der Jugend von der Polizei gestürmt. Bei der anschließenden Razzia finden die Beamten jedoch nichts.

Auch die Autonome Antifa (M) organisierte einen Bus für Interessierte aus Göttingen. Doch die örtliche politische Polizei wollte sich nicht lumpen lassen, indirekt faschistische Strukturen aufrechtzuerhalten. Mit der Behauptung, ein Busunternehmen würde sich strafbar machen - was juristisch eine Lüge darstellt - sabotierte sie die Göttinger antifaschistische Mobilisierung. Kurz vor der Abfahrt zur Demonstration stellte das Busunternehmen in Ermangelung juristischer Kenntnisse keinen Bus zur Verfügung. Doch damit nicht genug. Als AntifaschistInnen kurzerhand autos organisierten, um zu einer Demonstration gegen das Saalfelder Verbot nach Erfurt zu gelangen, wurden in Göttingen nach wenigen Metern die Autos kontrolliert und durchsucht. Als Begründung dafür wurde die verbotene Demonstration in Saalfeld angeführt.

Um 14.00 Uhr wurden in Saalfeld während einer Flugblattverteilung von DGB und PDS ca. 20 mit dem Zug ankommende Personen verhaftet. Sie wurden von der Polizei eingekesselt und abtransportiert. Weitere 60 Verhaftungen fanden an den Geraer Bahnhof statt. Auch in Saalfeld selbst fanden danach noch ca. 50 Verhaftungen statt.

Autobahn bei Eisenberg

Ebenfalls 14.00 Uhr demonstrieren in Jena spontan ca. 100 Menschen gegen das Verbot ohne Zwischenfälle.

Von 15.00 bis 17.00 Uhr demonstrieren 300 Menschen trotz Verbot ohne Zwischenfälle in Erfurt.

Um 15.30 Uhr blockierten ca. 600 Demonstrantinnen und Demonstranten, die nach Erfurt zu einer Spontankundgebung wollten, die

Autobahn mit Fahnen und Transparenten unmittelbar vor einer Polizeikontrolle. Gegen 16.00 Uhr treffen mehrer Polizeieinheiten ein und die Polizei beginnt, mit den Blockierenden zu verhandeln. Die Polizei bietet den Blokkierenden Demonstrationsmöglichkeiten in Leipzig und Jena an. Ca. 16.30 Uhr will die Polizei ohne erkennbaren Grund die Personalien aller Beteiligten aufnehmen und kesselt diese ein. Um 19.00 Uhr werden sie unter massivem Polizeiaufgebot in das Gefängnis von Unterwellenborn bei Saalfeld verbracht. Eine Gefangene berichtet: „Es war unglaublich. Ich hielt mich für illusionsfrei, aber meine Vorstellungen über Polizei-Willkür wurden weit übertroffen: ein völlig marodes Gebäude, baupolizeilich gesperrt, diente als sogenannte Gefangenensammelstelle. 60 Menschen 24 Stunden in einer Zelle, ungeheizt, ohne Wasser, überquellende stinkende Chemie-Toiletten auf dem Hof. der Gang dorthin wurde uns zeitweilig verweigert. Telefonieren war uns nicht erlaubt. Den ersten nahezu einzigen Schluck Tee erhielten wir nach zehn Stunden. Zu essen gab es kaum. Schlafmöglichkeiten waren äußerst rar. Die Männer verbrachten Stunden mit auf dem Rücken in Handschellen gefesselten Händen. Auch uns fesselten sie, als wir dm Haftrichter vorgeführt wurden. Wir waren alle permanenten Demütigungen ausgesetzt, verbal und nicht selten in Form von körperlicher Gewalt. Wenn die Frauen zur Toilette geführt wurden, waren Zoten an der Tagesordnung, und es wurden Ratschläge erteilt, etwa: ‚Die Häßlichen vergewaltigen.' Ein Mann, der an die Zellentür gehämmert und etwas zu essen verlangt hatte, wurde auf die Polizistentoilette gebracht, dort gegen eine Wand gehauen, in der sich ein Haken befand, und ins Gesicht geschlagen. Unter permanenter Androhung weiterer Gewalt mußte er eine Stunde bewegungslos stehen. Das sind zwei Beispiele von vielen. Der Rücktransport nach Berlin erfolgte größtenteils in Handschellen, obwohl wir eigentlich schon frei waren." Andere Gefangene wurden in Unterwellenborn mit Faschisten in eine Zelle gesperrt.

16.00 bis 19.00 Uhr demonstrieren 500 Menschen in der Leipziger Innenstadt unter dem Motto „1933 - Verbot der Gewerkschaften. 1997 - Verbot der Gewerkschaftsdemo". In Redebeiträgen wurde die fatale Bedeutung des Verbots für antifaschistische Politik hingewiesen. Weiterhin war auf Transparenten zu lesen: „Den rassistischen Normalzustand angreifen. Den Nazis den Boden entziehen." Im Anschluß an die Demonstration wurde die Kreuzung Karl-Tauchnitz-Str./Marin-Luther-Ring für eine Stunde blockiert. Die Entscheidung, in Leipzig zu demonstrieren, wurde sowohl inhaltlich als auch in der Art ihres Zustandekommens inner- und außerhalb von Leipzig kritisiert. Die Option für diese Spontandemonstration gegen das Verbot hatte sich bereits Freitag Nacht ergeben, als das endgültige Verbot der Demonstration in Saalfeld bekannt wurde. Zwar wurde nach Erfurt mobilisiert, zeitgleich in Leipzig aber Vorbereitungen für einen möglichen Ausweich getroffen. Die Information über das Verbot der Demonstration in Erfurt kam erst als der Leipziger Konvoi schon auf der Autobahn war. Durch den so entstandenen Zeitdruck, fiel die Entscheidung für Leipzig sehr schnell und undemokratisch. Allerdings hätte auch nach dem Wenden der Leipziger Busse noch Zeit zur Diskussion bestanden, besonders da es Alternativen, wie etwa Demonstrationen in anderen Städten (Bitterfeld, Wurzen usw.) oder den Versuch in Thüringen eine Demonstration durchzusetzen, gab. Die Diskussion darüber wurde allerdings weder vom relativ kleinen und kaum unterstützen Vorbereitungskreis aus Leipzig noch von den Mitfahrenden eingefordert. Dies kann die Kritik an Entscheidungsfindung und Informationsweitergabe zwar nicht entkräften, jedoch ist eine breiter Beteiligung an der Vorbereitung ähnlicher Aktionen in Zukunft unabdingbar. Inhaltlich bstätigte das Leipziger Nachbereitungstraffen die Entscheidung, in Leipzig zu demonstrieren.

Am frühen Abend demonstrieren ca. 70 AntifaschistInnen in Dessau gegen das Verbot von Saalfeld und gegen Staatsterrorismus.

Im Leipziger Stadtteil Connewitz verlor die Sparkasse in der Nacht zum Sonntag ihre Scheiben. Die nahe gelegene Kaufhalle wurde durch einen Brandanschlag so schwer beschädigt, daß sie abgerissen werden muß. Eine Barrikade wurde errichtet.

Unterdessen sollen die Jungen Nationaldemokraten ihrenn Bundeskongreß am 11.10. in der Nähe von Erfurt abgehalten haben.

Die Polizei hatte in Thüringen 7.000 Beamte aus fünf Bundesländern im Einsatz, der ersten Schätzungen zufolge rund 10 Millionen Mark gekostet haben soll.

Außer juristischen Klagen gegen das Verbot und das polizeiliche Vorgehen, halten die antifaschistischen Gruppen an einer bundesweiten Demonstration unter dem Motto, „Den rechten Konsens durchbrechen" in Saalfeld fest. In einer Initiative, die u.a. von Ulla Jelpke und Jutta Ditfurth getragen wird, fordern antifaschistische Einzelpersonen und Gruppen den Rücktritt des verantwortlichen Thüringischen Innenministers Dewes.

Quellen: Presseerklärungen des Antifaschistischen Pressebüros Leipzig, der Autonomen Antifa (M), junge Welt vom 17.10.1996, Augenzeugenberichte

Der rechte Konsens live

Wie antifaschistische Bündnis-demonstrationen verboten werden

Die Verbotsverfügung zur antifaschistischen Demonstration in Saalfeld ist ein Stück Zeitgeschichte. Erstmalig wurde in der BRD eine von einem breiten Bündnis aus Gewerkschaftsgruppen, DGB, Teilen von PDS und Bündnis 90/Grüne, Bund der Antifaschisten, autonomen Antifagruppen und Einzelpersonen getragene Antifademonstration verboten. Damit wurde nicht nur dem Anmelder, Angelo Lucifero, bedeutet, daß die Zeiten in denen kritisches Engagement von GewerkschafterInnen noch akzeptiert wurde vorbei seien, durch die Art und Weise des Verbotes wurde, bestätigt durch das Verwaltungsgericht in Gera, offiziell eine Demonstration verboten, weil sich autonome Antifagruppen an ihr beteiligten.

Autonome Antifagruppen verstehen ihre politische Praxis unter den Slogans „Antifa heißt Angriff!" oder „Schlagt die Faschisten, wenn ihr sie trefft!" nämlich als unverhohlenen Aufruf zum Mord an Faschisten. So jedenfalls die Verbotsverfügung. Dort heißt es auf Seite 13: „*Gewalt gegen Personen des rechtsextremistischen Lagers findet im autonomen Spektrum weitgehend Zustimmung. Dabei gewinnt diese Gewalt gegen Personen - im Gegensatz zur früheren Einstellung - zunehmend an Bedeutung. Dies belegen insbesondere die brutalen Angriffe Autonomer auf tatsächliche und vermeintliche Rechtsextremisten, bei denen bewußt und gezielt schwere Verletzungen oder gar die Tötung der Angegriffenen in Kauf genommen wird.*" Gestützt wird diese pauschale Charakterisierung autonomer Antifapolitik, durch ein Zitat aus einem Diskussionsbeitrag im autonomen Rhein/Main-Info Swing, aus dem Mai 1993! Dort heißt der erste Satz: „*Der Tod eines Faschisten muß nicht gezieltes Kalkül sein, dies widerspricht unserer politischen Moral.*" Wirklich perfide wird die Argumentation aber, wenn der bei einer Auseinandersetzung in Neuhaus im Mai 1995 von einem 15jährigen in Notwehr erstochene Faschist Sandro Weilkes ganz im Sinne seiner Kameraden zum Opfer autonomer Antifapolitik stilisiert wird.

Mit den Tatsachen nimmt es die Verbotsverfügung aber insgesamt nicht so genau. Um zu beweisen, daß bei der Demonstration gewalttätige Auseinandersetzungen „*mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit*" zu erwarten sind, werden die Angriffe auf einen Supermarkt in der Nacht des 3. Oktober in Berlin und gegen Faschisten in Marburg vor der Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" am 14. September herangezogen, die beide weder formal noch inhaltlich mit der geplanten Demonstration verglichen werden können.

Da hilft nur noch Hubschraubereinsatz, Hubschraubereinsatz

Aber von Vereinfachungen und unzulässigen Gleichsetzungen wimmelt die Verbotsverfügung nur so. Welchen Beleg für gestiegene Brutalität kann beispielsweise eine Plakataktion im Sommer 1996 legen, bei der dazu aufgefordert wird, Neonazis zu stoppen? Was hatten die schwarzen Blöcke der 80er, auf die sich das Verbot immer wieder bezieht, mit ihrer symbolischen Fortführung bei der Göttinger Autonomen Antifa (M) gemein? Und bedeutet das jetzt, daß auch der antifaschistische Block auf der Demonstration in Saalfeld, ein schwarzer Block gewesen wäre? Wer sich nur ein wenig mit autonomen Strukturen auskennt, weiß genau, daß ein Block auf einer Demonstration einfach ein Zusammenschluß von Menschen ist, die sich kennen bzw. gemeinsam in der Demonstration auftreten wollen. Der Weg zur Gewalttat ist da noch weit.

Völlig obskur wird das verzweifelte Gegenhalten im Landratsamt von Saalfeld-Rudolstadt, wenn es um die Vorbereitung der Demonstration geht. So führt die Verwaltung alle Bewohner eines Hauses auf, in dem eines der Vorbereitungstreffen stattfand. Dazu wird eine Liste mit angeblichen Verfahren gestellt, die den Behörden vorliegen. Nur daß diese inzwischen eingestellt sind, wurde vergessen zu erwähnen.

Das Treffen in dem Haus, welches am 11.10. auch von der Polizei gestürmt wurde, wird als „konspirativ" eingestuft, obwohl zu ihm in einem Rundbrief eingeladen wurde, den das Landratsamt, ohne in den Verteiler aufgenommen zu sein, vorliegen hat. Aber: „*Der konspirative Charakter der Demonstrationsvorbereitung wird auch dadurch nachgewiesen, daß bei einer in dieser Einladung angegebenen Telefonnummer ausdrücklich hingewiesen wird, daß dieses Telefon abgehört wird.*" (S. 9)

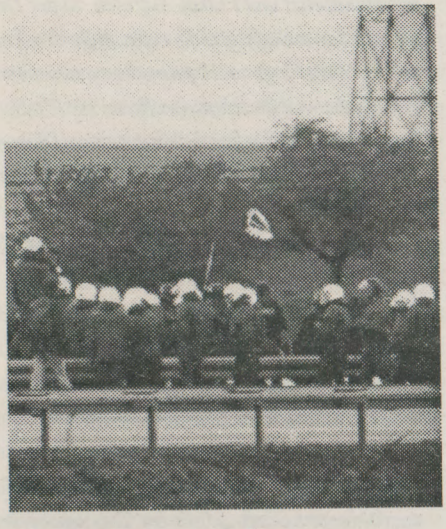
Genauso erregend findet die Lokalbehörde allerdings, daß zur Demonstration nicht allein der Anmelder mobilisierte. Selbst in Berlin waren Aufrufe aufgetaucht. Und was für welche! „*Es wurde in* [autonomen] *Szene-Schriften sowie bundesweit mittels Handzettel und Plakat-Aufrufen zu der Demonstration in Saalfeld aufgerufen. Außerdem fanden Mobilisierungs- und Informationsveranstaltungen bundesweit innerhalb der Szene statt. In Berlin wurde ein Plakat festgestellt mit einem Demonstrationsaufruf und auch mit der* [...] *Darstellung von drei mit Steinen, Schlagstöcken und Fahnen bewaffneten vermummten Personen dargestellt.*" (S. 11)

Dabei war die Demonstration ursprünglich mit einer zu erwartenden TeilnehmerInnenzahl von 300 Personen als thüringenweite Aktion angemeldet worden. Jedoch freute sich der Anmelder nicht nur über überraschend breite Unterstützung bei der Mobilisierung, sondern hat diese in wahrlich infamer Weise provoziert: „*Mit Ihrem ‚Thüringenweiten Aufruf' über Internet sind Sie als Versammlungs-*

leiter nicht mehr in der Lage, das Gesamtgeschehen zum Vorgang zu überschauen. Dies belegen Ihre Äußerungen am 29. September 1997 in einem Gespräch in Saalfeld - Gorndorf, nachdem Sie mit einem Flugblatt aus Berlin konfrontiert wurden, welches zu einer bundesweiten Demonstration gegen ein ‚Nazizentrum in Saalfeld' aufruft. Sie sagten, daß sie nur thüringenweit aufgerufen haben und das dies über Internet jedoch bundesweit bekannt wurde und dafür nichts können. Zu einem auf Thüringen beschränkten Aufruf ist das Internet - weil weltweit zugänglich - ein gänzlich ungeeignetes Medium. Hinzu kommt, daß diese Internet-Aufrufe nach wie vor aktuell sind. Dies belegt eindrucksvoll, daß Sie als Leiter der Demonstration nicht in der Lage sein werden, den Ablauf zu bestimmen und für Ordnung Sorge zu tragen". (S. 11)

Warum AnmelderInnen über alle kursierenden Aufrufe jederzeit informiert sein müssen, bleibt offen. Die Regelung, ein Anmelder müsse dafür Sorge tragen, daß ein Demonstrationsaufruf ein bestimmtes Gebiet nicht verlasse, ist absolut neu. Üblicherweise informiert die Ordnungsbehörde VeranstalterInnen, falls die in der Anmeldung angegebenen Zahlen ihrem Erkenntnisstand widersprechen, um gegebenenfalls eine Erhöhung der Zahl der OrdnerInnen zu fordern. Einmalig ist es jedoch, diese Erkenntnisse zurückzuhalten, um dann kurz vor der Demonstration ohne Rücksprache dem Anmelder zu unterstellen, er könne in so kurzer Zeit kein angemessenes Ordnungskonzept verwirklichen. Wie gesagt ohne Rückfrage, ob dieser vielleicht schon von sich aus Vorbereitungen in dieser Richtung getroffen hatte.

Überhaupt ist das zweite Standbein, neben einem Generaldemonstrationsverbot für autonome Gruppen aufgrund deren Gewaltbereitschaft, die Diskreditierung des Anmelders. „*Offensichtlich ist Ihrerseits keine tiefgründige Recherche vor der Anmeldung erfolgt bzw. es wird von Ihnen mit übertriebener Rhetorik und Falschinformationen im Vorfeld der Demonstration zur Erreichung Ihrer Ziele gearbeitet.*" Als Beweis für diese Unverschämtheit muß eine Pressemitteilung über einen faschistischen Nebelbombenanschlag auf das Saalfelder Klubhaus der Jugend herhalten. Die Nebelbombe war allerdings nicht im Klubhaus sonder unter einem davor parkenden Auto hochgegangen. Regelrecht empfindlich wird aber auf die Thematisierung der Verhandlungen der Stadtverwaltung mit den Faschisten beim „Aktionskomitee nationales Jugendhaus Saalfeld" durch den Anmelder und bei der gesamten Mobilisierung reagiert.



Die Realität, mit Fahne

Nicht mehr ganz frisch und auch nicht schön, aber für das Verwaltungsgericht in Gera ein Beweis

„*Entgegen des neutral gehaltenen Aufrufes der Initiativen aus Gewerkschaften und Parteien widerspricht der Aufruf der linksextremistischen autonomen und militanten antifaschistischen Szene der Friedlichkeitsgebot des* [Versammlungsgesetzes. ...] *Auf den Handzetteln richten sich die Unterzeichner u.a. gegen das ‚nationale Jugendzentrum', offensichtlich ist damit die Jugend- und Begegnungsstätte Gorndorf gemeint, wie folgt: ‚seit Monaten gab es zwischen örtlichen Nazi-Kadern der JN und der Stadtverwaltung Verhandlungen über die Errichtung eines selbstverwalteten Jugendzentrums. Ähnlich wie in Wurzen ist in der thüringer Kleinstadt Saalfeld die Tendenz zur Bildung einer verankerten rechten Struktur erkennbar. Saalfeld steht beispielhaft für eine neue Qualität der staatlichen Akzeptanz gegenüber dem organisierten Neofaschismus in der BRD.*" (S. 8) Am liebsten würden die Behörden das Ganze unter den Teppich kehren, aber wegen der erdrückenden Faktenlage verlegen sie sich auf eine Desinformationstaktik, indem sie das „nationale Jugendhaus" mit dem schon existierenden und von Faschisten gut besuchten Stadtteilzentrum in Gondorf gleichsetzen. Da das Zitat offensichtlich ungeeignet ist, einen Verstoß gegen das Friedlichkeitsgebot darzustellen, offenbart sich an dieser Stelle der politische Kern der Verbotsverfügung.

So verwundert es auch nicht länger, daß die Unzuverlässigkeit des Anmelders daraus konstruiert wird, daß er sich sowohl weigerte seine OrdnerInnen namentlich zu benennen, bei Vorbereitungstreffen durch Einlaßkontrollen VertreterInnen autonomer Gruppen den Zugang zu verwehren oder gar über an der Vorbereitung beteiligte Dritte den Behörden Auskünfte zu erteilen. Alles gesetzlich nicht gedeckte Forderungen der Ordnungsbehörde, deren Nichtbefolgung dann auch noch frecher Weise in die Verbotsverfügung als Begründung aufgenommen wurde.

Von polizeilichen Deeskalationskonzepten wurde in Saalfeld bis zum Kooperationsgespräch mit den Anmeldern auch noch nie etwas gehört. Deshalb sind für die Behörde und das Verwaltungsgericht in Gera die Forderungen nach dem Verzicht auf unmittelbare Polizeipräsenz und den Einsatz von Zivilbeamten Beweise für die ordnungspolitische Unzuverlässigkeit des Anmelders. Ärger ist dann nur noch, das selbiger sogar wagte anzudeuten, er würde gegen gewisse Auflagen, wie etwa ein Demonstrationsverbot für die Innenstadt, vor dem Verwaltungsgericht klagen.

Damit auch die Polizei richtig dumm dasteht, wird im letzten Teil der Begründung auf die Gefahr rechtsextremer Übergriffe hingewiesen: „*Es ist davon auszugehen, daß* [...] *die Sympathisanten des rechten Spektrums* [...] *sich massiv der Demonstration des linken Spektrums anschließen werden.* [...] *Es liegen Erkenntnisse vor, daß am 6.10.1997 4 Personen, die bekanntermaßen der rechten Szene zugerechnet werden, in einem US-Shop in Saalfeld nach der Kaufmöglichkeit von 50 Schutzhelmen mit Visir, wie sie im Bestand der Polizei sind, erkundigt haben. Im Gespräch mit dem Geschäftsführer*

brachten diese Personen zum Ausdruck, daß die am Wochenende stattgefundenen Vorkommnisse in Berlin nur eine Vorbereitung auf das kommende Wochenende in Saalfeld waren [so ist das, wenn Faschos Bürgern über „linke Gewalt" berichten - d.t.] *Sie gaben dem Geschäftsführer die Empfehlung, den Laden auszuräumen und die Rolläden herunterzulassen. Weiterhin informierten sich bereits am 30.09.1997 im gleichen Geschäft Angehörige der rechten Szene über die Erwerbsmöglichkeit von T-Shirts mit der Aufschrift ‚Polizei'. Es besteht somit die Absicht der rechten Szene, sich in uniformähnlichen polizeitypischen Bekleidungsstükken unter die Sicherheitskräfte zu mischen. Begünstigt wird dieses Vorhaben durch die große Anzahl eingesetzter Fremdkräfte.*" (S. 12)

In seiner Bestätigung des Verbotes weist das Verwaltungsgericht selbst ausdrücklich daraufhin, daß für eine Gefahrenprognose „erkennbare Umstände" notwendig sind. Also „*Tatsachen, Sachverhalte und sonstige Einzelheiten, bloßer Verdacht oder Vermutungen können nicht ausreichen.*" Diese konnte aber selbst das Gericht in seinem Eilverfahren nur zum Teil finden, wenn es in seiner Begründung schreibt: „*Ausgehend von diesen Grundsätzen muß daher im Hinblick auf die vom Antragsteller* [=Anmelder] *angezeigte Versammlung nach dem vom Antragsgegner vorgetragenen Erkenntnissen von einer unmittelbaren Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausgegangen werden. Denn die von dem Antragsgegner insoweit gestellte Wahrscheinlichkeitsprognose stützt sich auf Tatsachen und Sachverhalte und beruht auf sachlich hinreichend fundierten Annahmen.*" Zwar sollte die Prognose auf Tatsachen beruhen und nicht auf Annahmen, die auf Tatsachen beruhen, aber für solche Feinheiten hatten die Richter in gera in einem Eilverfahren sicher keine Zeit. Um so mehr Zeit wird sich jetzt das Oberverwaltungsgericht lassen, um endgültig festzustellen, ob und wie sich die staatliche Willkür mit den geschriebenen Gesetzen in Übereinstimmung bringen läßt.

Die Polizei in Saalfeld hat derweil die Faschisten nach besten Kräften unterstützt. Nicht nur daß sie ihnen zwei Überfälle abgenommen und vorerst eine bundesweite Antifademonstration erspart hat. Sie übernimmt jetzt auch deren Recherchearbeit, indem sie Flugblätter mit der Privatanschrift des Anmelders der verbotenen Demonstration verteilte. Aber so kennen wir sie ja, die Freistaaten, auch wenn dieser einen SPD-Innenminister vorweisen kann.

amo

Dokumentation I

Ungehaltene Rede des Bündnis gegen Rechts für die Demonstratiion am 11. Oktober in Saalfeld

Hallo liebe Leute!

Vorletzten Dienstag, am 30. September, beschäftigte sich das Bundeskabinett anhand des Berichtes von Innenminister Kanther mit dem Zustand der deutschen Jugend. Im Kantherschen Bericht heißt es unter anderem: Das „ausländerfeindliche und rassistische Gedankengut sei häufig die banale Aneinanderreihung von Phrasen und Vorurteilen, die auch außerhalb der (...) Szene in der Bevölkerung anzutreffen sei" (zitiert nach *Süddeutsche Zeitung* v. 2.10.97).

Nun gut, was die Bundesregierung deshalb erwähnt, um es zur Entlastung der jugendlichen deutschen Rassisten ins Feld zu führen, sollte Antifaschisten einmal mehr Anlaß sein, die Bevölkerung nicht in Schutz zu nehmen, wie es erst am Montag dieser Woche die linke Tageszeitung *junge Welt* hinsichtlich der antisemitischen Ressentiments durch die Bewohner des brandenburgischen Gollwitz ekelerregend praktizierte.

Was uns hier in Saalfeld an Antipathie und Ignoranz hinsichtlich der Inhalte dieser Demo seitens des Saalfelder Volkes entgegenschlägt, kennen wir zur Genüge aus vielen anderen deutschen Nestern und Städten. Nicht zuletzt aus dem sächsischen Wurzen, wo wir vor fast genau einem Jahr die dort stattgefundene Demo maßgeblich organisierten.

Und wieder einmal kommt es uns so vor, als wäre die deutsche Bevölkerung geklont. Fast wortgetreu finden wir hier in Saalfeld Äußerungen wieder, die wir nur allzugut kennen: „Die Gewalt gehe eigentlich von den Linken aus." „Es gebe doch gar keine Nazis in Saalfeld" Und so weiter und so fort. Deshalb auch, finden wir es sehr legitim, unter dem Slogan „Den rechten Konsens durchbrechen" hier zu demonstrieren.

Wenn wir über die „rechte" Hegemonie jugendlicher deutscher Rassisten in Saalfeld oder sonstwo sprechen, so sollten wir, angesichts der landläufigen deutschen Normalität, uns davon wegbewegen, kramphaft jegliche rassistischen Aktivitäten, Strukturen oder Denkweisen unbedingt in die Naziecke zu drängen. Denn nicht von ungefähr gelingt es Antifas seit Jahren immer schwerer, den Nachweis zu erbringen, daß die, die wir meinen, tatsächlich *die* Nazis sind, die wir in ihnen sehen wollen. Wenn sich Antifas nicht vor der zwingend notwendigen gesellschaftlichen Analyse drücken, wie es leider allzuoft der Fall ist, läßt sich nur unter Anführung von halben Wahrheiten vertuschen, wie normal das Morden und Brandschatzen als Ergebnis eines tatsächlichen rassistischen Volkskonsenses ist. Und so ist es auch hier im Vorfeld dieser Demo passiert. Nimmt der Aufruf der Saalfelder Antifa wenigstens noch mit einem Satz auf das rassistische Wohlwollen der Saalfelder „Normal-Bevölkerung" Bezug, so wird dieser Aspekt im Aufruf der *Antifaschistischen Aktion/ Bundesweite Organisation* vollends ausgespart - und daher klingt ihr Aufruf wie die Darstellung eines aufgesetzten Verschwörungszenarios von „oben", sozusagen als Futter für den möglichen Klassenkampf.

Schlimmerweise hat diese Darstellung von Zusammenhängen seit fast einem Jahrhundert System in der deutschen Linken. Weder die Toten im Landwehrkanal, die Shoa, die 68er oder 1989 konnten als Schlüsselereignisse ein Umdenken bewirken. Nahezu ungebrochen macht man einen großen Bogen um alles, was der romantischen Träumerei von einem monolithen Klassenkampf im Wege sein könnte. Dafür opfert man auch großzügig den Glauben an das zur Emanzipation fähige Individuum.
Mit Erschrecken erlebten wir dies beispielsweise auf der Demo gegen den Rudolf-Hess-Marsch am 9. August dieses Jahres in Quedlinburg. Viel scheint die Antifa (M) aus Göttingen vom selbstbestimmten Individuum nicht zu halten. Jedenfalls sprachen sie in Quedlinburg von ihm als wäre das Individuum eine salopp zu vernachlässigende Größe. Von der, ich zitiere, „offensiven Propagierung kollektiver Ideen, die im totalen Gegensatz zu Vereinzelung, Zersplitterung und Individualisierung" stehen müßten, war dort die Rede. Und weiter Antifa (M): „...die Nazis haben ja die gleichen Probleme, wie die linken Organisationen, in einer Gesellschaft der Vereinzelung, Unverbindlichkeit und Individualisieung Leute ernsthaft politisch einzubinden. Nur das gesellschaftliche Klima steht derzeit günstig auf rechtem Zeitgeist." Was der *Antifa (M)* scheinbar nicht auffallen will, und dafür werden sie uns, wenn wir dies an dieser Stelle sagen, ganz bestimmt nicht lieben, ist, daß hier eine Nähe zur faschistischen Argumentation von der Gemeinschaft hergestellt wird. Wir wollen der Antifa (M) nicht die bösesten Absichten unterstellen, eher gehen wir von politischer Unbedarftheit aus. Fakt ist aber, mit solchen Äußerungen, mit meteorologischen Beschönigungen des rassistischen Konsens in Deutschland, verabschiedet sich die „M" von ernstzunehmender Gesellschaftsanalyse.
Aus unserem Selbstverständnis, das wir darüber hinaus für eine Linke als unumgängliche Prämisse betrachten, rufen wir alle Linken dazu auf, keinen Deut von der Verantwortung und Bedeutung individueller Entscheidungen abzurücken. Erst von dieser Position aus darf über Perspektiven linker Politik überhaupt diskutiert werden, da ansonsten nach unserer Einschätzung der Rückfall in antiquierte Uniformitäten und blinde Massenanbiederungen vorprogrammiert scheint. Eine krampfhafte Suche nach dem Subjekt, welches aufgrund seiner Gruppenzugehörigkeit per se antifaschistisch ist, scheidet für uns aus. Jedoch nicht etwa, weil wir uns dem Nihilismus verpflichtet fühlen, sondern weil Antifaschismus unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Verhältnisse immer eine individuelle Entscheidung sein muß, für die einstmals die Floskel von der Politik der ersten Person gefunden wurde. Das heißt, daß wir nicht als Propheten zum Berg gehen wollen, sondern den Berg auszuhöhlen, das ist unser Ziel. Dabei ist die eigene individuelle Sozialisation, die uns zu Antifaschisten macht oder gemacht hat, Ausgangspunkt weiterer Überlegungen. Das ist die historische Wahrheit, die uns erst jüngst Daniel Jonah Goldhagen vermittelt hat und mit der sich durchaus neu über einen linken antifaschistischen Ansatz reden läßt. Er schreibt: „Die Deutschen konnten zum Massenmord nein sagen. Sie haben sich dazu entschlossen, ja zu sagen".[1]
Wenn es gelingen sollte, aus dieser historischen Feststellung eine antifaschistische Praxis abzuleiten, die sich gegen Verkürzungen auf die „Herrschenden" insofern sperrt, als dahinter die Einzelverantwortlichkeit *nicht* verschwinden kann, so ist uns um die Zukunft der Linken, ehrlich gesagt, viel weniger bange. Und das wäre doch was. Oder etwa nicht?

Leipzig, den 09. Oktober 1997

Bündnis gegen Rechts, Leipzig

[1] Daniel Jonah Goldhagen, Hitlers willige Vollstrekker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996, S. 446

Redebeitrag zur antifaschistischen Demonstration in Saalfeld am 11.10.1997.

Gehalten auf der Demonstration in Leipzig

Es folgt ein Redebeitrag über die NPD und die JN von einigen Antifas aus Leipzig. Dabei soll allerdings weniger auf deren Rolle in der Nationalsozialistischen Szene eingegangen werden, dies dürfte durch die vielen Artikel in diversen Szene-Publikationen ausreichend bekannt sein. Vielmehr wollen wir über die Rolle der NPD und JN in der Gesellschaft ein paar Worte verlieren.

1. März 1997 - 5000 alte und neue Nazis demonstrierten durch die Münchner Innenstadt gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht
1. Mai 1997 - zwischen 5000 und 10000 Neonazis wurden zur Großdemonstration des nationalen Widerstandes in Leipzig erwartet.
All dies geschah unter der Federführung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und deren Jugendorganisation, den Jungen Nationaldemokraten (JN).
Jedoch gelang es der selbsternannten Führung des nationalen Widerstandes seit München nicht mehr einen mehrmals großmäulig angekündigten noch größeren Aufmarsch durchzuführen. Und eben darin zeigte sich das bei der NPD noch vorhandene organisatorische Defizit, welches allerdings nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß sie durchaus dazu in der Lage wäre den Erfolg von München in ähnlicher Weise zu wiederholen. So z.B. am 1. Mai nächsten Jahres, wofür sie schon kurz nach dem diesjährigen Desaster einen erneuten Aufmarsch anmeldeten.
Dabei soll auch wieder die soziale Frage im Vordergrund stehen, adäquat letzten Jahres.
Nur, daß sie damit im nächsten Jahr, bedingt durch den Wahlkampf, den etablierten Parteien noch mehr das Wort reden kann. Scheinen doch die nationalchauvinistischen Losungen der NPD / JN für die meisten Menschen in diesem Land eine reelle Alternative zu sein.
Schließlich ist Arbeit knapp - und sich jeder selbst der Nächste.
Schon seit einiger Zeit widmen sich NPD und JN verschärft diesem Themengebiet, um dadurch

das politische Klima weiter nach rechts zu schieben. In der Januarausgabe der JN – nahen Zeitschrift „Einheit und Kampf" war z.B. zu lesen, daß die NPD in Abstimmung mit der JN beschlossen habe „als Partei der wirtschafts- und sozialpolitischen Erneuerung das bundesweite Deutschlandtreffen am 1. Mai dem Tag der Arbeit durchzuführen."

Im Kontext der NSDAP, die während der Weltwirtschaftskrise 1929 ebenfalls die soziale Frage als populistisches Element für sich entdeckte, nutzt die NPD heute den Sozialabbau und die im folgenden auftretenden sozialen Probleme für ihre Propaganda aus.

Beispiele dafür sind die „Rettet die D-Mark" oder die „Arbeit zuerst für Deutsche" - Kampagne. Mit eben jenen greifen sie die rassistischen und nationalchauvinistischen Ressentiments innerhalb der deutschen Bevölkerung auf und schüren Haß gegen Migrantinnen und Migranten sowie gegen ein - auf Kosten der deutschen Großmacht - vereinigtes Europa.

Mit ihrer Propaganda des sogenannten dritten Wegs versuchen sie scheinheilig eine Lösung der gesellschaftlichen Probleme zu bieten.

Der sogenannte revolutionäre Nationalismus sei die einzige Möglichkeit um etwas zu verändern, da Kommunismus sowie Kapitalismus versagt hätten.

Das gefährlichste an dieser Propaganda ist unserer Meinung nach, daß dadurch der gesellschaftliche Konsens noch weiter nach rechts verschoben wird und sich somit auch bürgerlichen Parteien getrost auf Kosten jeglicher Minderheiten, seien es nun Migrantinnen oder Obdachlose, profilieren können.

Ein weiterer Punkt, bei dem die NPD gegenwärtig auch als Wegbereiter für einen weitere rechtsorientierte Politik der bürgerlichen Parteien verstanden werden muß, ist die Thematik der inneren Sicherheit.

Agitieren sie doch dort schon seit Jahren „Sicherheit durch Recht und Ordnung" und fordern ein härteres Agieren der Polizei gegenüber Kleinkriminellen, Drogendealern und andere Straftätern sowie einen härteren Strafvollzug.

Mittlerweile gibt es hiergegen ja nicht einmal mehr Widerstand von fortschrittlich, humanistisch denkenden Menschen.

Schließlich ist die Repression für die schwache Linke in diesem Lande, aus eben jenem Faktum, der momentanen Stagnation, eher gering, und wen stört es schon, daß sich der Staat bei den Hess-Aufmärschen so martialisch wie selten seit dem deutschen Herbst zeigt.

Hämisch vergnügt man sich über den Bulleneinsatz, da ja die richtigen, und vor allem noch mit den von ihnen propagierten Mitteln, getroffen werden.

Neben der gesellschaftlichen Rolle, welche die NPD und die JN aus eben genannten Gründen momentan gerade einnimmt kommt ihnen aber auch noch, und besonders der JN, eine wesentliche Rolle innerhalb der Neonaziszene zu.

Sie fungieren als Sammlungsbewegung, da über ihren Organisationsapparat und ihre nationalrevolutionären Parolen eine Verknüpfung militanter Kameradschaften mit dem parteistrukturellen Arm der nationalen Bewegung stattfinden kann.

Somit kommt der JN eine Organisierungs- und Mobilisierungstätigkeit (vor allem über Internet und die nationalen Infotelefone) zu, welche sich z.B. eindrucksvoll in München zeigte, wo militante Kameradschaften gemeinsam mit der Führungsebene der NPD und JN, aber auch der CSU marschieren konnten.

Wir hoffen nun mit dieser Demonstration ein Zeichen gegen den rechten Konsens zu setzen und noch einige Leute mehr dazu aufzurufen der Organisierung der NPD / JN keinen Raum zu lassen.

Kein Fußbreit den Nationaldemokraten in Saalfeld, Rudolstadt und anderswo!!!

Die ewigen Bilder

Eine der ersten Einstellungen des NS-Propagandafilms „Der ewige Jude" (1940) zeigt den Straßenverkauf von Kuchen. Sie ist nur mit schauerartiger „jüdischer" Musik untermalt und gehört einer Sequenz an, die „dokumentieren" soll, daß Juden „sich zum Handel drängen". Sie gehört zu den Aufnahmen, die von einer Gruppe selbständig arbeitender Wochenschau-Photographen unter Leitung von Fritz Hippler im Lodzer Ghetto zwischen dem 11. und 13. Oktober 1939 gemacht wurden. Die Aufnahmen dokumentieren die Armut unter den polnischen Jüdinnen und Juden, die zum Teil noch während und kurz nach dem Überfall auf Polen dorthin vertrieben worden waren, und auch, wie sie versuchten, das Leben durch Verkauf von allen möglichen Sachen aufrechtzuerhalten. Allerdings bekommen die Einstellungen teils durch Montage, teils durch die Aufnahmetechnik eine besondere Konotation. Die Perspektive ist von oben nach unten, und die Verwendung einer Telelinse intensiviert das „Menschengewühl" als Analogie zum späteren Gewühl der Ratten. Diese Wahrnehmung wird durch die schlechten Lichtverhältnisse und die damit verbundene Unschärfe gestärkt, die des öfteren sogar beabsichtigt erscheint.

Das Antifa Pressearchiv Leipzig und das Filmkunsthaus naTo zeigen den Film „Der ewige Jude", der in der BRD nur im Rahmen von Veranstaltungen der politischen Bildung gezeigt werden darf, am 7. November um 20.00 Uhr. Als Referent ist der dänische Historiker Stig Hornshøj-Møller eingeladen, der sich intensiv mit Entstehungsgeschichte und Bedeutung des Filmes auseinandergesetzt hat.

Die Reichspogromnacht am 9. November 1938 ist in vielerlei Hinsicht der erste Schritt zum Holocaust gewesen. Organisiert von Joseph Goebbels wurden in dieser Nacht 91 jüdische Menschen ermordert, fast alle Synagogen und mehr als 7.000 in jüdischem Besitz befindliche Geschäfte zerstört oder schwer beschädigt. Noch in der Nacht wurden überall im nationalsozialistischen Deutschen Reich jüdische Menschen auf Plätzen zusammengetrieben. Ungefähr 30.000 wurden in Konzentrationslager verschleppt. Jegliche Gewalttat gegen jüdische Menschen galt als gerechtfertigt, und das Programm Vernichtung durch Arbeit begann. Damit war Antisemitismus von einer Parteiangelegenheit der NSDAP zur Staatsangelegenheit geworden.

Deportationen, Zwangsarbeit, Ghettoisierung, Enteignungen und Gelber Stern waren die unmittelbaren Folgen, doch das war erst der Anfang. In Zukunft sollte der Antisemitismus immer mörderischer und vor allem zur Volksangelegenheit werden. Dazu mußten die Juden nicht nur als geheime Finanzmacht auf dem Weg zur Weltherrschaft konstruiert werden, wichtiger war es noch, sie zu Fremden zu machen. Die Gemeinsamkeiten mußten beseitigt werden, der Unterschied zwischen Juden und Herrenmenschen immer größer werden. Diesem Programm der Dehumanisierung aller jüdischen Menschen galt auch der Propagandafilm „Der ewige Jude".

Knapp ein Jahr nach der Reichspogromnacht, im Oktober 1939, gab Goebbels diesen Film in Auftrag, an dessen Entstehung er sich selbst intensiv beteiligte. In einer Produktionszeit von 13 Monaten wurde der Film immer aufs neue überarbeitet, bis er schließlich die Vernichtungsbotschaft überdeutlich transportierte. Die Schlußsequenz war ein Ausschnitt aus der sogenannten Prophezeiungsrede, die Hitler am 30. Januar 1939, also noch vor dem Angriff auf Polen, gehalten hatte: *„Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa!"* War diese Drohung zum Zeitpunkt der Rede noch darauf gerichtet, die westlichen Staaten dazu zu zwingen, weiter jüdische Emmigrantinnen und Emmigranten aufzunehmen, so war Ende 1940 die Bedingung eines erneuten Krieges, für den das *„internationale Finanzjudentum"* verantwortlich gemacht wurde, bereits erfüllt. Aus der Drohung war eine Prophezeiung geworden.

Die Geschichte des Ewigen Juden geht auf Quellen aus dem 13. Jahrhundert zurück, in denen berichtet wird, auf der Erde lebe ein Jude namens Ahasver, der den mit dem Kreuz beladenen Jesus auf seinem Weg nach Golgatha angetrieben habe. Als Antwort habe er erhalten: *„Ich werde gehen, aber du wirst auf mich warten, bis ich zurückkomme"*. Und so warte er nun auf den Tag des jüngsten Gerichts. Später wurde diese Legende zum Sinnbild der Geschichte aller Juden.

Der Film „Der ewige Jude" bedient sich der Legende nur indirekt, indem seine Konzeption darauf abzielt, die wahre Natur jüdischer

Menschen zu konstruieren. Da diese jüdische Natur so wenig als möglich an bekannte Lebensverhältnisse anknüpfen sollte, wurde sie in die „Ostjuden" verlegt. Am Anfang des Filmes werden die Zuschauer durch einen vorangestellten Text auf diesen Zusammenhang aufmerksam gemacht: *„Die zivilisierten Juden, welche wir aus Deutschland kennen, geben uns nur ein unvollkommenes Bild ihrer rassischen Eigenart. Dieser Film zeigt Original-Aufnahmen aus den polnischen Ghettos, er zeigt uns die Juden, wie sie in Wirklichkeit aussehen, bevor sie sich hinter der Maske des zivilisierten Europäers verstecken."*

Das Leben der Mehrzahl in Osteuropa lebender jüdischer Menschen war geprägt von Armut. *„Die Aufrichtung von Nationalstaaten war im Osten Europas an der Unfähigkeit der Regierungen, die Landfrage zu lösen und die Bauern zu befreien, gescheitert mit dem Erfolg, daß der Adel nicht nur seine politische Herrschaft halten, sondern auch die normale Entwicklung der industriellen Produktion und das normale Anwachsen des Bürgertums verhindern konnte. Zwischen dem Adel und den besitzlosen Klassen standen die Juden, welche als Handwerker, als Kleinhändler und Ladenbesitzer scheinbar die Funktion eines Mittelstandes ausfüllten. Scheinbar, denn die Juden waren hier, wie in Westeuropa unfähig oder unwillig, sich in industrielle Unternehmungen einzulassen und eine kapitalistische Burgeoisie zu entwickeln. Abgesehen von ihrer eigenen großen Armut, war das Resultat ihrer wirtschaftlichen Betätigung eine schlecht funktionierende, chaotische Monopolisierung des Kleinhandels mit Verbrauchsgütern, der keinerlei Produktionssystem entsprach"*, beschreibt Hannah Arendt die historische sozioökonomische Lage dieser Bevölkerungsgruppe.

Als im Zuge der Aufklärung in Mitteleuropa Emanzipationsbestrebungen für jüdische Bewohnerinnen und Bewohner einsetzten, wurde sehr schnell darauf geachtet, daß die verelendeten Massen, die aus Osteuropa geflüchtet waren von dieser Aufwertung ihres Status ausgespart blieben. Und so blieb die Masse jüdischer Hausierer und Handwerker, die „Ostjuden" auch in den Ländern Mitteleuropas deutlich von den assimilierten Juden getrennt. Diesen historischen Prozeß der Assimilierung versucht „Der ewige Jude" umzukehren. Die Tatsache, daß ein Zusammenleben mit den in Deutschland lebenden Juden (zumindest für die Nicht-Juden) völlig unproblematisch gewesen war, mußte aus dem öffentlichen Bewußtsein gedrängt werden. Die unterpriviegierten Massen in Polen, deren Situation sich nach der Einnahme des Landes durch die faschistische Wehrmacht und die Zwangsghettoisierung drastisch verschlechtert hatte, waren von der Lebensrealität der Deutschen weit genug entfernt, um mit jeder Propaganda in Verbindung gebracht werden zu können.

Die Wirksamkeit der nationalsozialistischen Propaganda geht auch auf Goebbels' Propagandaleitlinien zurück, die im wesentlichen Vereinfachung, ständige Wiederholung, Emotionalisierung, scheinbare wissenschaftliche Objektivität, das Verschweigen von Tatsachen, die nicht ins Bild passen und die stetigen Wiederholung der vorgebrachten Lügen fordern. All diese Elemente finden sich auch in „Der ewige Jude" wieder. Für den Film wurde verschiedenstes Material verwendet, so

daß es sich nicht, wie behauptet, um einen Dokumentar-, sondern um einen Kompilationsfilm handelt.

Neben tatsächlich in den Ghettos von Lodz und Warschau aufgenommenen Bildern, welche die drangvolle Enge in den Straßen nach der Zwangsghettoisierung und die Armut der dort lebenden Menschen dokumentieren, zeigt der Film Photographien aus dem „Institut zum Studium der Judenfrage", das vom Propagandaministerium zur pseudo-wissenschaftlichen Untersetzung des Antisemitismus gegründet wurde. Weiterhin wurden Szenen aus Spielfilmen aus Deutschland, Polen und den USA sowie unter Mitwirkung des Propagandaministeriums entstandene pro-zionistische Filme, die ausschließlich in den jüdischen Gemeinden gezeigt wurden, um die Emigration zu fördern, in das „dokumentarische" Werk eingebaut. Archivmaterial aus dem Reichsfilmarchiv, das eigens zur Bereitstellung von Material für spätere Propagandafilme geründet worden war, dazugesetzt. Selbst die Fälschung von Bildern in den Babelsberger Studios ist nachgewiesen. Es handelt sich dabei um Aufnahmen von „Berliner Juden". Zur Auflockerung sind Kartentrickszenen eingesetzt, die im Studio von Svend Noland, der als Erfinder des Kriegsfilm-Landkartentricks gilt, hergestellt wurden.

Von einem Dokumentarfilm kann also keine Rede sein, auch wenn Hauptkoordinator und Executive Producer, Fritz Hippler, und seine Mitarbeiter, bis auf einen, immer leugneten, daß manipulativ in die Dokumentarszenen eingegriffen wurde. Der Film geht vom Konzept her mit den porträtierten jüdischen Menschen, wie ein Tierfilm mit Tieren um und versucht deshalb, das Leben der Menschen möglichst „natürlich" einzufangen. Natürlich ist an diesem Konzept aber nur, daß sich Filmaufnahmen in Wohnungen, Läden oder Synagogen nicht unbemerkt herstellen lassen, schon gar nicht, wenn natürliches Verhalten durch „Trinkgelder" erkauft oder einfach erzwungen wurde. So bleiben nur einige wenige verdeckt aufgenommene Straßenszenen, die aber aufgrund der schlechten Lichtverhältnisse und der für die Dargestellten erniedrigenden Kameraperspektive auch nur begrenzten dokumentarischen Wert haben.

Pseudoauthentizität erzeugt der Film auch durch die für ihn von Franz R. Friedl komponierte Musik. Diese basiert auf jüdischen Liedern und Tempelgesängen aus einem von der Wehrmacht erbeuteten Film, sollte aber laut Fritz Hipplers Auftrag „möglichst dissonant und persiflierend" sein. Ziel war es die Vorgaben, zu denen auch die Marseillaise gehörte, „in grotesker Weise" zu verzerren. Für die „arischen" Abschnitte des Films wurde später eine heroische Untermalung erstellt.

Während die Musik, die Botschaften des Filmes am Bewußtsein der Zuschauenden vorbei verstärkt, ist der ständige Text aus dem Off, wie eine unangreifbare Verlautbarung. Da Off-Kommentare beim Sehen nicht personifiziert werden können, haben sie immer den Status objektiver Wahrheit und sind in Dokumentationen deshalb ein unlauteres Mittel. Gerade wenn es nicht um die Fortpflanzungsgewohnheiten eines Dachses, sondern um die Bewertung menschlichenen Verhaltens und Handelns geht. In Jeremy Benetts BBC-Fernsehdokumentation „We Have Ways Of Making You Think. Goebbels - Master of Pro-

paganda" sagt Fritz Hippler über den Off-Text: *„Über 13 Monate hindurch wurde dieser Film mindestens ein Dutzend Male geändert, umgeschnitten, ergänzt usw. Ganz zu schweigen von den verschiedenen Fassungen des Begleittextes, die immer blutrünstiger, immer kämpferischer wurden. Hitler wollte mit diesem Film sozusagen den Beweis führen, daß das Judentum eine Parasitenrasse sei in der Menschheit, die von den übrigen Menschen zu trennen sei. Dafür sollte dieser Film der Beweis sein."*

Der dänische Historiker Stig Hornshøj-Møller, der sich intensiv mit dem Film und seiner Entstehungsgeschichte befaßt hat, geht sogar soweit, die Rückwirkung des Filmes auf die an seiner Entstehung Beteiligten, Goebbels und Hitler, so stark einzuschätzen, daß er ihm eine entscheidende Rolle bei dem Entschluß zum Holocaust zuschreibt. Bereits am 10. November 1938, also am Tag nach der Reichspogromnacht, hatte Hitler in einer geheimen Rede an die deutsche Presse gefordert, *„bestimmte Vorgänge so zu beleuchten, daß im Gehirn der breiten Masse des Volkes ganz automatisch allmählich die Überzeugung ausgelöst"* wird, *„wenn man dies eben nicht im Guten abstellen kann, dann muß man es mit Gewalt abstellen; so kann es auf keinen Fall weiter gehen"*.

In Goebbels Gehirn hatte sich diese Überzeugung gebildet nachdem er die Ergebnisse der Dreharbeiten in Lodz gesehen hatte. Das war am 17. Oktober 1939. In seinem Tagebuch notierte er: *„Und dann Aufnahmen zum Ghettofilm. Noch niemals dagewesen. Schilderungen, so grausam und brutal in den Einzelheiten, daß einem das Blut in den Adern gerinnt. Man schaudert zurück soviel Rohheit. Dieses Judentum muß vernichtet werden."* Diese „Grausamkeiten", die als Legitimation der Vernichtung jüdischer Menschen dienten, sind Bilder vom Schächten. *„Unter ‚Schächten' versteht man die religiös vorschriftsmäßige Schlachtung der zum Genusse erlaubten Tiere. Große Tiere werden zum Schlachten niedergelegt. Durch Zurückbeugen des Kopfes wird der Hals gespannt, dann folgt der blitzschnell geführte Halsschnitt mittels eines langen Messers, der die Weichteile bis zur Wirbelsäule durchschneidet. Luft- und Speiseröhre sowei Halsschlagader sind damit auf einmal durchtrennt. Der Schnitt muß ohne Unterbrechung auf einmal durchgeführt werden. In starken Strömen ergießt sich dann das Blut aus den zerschnittenen Gefäßen. Infolge des Nervenschocks sowie der plötzlichen Stockung der Blutzufuhr zum Gehirn tritt augenblicklich Bewußtlosigkeit ein. Das Tier darf vorher nicht betäubt werden auch Elektronarkose lehnt man ab. Gutachten von Veterinärsachverständigen besagen, daß es sich beim Schächten nicht um Quälerei handle, sondern, daß der Vollzug selbst ein Betäubungsverfahren einschließe."* (H.-J. Grimm, Das Judentum)

Nicht, daß Grausamkeiten gegen Tiere, die Vernichtung eines Menschen rechtfertigen könnten, aber die Wirkung der Schächtszenen auf Goebbels und Hitler zeigen, wie manipulativ die „objektiven" Bilder sein können. Sehr lange Zeit sollten diese Szenen den Abschluß des Filmes bilden. Erst kurz vor seiner Fertigstellung 1940 wurden sie durch die schon zitierte „Prophezeiung" Hitlers ergänzt. Die Hysterie ging sogar soweit, daß diese Szenen nur in Vorführungen für Männer gezeigt wurden, während gleichzeitig eine jugendfreie Version ohne die „grausamen Bilder" vertrieben wurde.

Trotz dieser Milderung erreichte der Film sein Massenpublikum nur gezwungener Maßen. Das lag aber keineswegs am mangelhaften Antisemitismus des deutschen Publikums. Vielmehr äußerte sich die Bevölkerung dahingehend, schon genug über die Juden zu wissen, deren Charakterzüge im kurz zuvor gezeigten und begeisterten aufgenommenen Spielfilm „Jud Süß" thematisiert worden waren. Weitere Beweise brauchten die Deutschen nicht mit eigenen Augen zu sehen. Die Existenz des Filmes und die Erzählungen über seinen Inhalt reichten ihnen völlig. Verstärkend wirkte auf diesen Effekt sicher der Umstand, daß der Film eher die Form einer Fernsehreportage als einer Kinounterhaltung aufweist. Allein dieses Medium stand damals noch nicht zur Verfügung. Wer jedoch heute Fernsehreportagen über die gefährlichen Fremden ansieht, findet häufig auch Propagandaelemnte, wie sie „Der ewige Jude" so beispielhaft kompilliert hat. Sei es erregende Hintergrundmusik oder die allwissende Off-Stimme, seien es gestellte Szene, wie sie der BGS Journalistinnen und Journalisten anbietet, die ihn bei seiner Jagd auf Flüchtlinge „dokumentieren" wollen. Oder sei es auch nur die allgegenwärtige Vorführung der fremden Natur, auch wenn sie sich heute manchmal mit dem Begriff der fremden Kultur begnügt. „Der ewige Jude" hat gezeigt, wie sehr sich durch die Darstellung des scheinbar objektiven Mediums Dokumentarfilm nicht nur die Sicht der Zuschauenden, sondern auch der Autorinnen und Autoren zu einem von jeglicher Realität unbeeinflußten Konstrukt verschieben kann. *amo*

Quellen: Stig Hrnshøj-Møller, „Der ewige Jude", Göttingen, 1995
ders., Der ewige Jude, in: K.F. Reimers, C. Hackl, BScherer (Hrsg.), Unser Jahrhundert in Film und Fernsehen, München, 1995 (S. 58-97)
Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München u.a., 1986

Interview KgB

Klarofix: Ihr Habt euch im Zuge der Connewitz-Riots 1992 gegründet. Könnt ihr dazu noch etwas erzählen? Was passiert ist und wie es danach weiter ging?

Julia: Damals 27./28. November 92, jährt sich ja jetzt zum fünften Mal.
In der Leopoldstraße wurde jemand von der Polizei angeschossen. Vermutlich im Zuge einer geplanten Verhaftung. Daraufhin versammelten sich mehrere Leute aus dem Viertel und es kam zu einer Straßenschlacht mit der inzwischen zahlreich anwesenden Polizei.

Kasper: Naja nennen wir es „Auseinandersetzung". Ok, es gab ein Gemetzel zwischen Autonomen und den Bullen.

Klarofix: Auf jeden Fall steppte in Connewitz der Bär...

Julia: Damals war noch was los... . Das Eigentümliche an diesem Tag war, daß schon am Nachmittag die Bullen aus Chemnitz und Dresden ihren Einsatzbefehl hatten und schon auf der Autobahn waren als eigentlich noch gar nichts los war. Auch die Stadtreinigung und die Feuerwehr sollen in der Brandtstraße schon nachmittags bereitgestanden haben. Während dieser „Auseinandersetzung" kam es zu mehreren Polizeiaktionen in der Stöckartstraße, in der Bornaischen Straße und schließlich wurde das Zoro gestürmt, in dem gerade eine Gebutstagsparty eines Punx stattfand. Dort kam es dann zu 42 Verhaftungen, Festnahmen oder Gewahrsamnahmen, wurde damals noch nicht so unterschieden. Jedenfalls blieben die Leute auch erstmal in Haft.

Klarofix: Wie waren die Bedingungen, wie wurden die Leute verhaftet?

Julia: Das lief irgendwie alles auf dem Fußboden ab. Auf dem schlammigen Platz vor dem Zoro. Dort mußten sich alle hinlegen, die Hände hinter dem Kopf und wurden dann abtransportiert.

Kasper: Es gab doch auch noch die Knüppelgasse, oder?

Anläßlich des 5. Jahrestages, trafen wir uns mit Julia und Kasper.

Klarofix: Hä?

Kasper: Die Bullen stellten am Ausgang ein Spalier und prügelten auf die Leute, die herauskamen ein.
Julia: Vorm Werk II kam es noch zu Verhaftungen. Ein Wasserwerfer der Polizei wurde dort aufgetankt; da gab es auch noch einige Auseinandersetzungen.
Einige Leute wurden in die Dimitroffstraße gebracht. Dort gab es noch nicht genügend Verwahrzellen und so wurden einige in alte „Stasizellen" gesperrt und dort vergessen.

Klarofix: 6 Monate?

Julia: Schon einige Zeit. Andere waren einfach am Treppengeländer fest gemacht, weil sie keinen Platz hatten für so viele. Außerdem gab es noch einige schwere Verletzungen, abgesehen von dem der angeschossen wurde.
Jedenfalls standen wir dann plötzlich vor dem Problem, daß 42 Leute verhaftet waren und wir nicht wußten, was wir machen sollten.

Klarofix: Sind die gleich wieder freigelassen worden?

Julia: Nein, sind sie nicht. Sie wurden nach und nach freigelassen. Einige saßen 6 Monate in Haft.

Kasper: Es waren auch sehr wahllose Verhaftungen einfach von der Straße weg, irgendwelche Leute.

Julia: Auch die im Zoro am betrunkensten waren und in der Ecke lagen wurden mitgenommen. Die noch flüchten konnten, sind geflüchtet. Es schon deutlich zu erkennen, daß Schuldige gesucht werden, die dann im Nachhinein den Einsatz rechtfertigen sollten.

Klarofix: Hat sich die Polizei und die Justiz an die gesetzlichen Verfahren gehalten? Vorführung zum Haftrichter mit Anwälten usw....

Julia: Ja. Es war damals das Problem, daß wir keinen einzigen Anwalt kannten und auch nicht wußten, was man da überhaupt macht. Zu der Zeit gab es zumindest im Osten noch keinen einzigen EA. Wir haben dann versucht über private Kontakte Informationen über die Leute herauszukriegen. Was natürlich nicht gelang, weil von uns Vollmachten gefordert wurden usw. Irgendwann sahen wir die Notwendigkeit einen kontinuierlichen EA zu machen. Wir haben dann Kontakte geknüpft zu Anwälten im Westen.

Klarofix: War das sofort danach?

JULIA: Es hat sich ein bißchen hingezogen, so ein paar Wochen. Es waren am Anfang auch ziemlich viele Leute, die sich da mit gekümmert haben. Ich schätze mal so 15. Dann wurden Besuche in den Knast organisiert, Telegramme geschickt zu Geburtstagen und so. Wir schafften es dann das einige Anwälte bekamen und es kam zu unseren ersten Verfahren. Fast alle wurden freigesprochen, bis auf drei, die Bewährungsstrafen bekommen haben, auf Grund von Aussagen, die sie gemacht haben.

Klarofix: Habt ihr euch darauf beschränkt, Anwälte zu besorgen und einen grundlegenden Rechtsbeistand zu organisieren oder habt ihr auch politische Aktionen gemacht in dem Zusammenhang.

Julia: Es war damals noch nicht so getrennt, das es Leute gab, die den EA machten und welche, die eher inhaltlich arbeiteten. Es war alles noch zusammen. Wir haben Presseerklärungen herausgebracht zum Stand der Verfahren, haben in einigen Zeitungen Interviews gegeben und tauchten zur Dok-Film-Woche auf einer Podiumsdiskussion auf. Wir haben also nicht nur EA-Arbeit gemacht sondern auch versucht Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Es war eine neue Situation, 42 Verhaftete gab es in Leipzig vorher noch nie in diesem Zusammenhang. Vorher war eigentlich nur der März 92. *(Blutbad am Bayrischen Bahnhof und wieder Gemetzel in Connewitz.)*
Wir haben uns dann schon mehr und mehr auf Anwaltssachen und rechtlichen Beistand konzentriert. Die eine Seite ist halt, inhaltlich was zu erarbeiten und die andere wirklich was für die Leute, die einsitzen, zu machen.

Klarofix: Und der Name „KoordinierungsgruppenBüro" ist geblieben aus dieser Zeit?

Julia: Es ist deshalb gewählt worden, weil es die Abkürzung KgB ergibt. Ich vermute sogar, wir hatten zuerst die drei Buchstaben und haben dann einen Namen dazu gesucht....
Wir sammelten langsam Erfahrung mit Gerichtsverfahren und haben dann auch gemerkt, daß die Bullen zu der Zeit auch nicht gut darauf vorbereitet waren und sich sehr in ihren Aussagen widersprochen haben. Was dann in den meisten Fällen zu Freisprüchen führte.
Was bis heute als „Connewitzer Blutnacht" hingestellt wird und in den Medien immer wieder dazu dient die besondere Bedeutung von Connewitz darzustellen, ergab nur drei Verurteilungen auf Bewährung.

Inter view

KgB

Klarofix: Gab es außer den selbstgemachten Aussagen irgendwelche Zeugenaussagen von Beobachtern oder Leuten, die mit dabeiwaren?

Julia: Es gab damals in Connewitz die relativ starke Fraktion der Bürgerwehr um den Hotelbesitzer Schilling. Die haben sich da arg ins Zeug gelegt, um gleich das ganze Viertel frei zu machen. Außerdem sollte die Geschichte für die Stadt dafür herhalten Häuserräumungen zu rechtfertigen. Es wird ja bis heute immer noch angeführt, daß die „Gewalttäter" aus „den" Häusern kamen. Das hat dann die ganze Räumungswelle eingeleitet und die Leute in Connewitz auch gespalten. Die Connewitzer Alternative (Vereinigung einiger Häuser der Stöckartstraße) hat sich von den „Gewalttätern" distanziert und daraufhin gab es dann die große Spaltung wer sich distanziert hat und wer nicht. Es hatte für die Geschichte der Leipziger Linken, sag ich mal, schon tiefe Auswirkungen gehabt.

Klarofix: Das Ganze ist jetzt fünf Jahre her. Du sagtest schon, daß ihr mit bekommen habt, was man so machen muß und wie Sachen ablaufen. Findet ihr das sich das Verhalten der Polizei geändert hat, weil es euch gibt oder überhaupt?

Julia: Es hätte sich auch ohne uns geändert. Sie sind schlauer geworden und haben inzwischen ihre Behörden aufgebaut.
Die Bullen achten jetzt schon bei der Verhaftung sehr genau darauf, was sie später im Prozeß anbringen können, weil sie irgendwann gemerkt haben, das viele der Leute, die sie festnehmen, gar nicht verurteilt werden. Sie haben sich darüber aufgeregt, daß die Gerichte die Leute laufen lassen, obwohl sie doch eine so gute Vorarbeit geleistet hatten. Heute haben sie bundesweit Zeugenschulungsprogramme, in denen sie gesagt kriegen, was sie wie sagen müssen, damit jemand verurteilt wird und wie sie sich selber schützen vor Anschuldigungen, z.B.., daß sie ihren Namen und ihren Dienstgrad nicht mehr nennen, ob wohl sie das eigentlich müßten. Ihre Taktik hat sich auch allgemein geändert.

Kupferstich um 1992

Interview KgB

Die Verhaftungszahlen werden immer höher und auch die Landespolizeigesetze sind immer schärfer geworden, so das es möglich wird Leute schon vor Demos in Vorbeugegewahrsam zu nehmen, damit gar erst was passieren kann.

Kasper: Vor allen Dingen kann man rechtlich dagegen gar nichts machen. Da hilft auch der Rechtsanwalt nichts.

Julia: Da können wir gleich mal drauf zu sprechen kommen: der Mythos Rechtsanwalt. Der ist unbegründet. Viele Leute kommen zu uns und denken wenn wir einen Rechtsanwalt dahaben wird alles gut zum Schluß. Meistens werden die Anwälte eher unbeachtet am Rand stehen gelassen, wenn irgendwo ein Kessel oder so was ist.

Sie können da kaum etwas machen, weil es immer wieder irgendwelche Bestimmungen gibt. Bei Gewahrsam ist es eh schwierig für einen Anwalt. Das Polizeigesetz ist ja gerade deshalb erlassen worden, um die Einflußmöglichkeiten von Rechtsanwälten einzudämmen. Viele denken, wenn wir einen Anwalt hier haben, kommen die Leute sofort wieder raus. Das stimmt aber nicht.

Klarofix: Könnt ihr noch kurz den Unterschied zwischen Gewahrsamnahme und Festnahme erklären oder ist das dasselbe?

Kasper: Was sich auch noch geändert hat, ist das Verhalten der Bullen vor Gericht. Sie agieren geschickter. Das ist bundesweit zu beobachten. Durch das Schulungsprogramm hat man eben nicht mehr die drei dummen Bullen, von denen jeder etwas anderes sagt. Da muß man auch noch sehen, daß sehr oft die selben Bullen als Zeugen vor Gericht aussagen und sich mittlerweile richtig gut damit auskennen.

Klarofix: Ist es zu beobachten, daß es direkt Absprachen gibt gerade für Sachen, die eigentlich gar nicht so gewesen sind?

Kasper: Ja, teilweise sogar sehr offensichtlich, aber das interessiert ja vor Gericht außer den protestierenden Anwalt doch niemanden.

Klarofix: Wird heute leichtfertiger verhaftet gerade im Bezug auf Connewitz? Habt ihr damit öfter zu tun?

Kasper: Ja, heute wird mehr verhaftet, mehr „Masse gemacht", um darüber hinaus auch noch Sachen rauszukriegen, das geht ja auch an den Staatsschutz weiter. Und auch, um mehr Fotos zu produzieren, die dann als Lichtbildvorlagen bei irgendwelchen Prozessen Zeugen, meistens Faschos, vorgelegt werden. Jahre später bekamen Faschos unteranderem noch Bilder von den zwei Geschichten 1992 vorgelegt. Nach dem Motto: kuck dir den noch mal an, der war doch bestimmt dabei.

Klarofix: Die Fotos werden also nicht in andere Lichtbildmappen gemischt?

Kasper: Nein, die sind thematisch bezogen.

Julia: Nach einem Freispruch müßten eigentlich alle Informationen gelöscht werden. AUF ANTRAG!!

Klarofix: Hat dieses verstärkte Informationssammeln und -ordnen zu weiteren Anklagen und Prozessen geführt?

Kasper: Kann man nicht so genau sagen, weil es nicht immer deutlich wird, wie Sachen die gegen jemanden laufen zu stande gekommen sind. Was auf alle Fälle produziert wird, sind viele Verfahren gegen Leute, was natürlich zu einem immensen finanziellen und arbeitstechnischen Aufwand führt. Das ist natürlich auch Kalkül. Ob sie am Ende Leute verurteilen oder nicht, bringt es Verunsicherung und sie kriegen auch andere Informationen über dritte, wenn Leute Aussagen machen und das passiert immer noch zu oft.

Julia: Irgend wann stehen die Bullen nach so vielen verlorenen Prozessen auch unter Erfolgsdruck. Das führt dann oft zu irgendwelchen spekulativen Anklagen.

Klarofix: Wie ist da jetzt der Zwischenstand KgB gegen Staatsanwaltschaft?

Julia: Wenn sie es wollen sitzen sie am längeren Hebel.

Kasper: Sie können es auslegen, wie sie es wollen. Schließlich sind es ihre Gesetze und nicht unsere. Wobei man natürlich sagen muß, daß es nicht sinnlos ist sich damit zu beschäftigen. Man kann vielen Sachen entgegenwirken oder sich zumindest darauf einstellen, um Fehler zu vermeiden.
Die ersten größeren Haftstrafen waren jetzt die beiden fünfeinhalb und sieben Jahren (im sogenanntzen Dönerbuden-Prozeß)

Julia: Das Spiel zwischen KgB und Staatsanwaltschaft ist kein Spiel zwischen gleichen Partnern. Wir können im Prinzip nur kleine Pflästerchen drauf kleben. Man schafft keine grundlegenden Veränderungen sondern kann maximal Repressionen abmildern. Das ist auf die Dauer schon etwas deprimierend.

Kasper: Man darf es nicht so ansehen, das wenn die Scheiße am kochen ist, das KgB die Sache abbiegen kann. Wenn etwas vor Gericht ist, ist es in den Mühlen der Justiz und da haben wir überhauptkeinen Einfluß mehr. Wir sehen unseren Sinn mehr darin, vorher Sachen zu erklären.

Klarofix: Habt ihr euch jetzt durch die Vielzahl von Fällen und das breite Spektrum von Möglichkeiten in Konflikt mit der deutschen Justiz zu geraten auf ein bestimmtes Feld beschränkt auf welches ihr eure Pflaster klebt?

Julia: Im Prinzip schon. Das richtet sich danach, wie wir das finden, was da gelaufen ist. Und zweitens...

Kasper: 'Wiewirdasfinden' würde ich lieber konkretisieren. Es gibt ein inhaltliches Auswahlkriterium, das es politisch ist.

Julia: Obwohl das natürlich schwer abzugrenzen ist und wir da auch nicht ganz strenge Kriterien anlegen. Und es richtet sich auch nach den Möglichkeiten, die wir erstens von den Leuten her und zweitens vom finanziellen her haben.

Kasper: Und vom Anwalt her, also ob Anwälte da sind und das überhaupt machbar ist vom Arbeitsaufwand her.

Julia: Es kommt auch immer wieder die Frage, warum wir nicht in der Roten Hilfe sind, weil viele gerade aus dem Osten, die so eine Arbeit machen wollen einfach in die Rote Hilfe eingetreten sind. Wir haben das nicht gemacht, weil die Rote Hilfe ganz strenge Kriterien hat, wodurch die meisten Sachen, die wir in Leipzig haben überhaupt nicht als politisch durchkommen würden, und die auch die Nebenklage von Frauen in einem Vergewaltigungsprozeß als unpolitisch ablehnen. Wenn wir gerade Geld haben machen wir das auch und unterstützen das mit. Wir finden es auch besser, wenn dies lokal entschieden wird und nicht von irgend jemand in Kiel oder so, da man auch die Leute kennt und wir das Geld auch selber heranschaffen müssen, es aber auch selber ausgeben können. Die meisten Kleinstädte, haben gar nicht die Möglichkeit soviel Geld aufzutreiben und gehen, soweit es überhaupt noch EA's gibt, in die Rote Hilfe.

Klarofix: Gibt es irgendwelche Sachen, die ihr kategorisch ausschließen könnt?

Julia: Zum Beispiel Drogensachen. Da gibt es die Grüne Hilfe, die so etwas machen. Bevor es die gab haben wir das ab und zu mal gemacht. Jetzt machen wir das gar nicht mehr, da es die Grüne Hilfe gibt und wir die Leute dahin verweisen können.

Kasper: Dies hat wirklich etwas mit einer Spezialisierung zu tun. Die Grüne Hilfe Geschichte machen Leute, die sich damit ganz speziell auskennen, auch besser als wir in diesem Fall. Wir machen dafür andere Fälle. Wahllos irgendwelche Diebstahlssachen machen wir auch nicht.

Julia: Diebstahl überhaupt nicht.

Kasper: Weil das unsere Möglichkeiten Übersteigt, da dies Sachen sind worüber sich die Leute selber Gedanken machen müssen. Wir machen dann eher Sachen die größere Ausmaße haben.

Julia: Verkehrsdelikte machen wir auch nicht, solange diese nicht in irgend einem Zusammenhang stehen.

Kasper: So pauschal kann man das beim Diebstahl auch nicht sagen. Es hängt schon vom Kontext ab.

Klarofix: Könnt ihr einen Kontext nennen, in dem ihr das Machen würdet? Ich spiele auf das Karstadtding an.

Julia: Wir wissen von diesem Fall, da sich die Flüchtlingshilfe im selben Büro befindet. Es gibt Anschuldigungen wegen Diebstahl, die überhaupt jeder Grundlage entbehren. Asylbewerber aus Leipzig wurden im Karstadt des Diebstahls beschuldigt und bekamen Vorladungen bzw. Strafbefehle. Dies ist ein Feld mit dem man sich mehr beschäftigen müßte, was wir auf Grund von finanziellen und personellen Engpässen noch nicht taten. Gerade bei Nichtdeutschen gibt es Straftatbestände, die aus einer Sondergesetzgebung herrühren, z.B.. Verlassen des Aufenthaltsbereiches, daß ein Flüchtling sich nur in einem bestimmten Landkreis oder Stadt aufhalten darf und bei Verlassen, wenn er aufgegriffen wird, einen Strafbefehl bekommt und eine Geldstrafe bezahlen muß.

„Aua" gibst gratis.

Interview KgB

Da würden wir auch gern helfen, dies hat sich aber bis jetzt noch nicht ergeben, da es eine Unmenge solcher Fälle gibt, das man da kaum hinterher kommt. Bis jetzt können wir das nur dokumentieren.

Klarofix: Wie sieht eure finanzielle und personelle Situation aus?

Julia: Geldmäßig geht es im Moment, wenn aber eine größere Sache kommt ist alles weg. Gespendet wird normalerweise nur dann wenn etwas anliegt.

Kasper: Was immer ein Problem ist, daß viele Leute die ganze Geschichte, KgB und Geld für Anwälte nur dann interessiert, wenn es sie selbst am Arsch hat. Sobald das irgendwie abgebügelt ist interessiert das niemanden mehr. Es gibt auch einige Leute, vielleicht lesen die das jetzt auch, die noch einige Sachen offen haben und sich darum überhaupt nicht kümmern.
Julia: Also Leute, die von uns Geld bekommen haben, dann freigesprochen wurden und das Geld wiederbekommen.

Kasper: Wir bezahlen generell auch nur die Anwaltsachen und nicht die Strafen. Soviel Geld haben wir nicht.

Julia: Eine neue Sache ist jetzt, daß es gehäuft Geldstrafen gibt, die immer höher werden. Da können wir nur anraten, daß die Leute selber versuchen Geld zu sammeln oder ein Benefiz zu machen.

Klarofix: Wie ist denn so das Verhältnis zu Leuten, die zu euch kommen, denen ihr helfen sollt und wollt? Wie ist denn da so die Mitarbeit? Werdet ihr unterstützt oder mehr als Dienstleistung gesehen?

Brutale Szenen auch noch heute: Connewitz 1997.

Julia: Manche Leute müssen erst gezwungen werden hierherzukommen und man hat das Gefühl, daß man ihnen auf den Geist gehen muß , damit sie sich um ihr eigenes Verfahren kümmern. Aber es gibt auch Fälle, in denen sich Leute nicht nur für ihr Verfahren eingesetzt haben sondern auch noch um andere gekümmert haben. Das Leute mal Kuchen vorbei bringen oder einfach so vorbeischauen gab es auch schon. Tendenziell ist die Mitarbeit aber nicht so gut.

Kasper: Aus meiner Sicht werden auch die Bürozeiten zu wenig genutzt, um sich einfach so zu informieren. Die Leute kommen regelmäßig erst dann wenn es brennt. Uns wäre lieber die Leute kämen schon im Vorfeld von Vorladungen und nicht erst auf den letzten Drücker. Auch sollten sie dann an der Prozeßvorbereitung dranbleiben.
Und es kann auch nicht sein, daß Anwälte, die in dem Fall für wenig Geld arbeiten, ihr Geld nicht bekommen und noch beleidigt werden, oder wir noch Geld hinterherrennen müssen.

Klarofix: Gibt es genug Anwälte, die auch für weniger Geld arbeiten oder überhaupt solche Sachen kompetent bearbeiten können?

Julia: In Leipzig ist es ganz schlecht, hier gibt es de facto nur einen Anwalt der so etwas macht, und der ist inzwischen so überlastet, daß er kaum noch Fälle annehmen kann. Seine Versuche weitere Anwälte zu bewegen in den Osten bzw. nach Leipzig zu kommen scheitern daran, daß hier viele Sachen noch anders laufen, vielmehr Einarbeitung nötig wäre und die BRAGO (Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte) für Ostanwälte niedrigere Gebührensätze vorsieht.

Klarofix: Wo kommen dann die Anwälte her, die ihr gerade für größere Verfahren braucht?

Julia: Aus Berlin. Da wir zum Glück nicht soweit weg von Berlin sind. Natürlich wird dies auf Grund der Fahrtkosten dann teurer.

Klarofix: Die Anwälte müssen sich an die Gebührenordnung halten?

Kasper: Die Anwälte sind schon fair, sonst würden wir sie nicht nehmen. Die Verfahren sind nicht sehr lukrativ für die Anwälte.

Julia: In Leipzig kennen wir noch eine Reihe von Anwälten, die noch einigermaßen in Ordnung sind, die wir für Fälle, mit denen wir uns eigentlich nicht beschäftigen wollen empfehlen können. Anwälte, die Faschos verteidigen empfehlen wir natürlich nicht. Oft bekommen gerade Minderjährige über ihre Eltern Anwälte, die man dann schlecht wieder aus dem Verfahren herausbekommt.

Klarofix: Was sind so die gröbsten Fehler, die ihr in eurem Aufgabenfeld seht, die es zu vermeiden gilt? Gibt es da Beispiele?

Julia: Du meinst jetzt Demos und ähnliches?

Kasper: Da gehört auch dazu, daß die Bullen teilweise geschickter vorgehen, aber auch skrupelloser. Es gab z.B.. Fälle, daß 14jährige festgenommen wurden und dann extrem unter Druck gesetzt wurden Aussagen zu machen. Dazu wurde ihnen eine Zelle gezeigt, mit der Bemerkung bei Aussageverweigerung bis zu 3 Jahren sitzen zu müssen. Die Leute sagten daraufhin aus, meldeten sich dann aber bei uns, im Gegensatz zu vielen anderen, die eigentlich mehr Erfahrung haben müßten. Das zeigt deutlich die Arbeitsmethoden der Bullen heute, die schnell zu Fehlern verleiten. In jedem Fall ist es ein Fehler Aussagen zu machen, sowohl bei der Verhaftung als auch bei einer Vorladung, denn Erstaussagen bekommen bei Gericht einen sehr hohen Stellenwert eingeräumt, da bei ihnen die Emotionen noch da wären und keine Taktik. Das gilt auch für irgendwelches Parolenrufen bei der Festnahme. Entlastende Aussagen können später im Prozeß nach Absprache mit dem Anwalt immer noch gemacht werden. Grundsätzlich hat jede und jeder das Recht nichts zu sagen. Viele wissen nicht, daß auch eine Beteuerungen nichts getan zu haben, eine Aussage darstellt. Ein großer Fehler ist unserer Ansicht nach auch, daß viele Leute unüberlegt und unbedarft an irgendwelchen Aktionen, Demo ect., teilnehmen.
Wir finden es wichtig, daß sich die Leute vorher Gedanken machen, Möglichkeiten abwägen, was passieren kann, sich auch untereinander darüber unterhalten, damit sie ein sichereres Gefühl bekommen und nicht von der plötzlich eintretenden Situation überrascht werden und sie den Kopf verlieren. Dasselbe gilt auch für Vorladungen. KeineR muß hier aussagen. Am besten gar nicht hingehen. Ein gravierender Fehler, der oft im Umfeld von Aktionen o.ä. gemacht wird: Getratsche. Dadurch sind schon einige Sachen falsch bei anderen Leuten angekommen, was dann solidarisierung verhindert hat.
So daß Leute Aktionen o.ä. völlig anders bzw. in in einem anderen Kontext gesehen haben und dann dementsprechend reagierten. Spekulationen nützen niemandem außer Wichtigtuern und Quatschköpfen und dem Staatsschutz mit seinen Verfolgungsorganen.

Julia: Viele gehen zu einer polizeilichen Vorladung um dort die Aussage zu verweigern. Oft wird dann die polizeiliche Vorladung, teilweise mit blanko Formularen der Staatsanwaltschaft, pauschal in eine staatsanwaltliche umgewandelt. Dann kann auch eine ED-Behandlung (erkennungsdienstlich) gemacht werden.

Inter view KgB

Kasper: Die angedrohte Weiterleitung an die Staatsanwaltschaft bei Nichterscheinen sollte nicht beeindrucken, denn das geht in jedem Fall über den Dienstweg. Am besten man nimmt die Vorladung und kommt zu den Büroöffnungszeiten am Dienstag zu uns, um die Sache zu besprechen. Sollte dazu keine Zeit sein, dann erstmal zu der Vorladung nicht hingehen, denn man muß nicht.

Klarofix: Vorhin wurde gesagt, es wäre am Besten keine Aussagen machen. Dies bezieht sich auf die Sache. Gibt es da nicht Aussagen, die in jedem Fall gemacht werden müssen?

Julia: Aussagen zur Person.

Kasper: Diese Aussagen sind im KgB-Info aufgeführt. Man sollte wissen welche Aussagen zu machen sind, um von vornherein nur Name, Geburtsdatum ect. anzugeben. Man braucht sich dann von den Vernehmungsbeamten nichts erzählen zu lassen.

Julia: Unglaublich ist oft das Rechtsstaatsverständnis von vielen auch notorischen Demogängern. Viele glauben, das sie ihr Recht bekommen, wenn sie das möchten oder dafür kämpfen.

Kasper: Viele berufen sich auch darauf nicht Schlimmes getan zu haben, sondern bei einer antifaschistischen Demo mitgemacht zu haben, was auch der Staat würdigen muß. Das tut der natürlich nicht.

Klarofix: Wie geht das dann bei einer staatsanwatlichen Vorladung weiter?

Kasper: Wir sind da nicht dabei. Die Leute müssen da allein hingehen und das ist nicht einfach.

Interview KgB

Julia: Erstmal steigt der Angstfaktor.

Kasper: Man kann aber seinen Anwalt oder eine Vertrauensperson mitnehmen. Das ist auch sinnvoll. Zu der staatsanwaltlichen Vorladung muß man erscheinen, da man sonst polizeilich vorgeführt wird, kann aber dort wiederum die Aussage verweigern. Also wieder nur die persönlichen Daten angeben. Die Aussageverweigerung darf einem juristisch keine Nachteile bringen. Die gilt für Beschuldigte. Für Zeugen ist die Sache schwieriger. Rechtlich gesehen kann der Zeuge die Aussage nur verweigern,
wenn er sich selber belasten würde oder in einem verwandschaftlichen Verhältnis zu einem Beschuldigten steht. Die Aussage kann mit einer Beugehaft von bis zu 6 Monaten erzwungen werden. Dies wird Aussageerzwingungsgewahrsam genannt. Es sind auch andere Folgen denkbar, wird aber hin und wieder angewandt und ist das Schlimmste was passieren kann.

Klarofix: Ein verwandschaftliches Verhältnis ließe sich mit einer Verlobung herstellen. Gibt es da noch andere Möglichkeiten?

Kasper & Julia: Heiraten.

Klarofix: Zwischen Männern oder Frauen untereinander? Zwei Männer könnten jetzt auch nicht verlobt sein?

Kasper: Gleichgeschlechtliche Ehen und damit auch Verlobungen werden in Deutschland nicht anerkannt. Andere Möglichkeiten gibt es nicht. Der Zeuge hat kein generelles Aussageverweigerungsrecht und könnte daher im schlimmsten Fall für 6 Monate in den Knast kommen.
Julia: Fehler werden auch oft bei Hausdurchsuchungen gemacht. Oft kennen die Leute ihre Rechte nicht, wie z.B.. Zugegensein eines Anwaltes, das von allem Protokolle angefertigt werden müssen und wie mit gemeinschaftlich genutzten Räumen zu verfahren ist.

Kasper: Da in solchen Situationen häufig der Streß am größten ist, ist es wichtig sich vorher zu informieren um sich im Ernstfall an die Sachen zu erinnern.

Julia: Häufig wird auch nicht beachtet nach solchen Vorfällen Gedächtnisprotokolle anzufertigen. Es ist ganz wichtig sich genau zu erinnern, da später Gedächtnislücken beim möglichen Prozeß ausgenutzt werden.

Klarofix: Wo sollen die Gedächtnisprotokolle hin?

Kasper: Es wäre gut wenn die zu uns kommen. Wichtig ist auch, daß Leute die verhaftet wurden oder Leute die andere vermißtgemeldet haben, sich hier melden, wenn sie wieder auf freiem Fuß sind. Dann können wir sie von unseren Verhafteten- oder Vermißtenlisten streichen und haben einen besseren Überblick. Bei Vermißten, von denen nach längerer Zeit u.U. davon ausgegangen werden muß. daß sie verhaftet wurden, werden Nachforschungen angestellt. Ungünstig ist dann, wenn jemand nicht verhaftet wurde und trotzdem bei den Bullen nachgefragt wird. Die andere Seite ist, daß wir dann die ganze Nacht hier warten, ob die vermißtgemeldeten wieder auftauchen, während die inzwischen in der Kneipe eingeschlafen sind.

Klarofix: Zukunfsperspektiven?

Julia: Das Büro wird es bald nicht mehr geben. Damit fällt ein Teil unserer finanziellen Absicherung weg, da wir bis jetzt sämtliche Spendengelder für Anwaltkosten verwenden konnten und für Bürosachen keine Aufwendungen hatten. Wir müssen jetzt ein neues Büro suchen und dies finanzieren. Wir sind auch weniger geworden, also nicht mehr 15 sondern nur noch 5 Leute und einige, die ab und zu etwas machen. Zuwachs wäre nicht schlecht, denn Arbeit gibt es genug.

Klarofix: Braucht man da eine besondere Grundausbildung?

Julia: Mindestens Hochschulabschluß...

Kasper: Nahkampfausbildung...

Julia: Eigentlich nicht. Spaß verstehen und dann haben wir uns alle reingefuchst. Schlecht wäre es natürlich nicht wenn ein paar Jurastudenten mitmachen würden.

Klarofix: Was könnte noch an Zuarbeiten von Leuten gemacht werden?

Kasper: Leute, die Verhaftungen oder so beobachten, sollten Gedächtnisprotokolle schreiben und die hierher bringen.

Spendenkonto:
Bayrische Vereinsbank
Inhaber: Mirco Rahn
KNr.: 4542533 BLZ.:860 200 86
Kennwort: Connewitz

Julia: Ganz wichtig ist, daß Leute, die vom Verfassungsschutz angeworben wurden, sich melden, um diese Vorfälle zu vergleichen und auch um die Leute zu schützen, damit eine gemeinsame Strategie ausgdacht werden kann und die Leute nicht alleine sind. Demoveranstalter sollten sich rechtzeitig melden, wenn unsere Arbeit gebraucht wird. Auch können Leute Prozesse beobachten und juristische Gesamteinschätzungen liefern, die uns helfen staatsanwaltschaftliche Strategien einzuschätzen.

Kasper: Es wäre auch gut Veranstaltungen zu machen, die vorallem junge Leuten Wissen wie Aussageverweigerungsrecht vermitteln.

Klarofix: Sonstige Unterstützung?

Julia: Spenden.
Kasper: Bürobedarf, später für das neue Büro.
Julia: Bessere Nutzung der Bürozeiten.
Klarofix: Dann bedankt sich das Klarofix für das Interview.

Also bringt ruhig mal Kuchen vorbei oder werdet Rechtsanwälte. Zum üben ist hier noch eine kleine Hilfe zum Erstellen eines Gedächtnisprotokolls.

GEDÄCHTNISPROTOKOLL

DATUM/ANLASS:

ORT/ZEIT:

FESTNAHME:

VERLETZUNG:

Wie, warum und wann schreibe ich ein Gedächtnisprotokoll?

Du hast einen Polizeiübergriff (Festnahme, Verletzung...) beobachtet und jetzt stehst du vor der Situation, ein Gedächtnisprotokoll zu schreiben.
Wir wollen dir einige Tips geben, die dir diese nicht ganz einfache Aufgabe etwas erleichtern sollen. Du sollst wissen worauf es ankommt.
Für dich ist das Protokoll wichtig, um dich, falls du später als Zeugin im Prozeß auftreten sollst besser erinnern zu können.
Für uns ist das Protokoll wichtig, um 1. die festgenommene Person herauszufinden und sie vielleicht durch Personenbeschreibungen andere ZeugInnen zu finden und 3. einen Gesamtüberblick zu erlangen.
Das alles kann in einem möglichen Verfahren sehr wichtig werden. Du solltest dein Protokoll also nach diesen Aspekten verfassen.
Außerdem gibt es bestimmte Daten, die du versuchen solltest dir zu merken, bzw. sie dir wieder ins Gedächtnis zurückzurufen:

1. Ort der Festnahme, bzw. Mißhandlung
2. Zeit, versuche möglichst die genaue Uhrzeit zu behalten
3. eventuell die Autonummer der Wanne mit der jemand weggefahren wurde bzw. aus der die beteiligten Bullen stammen.

Ansonsten stelle dir bevor du mit dem Schreiben anfängst folgende Fragen:
Wie war die Situation vor dem eigentlichen Ereignis? Wie sieht die betroffene Person aus (Klamotten, Alter, Größe, Haare, Geschlecht)?
Hast du den Namen mitgekriegt? Wieviele Bullen (-frauen) waren beteiligt? Welche Ausrüstung hatten sie (Zivis, Uniformierte, kurze oder lange Knüppel...)? Welcher Einheit gehörten die Bullen an (das erkennst du an dem Buchstaben und der Zahl auf dem Helm und den Autos)?
Wieviele Personen standen drum herum? Wie sahen die aus? Kennst du die Namen? Gab es dort auffällige Personen (grüne Haare, gelbe Hose...)?

BITTE NAMEN + ADRESSE BZW. TELEFONNR. NICHT VERGESSEN!

Rechtshilfe

INFO KgB

Wir haben immer wieder die Erfahrung gemacht, daß viele Leute nicht wissen, wie sie sich bei Festnahmen, Vernehmungen, Einknastung oder Hausdurchsuchungen verhalten sollen und was auf sie zukommen kann. So haben viele Leute Fehler gemacht, wie z.B. Aussagen gegenüber Bullen, aus denen ihnen ein Strick gedreht werden kann. Deshalb wollen wir noch einmal die wichtigsten Sachen aufschreiben und hoffen, daß Du Dir das gut durchliest und Ihr auch untereinander über eure Ängste und Unsicherheiten redet bzw. nachfragt. Es kann jede/n von uns treffen, da die Bullen immer wieder willkürlich zuschlagen.

Was tun wir ?

-Wir sitzen vor, während und nach Demos u.a. Aktionen am Telefon, damit Du uns über Festnahmen Bescheid sagen kannst (die Voraussetzung dafür ist aber, daß wir Bescheid wissen, wenn Demos oder andere Aktionen anstehen)

-Wir übernehmen die Koordination von AnwältInnen und

-Wir stehen Dir zur Verfügung, damit Du möglichst sofort Deine Gedächtnisprotokolle abgeben, nötigenfalls auch schreiben kannst (ein Jahr später, beim Prozeß, weißt Du nichts mehr)

-Die Protokolle stellen wir ausschließlich den betreffenden AnwältInnen zur Verfügung, wenn sich dies als nötig erweisen sollte.

Was tust Du?

-Mit offenen Augen auf Demos oder sonstige Aktionen gehen

-Immer fleißig Gedächtnisprotokolle schreiben - nicht nur für Dich selbst, sondern auch, wenn Du Festnahmen anderer beobachten konntet. Diese Protokolle solltest Du dann so schnell wie möglich beim KgB vorbeibringen.

Wichtig für ***Gedächtnisprotokolle***

-Schreib das Protokoll alleine und in Ruhe (jedeR erinnert sich anders und hebt andere Details hervor)

-Schreib Ort und Zeit des Geschehens obendrüber

-Schreib alles, was Dir einfällt und was Du gesehen oder gehört hast (uns interessiert dabei nicht, was Du vorher für Aktionen oder so gemacht hast!)

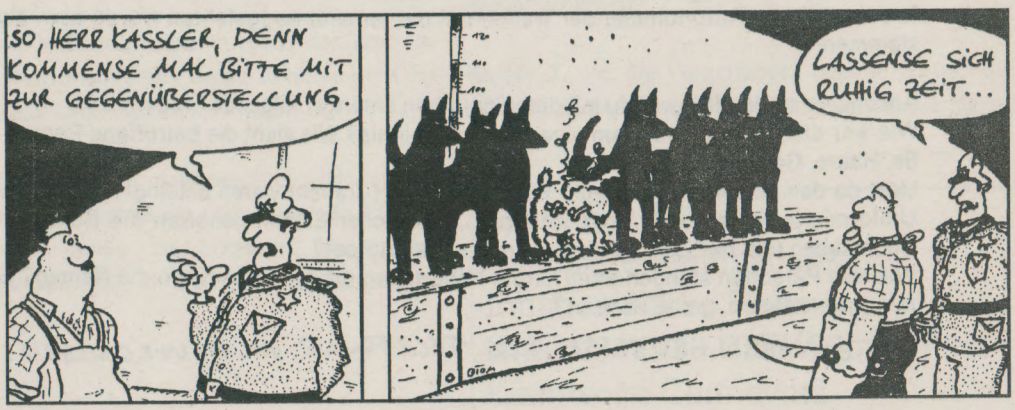
-scheinbare Nebensächlichkeiten können später sehr wichtig werden (z.B. zur Entlastung von jemand anderem)

-Leg Skizzen oder Fotos bei, sofern Du welche hast

-Ganz wichtig sind Adresse und Telefonnummer, unter denen Du möglichst auch noch in einem Jahr erreichbar bist (wenn wir nicht wissen, von wem die Protokolle sind, können wir uns nicht bei Dir zurückmelden)

-Wenn Du vermißt oder festgenommen wurdest, mußt Du Dich unbedingt bei uns zurückmelden, weil wir sonst u.U. noch Stunden nach Euch suchen, während Du vielleicht gerade Deine Entlassung feierst!

-Ruf bitte nicht einfach mal so aus Neugierde bei uns an oder um organisatorische Infos über Demoverlauf o.ä. zu erhalten, da dadurch die Telefone unnötig blockiert werden und jemand, der vielleicht aus dem Knast anrufen will, nicht durchkommt, weil dauernd besetzt ist.



Koordinierungsgruppenbüro 0341/2119313

Spendenkonto:
Bayrische Vereinsbank
Inhaber: Mirco Rahn
KNr.: 4542533 BLZ.:860 200 86
Kennwort: Connewitz

Julia: Ganz wichtig ist, daß Leute, die vom Verfassungsschutz angeworben wurden, sich melden, um diese Vorfälle zu vergleichen und auch um die Leute zu schützen, damit eine gemeinsame Strategie ausgdacht werden kann und die Leute nicht alleine sind. Demoveranstalter sollten sich rechtzeitig melden, wenn unsere Arbeit gebraucht wird. Auch können Leute Prozesse beobachten und juristische Gesamteinschätzungen liefern, die uns helfen staatsanwaltschaftliche Strategien einzuschätzen.

Kasper: Es wäre auch gut Veranstaltungen zu machen, die vorallem junge Leuten Wissen wie Aussageverweigerungsrecht vermitteln.

Klarofix: Sonstige Unterstützung?

Julia: Spenden.
Kasper: Bürobedarf, später für das neue Büro.
Julia: Bessere Nutzung der Bürozeiten.
Klarofix: Dann bedankt sich das Klarofix für das Interview.

Inter view KgB

Also bringt ruhig mal Kuchen vorbei oder werdet Rechtsanwälte. Zum üben ist hier noch eine kleine Hilfe zum Erstellen eines Gedächtnisprotokolls.

GEDÄCHTNISPROTOKOLL

DATUM/ANLASS:

ORT/ZEIT:

FESTNAHME:

VERLETZUNG:

Wie, warum und wann schreibe ich ein Gedächtnisprotokoll?

Du hast einen Polizeiübergriff (Festnahme, Verletzung...) beobachtet und jetzt stehst du vor der Situation, ein Gedächtnisprotokoll zu schreiben.
Wir wollen dir einige Tips geben, die dir diese nicht ganz einfache Aufgabe etwas erleichtern sollen. Du sollst wissen worauf es ankommt.
Für dich ist das Protokoll wichtig, um dich, falls du später als Zeugin im Prozeß auftreten sollst besser erinnern zu können.
Für uns ist das Protokoll wichtig, um 1. die festgenommene Person herauszufinden und sie vielleicht durch Personenbeschreibungen andere ZeugInnen zu finden und 3. einen Gesamtüberblick zu erlangen.
Das alles kann in einem möglichen Verfahren sehr wichtig werden. Du solltest dein Protokoll also nach diesen Aspekten verfassen.
Außerdem gibt es bestimmte Daten, die du versuchen solltest dir zu merken, bzw. sie dir wieder ins Gedächtnis zurückzurufen:

1. Ort der Festnahme, bzw. Mißhandlung
2. Zeit, versuche möglichst die genaue Uhrzeit zu behalten
3. eventuell die Autonummer der Wanne mit der jemand weggefahren wurde bzw. aus der die beteiligten Bullen stammen.

Ansonsten stelle dir bevor du mit dem Schreiben anfängst folgende Fragen:
Wie war die Situation vor dem eigentlichen Ereignis? Wie sieht die betroffene Person aus (Klamotten, Alter, Größe, Haare, Geschlecht)?
Hast du den Namen mitgekriegt? Wieviele Bullen (-frauen) waren beteiligt? Welche Ausrüstung hatten sie (Zivis, Uniformierte, kurze oder lange Knüppel...)? Welcher Einheit gehörten die Bullen an (das erkennst du an dem Buchstaben und der Zahl auf dem Helm und den Autos)?
Wieviele Personen standen drum herum? Wie sahen die aus? Kennst du die Namen? Gab es dort auffällige Personen (grüne Haare, gelbe Hose...)?

BITTE NAMEN + ADRESSE BZW. TELEFONNR. NICHT VERGESSEN!

Rechtshilfe

INFO KgB

Wir haben immer wieder die Erfahrung gemacht, daß viele Leute nicht wissen, wie sie sich bei Festnahmen, Vernehmungen, Einknastung oder Hausdurchsuchungen verhalten sollen und was auf sie zukommen kann. So haben viele Leute Fehler gemacht, wie z.B. Aussagen gegenüber Bullen, aus denen ihnen ein Strick gedreht werden kann. Deshalb wollen wir noch einmal die wichtigsten Sachen aufschreiben und hoffen, daß Du Dir das gut durchliest und Ihr auch untereinander über eure Ängste und Unsicherheiten redet bzw. nachfragt. Es kann jede/n von uns treffen, da die Bullen immer wieder willkürlich zuschlagen.

Was tun wir ?

-Wir sitzen vor, während und nach Demos u.a. Aktionen am Telefon, damit Du uns über Festnahmen Bescheid sagen kannst (die Voraussetzung dafür ist aber, daß wir Bescheid wissen, wenn Demos oder andere Aktionen anstehen)

-Wir übernehmen die Koordination von AnwältInnen und

-Wir stehen Dir zur Verfügung, damit Du möglichst sofort Deine Gedächtnisprotokolle abgeben, nötigenfalls auch schreiben kannst (ein Jahr später, beim Prozeß, weißt Du nichts mehr)

-Die Protokolle stellen wir ausschließlich den betreffenden AnwältInnen zur Verfügung, wenn sich dies als nötig erweisen sollte.

Was tust Du?

-Mit offenen Augen auf Demos oder sonstige Aktionen gehen

-Immer fleißig Gedächtnisprotokolle schreiben - nicht nur für Dich selbst, sondern auch, wenn Du Festnahmen anderer beobachten konntet. Diese Protokolle solltest Du dann so schnell wie möglich beim KgB vorbeibringen.

Wichtig für ***Gedächtnisprotokolle***

-Schreib das Protokoll alleine und in Ruhe (jedeR erinnert sich anders und hebt andere Details hervor)

-Schreib Ort und Zeit des Geschehens obendrüber

-Schreib alles, was Dir einfällt und was Du gesehen oder gehört hast (uns interessiert dabei nicht, was Du vorher für Aktionen oder so gemacht hast!)

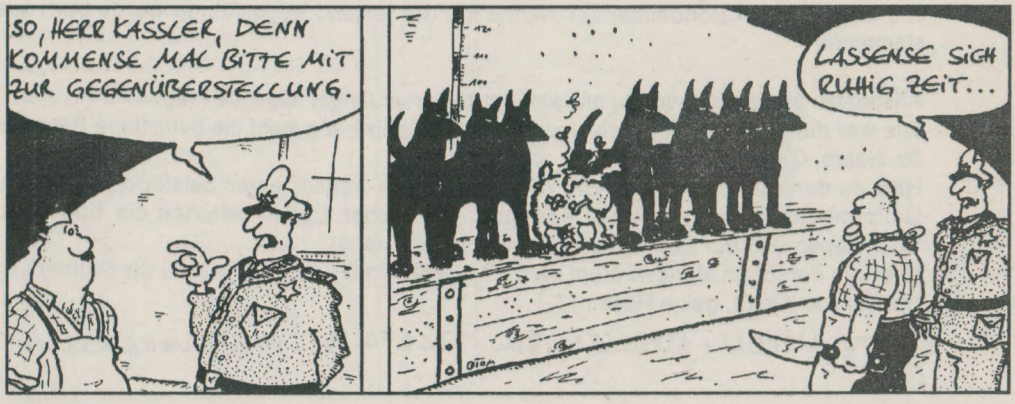
-scheinbare Nebensächlichkeiten können später sehr wichtig werden (z.B. zur Entlastung von jemand anderem)

-Leg Skizzen oder Fotos bei, sofern Du welche hast

-Ganz wichtig sind Adresse und Telefonnummer, unter denen Du möglichst auch noch in einem Jahr erreichbar bist (wenn wir nicht wissen, von wem die Protokolle sind, können wir uns nicht bei Dir zurückmelden)

-Wenn Du vermißt oder festgenommen wurdest, mußt Du Dich unbedingt bei uns zurückmelden, weil wir sonst u.U. noch Stunden nach Euch suchen, während Du vielleicht gerade Deine Entlassung feierst!

-Ruf bitte nicht einfach mal so aus Neugierde bei uns an oder um organisatorische Infos über Demoverlauf o.ä. zu erhalten, da dadurch die Telefone unnötig blockiert werden und jemand, der vielleicht aus dem Knast anrufen will, nicht durchkommt, weil dauernd besetzt ist.



Koordinierungsgruppenbüro 0341/2119313

Spendenkonto:
Bayrische Vereinsbank
Inhaber: Mirco Rahn
KNr.: 4542533 BLZ.:860 200 86
Kennwort: Connewitz

JETZT NOCHMAL ZUM VERHALTEN BEI DEMOS

-**Freunden und Bekannten** Bescheid sagen, daß Du zur Demo gehst, damit niemand unnötig gesucht werden muß

-**Ausweis / Paß dabeihaben** (Paß ist günstiger, da keine Meldeadresse enthält)

-**Kleingeld einstecken** (bei dem derzeitigen Gebührenwirrwarr ist viel Kleingeld angebracht, besonders wenn der Ermittlungsausschuß in einer anderen Stadt liegt - Ferngespräch!)

-**Keine Waffen bzw. waffenartigen Gegenstände** (hierzu zählt z.B. auch CS-Gas) **mit auf die Demo nehmen. Auch Taschenmesser, und seien sie noch so winzig, zählen als Waffen** und haben dieses Jahr einem Menschen knapp 2 Wochen U-Haft eingebracht, weil er damit aus der Demo gezogen wurde - kannst Du Dir ganz leicht ersparen!

-**Falls** Du festgenommen werden solltest, kann es vorkommen, daß bei Dir zu Hause **Hausdurchsuchungen** gemacht werden. Bereite Dich also darauf vor!

-**Macht** Euch **Treffpunkte und feste Zeiten** aus, falls Ihr Euch verliert, an denen Ihr Euch **verbindlich** zurückmeldet. Falls eineR nicht wieder auftaucht, wartet noch etwas ab und ruft dann bei uns an. Sagt uns aber bitte nicht, wer fehlt, sondern nur, wieviele Leute von Euch vermißt werden, da wir es für unnötig halten, Namen von evtl. nicht Festgenommenen übers Telefon durchzusagen.

-**Keinen Alkohol oder andere Drogen vor oder während der Demo konsumieren !** Über dieses Thema wurde ja schon hinreichend diskutiert. Fakt ist, daß von Leuten, die unter Drogen stehen, eine Gefährdung ausgeht - und zwar nicht nur für sie persönlich, sondern auch für andere. Verkneif Dir das Saufen und Kiffen für diese Zeit, sonst mußt Du Dich nicht wundern, wenn Du aus der Demo rausgeschmissen wirst.

-**Adresse Deiner Anwältin/ Deines Anwalts bzw. obenstehende Telefonnummer einstecken.**

-**Ansonsten** ist es schlau, **Schreibzeug** dabeizuhaben und einen vorbereiteten **Zettel mit Deinem Namen, Deiner Anschrift und Deinem Geburtsdatum**, welchen Du bei einer eventuellen Festnahme den Umstehenden zuwerfen kannst - dann ist es leichter, sich auch „von draußen" um Dich zu kümmern. Falls Dir das galante Zuwerfen des Zettels nicht mehr gelingen sollte, kannst Du auch jemandem Deinen Namen schnell zurufen. Generell ist es sowieso besser, sich während der Demo in der Nähe von Leuten aufzuhalten, die Du länger als einen Tag kennst.
Unter Umständen ist es sinnvoll in Ketten zu gehen, um den Bullen den Zugriff auf einzelne zu erschweren.

-**Vermeide Schminke, Hautcreme** u.ä., da dies beim Einsatz von **Tränengas** chemische Reaktionen ungewollter Art hervorrufen könnte. Passende Klamotten sind ebenfalls angebracht, da es leicht sein kann, daß Du eine größere Wegstrecke im Laufen zurücklegen mußt, was in Abendgarderobe schwierig werden könnte.

-**Falls** Du regelmäßig **Medikamente** einnehmen mußt (Pille, Asthmaspray, Antibiotika), denke daran, Dir eine genügende Dosis davon einzustecken, falls Du länger bleiben mußt.

-**Bitte** nimm **keine Adreßbücher, Telefonhefte, Briefe** oder andere Dokumente mit, die von den Bullen als Ermittlungshilfe für dies und jenes genutzt werden könnten.

VERHALTEN BEI FESTNAHMEN:

-**In der Wanne oder vorm Abtransport:**

-**Laß Dich auf keine Gespräche (auch kein scheinbar harmloses Geplänkel) mit Bullen ein.**

-**Tausch** mit denen, die mit Dir festgenommen wurden, den **vollständigen Namen** und die **Meldeadresse** aus, sofern Du in der stressigen Verhaftungssituation dazu in der Lage bist.

-**Überlege** Dir genau, was Du erzählst; es könnte sein, daß ein „mitgefangener" **Spitzel** zugegen ist

Koordinierungsgruppenbüro 0341/2119313

Spendenkonto:
Bayrische Vereinsbank
Inhaber: Mirco Rahn
KNr.: 4542533 BLZ.:860 200 86
Kennwort: Connewitz

Rechtshilfe INFO KgB

-In der Gefangenensammelstelle (GeSa):

-Mit der Wanne wirst du in eine sog. **Gefangenensammelstelle** gebracht. Diese kann auch ganz in der Nähe des „Tatortes" sein, so daß die Fahrt nicht lang ist. Sie kann aber auch etwas weiter weg sein. In der Regel werden Turnhallen oder ähnliche große Räume dafür genutzt. In Leipzig u.U. auch die Messehallen der Alten Messe. Bei geringeren Festgenommenenzahlen werden Gefangene auch direkt in die einzelnen zuständigen Reviere gefahren oder in entsprechende Räume der Bullen (in Leipzig z.B. in der Polizeidirektion Schongauer Straße am Paunsdorf-Center), bei größeren Gefangenenzahlen kannst Du aber mit ziemlicher Sicherheit davon ausgehen, in eine GeSa verfrachtet zu werden.

-Bei der Einlieferung oder u.U. auch schon, bevor Du abtransportiert wirst, können Dir div. **Gegenstände abgenommen** werden. Wenn etwas beschlagnahmt wird, bestehe auf einer Quittung oder einem **Beschlagnahmungsprotokoll**, welches Du aber nicht unterschreiben solltest.

-Wenn die Bullen es schaffen oder für notwendig erachten, wird (meistens kurz vor oder nach der Durchsuchung) ein hübsches Foto von Dir angefertigt. Wer keine Personaldokumente mithat, wird auf jeden Fall „erkennungsdienstlich" behandelt (**ED-Behandlung**). In der letzten Zeit ist es allerdings auch vorgekommen, daß auch Leute, die sich ausweisen können, ED-behandelt wurden. Dabei werden **Fingerabdrücke** genommen und mehrere **Fotos** gemacht. Lege gegen die ED-Behandlung auf jeden Fall Widerspruch ein und laßt das protokollieren, auch wenn die „Behandlung" trotzdem durchgeführt werden sollte. Dieses Widerspruchsprotokoll ist das einzige Papier, was Du mit ruhigem Gewissen unterschreiben kannst.

-Bedenke: Die Polizei kann jede/n bis zum Ablauf des darauffolgenden Tages festhalten, d.h. Du verbringst unter Umständen bis zu 48 Stunden auf dem Polizeirevier, danach kannst Du wieder nach Hause (Ausnahme: Du wirst dem/der HaftrichterIn vorgeführt- wenn nicht, mußt Du nach dieser Zeitspanne Deine Vorführung verlangen!)

Umgang mit der Polizei/ Vernehmung

Du bist zur Angabe folgender Personalien verpflichtet:

- Name, Geburtsdatum und -ort, Meldeadresse, allgemeine Berufsangabe (z.B. SchülerIn, ArbeiterIn, ArbeitsloseR...)

-Minderjährige (unter 18 Jahre) brauchen nicht die Adresse der Eltern angeben, wenn sie nicht dort gemeldet sind.

SONST NICHTS ! Mache außer diesen Angaben bei Bullen, Staatsanwaltschaft und HaftrichterIn keine Aussagen. Falls es was zu sagen gibt, kannst du es auch später, nach genauer Überlegung mit FreundInnen, AnwältIn und dem KgB noch sagen. Laß dich auf keine Diskussionen ein, du bist in einer für dich ungewohnten Situation, für dein Gegenüber (Bullen, StaatsanwältIn, HaftrichterIn) ist das Routine! Laß nicht einfach alles mit dir machen. Du hast folgende Rechte- bestehe darauf!

Du hast das Recht,

-den Grund deiner vorläufigen Festnahme und den Namen/Dienstgrad des Vernehmungsbeamten zu erfahren.

-alle weiteren Aussagen zu verweigern

-nichts zu unterschreiben

-eineN AnwältIn und eine Person deines Vertrauens anzurufen, oder zumindest müssen die Bullen das tun. Falls du keine Kontaktnummer hast, versuche das KgB anzurufen. Allerdings verweigern die Bullen oft die Telefonate, also bleib hartnäckig und bestehe darauf, drohe mit einer Anzeige! Wenn du nicht gefragt wirst, ob du einen Anwalt sprechen willst bzw. du nicht anrufen darfst, mache keinesfalls Aussagen, laß dir die Namen der vernehmenden Beamten geben und fertige unbedingt ein Gedächtnisprotokoll an! - das kann entscheidenden Einfluß auf deine Verhandlung und juristische Folgen für die Bullen haben!

-im Falle einer Verletzung eineN ÄrztIn zu verlangen und Deine Verletzung attestieren zu lassen!

Koordinierungsgruppenbüro 0341/2119313

Spendenkonto:
Bayrische Vereinsbank
Inhaber: Mirco Rahn
KNr.: 4542533 BLZ.:860 200 86
Kennwort: Connewitz

DeinE AnwältIn hat das Recht, zur Gesa zu kommen, aber meistens kann sie/er nicht viel mehr, als zu sehen, wie's dir geht und mit dir reden. Klar ist es erstmal eine psychologische Unterstützung, aber auf der anderen Seite sollten wir unsre wenigen AnwältInnen nicht so locker „verschleißen" (da sie in einer Sache nur eineN MandantIn verteidigen/betreuen dürfen- § 146 StPO Mehrfachverteidigunsverbot). Nachts können die AnwältInnen sowieso nichts machen (auch generell beim sogenannten „Vorbeugegewahrsam" nicht, da der unter das Polizeigesetz fällt), und es ist auch nicht sooo schlimm, wenn du mal einen Tag auf der Wache sitzt (klar, es ist Scheiße, aber du wirst es „für die Sache" durchstehen). Wichtig ist, daß jemand bzw. das KgB weiß, wo du bist.

INFO KgB Rechtshilfe

Wenn du wieder draußen bist

freue dich, aber vergiß nicht,
-**dich** beim KgB, deiner/deinem RechtsanwältIn und deinen FreundInnen zurückzumelden
-**gleich** am nächsten Tag ein Gedächtnisprotokoll anzufertigen !!
-**Verletzungen** noch mal von der/dem Ärztin/Arzt deines Vertrauens attestieren zu lassen.

Bist du nach einer Festnahme wieder zu Hause, kann zweierlei passieren: entweder du hörst nie wieder was von den Bullen, oder es wird ein Ermittlungsverfahren gegen dich eingeleitet (wegen Verstoß gegen irgendein Gesetz - meistens packen sie da alles mögliche drauf, das ist also kein Grund, nervös zu werden!). Bis du davon wieder etwas hörst und zu einer polizeilichen Vernehmung vorgeladen wirst, kann eine lange Zeit vergehen. Deswegen auch das Gedächtnisprotokoll!! Kümmere dich sofort um ZeugInnen und um ein Ärztliches Attest, in einem Jahr erinnert sich keineR mehr genau! Vor jeder polizeilichen oder staatsanwaltlichen Vernehmung melde dich beim KgB und/oder bei deiner/m AnwältIn!

Vor der/dem HaftrichterIn

-**Wenn** du von der Gesa zum Polizeigewahrsam gefahren wirst, heißt das oft (wenn es extra Gesas gibt), daß du der/dem HaftrichterIn vorgeführt wirst, daß du also einen Haftbefehl bekommen sollst. **Jetzt ist es unbedingt erforderlich, eine AnwältIn anzurufen.** Es ist dein Recht, daß deine AnwältIn bei der Haftprüfung dabei ist. Falls sie/er noch keine Vollmacht von dir hat, kannst du sie dort unterschreiben. wenn die Bullen dich nicht haben telefonieren lassen, sag's der/dem HaftrichterIn und telefoniere von da.
-**Aus** denselben Gründen wie bei den Bullen solltest du auch vor der/dem HaftrichterIn keine Aussage zur Sache machen.
-**Wenn** du trotz aller Bemühungen keine AnwältIn erreichst, mußt du alleine durch.

Ohne AnwältIn:

-**Beantrage** Haftverschonung (das heißt, statt Untersuchungshaft zweimal die Woche bei den Bullen melden - muß nicht immer zweimal sein).
-**Beantrage** sofort mündliche Haftprüfung: der Haftprüfungstermin findet spätestens 14 Tage nach dem Antrag statt.
-**Beantrage** die Mitteilung deiner Verhaftung an deineN AnwältIn!

Wenn du einen Haftbefehl und keine Haftverschonung bekommst, kommst du in die Untersuchungshaft (U- Haft). Dort läuft dann zunächst die ganze Aufnahmeprozedur:

IM KNAST

-Aufnahme:
-**deine** Klamotten und dein Körper werden durchsucht (mit Ausziehen)
-du wirst noch mal fotografiert.
-**dann** ist Duschen für alle. Alle deine Sachen, bis auf Klamotten, mußt du abgeben. Sie werden auf der Hauskammer „zur Habe genommen", daß heißt, du bekommst sie wieder, wenn du rauskommst.

Koordinierungsgruppenbüro 0341/2119313

Spendenkonto:
Bayrische Vereinsbank
Inhaber: Mirco Rahn
KNr.: 4542533 BLZ.:860 200 86
Kennwort: Connewitz

Rechtshilfe INFO KgB

-**Am** gleichen oder nächsten Tag findet eine „ärztliche Untersuchung" statt (zwangsgynäkologische Untersuchung etc.). Das Röntgen darfst du verweigern. Auch die zwangsgynäkologische Untersuchung und den AIDS- Test kannst du verweigern, was aber zu Zwangsmaßnahmen gegen dich führen kann. Allerdings wissen wir nicht, wie das in Leipzig gehandhabt wird. In anderen Bundesländern haben Leute dafür z.B. Einzeleinschluß gekriegt (entweder bis sie die „Untersuchungen" doch gemacht haben oder auch nur ein paar Tage — je nach Anstalt/Bundesland). Wenn du Krankheiten hast, gib sie an, das kann z.B. Vorteile fürs Essen haben.

-Im Knast:

-**Ohne** Voranmelder läuft nix ! Das sind Zettel, auf denen du alles beantragen mußt (z.B. wenn du zum Arzt willst, Bücher von der Anstaltsbibliothek oder ´´ne Schreibmaschine haben willst usw.). Den Voranmelder kriegst du abends vom Kalfaktor bei der Messerabgabe und mußt ihn morgens bei Zellenaufschluß direkt abgeben.

-du kannst Anwaltskarten beantragen und zu einer AnwältIn schicken, damit sie/er dein Aktenzeichen erfährt und einen Sprechschein beantragen kann.

-du hast das Recht auf eine Stunde Hofgang pro Tag mit der ganzen Station. Nimm Kontakt mit anderen auf und frag sie, wie alles so funktioniert im Knast

-**Alle** vierzehn Tage kannst du eine halbe Stunde Besuch von bis zu drei Leuten gleichzeitig haben. Leute die Besuche machen wollen, müssen von draußen, beim Gericht, den Sprechstein beantragen.

-**Im** Knast kannst du einkaufen. Geld, das du dabeihattest, wird auf dein Knastkonto verbucht, das ansonsten von draußen aufgefüllt werden muß.

-**Die** erste Post dauert meist lange, ca. zehn Tage, denn deine Post als U- Häftling wird von der/dem ErmittlungsrichterIn gelesen. Deshalb solltest du dir auch überlegen, was du schreibst!!

-**Der** Bezug von Zeitungen und Büchern muß von der Staatsanwaltschaft genehmigt werden. Schnell beantragen.

Paketscheine mußt du aus dem Knast beantragen

Für die Leute draußen

Wenn Du die Leute besuchen willst, frag vorher beim KgB nach - wir klären das mit den AnwältInnen.

-Besuche:

-**sollten** vorher mit der zuständigen AnwältIn abgequatscht werden.

-**Die** Besuchsgenehmigung beantragst Du bei dem zuständigen Gericht. Am besten ist es, persönlich den Besuch zu beantragen und auf Dringlichkeit zu pochen. Die Staatsanwaltschaft befindet sich in der Beethovenstraße 2, 04107 Leipzig, Tel.: 2136-0 oder 2219313.
Das Amtsgericht in der Angerstraße 40, 04177 Leipzig Tel.: 4940-0 und das Landgericht in der Harkortstraße 9, 04107 Leipzig, Tel.: 2141-0. Nicht abwimmeln lassen! Nimm zum Besuch Kleingeld mit, um Süßigkeiten, Tabak etc. am Automaten ziehen zu können.

-**Sondersprecher** können Eltern, Verwandte und FreundInnen von auswärts beantragen.

-**Denk** dran: wenn Du zum Besuch in den Knast gehst, wirst Du durchsucht.

-**Sollten** die Leute vermutlich für längere Zeit einsitzen, empfiehlt es sich, sich um Radio und Schreibmaschine zu bemühen. Erfragt aber vorher die Bedingungen bei der Anstalt, da nicht jedes Gerät zugelassen ist (z.B. manchmal nur Radios ohne UKW).

Koordinierungsgruppenbüro 0341/2119313

Spendenkonto:
Bayrische Vereinsbank
Inhaber: Mirco Rahn
KNr.: 4542533 BLZ.:860 200 86
Kennwort: Connewitz

HAUSDURCHSUCHUNGEN

Wenn die „Herren des MorgenGrauens“ vor der Tür stehen (als Hilfsbeamte der StA.):
bist du wahrscheinlich erst einmal ziemlich schockiert (schließlich bist du nicht auf der Straße und damit relativ anonym mit ihnen konfrontiert, sondern in deinem Rückzugsgebiet- deiner Wohnung)

-**Wichtig**: Bleib ruhig!!
-**Frag** nach, gegen wen sich die Durchsuchung richtet.
-**Laß** dir den Durchsuchungsbefehl zeigen. Bei „Gefahr in Verzug“ brauchen die Bullen keinen. Schau den Bullen zu, guck nach, ob sie etwas in die Bude packen. Mach nach ihrem Abzug sofort eine Bestandsaufnahme und informiere unverzüglich eine AnwältIn (besser noch: rufe sofort bei Eintreffen der Bullen eine AnwältIn an- allerdings kann es sein, daß er/sie nur mit einer Vollmacht zu dir gelassen wird).
-**Du** hast das Recht, daß eine Person deines Vertrauens bei der Durchsuchung dabei ist. Probier deine AnwältIn zu erreichen, es kann auch der/die NachbarIn sein.
-**Laß** von den beschlagnahmten Sachen ein Beschlagnahmungsprotokoll erstellen und laß es dir geben. Bestehe bei der Mitnahme persönlicher Gegenstände (Briefe, Unterlagen etc.) darauf, daß sie verschnürt und versiegelt werden, damit sie nur von der StaatsanwältIn geöffnet werden können.
-**Leg** Widerspruch gegen Beschlagnahmungen ein.

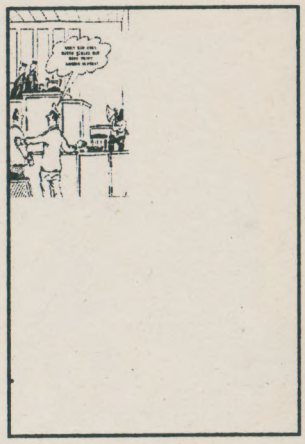
-**NICHTS** UNTERSCHREIBEN!

-**In** WGs oder ähnlichem dürfen sie nur die Räume des im Durchsuchungsbefehl Aufgeführten und alle Räume, die gemeinsam mit dem im Durchsuchungsbefehl Aufgeführten genutzten Räume untersuchen - nicht pauschal alle !!!
-**Natürlich** sollten keinerlei Aussagen- weder von dir noch von deinen MitbewohnerInnen- gemacht werden (außer welche Räume du nicht bewohnst).
-**Nach** Durchsuchungen solltest du davon ausgehen, daß deine Wohnung verwanzt ist!!

Jetzt noch ein paar mehr Worte zur AUSSAGEVERWEIGERUNG

-**Eine** Festnahme, ein Verhör oder eine Hausdurchsuchung trifft dich fast immer unvorbereitet. Das gehört zur Taktik der Polizei. In dieser Situation hat sie dir gegenüber die folgenden Vorteile:
-**Für** dich ist die Situation eine Ausnahme - für sie ist es Routine
-**Du** bist unvorbereitet - sie arbeiten nach genauen Instruktionen und Taktiken.
-**Du** bist von den Personen deines Vertrauens abgeschnitten - die Beamten haben ständig die Möglichkeit, bei veränderter Lage neue Instruktionen einzuholen.
-**Du** kennst deine Rechte nur unvollkommen, sie wissen das.
-**Du** bist nervös und aufgeregt - sie sind cool und darauf gedrillt, deine Nervosität zu ihren Gunsten auszunutzen.
-**Du** weißt nicht, was sie mit dir machen werden, wie lange das Verhör dauert und was sich daraus ergibt - sie haben eine genaue Vorstellung davon.
-**Du** bist ausgeliefert und fühlst dich entsprechend schlecht.
-**Die** Angst und Ungewißheit machen dich fertig - sie rechnen damit.
In dieser Situation sind viele bereit, auf das **gesetzlich garantierte Recht auf Aussageverweigerung** zu verzichten. Für den Wunsch „nur raus hier und es hinter mir haben“ sind manche schon für Jahre ins Gefängnis gewandert, weil sie ihr Recht zu schweigen psychisch nicht mehr wahren konnten. In dieser Lage bist du nicht ChefIn des Verfahrens. Du kannst nicht mit absoluter Sicherheit wissen, ob eine Aussage deine Situation letztlich bessert (meistens ist genau das Gegenteil der Fall..). In dieser Lage kannst du nur spekulieren.

INFO KgB Rechtshilfe



Koordinierungsgruppenbüro 0341/2119313

Spendenkonto:
Bayrische Vereinsbank
Inhaber: Mirco Rahn
KNr.: 4542533 BLZ.:860 200 86
Kennwort: Connewitz

Rechtshilfe INFO KgB

-Die prozessuale Bedeutung der Aussageverweigerung-

-Dein Schweigen hat auch prozessuale Bedeutung. Nur die totale Aussageverweigerung darf bei einer/m Beschuldigten nicht zu ihrem/seinem Nachteil gewertet werden. Sagst du auch nur ein Wort („ich war's nicht!"), so wird dies zu einem Beweismittel, das nach der Rechtssprechung der sogenannten freien tatrichterlichen Beweiswürdigung unterliegt.

-Eine Aussage kann man nicht widerrufen. Man kann nur einer Aussage eine weitere anfügen, die in ihrem Inhalt von der ersten abweicht. Das Gericht ist dann in seiner Wertung frei, welcher es Glauben schenkt. Meist werden dann die Beamten, die die Aussage zustande gebracht haben, in der Verhandlung vernommen, und sie werden ihr übriges tun, die geeignete (nicht für dich) Aussage dem Gericht mundgerecht zu machen.

-Die Spekulation mit deiner Angst-

-So einfach es klingt: Ein wesentliches Instrument der Bullen, mit dem sie versuchen dich kleinzukriegen, ist dir Angst zu machen. Angst hat vor allem die/derjenige, die/der keinen Mut mehr hat, weiter Widerstand zu leisten. Dieser Mut verläßt eineN dann, wenn der Gegner einer/m übermächtig erscheint. Es gehört somit zur Taktik der Bullen, dir zu zeigen, daß Widerstand sinnlos ist, daß man mit dir machen kann, was man will.

Es gibt keine Situation, in der du deine Aussage nicht auch noch in vierzehn Tagen machen könntest!

-Wichtig ist, die Mechanismen zu kennen, die Menschen zum Reden bringen. Eine Vernehmung ist kein Spiel von Frage und Antwort. Sie ist zunächst eine Situation. In dieser Situation handelt man nicht nur bewußt und vernünftig, sondern auch, von unbewußten Regungen gesteuert, teilweise „mechanisch". Der geübte Kriminalbeamte wird, wenn er dich nicht schon kennt, bereits von Anfang an diese Regungen und Verhaltensweisen an dir studieren, um im Verlauf der Handlung in deinem Unterbewußtsein Reaktionen auslösen zu können, die ihn seinen Zielen näher bringen. Viele begreifen dann auch später nicht, wie es zu Aussagen kommen konnte.

-Warum ist es richtig, nichts zu sagen, bevor man mit einer AnwältIn gesprochen hat?-

-Das Gesetz gibt dir als Beschuldigter/m das Recht, dich nicht selbst zu belasten. Das gleiche gilt für ZeugInnen unter den oben genannten Voraussetzungen. Es gibt, vor allem nach einer Festnahme, aber auch sonst, keine Situation, in der du alleine sachlich und juristisch beurteilen kannst, ob deine Angaben tatsächlich einen Vorteil für dich bringen. Du weißt gar nicht, an welchem Punkt deines Verfahrens du bist. Frag erst eine AnwältIn. Wenn sie/er nicht gleich erreichbar ist, warte mit allem, bis du sie/ihn erreicht hast und sie/er kommen kann. Mach dir unter keinen Umständen die Ungeduld oder Eile des Beamten zu eigen. Wenn er es eilig hat, hast du gerade Zeit. Die/der Polizeibeamte hat nur ein Ziel: seinem/ihrem Vorgesetzten ein Ergebnis zu präsentieren. Du bist letztlich scheißegal. Wenn du aufgrund deiner Aussage noch im Knast sitzt, ist sie/er für deine Aussage vielleicht schon befördert worden.

-Wichtig ist auch, sich klar zu machen, daß es keine unwichtigen Aussagen gibt! Oft sind scheinbar banale Fragen nur Mittel zum Zweck. Dein Wille, nichts zu sagen, soll damit aufgeweicht werden und du machst damit Aussagen. Somit wird dir der Schutz „totale Aussageverweigerung" genommen (und in einer solchen Situation ist es der wirkungsvollste Schutz). Oft werden wir damit konfrontiert, daß Leute in ihrem Unterbewußtsein trotz allem an „den Rechtsstaat" glauben und gerade das birgt eine große Gefahr in sich. Denn der Staat mit seinen Verfolgungsorganen ist nicht daran interessiert Vorgänge aufzuklären, sondern Kritik und Opposition, welche einen bestimmten - zu ihren „Spielregeln" gehörenden - Rahmen überschreiten, auszuschalten und mundtot zu machen. Und wie ginge das leichter als sie (und damit dich) zu kriminalisieren. Das erklärt auch ihren unbedingten Verurteilungswillen.

Koordinierungsgruppenbüro 0341/2119313

Spendenkonto:
Bayrische Vereinsbank
Inhaber: Mirco Rahn
KNr.: 4542533 BLZ.:860 200 86
Kennwort: Connewitz

-Manchmal versuchen sie auch, dich mit deinen Aussagen zu erpressen. Es kann z.B. sein, daß sie dir anbieten, dich nicht zu verfolgen (sprich zu verurteilen) wenn du ihnen über andere erzählst. Es kommt also zu einer ***Spitzelanwerbung***, bei der du dich neben allem anderen Streß auch noch total in ihre Hand begibst. Zu so einer Anwerbung kann es auch ohne Verhör kommen, indem du eben einfach mal von (meistens) zwei VS-MitarbeiterInnen angequatscht wirst. Das kann zu Hause, vor der/dem Schule/Uni/Betrieb oder sonstwo sein. Dabei setzen sie natürlich ganz gezielt das Moment der Überraschung und Überrumpelung ein. Sie werden dir erzählen, daß sie einiges über dich wissen und das auch beweisen („tja Franz, du bist doch ziemlich aktiv in der Antifa..." o.ä.)und dich fragen, ob du dich nicht mal mit ihnen unterhalten willst. Lehne das ab und laß dich auf keine Unterhaltung ein oder verabrede dich, wenn du dich der Situation gewachsen fühlst, mit ihnen an einem neutralen Ort. Wie auch immer solltest du jetzt deinen FreundInnen und dem KgB von dem Anwerbeversuch erzählen. Das ist wichtig und wirft auf keinen Fall ein blödes Licht auf dich (das kann jeder/m passieren -wichtig ist nur, verantwortlich damit umzugehen). Wenn du dich mit den VS - Bullen verabredet hast, schicke ein paar FreundInnen hin (unauffällig), die versuchen sollen, die Anwerber zu fotografieren, während sie sich mit dir treffen. Die Bullen können das dann ruhig mitkriegen. Dann solltest du ihnen dann sagen, daß du kein Interesse an einer Zusammenarbeit hast und gehen. Dieser offensive Umgang bietet dir den besten Schutz, da er dich nicht erpreßbar macht.

-Die Entscheidung zur totalen Aussageverweigerung ist auch eine politische Entscheidung (vor allem als ZeugIn). Sich nicht einschüchtern bzw. erpressen zu lassen, läuft dem Kalkül der staatlichen Verfolgungsbehörde entgegen und bietet damit die Gelegenheit, aus einer sehr repressiven Situation einen Schritt nach vorn zu gehen.

Verletzungen

-Falls es auf Demos zu Verletzungen kommt, wende dich an die gekennzeichneten Sanis (sofern welche vor Ort sind). Bilde mit Umstehenden Kreise um die Verletzten, damit sie geschützt sind und die Sanis arbeiten können. Aber versuche nicht im Weg zu stehen! Mach kluge Vorschläge nur dann, wenn sie wirklich klug sind. Hilf mit, verletzte aus der Gefahrenzone zu bringen. Und natürlich wie immer: versuche ruhig zu bleiben und die Übersicht zu behalten. Wenn keine Sanis da sind, geh so schnell wie möglich zum Arzt und laß Dir Deine Verletzungen attestieren. Wenn Du verletzt bist und danach festgenommen wirst, verlang sofort eineN ÄrztIn.

Weitere Infos und Sani- Broschüren erhälst Du über:

Autonome Sanität
Anti- Quariat
Oranienstr. 45
10969 Berlin

(Falls Du wieder mal nicht telefonieren durftest (bei den Bullen- nicht in der WG), findest Du am Ende dieses Textes einen Vordruck für eine **Dienstaufsichtsbeschwerde**. Bitte melde Dich trotzdem bei uns und schreib´ auch ein Gedächtnisprotokoll. Ansonsten viel Spaß bei euren zukünftigen Demos oder Aktionen. Unser Anliegen war nicht, dir Angst zu machen, sondern dich über deine Rechte zu informieren (und darüber, was dich erwarten kann — wenn's Scheiße läuft)! Deshalb immer verantwortlicher Umgang auch miteinander. Mit Fragen kannst du dich natürlich an uns wenden.

Hier noch mal unsere Adresse und Bürozeiten:

KgB c/o Infobüro
Peterssteinweg 13
04107 Leipzig
Dienstag von 14-18 Uhr

Tel.: (0341) 2 11 93 13 **(ansonsten Anrufbeantworter)**

Fax: (0341) 9 60 83 03

Tschüß, Euer KgB!

INFO KgB Rechtshilfe

Koordinierungsgruppenbüro 0341/2119313

Spendenkonto:
Bayrische Vereinsbank
Inhaber: Mirco Rahn
KNr.: 4542533 BLZ.:860 200 86
Kennwort: Connewitz

Der neue Tätertypus

oder:

Der Unterschied zwischen menschlichem und unmenschlichem Morden

Die Faschos haben seit 1989 in der BRD weniger AusländerInnen umgebracht, als deutsche Behörden, die mit der Lösung des „Ausländerproblems" beauftragt wurden. Dabei haben sich die Faschos redlich angestrengt und letztendlich den Wettkampf gegen den deutschen Staat knapp verloren.[1] Während wir bei den Faschos die Täter und Taten kennen (alkoholisierte oder nüchterne, unpolitische, d.h. normale, oder rechtsradikale, d.h. auch normale, parteipolitisch organisierte oder unorganisierte deutsche Jugendliche oder Ältere mit oder ohne Arbeit, mit schwieriger oder sorgenfreier Kindheit, mit oder ohne Vorstrafen, verbrennen, erstechen oder erschlagen AusländerInnen), war bislang über die MitarbeiterInnen in den Institutionen wenig bekannt. Sie morden subtiler, werden von Gerichten noch seltener für ihre Taten belangt, gehen arbeitsteiliger vor und agieren anonymer. Sie lassen ihre Opfer in den deutschen Grenzflüssen ertrinken, durch medizinische Nichtbehandlung sterben, sich in Abschiebeknästen erhängen, erschießen sie auf der Flucht oder spritzen sie bei der Abschiebung zu Tode.

Wer aber sind die Täter in den Abschiebebehörden. Das Ergebnis einer Tiefenstudie unter den wichtigsten Exponenten[2] der Abschiebepolitik in Leipzig und Umgebung ergab: Es sind Linke bzw. halten sie sich dafür. Sie sympathisieren mit der PDS, schwafeln von Sozialismus und imperialistischer Ausbeutung. Sie leiden unter ihrer Arbeit, da ihnen das menschliche Schicksal so nahe geht. Aber sie haben eine Mission zu erfüllen, und dies tun sie unerschrocken: Sie schützen die richtigen Flüchtlinge, indem sie die falschen abschieben. Dabei sind sie genau die, die mit ihrer Arbeit und ihrer ausgewogenen Propaganda den Gesprächsstoff und die Angriffsobjekte für die Stammtischrassisten liefern.

Der sozialistische Parteikader

Wolfgang Bludau ist seit 2 Jahren Heimleiter in der Asylbewerberunterkunft Grimma.

Normalerweise[3] rekrutieren die zuständigen Behörden als Heimleiter zwielichtige Gestalten aus der Unterwelt, deren Firmen einerseits Unmengen an Geld für die Unterbringung abkassieren, anderseits nur einen minimalen Bruchteil davon in das Heim investieren. So sind Quadratmeterpreise von 20 bis 70 DM für einen heruntergekommenen, schlecht beheizbaren Bauwagen keine Seltenheit - Flüchtlinge, die über ein eigenes Einkommen verfügen und per Gesetz in so einem Heim wohnen müssen (das sind z.B. alle, die sich im Asylverfahren befinden und zum Teil welche, die aufgrund der Tatsache, daß sie als AusländerInnen auf dem freien Wohnungsmarkt nichts finden, noch eine Weile nach ihrer Asylanerkennung im Heim wohnen bleiben) müssen diese Miete übrigens aus der eigenen Tasche zahlen. Regelmäßig entzünden sich in Heimen aufgrund der schlechten Wohnbedingungen, der ständig kaputten Sanitäranlagen und dem vorgeschriebenen Paketfraß Streitigkeiten zwischen den Flüchtlingen bzw. den Flüchtlingen und den BetreiberInnen. Also heuert der Heimleiter in Folge private Wachmannschaften an, die er aus seiner Portokasse bezahlt. Um diese Kasse wieder aufzufüllen, denkt sich der Heimleiter was ganz besonderes aus. Er verspricht bei allem, was in seinem Heim passiert, ein Auge zuzudrücken, wenn ihm nur die entsprechende Summe bezahlt wird. Flüchtlinge können ihre illegalen FreundInnen mitbringen und mit ihnen zusammen im Bauwagen, Container oder Russenkasernenzimmer schlafen. (Schon bei der Normalbelegung sind vier Personen auf 12 Quadratmeter keine Seltenheit.) Der Teil der (illegalen) Flüchtlingen, der gelernt hat zu überleben, weiß, daß unter diesen deutschen Umständen für sie als einziger offener Wirtschaftszweig die Kleinkriminalität bleibt. Fortan schleppen sie also ihr Diebesgut und ihre Drogen ins Heim, bieten es allen an,

---

[1]Da die offiziellen Statistiken eher verschleiern als erhellen, habe ich mir keine Mühe gemacht, die aktuellen Zahlen rauszusuchen. Es handelt sich ca. um jeweils 50 Todesopfer.

[2]Das ist natürlich etwas übertrieben. Untersucht wird ein Heimleiter aus Grimma (Heimleiter gibt es viele, die meisten denken so rassistisch wie er), der wahrscheinlich einzige Staatsanwalt in Leipzig, der „Ausländerkriminalität" verfolgt (d.h. Delikte, wegen denen nur AusländerInnen kriminalisiert werden), und einer von drei Ermittlungsrichtern in Leipzig, die die Abschiebehaft gegen Flüchtlinge anordnen. Es fehlen also BeamtInnen der Ausländerbehörde und der Polizei.

[3]Alles was jetzt folgt, ist leider kein sarkastisches Märchen, sondern Alltag in Leipzig. Alle Vorfälle sind belegt und stammen aus den Jahren 1992-1996. Der größte Teil der Vorfälle trug sich in den inzwischen geschlossenen Heimen im Leipziger Süden (Raschwitzer Str.) und im Nordosten zu. Ich gehe davon aus, daß es sich in jeder anderen Stadt genauso verhält.

und da die Räume zum Lagern von Fahrrädern und Gartengeräten zu klein ist, bietet die Heimleiter großzügig[4] den Gemeinschaftsraum an, der eigentlich dazu gedacht ist, daß die Flüchtlinge sich dort aufhalten und ihre Kinder Hausaufgaben machen können. Der Raum bleibt aber immer verschlossen, jetzt erst Recht, wo das ganze Zeug da verstaut ist. Wenn die Polizei mal eine Razzia machen will, und jedes Heim scheint vierteljährlich in den Dienstplänen zu stehen, wird der Heimleiter vorher informiert, versteht sich. Er räumt den Gemeinschaftsraum auf, sorgt dafür, daß die schlimmsten Sachen verschwinden, sonst könnte er ja seine Lizenz verlieren. Die Flüchtlinge werden am nächsten Morgen mit der Knarre am Kopf geweckt und verstehen erst nach mehreren Minuten, daß diese vermummten Brutalos, die alle Bauwagen verwüsten und dabei rassistische Parolen rufen, keine Wehrsportgruppe sind, sondern nur ein Sondereinsatzkommando der Polizei, welches so seine eigenen Methoden der Drogenfahndung hat. Neben den Drogen findet die Polizei ein Dutzend illegaler Flüchtlinge, an denen der Heimleiter nicht schlecht verdient hat. Die nächsten Wochen werden sie noch luxeriöser wohnen: im Abschiebeknast, da kostet ein Zimmer täglich 130 DM. Außerdem dient der Abschiebeknast der Reintegration ins Heimatland, schließlich werden sie dort auch wieder im Gefängnis landen.

Nach der Razzia freut sich der Heimleiter, daß mal wieder frischer Wind ins Heim kommt, d.h. neue Illegale, neues Glück. Alle, die sich zu lange im Heim aufhalten, könnten die Machenschaften aufdecken und sich gemeinsam wehren. Was auch des öfteren vorkommt, aber bevor der Heimleiter gelyncht wird, ruft er schnell die netten Jungs vom SEK kann und schon herrscht wieder Ruhe. Die Presse weidet sich regelmäßig an den Vorfällen im Heim, denn sie belegen immer wieder eins: Ausländer sind kriminell, Drogendealer, Untermenschen (wie die da zu sechst in einer Baracke hausen), ungebildet (fackeln mit ihren Kochplatten und Bügeleisen die Heime ab), rassistisch (wenn's untereinander Zoff gibt) bzw. deutschfeindlich (wenn's das Personal trifft). Ganz selten geht ein Heimleiter mal so weit, daß die Behörde ihn nicht mehr tragen kann. In der Regel verteidigen die Behörde die Betreiber der Heime um jeden Preis. Kritik von Flüchtlingsorganisationen prallt bei den Behörden ab und kommt als Zutrittsverbot der Kritiker für die Heime zurück. Falls aber der Heimleiter in eine nicht zu besänftigende öffentliche Kritik gerät, wird nicht etwa der Heimleiter verhaftet, sondern kurzerhand das Heim geschlossen. Ohne Vorankündigung für die Flüchtlinge, wie bei einer Polizeirazzia, und interessanterweise auch zu gleichen Zeit, früh um fünf. Es bleiben den Flüchtlingen, die da sind, 30 Minuten, um ihre Sachen zu packen, und ab geht es... in ein neues Heim? Nein, nicht in ein neues, auch nicht in ein anderes, sondern in ein Heim des selben Betreibers am anderen Ende der Stadt, was für die nächsten Monate doppelt belegt sein wird. (Wahrscheinlich verlangt der Heimleiter hier aufgrund der Überbelegung für illegale Übernachtungen den doppelten Preis). So viel zur Situation in Leip-

Deportationsbefehle werden heutzutage persönlich zugestellt

[4]Es soll aber niemand denken, normale Heimleiter wären Humanisten, die Verständnis für die kleinkriminellen Überlebensstrategien ihrer Flüchtlinge haben. Ganz im Gegenteil sind sie nach den Faschos, die die Heime angreifen, die zweitschlimmsten Rassisten in diesem Land. Während sich die Faschisten von der Bevölkerung zuweilen bezahlen lassen, die Heime abzubrennen, lassen sich die Heimleiter vom Staat bezahlen, die Heime zu betreiben. Das macht aber keinen großen Unterschied für die Flüchtlinge. Nur die Todesarten weichen voneinander ab. Wenn Heimleiter mit den Flüchtlingen zusammenarbeiten, dann nur auf dem einzigen Gebiet, von dem Heimleiter etwas verstehen, der Kriminalität, und nur aus einem Grund, dem Geld.

zig und anderswo.
Aber, werden viele sich jetzt fragen, ist es überall so schlimm. Nein, es gibt einen Fleck in diesem verruchten Land, an dem alles anders ist. Ihr werdet es ahnen, es handelt sich dabei um den Muldentalkreis, den das sächsische LKA schon in der Hand (nicht der Faschisten!) gefährlicher PKK-Terroristen sieht.[5] Kein Wunder also, daß der deutsche Ableger der PKK (schon wieder falsch geraten, es ist nicht die RAF, sondern nach Meinung der Verfassungsschützer und der Bild-Zeitung, die PDS) mit fester Hand die Amtsgeschäfte im Muldentalkreis führt. Z.B. der oben schon erwähnte Wolfgang Bludau, PDS-Mitglied und Abgeordneter im Grimmaer Stadtrat, wehrhaftester Christ von Grimma, traurigster Witwer von Grimma und zweitbeliebtester Mann von Grimma, gleichzeitig stellvertretender Bürgermeister von Grimma und Heimleiter von Grimma. (Ämterhäufung war schon immer eine sozialistische Tugend). Als Bludau aber auch noch den Rang des philosophischsten Schreiberlings von Grimma erringen wollte, fiel ein dunkler Schatten auf ihn. Vielleicht ist er doch ein Heimleiter wie jeder andere. Lest selbst:
„15.09.1997, 6:43 h. Ich sitze am Frühstückstisch und sehe den ersten Tag meiner Tätigkeit in der neuen Woche entgegen. Die telefonische Anfrage, 05.00 h, nach Vorkommnissen in der Asylbewerberunterkunft ergab, daß in der Nacht erneut Türscheiben zerschlagen wurden. So gehen meine Gedanken spazieren und ich frage mich, was wollen diese Menschen hier in unserem Kulturkreis. Ich denke an meine Frau, die vor wenigen Wochen verstorben ist, verstorben deshalb, weil die Angst um die Zukunft, um die Existenz, ihren Tod verursacht haben. Ich denke daran, daß diese Asylbewerber von meinen Steuergeldern ernährt und gekleidet werden und welches fette, sorglose Leben sie auf Kosten der hier lebenden Menschen in Deutschland führen können. Ich denke an die vielen arbeitslosen Frauen aus meinem ehemaligen Meisterbetrieb, die Tag für Tag um das nackte Überleben kämpfen müssen und vergleiche das mit dem Leben der Asylbewerber, denen es an nichts fehlt, die dafür unsere deutschen Kinder mit Drogen und anderen Giften verführen, zum überwiegenden Teil nicht bereit sind, einer Arbeit nachzugehen, die jeder andere Deutsche, wenn er damit seinen Lebensunterhalt absichern könnte, mit Freuden annehmen würde.
Ich denke an die vielen Gespräche mit Ausländern, denen das Wort Sozialismus nichts sagt und aus deren Worten erkennbar ist, daß sie sich hier in Deutschland nur aus wirtschaftlichen Gründen aufhalten bzw. einer Gruppe angehörten, die nach der Macht in dem jeweiligen Land strebte und auch nur die persönliche Bereicherung zum Ziel hatte.
Ich denke an meine Kindheit und meine Eltern, die nach 1945 auch nicht ausgewandert sind, weil für uns Kinder nichts zu essen da war. Sie sind nicht ausgewandert, sondern haben als Trümmerfrauen, von der ständigen Angst begleitet, durch die Russen vergewaltigt zu werden, mit ihrer Händearbeit ein neues Leben aufgebaut.
Ich denke nach über solche Vereine wie den Leipziger Flüchtlingsrat, die ihre persönlichen Probleme und Eheprobleme versuchen, mit ABM-Mitteln zu lösen.
Ich denke nach über die Kondolenzschreiben zum Ableben meiner Frau und muß feststellen, daß Bundestags- und Landtagsabgeordnete der SPD und CDU mir ihr Beileid übermittelten, nur die PDS, deren Mitlgied und Abgeordneter ich bin, äußerten sich in keiner Weise.
Ich denke nach über die oftmals gehörte Meinung der hier lebenden Menschen, daß sie auch die PDS wählen würden, wenn diese Partei nicht ein so wirklichkeitsfremde Meinung zur Ausländerproblematik hätte.
Ich denke darüber nach, daß ich zur letzten Kommunalwahl die zweitmeisten Stimmen von allen zur Wahl aufgestellten Kandidanten erhalten habe und das Mandat eines stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Grimma erhielt, deshalb erhielt, weil die Bürger der Stadt Grimma mein politisches Wirken als richtig empfunden haben.
Ich denke an Zeiten zurück, wo jugendliche Glatzen des Nachts vor meinem Haus randalierten und brüllten: 'Bludau, du rote Sau, komm raus, wir wollen dich aufhängen'. Ich denke an das Schweigen der PDS zu diesem Vorkommnis und an die energischen Proteste von CDU und anderen Abgeordneten.
Es so gibt so vieles, über was ich nachdenke und mir die Frage stelle, entspricht die Politik der PDS wirklich meinen Vorstellungen von einer sozialistischen Gesellschaftsordnung.
Zu meinen Lebensvorstellungen gehört auch, daß ich meinen christlichen Glauben leben kann und nicht der Angst unterliegen muß, durch den Moslem tyrannisiert zu werden.
Ich bin für ein wehrhaftes Christentum, das in der Lage ist, den durch Gewalt ständig expandierenden Moslem Einhalt zu gebieten und das hier in Deutschland weiter die Priorität erhalten bleiben muß: 'Eine feste Burg ist unser Gott' und 'Kein schöner Land auf dieser Welt'. Ein Minarett ist durchaus eine schöne Sache und touristische Attraktion, aber dort wo es hingehört."
Jetzt müssen sich aber die Glatzen schleunigst bei Bludau entschuldigen, einen besseren nationalsozialistischen Agitator finden sie nirgendwo. Und die CDU muß sich überlegen, ob sie neben den verrückten, stasiverfolgten BürgerrechtlerInnen zum Sammelbecken für deutschtümelnde mutmaßliche Ex-Stasi-Typen werden will. Vielleicht paßt „Bludau, die rote Sau" aber auch gut in die PDS. Diese nämlich (und zwar zuerst das Landtagsmitglied Klaus Bartl) erhielt diesen Brief Mitte September 1997 zugeschickt, zusammen mit einem Entschuldigungsschreiben, in dem Bludau begründet, warum er nicht zu einem Seminar der sächsischen PDS zur Asyl- und Ausländerpolitik in Aue kommen konnte. Dieses Seminar organisierte die ausländerpolitische Verantwortliche der PDS im Sächsischen Landtag extra, damit sie rassistischen PDS-Lokalpolitiker mal etwas aufgeklärt würden. Dazu lud sich die PDS mehrere VertreterInnen von Flüchtlingsorganisationen ein, die zu verschiedenen Themen referieren sollten. Aber leider kam niemand von der PDS und somit blieben die ReferentInnen unter sich und konnten in aller Ruhe mit ABM-Mitteln ihre Eheprobleme lösen. Die PDS äußerte sich bislang nicht öffentlich zu diesem Brief und dem Begleit-

[5]Erinnert sei nur an die Razzia in dem Heim in Bahren (bei Grimma), der angeblichen PKK-Kommandozentrale für Sachsen.(siehe Klarofix 5/97, S. 4-6)

schreiben. Deshalb sei dieses hier auch noch auszugsweise zitiert.

„Wolfgang Bludau [Adresse, Tel.], Grimma, den 14. September 1997

Sehr geehrte Genossen, ich hatte mir fest vorgenommen, zu dieser Beratung in Aue zu erscheinen. Zumal mir eine Genossin, verantwortlich für Ausländerpolitik im Landesverband der PDS, und der Leipziger Flüchtlingsrat bekannt sind.

Bekannt ist mir auch deren blah, blah. In meiner 2jährigen Verantwortlichkeit als Leiter einer Asylbewerberunterkunft (200 Asylbewerber) konnte ich nicht einmal deren Hilfe, wenn benötigt, in berechtigten und dringenden Fällen, feststellen.

Leider konnte ich an dieser Veranstaltung nicht teilnehmen, da wieder einmal, wie so oft, einige der Herren Ausländer, die Asylbewerberunterkunft zerschlagen haben. (...) Wer diese Menschen Tag für Tag erleben muß, hat schon bald seine eigene Meinung zu dieser Problematik.

Vielleicht nur so viel, ich lebe in einer Kultur, die durch viele Generationen meiner Vorfahren geprägt ist. In und mit dieser Kultur möchte ich, meine Kinder und Kindeskinder weiterleben. Wenn also jemand zu mir als Gast kommt, dann erwarte ich einfach, daß er meine Kultur respektiert und sein Auftreten wenigstens so gestaltet, daß er micht nicht stört, denn ich bin hier zu Hause.

Wenn also von Ausländerpoltik gesprochen wird, dann kann das doch nur heißen, diese Menschen so zu befähigen, daß sie lernen in ihren Herkunftsländern eine Wirtschafts- und sonstige Politik zu betreiben, die sie befähigt, die bestehenden Mißstände zu beseitigen. D.h. jeder Asylsuchende, der nach Deutschland kommt wird verpflichtet an Bildungsmaßnahmen teilzunehmen. Jeder Asylsuchende hat, für die Dauer seines Asylverfahrens; allgemeinnützige Arbeit in den Kommunen zu leisten (...) Ich befürworte eine sofortige und rücksichtslose Abschiebung bei groben Verstößen gegen die Prinzipien der menschlichen Moral und Ethik. Ich befürworte eine sofortige Abschiebung bei dem Handel und dem Gebrauch von Drogen, bei Vandalismus, schweren Diebstählen und Vergehen gegen das Leben und die Gesundheit anderer Personen. (...)"

Der Antiimperialist

Die rücksichtlose Abschiebung in solchen und anderen Fällen geschieht ja schon und ist deutsches Gesetz. Sofort nach der Tat klappt zur Zeit noch nicht, denn deutsches Gesetz ist auch, daß erst ein Staatsanwalt ermitteln muß. Im

Daran hat sich die Öffentlichkeit noch nicht gewöhnt. Deshalb sollen sich Abschiebehäftlinge in ihren Zellen erhängen.

Dezernat für Verstöße gegen das Ausländer- und Asylverfahrensgesetz der Leipziger Staatsanwaltschaft arbeitet der Herr Bartel. Er bearbeitet die meisten Fälle der sogenannten Ausländerkriminalität, die ja zum größten Teil darin bestehen, daß ein Flüchtling gegen eine Vorschrift des Ausländergesetzes verstößt, gegen die ein Deutscher nie verstoßen kann (z.B. daß Medien die Schuld für die Produktion des Klischees vom kriminellen Ausländer. Denn der Staat habe die Lage voll im Griff, die Ausländermafia sei nicht in der Lage, die Macht im Lande zu übernehmen, wie so oft behauptet wird. Außerdem, wenn die These von der höheren Ausländerkriminalität befolgt werden würde, wären wir wieder im Dritten Reich,

Trotz ideologischer Nähe ist dieser Mann nicht mit Bludau identisch

er sich außerhalb des im zugewiesenen Kreises aufhält). Auf einer Veranstaltung mit dem Thema „Sind Ausländer krimineller?" zu den interkulturellen Wochen Ende September verneint er diese Frage zu Beginn und gibt den aber das wollen wir ja nicht. Dann erzählt Bartel Episoden aus seiner Arbeit, die dem Erklärungsschema von Bludau „Wer diese Menschen Tag für Tag erleben muß, hat schon bald seine eigene Meinung zu dieser Problematik." sehr nahe kommen[6]. Bartel unterscheidet sich von Bludau nur darin, daß er differenzierter denken kann und wahrscheinlich nicht in der PDS ist, sondern nur offen mit ihr sympathisiert.

Was sich an der Grenze abspielt, darüber will Bartel gar nicht erst reden: „Da können sie jeden Taxifahrer 14 Tage in U-Haft nehmen und dann fragen, warum er sitzt." Ein eigenartiges Rechtsverständnis mit dem Bartel ein Geständnis von den TaxifahrerInnen erpressen will. Sie sollen nämlich alle gegen Geld illegale AusländerInnen über die Grenze bzw. von der Grenze weg transportieren.[7] Da er darüber aber nicht reden will, erzählt er lieber davon, daß die Gefängnisse fest in Ausländerhand sind (weil bei AusländerInnen schon bei kleinsten Deilkten U-Haft angeordnet, da sie keine sozialen Bindungen im Land hätten und deshalb immer die Gefahr des Untertauchens bestehen würde, während deutsche Mörder frei herumlaufen können - wie er kritisch anmerkt): „Ab 4.00 Uhr haben sie in der Beethovenstraße [Gefängnis in Leipzig] nur noch arabische Gebete gehört.". Daß sich die Kulturkreise nicht verstehen, kommt auch bei Bartel, wenn auch nur unterschwellig, zum Vorschein: Da ist die Rede von vermehrten Konflikten in deutsch-ausländischen Ehen (wobei er gleich wieder relativiert, daß solche Ehe von der Nachbarschaft streng überwacht werden, während jeder deut-

---

[6]Bei der Veranstaltung ist übrigens Herr Kesselring anwesend, der in der Leipziger Ausländerbehörde für „aufenthaltsbeendende Maßnahmen" zuständig ist, d.h. die Abschiebungen organisiert. Der bringt es auf den Punkt: „Bei uns in der Abteilung sind keine normalen Ausländer, wir kriegen immer den ganzen Mist, da wird man schnell rassistisch."

[7]Inzwischen entschied ein Gericht, daß TaxifahrerInnen in Grenznähe AusländerInnen nicht fahren dürfen, wenn sie sich vorher nicht die gültigen Aufenthaltspapiere haben zeigen lassen. Ansonsten drohen empfindliche Strafen, wie sie erst kürzlich zwei Taxifahrer aus Zittau aufgebrummt bekommen haben (22 und 16 Monate Haft ohne Bewährung!). Da sich TaxifahrerInnen mit den verschiedenen Aufenthaltspapieren nicht auskennen, werden jetzt überhaupt keine AusländerInnen mehr in Grenznähe transportiert.

sche Ehemann ungestört seine Frau vergewaltigen kann, ohne daß jemand daran Anstoß nimmt), von Großfamilien, wo erst der eine verhaftet wird und wenig später die ganze Familie im Büro des Staatsanwaltes steht und wegen einer Besuchserlaubis rumjammert. Und siehe da, am Tag darauf wird das nächste Familienmitglied verhaftet. Den Zigarettenhandel nicht energisch zu bekämpfen, hieße Steuerausfälle in Millionenhöhe und das Gewaltmonopol völlig aus den Händen zu geben, denn mit dem Zigarettenhandel kommen Drogen und Waffen ins Land.[8] Es gäbe eben Ausländer, die nur wegen der Kriminalität kommen, zu denken wäre da an die Rumänienmafia. Sachsen habe die jetzt im Griff, weil mit der Soko Balkan immer hart zugeschlagen wurde, aber andere Bundesländer plagen sich noch mit der rum.

Bartel hat aber nicht jahrelang im Sozialismus als Staatsanwalt gearbeitet, um dann den Dreckjob für die Imperialisten zu machen. Denn er weiß genau, daß wir, hier in der ersten Welt, „tagtäglich dort in der Dritten Welt was kaputt machen, wenn wir einkaufen, außer natürlich in den 3. Welt Läden". Er schreckt nicht davor zurück, von Ausbeutung und Unterdrückung zu reden, die die Menschen zur Flucht zwingt. Er spricht von deutschen Rüstungsexporten und deutscher Wirtschaftspolitik, so als ob ihm der Spruch „Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt" leicht über die Lippen gehen könnte. Er unterstellt den Deutschen einen krankhaften Wahn, alles zu regeln und zu kriminalisieren, „selbst den kleinsten Ladendiebstahl". Er hält das „Drogenproblem" zu diskutabel. Er empört sich darüber, daß jedem deutschen Schäferhund per Gesetz mehr Raum zugestanden wird ($12m^2$) als einem ausländischem Kind im Flughafenverfahren ($3m^2$). Deshalb gibt er auch offen zu, daß er das Ausländer- und Asylverfahrensgesetz (die beiden Gesetze, auf die sich seine Anklageschriften fast ausschließlich stützen) in weiten Teilen für unzeitgemäß hält. Statt die beiden Gesetze zu ändern („Aber auf micht hört ja eh niemand"), schlägt Bartel vor, Entwicklungs- anstelle von Asylpolitik zu setzen. Denn durch die weltweiten Flüchtlingsströme gingen den armen Ländern wichtige Fachkräfte für den Aufbau verloren: „Bohren sie einen Brunnen in Afrika, und die Leute bleiben in ihrem Dorf" heißt die denkbar einfache Lösung. Und er versucht sich mit „Auch wenn wir eine unterschiedliche Haartracht haben, so denken wir doch sicher ähnlich" bei kritisch Fragenden anzubiedern. Daß sein Denken sich auf Abwegen befindet, wird ihm nicht klar. Daß er in Leipzig einer der wichtigsten Erfüllungsgehilfen der Abschiebemaschinerie ist, will er nicht sehen. Daß ihm seine Gewissenbisse nicht daran hindern, jeden Tag wieder seine schmutzige Arbeit zu tun, fällt ihm nicht auf. Und wenn, dann kann er dies wunderbar rechtfertigen: Wenn er nicht den Posten hätte, wäre jemand schlimmeres da; er dagegen würde die Ermessensspielräume ausnutzen (aber wer zweimal bei ihm auf den Tisch landet, wird abgeschoben, weil Wiederholungstäter). Die Abschiebung der kriminellen[9] Ausländer diene der Integration der friedlichen und rechtschaffenden Ausländer, baue Rassismus in der Bevölkerung ab und verhindere Wahlerfolge von rechten Parteien. Daran kann er aber auch nur glauben, weil er eine sehr ausgefallene Vorstellung von den Ursachen des Rechtsradikalismus hat. Daraufhin angesprochen erläutert er, daß es Intoleranz überall gäbe „auf der Autobahn, wenn der eine den anderen mit 160 überholt oder z.B. früher zwischen Berlin und der restlichen DDR."[10] Bartels Arbeitsplatz ist sein Kampfplatz für die multikulturelle Gesellschaft. Dieses Gesellschaftsmodell heißt in Deutschland nicht etwa Toleranz der Menschen untereinander, egal wie sie leben, was sie denken und wie sie aussehen, sondern bedeutet zuerst die homogensierende Festschreibung der Menschen aufgrund ihrer vermeintlichen kulturellen / nationalen Identität, um dann mit dem Fremden selektiv umzugehen. Die guten in die ausländischen Spezialitätenrestaurants, die schlechten in die deutschen Abschiebeknäste. So wie Bartel, der sich als (Urlaubs-)Liebhaber der arabischen Länder outet („Ich war schon oft da unten und es gibt da so Mentalitäten, die mir sehr gefallen."), glauben die multikulturellen Rassisten, sie wären nur deshalb nicht rassistisch, weil sie nicht alle AusländerInnen eliminieren, sprich abschieben oder abbrennen, wollen. Bartel versteht sich sogar mit seiner Arbeit als antirassistisch, denn er verurteilt Kollegen von ihm (nicht per Anklage vor Gericht, sondern nur moralisch), die bei der Staatsanwaltschaft eine Kopie eines Artikels aus der Bild-Zeitung kursieren ließen, in dem vom „Richter Gnadenlos" die Rede war: Dieser Richter verurteilte einen Ausländer zu 30 Monaten ohne Bewährung wegen einem gefälschten Paß, obwohl die Staatsanwaltschaft nur acht Monate auf Bewährung gefordert hatte. Unter dem in Leipzig verteilten Zettel stand handschriftlich „Zur Kenntnis und zum Nacheifern".

So eine Aufforderung braucht Bartel nicht. Er weiß, daß Ausländer, die nicht in Abschiebehaft genommen werden, weg sind. Daß schon „zigtausende Illegale gibt, die durch Europa vagabundieren." Wer lange in Abschiebehaft sitzt, wäre selbst dran schuld, denn der habe seinen Paß weggeworfen, „Die Ausländer sind ja nicht dumm." Und daß die Knäste so schlecht sind, dagegen kann er nichts tun, da sind die Steuerzahler vor.

Und am Ende kommt die Leier, die man überall von BehördenvertreterInnen hört, die auf ihr rassistisches Verhalten hin angesprochen werden: Ja, man würde viel lieber die großen Fische bestrafen, die deutschen Bauunternehmer, die Illegale beschäftigen, die Schleuser, die deutschen Käufer der Schmuggelware, aber leider gibt das die Rechtslage nicht her, oder sie sind nicht zu fassen oder aber haben so viel Geld und gute Anwälte, daß sie sich da wieder rauswinden können. Die armen Flüchtlinge sind eigentlich nur die Opfer der deutschen

[8]Wir erinnern uns an die gleichlautende Plakatkampagne.

[9]Die jetzt plötzlich so heißen, obwohl sie in der Regel nichts anderes getan haben, als gegen Gesetze verstoßen, die Bartel für unzeitgemäß hält, d.h. Asylverfahren abgelaufen und nicht sofort ausgereist, oder illegal gearbeitet, oder Onkel in der 30 km entfernten Stadt besucht. Oder gegen Gesetze, die laut Bartel nur wegen der Kriminalisierungs- und Regelungswut der Deutschen existieren, wie Ladendiebstahl, Schwarzfahren usw.

[10]Kesselring von der Ausländerbehörde pflichtet dem bei und kennt auch ein schönes Beispiel: „Wenn einer bei der Bundeswehr säuft, denken dann alle, die Armee säuft nur. Daran sieht man, daß die Deutschen gerne pauschalisieren."

Käufer, Arbeitgeber, Schleuser usw. und damit das Opferdasein endlich ein Ende hat, werden die Opfer abgeschoben. Und damit die Opfer nicht freiwillig in ihr Opferverhältnis zurückkehren, erhalten sie zuvor als Strafe für ihr Opferdasein einen mehrmonatigen Gefängnisaufenthalt.

Der Humanist

Wenn Bartel sich dann beim Prozeß gegen einen „kriminellen" Ausländer mit dem Richter und dem Verteidiger darauf geeinigt hat, den Betreffenden lieber schnell abzuschieben als auf Kosten des deutschen Steuerzahlers lange zu inhaftieren, und das dann noch für eine humane Lösung halten, obwohl sie genau wissen, daß die größte Strafe oft die Abschiebung und die damit verbundenen Folgen sind, landet der Ausländer gleich beim nächsten Richter, dem Ermittlungsrichter Tiegelkamp beim Leipziger Amtsgericht. Der verfügt dann die Abschiebehaft gegen den Betreffenden, da dieser in der Regel nicht sofort abgeschoben werden kann.

Tiegelkamp vermittelt nach außen hin den Eindruck, ebenfalls ein ambivalentes Verhältnis zu seiner Arbeit zu haben. Er gibt offen zu, daß seine Anhörungen bei Abschiebehäftlingen maximal 15, meist aber nur fünf Minuten dauern. Auf die Frage, ob denn in dieser kurzen Zeit überhaupt eine Anhörung stattfinden kann, schließlich dauern die Formalitäten (Personalien aufnehmen, Beschluß verlesen und übersetzen, Anhörungsprotokoll verlesen und übersetzen) schon so lange, antwortet er lapidar, in Leipzig würde sich wenigstens noch die Mühe gemacht, Begründungen in die Haftbeschlüsse reinzuschreiben. In anderen Städten wären Abschiebehäftlinge nicht mal drei Zeilen wert. Dann referiert er, daß Abschiebehäftlinge diejenigen in Deutschland sind, die die wenigsten Rechte hätten (z.B. nach der Haftanordnung juristisch dagegen vorzugehen). Aber wem das Gesetz keine Rechte einräumt, dem kann der kleine Ermittlungsrichter auch keine geben. Gerade weil deutsche Mörder sich hinterher über einen U-Haft-Beschluß beschweren können, muß er genau prüfen und abwegen, ob er diesen anordnet. Außerdem, an so einem Mordvorwurf hängt viel dran, da kann man Menschen bis ans Ende ihres Leben stigmatisieren, und da gibt es immer viele Tränen. Wer seine Zeit und Gefühle so für deutsche Schwerstverbrecher verschleudert, hat natürlich nichts mehr davon für Abschiebehäftline übrig. Außer unser Menschenfreund Tiegelkamp: Er habe sogar Bauchschmerzen bei dem ganzen Verfahren, das Asylrecht würde ja auch immer restriktiver, aber er muß sich an die Vorgaben halten. Wenn er zu lasch urteilt, würde das Urteil vom Landgericht wieder einkassiert werden. Heutzutage wird ja keine Politik mehr gemacht, sondern alles auf dem Rücken der Richterschaft abgeladen, da sich die Parteien nicht einigen können. Trotzdem würde er den Abschiebehäftlingen kein Unrecht antun. Er nutze seinen Ermessensspiel-

Heute laufen die Razzien umweltfreundlicher ab

raum aus, und außerdem vertraue er der Ausländerbehörde. Wenn diese behauptet, jemand müsse in den Knast, dann glaubt er das auch und brauche das nicht mehr zu prüfen. Er habe sogar mal die Aussagen der Ausländerbehörde geprüft und das Ergebnis war: Es stimmte alles. Natürlich gibt es Mängel bei der Unterbringung und der Anordnung der Haft. Gerade deshalb findet er es so gut, daß sich Leute für Abschiebehäftlinge engagieren. Von denen will er immer wissen, was er als Richter besser machen könnte. Inzwischen ruft er sogar beim Leipziger Flüchtlingsrat an und empfiehlt, gegen einen Haftbeschluß von ihm oder einem seiner Kollegen zu klagen. Aber die Kollegen vom Flüchtlingsrat sollen sich auch mal vorstellen wie es für sie wäre, wenn sie auf diesem Posten sitzen würden.

So können Tiegelkamp und seine zwei Kollegen stundenlang reden. Wenn es dann aber zu einer Anhörung kommt und ein Beschluß gefaßt werden muß, sind sie willige Vollstrecker des Staates. Sie gehen immer ganz in die Vollen und verhängen die Höchststrafe.[11] Mögen sie in der Anhörung noch so viel Verständnis für den Flüchtling haben, das Urteil wird dann ganz im Sinne der Ausländerbehörde gesprochen. Geht diese mal zu weit, findet sich in der Urteilsbegründung nur ein versteckter Hinweis, daß auch die Ausländerbehörde ihren Pflichten, eine schnelle Abschiebung zu ermöglichen, nachkommen muß.

So z.B. bei Musolo Kunzulu aus Zaire. Er kam im September 1996 zum zweiten Mal in die BRD. Im Jahre 1991 wurde sein erster Asylantrag abgelehnt, obwohl er Mitglied in der Oppositionspartei UDPS war. Er beteiligte sich in Zaire an verbotenen Demonstrationen und Aktionen. 1991 wurde er einem Heim in Leipzig zugewiesen. Nach der Ablehnung des Asylantrages ging er aus Leipzig weg und stellte in Hannover einen zweiten Asylantrag unter einem falschen Namen. Als auch dieser abgelehnt wurde, verblieb er noch einige Zeit illegal in der BRD, nach mehreren Übergriffe durch Faschos und aufgrund der ständigen Angst vor der Polizei, entschloß er sich, nach Zaire zurückzukehren. Dort lernte er seine Frau kennen, die er 1993 heiratete. Die nächsten drei Jahre begann er wieder politisch aktiv zu werden, bis im Jahre 1996 plötzlich Soldaten in sein Haus eindrangen, ihn zuerst mißhandelten und dann seine Frau vor seinen Augen vergewaltigten. Aus dem Gefängnis kamen die beiden nur, weil der Gefängnisdirektor mit der Frau verwandt war. Kunzulu ging guten Glaubens, jetzt endlich als Asylberechtigter anerkannt zu werden, wieder in die BRD und meldete sich in Leipzig bei der Ausländerbehörde. Schließlich konnte er Narben von den Mißhandlungen vorweisen und seine Frau litt an einer schweren Eierstockperforation aufgrund der Vergewaltigung. Die Ausländerbehörde rief jedoch die Polizei, und Herr Kunzulu wurde verhaftet. Ihm wurde vorgeworfen, sich fünf Jahre lang illegal in der BRD aufgehalten zu haben, da er bei seiner Ausreise im Jahre 1992 heimlich die Grenze überquerte, ansonsten wäre er schon damals verhaftet worden. Während Kunzulu bei der Anhörung zur Abschiebehaft einen Asylantrag stellt, wofür sich der Richter aber nicht interessiert, wird seine Frau in ein Heim in Freiberg geschickt. Dort muß sie wegen den Verletzungen dringend operiert werden. Kunzulu muß vorerst drei Monate in der Leipziger JVA in der Kästnerstraße verbringen, was de facto die Maximaldauer darstellt. Da es die Ausländerbehörde nicht schafft, innerhalb der drei Monate Paßersatzpapiere zu besorgen, verhängt der Leipziger Ermittlungsrichter entgegen den gesetzlichen Bestimmungen eine Haft für weitere sechs Wochen. Kunzulu hatte inzwischen einen Selbstmordversuch begangen, sich die Pulsadern aufgeschnitten. Er kam für vier Tage ins Justizvollzugskrankenhaus. Sein Asylfolgeantrag und eine Haftbeschwerde wurden abgelehnt. Der Landesbischof besuchte ihn am 4.10.96 zum Tag des Flüchtlings. Der Bischof reichte eine Petition ein und fordete die Freilassung von Kunzulu. Nach zwei Monaten und mehreren Nachfragen erging endlich eine Anwort aus dem Innenministerium an den Bischof: Zu starkes Drängen beschleunige nur die Abschiebung, wurde er aufgefordert, sich nicht weiter für Kunzulu zu engagieren. Der erste Abschiebeversuch fand am 14. Januar 97 statt. Kunzulu schilderte in einem Brief, was an diesem Tag passierte:

„Heute morgen um 5.30 Uhr kamen 4 Beamte in Uniform, um mich aus meiner Zelle zu holen. Sie brachten mich ins Erdgeschoß. Nachdem sie mich nackt überprüft hatten, forderten sie mich auf, mich anzuziehen. Danach wurden mir Handschellen an Händen und Füßen angelegt, und wir sind nach Berlin gefahren. Dies alles vollzog sich ohne Gewaltanwendung. Auf den Flughafen von Berlin angekommen, wurde ich für eine Stunde in eine Zelle gesperrt. Dann sind zwei Beamte in Zivil gekommen, um mich abzuholen. Sie haben mir erklärt, daß sie mit der bundesdeutschen Botschaft in Kinshasa telefoniert haben; und laut Botschaft wäre es unmöglich, mich nach Kinshasa zurückzuschicken. Mein Zielort sei Brazzaville - im Nachbarland Kongo. Am Terminal sind wir zuerst zum Flugzeug der Swissair und von dort zu einem Flugzeug der Lufthansa gegangen. Zum Zeitpunkt des Einstiegs in das Flugzeug sagte ich ihnen, daß ich nicht bereit bin zu fliegen - wegen meines politischen Problems. Dann begannen sie, mich mit Polizeistöcken auf die Hände und auf den Rükken zu schlagen. Als die Stewardess das gesehen hat, rief sie den Piloten, und als er seinerseits dies sah, hat er sich geweigert, mich zu transportieren. Das war ungefähr 9.00 Uhr. Es waren 5 Polizisten. Dann haben sie mich zurück nach Leipzig gefahren und mir gesagt, daß ich dieses Mal noch Glück gehabt hätte. Aber das nächste Mal, morgen, oder in einer Woche, kommen sie wieder, um mich zu holen."

Ende Januar 1997 wurde die Haft erneut grundlos, d.h. ungesetzlich, 1vom Amtsgericht Leipzig verlängert. Im Februar 1997 wurde Kunzulu nach Zaire abgeschoben. Seine zairischen Freunde in Leipzig haben seitdem nichts mehr von ihm gehört.

[11] Abschiebehaft ist keine Strafe, wird aber von den Betroffenen meist als solche empfunden. Immerhin sind Abschiebehäftlinge in normalen Gegfängnissen untergebracht und werden schlechter als deutsche Straf- und U-Gefangene behandelt. „Höchststrafe" meint hier, daß im Ausländergesetz eine Maximaldauer der Abschiebehaft von 3 bzw. 6 Monaten festgelegt ist, die dann aber bis zu 18 Monaten verlängert werden kann. Die Rechtssprechung geht aber davon aus, daß in der Regel nur kurze Abschiebehaftzeiten rechtmäßig sind.

Morde aus dem Alltag

Zu den Prozessen gegen die Mörder

von Bernd Grigol und Achmed Bachir

Im Jahr 1996 fielen zwei Menschen faschistischen Morden in Leipzig zum Opfer. In beiden Fällen hatten sich die Morde angekündigt, in beiden Fällen hatte das niemanden interessiert und in beiden Fällen werden während der Prozesse genau diese Hintergründe hartnäckig ignoriert. Obwohl offensichtlich ist, daß die Opfer sterben mußten, weil sie schwul bzw Ausländer, in jedem Fall aber undeutsch waren, werden die Gerichte zu dem Schluß kommen, daß es sich in beiden Fällen um Gewalt gehandelt habe. Sonst sei alles normal. Und irgendwie haben sie damit auch recht.

Der 8. Mai

Schon am 7. Mai 1996 hatten sich die späteren Mörder Michael Langbein, Rainer Schmidt und David Däbritz in der von Rene Lehr angemieteten Wohnung in der Gottlaßstraße 5 im Leipziger Sadtteil Wahren getroffen. Im Jahr zuvor war für Schmidt die Bewährungszeit abgelaufen. Bewährungsstrafen hatte er für Überfälle in Leipzig auf ein besetztes Haus in der Sternwartenstraße 1990 und ein von StudentInnen bewohntes Haus in der Berliner Straße Anfang 1991, bei denen jedesmal mehrere Menschen verletzt wurden, erhalten. Eine dritte Bewährungsstrafe erhielt er für einen Überfall auf zwei Menschen, die er und fünf Freunde für „Linke" hielten. Rainer Schmidt und sein Bruder Roland sind als die Schmidt-Brüder seit Anfang der 90er Jahre im harten Kern der Leipziger Faschoszene aktiv. Sie gehören zum Umfeld des ehemaligen Leipziger FAP-Kaders Dirk Zimmermann. Das sie in diesem Kreis immer noch aktiv sind, beweist auch der Kontakt zu dem in der NF-Liste als Mitglied geführten Rene Lehr, der ebenfalls an einem Angriff auf ein besetztes Haus in der Sternwartenstraße beteiligt war, das dabei ausbrannte, und der auch am Überfall auf das Flüchtlingsheim in Eilenburg am 4.10.1992 teilnahm.

Aber auch der an dem Mord beteiligte Michael Langbein kann auf eine Verurteilung u.a. wegen Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole zurückblicken. Danach hat er nach Angaben seines Anwalts allerdings „erfolgreich" ein Anti-Aggressionstraining absolviert. Und auch bei Schmidt konnten die Gerichte immer wieder eine Abkehr von dem bei seinen Taten so unverhohlen zum Ausdruck gekommenen faschistischen Hintergrund feststellen, so daß die Sozialprognosen immer wieder zu Bewährungsstrafen führten. Inzwischen waren also alle wieder in der Gesellschaft fest integriert.

Darüber was dann am 8. Mai 1996 geschah, wurde bereits im letzten Klarofix ausführlich berichtet. Langbein, Schmidt und Däbritz verprügeln und mißhandeln den als schwul bekannten Bernd Grigol vor seiner Haudtür auf sadistische Art und Weise. Als dieser nur noch röchelnd am Boden liegt, versetzt Däbritz, der später angibt, er habe das Röcheln nicht mehr hören können, Bernd Grigol insgesamt 36 Messerstiche am Hals und im Brustbereich.

Der von den Mördern angerufene Markus Wendt fährt dann den bewegungslosen Körper von Bernd Grigol, der in eine Decke gewickelt ist, in ein Waldstück bei Leipzig, wo ihn die Mörder in einen Steinbruch werfen.

Die Gerichtsmedizin stellt, nachdem der Leichnam gefunden wurde, fest, daß der Tod durch Genickbruch eintrat.

Noch in der selben Nacht greift wahrscheinlich Langbein einen malyischen Flüchtling an. Der Mann kann mit leichten Verletzungen fliehen und so sein Leben retten. Inzwischen wurde er abgeschoben.

Der 23. Oktober

Norman Eisenschmidt und Daniel Zinsmeyer, die sich aus einer Berufsschule für Jugendliche mit sozialen- und Lernschwierigkeiten kennen, in der Eisenschmidt seine Lehre absolviert, treffen sich zwischen 11.00 und 12.00 Uhr. Sie kaufen einen Kasten Bier und beginnen sofort, ihn zu leeren. Am nahe gelegenen Reclamgymnasium treffen sie auf einen aus Moçambique stammenden Schüler, dem sie ein Bier und eine Diskussion über Ausländer aufzwingen. Auf Anweisung von Zinsmeyer spielt Eisenschmidt mit seinem Butterflymesser demonstrativ herum. Beide sind schon leicht angetrunken und äußern, sie hätten im Grunde nichts gegen Ausländer, die arbeiten, aber Kriminelle und Hütchenspieler müßten raus. Da die Mutter des Schülers hier studiert habe, sei er schon o.k.

Obwohl diese Diskussion nicht aggressiv geführt wird, gelingt es dem Schüler erst ihr zu entkommen, als eine Lehrerin Eisenschmidt vom Pinkeln in einen Papierkorb abhalten will. Eisenschmidt bedroht die Lehrerin sofort mit seinem Messer. Zinsmeyer gelingt es jedoch, ihn zu beruhigen. Danach verlassen beide mit ihrem Bierkasten den Ort des Geschehens.

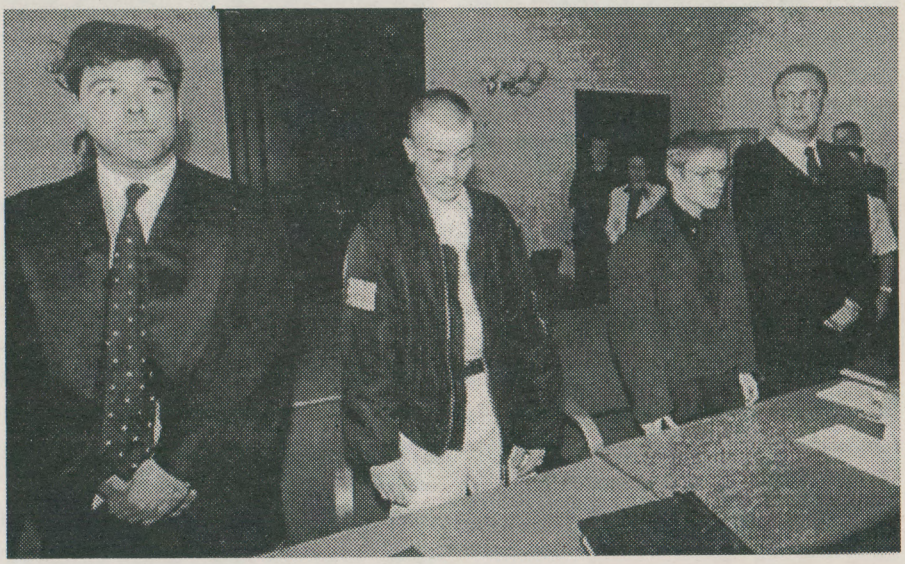
Als sie später am Augustusplatz gröhlend in eine Straßenbahn einsteigen, ist ihr Bierkasten schon erheblich leerer. Nach ein paar faschistischen Sprüchen über Hitler und das 3. Reich verwickeln sie einen Fahrgast in ein Gespräch. Als der sich auch noch dazu hinreißen läßt, Zinsmeyer die Hand zu geben, stellt dieser fest, der Mann sei in Ordnung und weist Eisenschmidt, der die ganze Zeit mit seinem Messer herumfuchtelt, an, ein wenig ruhiger zu werden. In der Straßenbahn erzählten sie freimütig, sie hätten es darauf abgesehen, einen Ausländer im Stadtteil Lindenau abzustechen. Eisenschmidt stieß außerdem Drohungen gegen „Russenschweine", „Kommunistensäue" und andere wüste Beschimpfungen gegen Gott und die Welt aus. Sprüche, wie „Diesen Moslem stechen wir ab" und „Den bringe ich um", fielen. Währendessen fuhr die Straßenbahn aber nicht nach Lindenau sondern in die entgegengesetzte Richtung.

Gegen 18.00 Uhr tauchen die beiden dann in einem Gemüseladen auf. Nachdem die zwei

Verkäuferinnen dort ihnen keine Auskunft über eine Apothekeund die Richtung zum Täubchenweg geben können, werden die beiden aggressiv. Sie beschimpfen die Frauen als „Türkenfotzen“ und „Türkenschlampen“ und drücken sie mit einer Rolltheke an die Wand. Dabei zückt Eisenschmidt auch sein Butterflymesser, welches dann wider verschwindet und von den Verkäuferinnen im Verlaufe der Auseinandersetzung nicht wieder gesehen wird. Auf die Aufforderung, den Laden zu verlassen, reagieren Eisenschmidt und Zinsmeyer nicht. Die beiden Verkäuferinnen rufen dann Achmed Bachir, der als Aushilfskraft arbeitet und an den Auslagen vor dem Laden beschäftigt ist, zu Hilfe. Achmed kommt mit geöffneten Armen in das Geschäft und versucht, beide freundschaftlich und bestimmt zum Verlassen des Ladens zu bewegen. Diese gehen jedoch auf Achmed los; es kommt zu einer Prügelei mit Obstkisten. Scheinbar gelingt es Achmed Bachir schließlich, die beiden etwas zu beruhigen.

Er legt seinen Arm um den kleineren Eisenschmidt und schiebt ihn aus dem Laden. Inzwischen benachrichtigt eine der Verkäuferinnen die Polizei. Da flammt bei Zinsmeyer die Aggression wieder auf. Er brüllt herum: „Du Türkenschwein, kriegst Probleme mit unseren Kumpels, wir sind Skins, wir machen Dich tot“ und rennt hinaus. (Bei der späteren Verhandlung wiegelt er seine Worte als reine Provokation ab, er sei lediglich wütend gewesen, und hätte dies natürlich nicht ernst gemeint, aus der rechten Szene hätte er schon damals heraus gewollt. Sein Äußeres, z.B. die während der ersten Verhandlungstage getragene Bomberjacke mit Deutschlandliedaufnäher lassen da andere Schlüsse zu.) Was genau passiert, als sich die drei vor dem Laden befinden läßt sich nicht mehr rekonstruieren. Als Achmed Bachir den Laden wieder betritt, hat er im Brustbereich eine Stichwunde, an der er verblutet. Die beiden Täter haben aber noch nicht genug, sie bewerfen den Laden mit Apfelsinen und Pampelmusen, ehe sie langsam abziehen. Von den PassantInnen auf der Karl-Liebknecht-Straße fühlte sich niemand zum Eingreifen genötigt.

Als die beiden kurze Zeit später auf der Bernhard-Göring-Straße festgenommen werden, wird bei Eisenschmidt das blutverschmierte Butterflymesser gefunden. Dessen Aussagen bei der Polizei sind wirr und widersprüchlich. Erst sagt er, er habe eine der Frauen wegen Bieres erstochen, dann, er müsse sagen er habe Achmed Bahir erstochen, da Zinsmeyer sein Freund sei und er einen Kameraden mit gleicher rechter Gesinnung nicht verraten dürfe. Schließlich trägt er die Version vor, der auch die Staatsanwaltschaft in ihrer Anklageschrift folgt. Danach hat Zinsmeyer auf Achmed eingestochen und daraufhin steckte Eisenschmidt das Messer wieder ein. Nach Zinsmeiers Einlassung vor Gericht, hatte er das Messer im Laden nie in der Hand, sah jedoch auch nicht wie Eisenschmidt zustach, stand er doch nach seiner Aussage 2 bis 3 Meter von den beiden entfernt, um „mich mit meinen Apfelsinen zu beschäftigen“. Einer der beiden hat jedenfalls zugestochen, wer wird nicht mehr zu klären sein. Klar ist, daß beide schon Stunden vorher mit offener Aggressivität und lauthals geäußerten ausländerfeindlichen Parolen und Drohungen durch die Stadt zogen, ohne daß jemand eingriff. Was hätte noch geschehen müssen, um die niederen Beweggründe der Mörder sichtbar zu machen?



Daniel Zinsmeyer und Norman Eisenschmidt

Öffentliche Meinung und Vorgehen der Justiz

Bei allen Unterschieden sind die Ergebnisse der öffentlichen Betrachtungen doch ziemlich gleich. Der Schwulenbeauftragte der Stadt Leipzig, Thomas Krakow, weiß zwar, daß Bernd Grigol von Faschisten umgebracht wurde, wie alle anderen Vertreter von Interessenvertretungen von Schwulen hält er es aber nicht für nötig, sich dazu öffentlich zu äußern. Im Gerichtssaal sind die faschistischen Strukturen, zu denen die Mörder, ihre Helfer und Mitwisser gehörten, nur im Publikum sichtbar. Dort tummelt sich der schlimmste Kreis militanter Faschisten aus Leipzig und Umgebung. So taucht neben Mitgliedern der Leipziger Faschoband Oiphorie regelmäßig der als Schläger bekannte Steffen Rinck aus Grethen auf, der zum harten Kern der Wurzener Faschistenszene gehört. Rinck beteiligte sich an Überfällen und war Mitglied der Aktion Neue Rechte Muldentalkreis (ANR). Auch das ANR-Mitglied Thomas Jurisch, der als Kameradschaftsführer in Grimma agiert, war anwesend. Mark Hildebrandt, der bei einer Flugblattaktion in Wahren gegen den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der NPD, Jürgen Schön, einem Antifa den Arm gebrochen hatte und mit Lehr am Überfall auf das Eilenburger Flüchtlingsheim beteiligt war, ließ sich ebenfalls blicken. Sie alle gehören zu einer größeren Gruppe von FaschistInnen, die den gesamten Prozeß beobachten.

Das Gericht interessieren die Hintergründe allerdings nicht. Im Gegenteil, alle ZeugInnen, die darüber Aussagen machen könnten, werden nicht gehört. Am vierten Verhandlungstages stellte der Richter den Mördern dann noch eine Verurteilung wegen vorsätzlichen oder gar fahrlässigen Vollrausches statt gemeinschaftlichen Mordes in Aussicht. Ihr Fah-

rer könne auf ein Urteil wegen versuchter Strafvereitelung rechnen, von Beihilfe zum Mord wird schon gar nicht mehr geredet. Ein Gutachter hatte zuvor ausgesagt, die Handlungen ließen auf verminderte Schuldfähigkeit, aber keinesfalls auf Schuldunfähigkeit schließen.

Viel besser sieht es bei dem Prozeß gegen die Mörder von Achmed Bachir auch nicht aus. Zwar sorgt hier ein Nebenkläger dafür, daß der Mord nicht gleich zu Anfang „Teufel Alkohol" in die Schuhe geschoben wird, jedoch hat die Staatsanwältin schon vor Prozeßbeginn ermittelt, ein rechtsradikales Motiv käme nicht in Frage. Einziger Beweis ist die fehlende Anbindung an faschistische Parteien der beiden Täter.

Trotz der Ankündigung der Tat mit den „normalen" Parolen den ganzen Tag über, hat sich der Ausländerbeauftragte der Stadt Leipzig, Stojan Gugutschkow, zu der Behauptung verstiegen, es hätte jeden Ladenbesitzer treffen können. Und so sind dann auch die bisherigen Ermittlungsergebnisse des Gerichts. Der Tagesverlauf war normal, zwei sowieso gewaltbereite, angetrunkene Jugendliche ziehen Stammtischparolen nachquäkend durch die Stadt; aber dann im Gemüseladen, sei die allgemeine Aggressivität der Täter explodiert. Die Anklage erwähnt zwar die rassistischen Äußerungen, die der Tat vorausgingen, dann lautet sie aber neutral auf „Mord aus niederen Beweggründen" und das ist eben kein rassistischer Mord. Auch in diesem Prozeß prägen eher ausgeprägte Verhandlungspausen, als eine auf Wahrheitsfindung über die Inhalte der polizeilichen Vernehmungsprotokolle hinaus gerichtete, zügige Prozeßführung das Bild. Aber was ist besser geeignet, das Interesse der Öffentlichkeit insbesondere der Medienvertreter im Zaum zu halten, als die Verhandlung bis zur nächsten Pause dahinplätschern zu lassen, nur nicht zu detailliert nachzufragen (wenn jemand Fragen stellt, die in die Richtung zielen, mehr als das aus den Ermittlungsakten ohnehin klar Hervorgehende zu erfahren, so sind das mit Sicherheit nicht Richter und Staatsanwältin) und sich den so gut eingeteilten Verhandlungstag auch nicht durch unerwartete Einlassungen der Angeklagten durcheinanderbringen zu lassen. Als Eisenschmidt am zweiten Verhandlungstag eine Erklärung abgeben will, lehnt dies der Richter mit dem Hinweis, die Vernehmung der Angeklagten sei am ersten Tag vorgesehen gewesen und die Zeit nun zu knapp, ab und schickt alle erst mal für 1 ¾ Stunden in die Mittagspause. Eisenschmidt wird dann zwei Verhandlungstage später gefragt, ob er sich noch äußern möchte, will er nicht...

Das Urteil wurde vor Redaktionsschluß noch nicht verkündet. Die richterlichen Hinweise schließen auch eine Verurteilung wegen gemeinschaftlichen Totschlages bzw. Körperverletzung mit Todesfolge nicht aus. Bei Eisenschmidt, dem von Gerichtspsychologen und Sozialarbeitern der geistige Horizont eines 15jährigen bescheinigt wurde, und der dem Klischee des Mitläufers, in dessen Kopf sich zwar nicht viel, aber immerhin diese oder jene rechten Gewaltparolen und Gedanken befinden, voll entspricht, wird sicherlich Jugendstrafrecht angewandt.

Bei Zinsmeyer, dem intelligenteren, selbst-(und natioal)bewußteren der beiden, von Eisenschmidt als Autorität anerkannt, ist das eher unwahrscheinlich. Als Zinsmeyers ehemalige Verlobte nach seiner politischen Einstellung insbesondere gegenüber Ausländern befragt wurde, antwortete sie „normal". Wie recht sie doch hat.

Wie auch die Urteile lauten, der Verlauf der Prozesse hat alle Vorurteile bestätigt: die Presse hat zwar ausgeplaudert, daß Rassismus und Homophobie zwei Menschenleben forderten, aber die Gerichte werden diesen Eindruck revidieren. Die Statistiken werden, um rechtsradikale Morde bereinigt werden. Und den Mördern wird bedeutet, daß sie, abgesehen von ihrer Gewalttätigkeit, ganz normale Deutsche sind.

Alpha und Omega

Redebeitrag für die Kundgebung am 29. 9. 1997

Wir stehen hier an der Stelle, an der Achmed Bachir vor 11 Monaten von deutschen Rassisten erstochen wurde.

Heute hat der Prozeß gegen die beiden Mörder vor dem Leipziger Landgericht begonnen. Es ist nicht das einzige, sondern eines von mehreren Gerichtsverfahren, in welchem zur Zeit deutsche Rassisten oder Neonazis angeklagt sind wegen ihrer mörderischen Angriffe auf MigrantInnen und andere Menschen, die dem Bild des „anständigen Deutschen" nicht entsprechen.

Manche werden sich fragen, warum wir heute hier demonstrieren. Schließlich können wir damit weder den toten Opfern helfen noch die Täter bestrafen. Das stimmt - aber eben nur fast. Wir stehen hier, weil die Art und Weise, in der deutsche Justizbehörden diese Morde pflichtgemäß abwickeln, einmal mehr die Motive und die gesellschaftlichen Hintergründe solcher Verbrechen verleugnet. Und somit dafür sorgt, daß sie als unausweichliche Naturkatastrophen hingenommen und die Opfer schnell vergessen werden. Während die Ursachen für den Morde an Achmed Bachir und anderen unangetastet bleiben und weiter bestehen.

Erinnern wir uns deshalb zunächst, was geschehen ist:

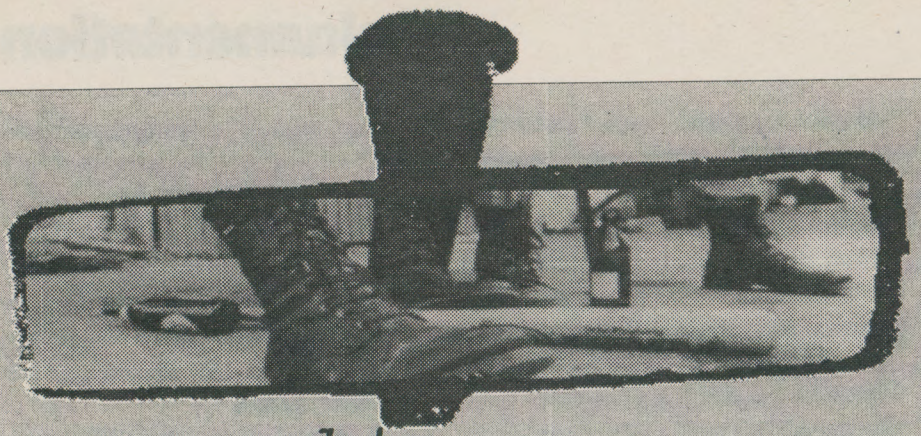
Achmed Bachir arbeitete hier in diesem Gemüseladen an der Karl-Liebknecht-Strasse, letztes Jahr am 23. Oktober. Unmittelbar vor Geschäftsschluß stürmten die beiden Täter, Daniel Z. und Norman E., damals 20 und 18 Jahre alt, in den Laden und randalierten. Sie schmissen Obst- und Gemüsekisten um, sie bedrohen die Verkäuferinnen und beschimpfen mit rassistischen Sprüchen: „alte Schlampen, Türkenweiber" brüllten sie.

Achmed versuchte die Täter zu beschwichtigen. Er schaffte es noch, sie bis zur Tür zu begleiten. Dann zog einer der beiden Deutschen plötzlich ein Messer und stach zu. Einfach so, ohne Warnung und ohne Skrupel. Wie so oft in diesem Land.

Achmed Bachir hatte keine Chance. Für ihn kam jede Hilfe zu spät: er starb kurze Zeit später am Tatort. Die Mörder wurden noch am selben Abend von der Polizei gefaßt.
An ihrer Täterschaft gibt es keinen Zweifel. Umso mehr wird hingegen versucht, die rassistische Motivation auszublenden.

Von Anfang an hat die Staatsanwaltschaft Leipzig deutlich gemacht, daß Rassismus als Tatmotiv für sie nicht in Frage kommt. Die rassistische Beschimpfung der Verkäuferinnen, die selbst die Leipziger Lokalpresse nicht leugnen konnte, wurde als belangloses Gerede abgetan: Aus „irgendeinem ausländerfeindlichen Ausdruck", könne man noch nicht auf eine entsprechende Gesinnung schließen, erklärte der Leipziger Staatsanwalt Moser am Tag nach dem Mord gegenüber der Tageszeitung „junge Welt".
An dieser Sichtweise hat sich elf Monate später offensichtlich kaum etwas geändert. Nach „umfangreichen ergebnislosen Recherchen" kam Oberstaatsanwalt Röger, der die Anklage gegen Daniel Z. und Norman E. vertritt, zu dem gewünschten Ergebnis: „Die bisherigen Hinweise haben den Verdacht eines ausländerfeindlichen Angriffs nicht bestätigt." behauptete er kurz vor Prozessbeginn (jungle world, 25. 9. 97).
Wir fragen uns: was für die Hinweise hätten diese Statsanwälte denn überhaupt durch ihre schwarz-rot-gold gefärbten Brille durchgehen lassen? Vielleicht hätten die Täter erst Mitglied im Bundesvorstand der NPD oder der DVU werden müssen, damit ihre ausländerfeindliche Motivation staatlich anerkennt wird?!
Doch wie der andere zur Zeit laufende Mordprozeß gegen die vier Neonazis aus Wahren zeigt, würde wohl selbst das noch nicht ausreichen: Obwohl dort die Täter offensichtlich zur Wahrener Nazi-Szene um den dort wohnenden NPD-Bundesvorsitzenden Jürgen Schön gehören, schweigt die Leipziger Staatsanwaltschaft sich auch hier beharrlich über die Gesinnung dieser Mörder aus.
Und damit steht sie alles andere als alleine da: Erinnern wir uns nur an „unseren" sensiblen Oberbürgermeister Lehmann-Grube, dem bis zum 1. Mai dieses Jahres angeblich nie ein rechtsradikales Potential in seiner Stadt begegnet sei.
Oder seinen Ausländerbeauftragten, welcher den Mord an Achmed Bachir mit den Worten kommentierte: „Es hätte auch irgendeinen Deutschen treffen können".
Oder jenen Journalisten der Leipziger Volkszeitung, der damals die Frage: „Woher kommt nur soviel Gewalt?" für unbeantwortbar erklärte, dafür aber eines ganz genau wußte, nämlich „Haß sät nur neue Gewalt". Gemeint waren damit nicht die Rassisten, sondern die antirassistischen Gruppen, die auf diese Weise mit den Tätern gleichgesetzt wurden.
Tun wir also nicht so, als handele es sich hier nur um einige reaktionäre deutsche Beamte, um ein paar Idioten mit Brett vorm Kopf. Die Linie der Staatsanwaltschaft entspricht im Grunde genau der Art und Weise, wie die deutsche Gesellschaft seit mehr als 50 Jahren mit ihren Verbrechen umgeht. Mit allen Mittel wird verleugnet, daß die Tätern aus den eigenen Reihen, aus den eigenen Familien, aus dem eigenen rassistischen, antisemitischen Milieu kamen und kommen. Wenn überhaupt, dann waren es immer nur DIE NAZIS, also die anderen, und auch das waren nur ziemlich wenige verrückte Einzeltäter, angeblich nur unglücklich verführte Mitläufer.
So auch heute: wenn Deutsche sogenannte Ausländer ermorden, soll das nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun haben, sondern eher z. B. mit Alkohol, Angst, Arbeitslosigkeit, Familienkrach, schlechter Laune, schlechtem Wetter. Dabei zeigt die ans Lächerliche grenzende Beliebigkeit, mit der all diese sogenannten Gründe immer wieder zur Entschuldigung der Täter herangezogen werden, vor allem eines: Es genügt offenbar tatsächlich ein nichtiger Anlaß, ein beliebiger Auslöser, damit ganz normale Deutsche zu Killern werden und sie ihre Vernichtungsphantasien in die Tat umsetzen. Manche von ihnen sind organisierte Nazis, andere sind es nicht. Manche sind betrunken, andere sind nüchtern. Wenige werden bestraft, unzählige laufen frei herum. Sie wissen, was sie tun, und vor allem wissen sie, wem sie es anzutun haben.
Aber davon wollen Staatsanwalt und deutsche Öffentlichkeit nichts wissen. Sie wollen nicht aus irgendwelchen rassistischen Äußerungen auf eine entsprechende Gesinnung und schon gar nicht auf eine daraus motivierte Mordbereitschaft schließen. Wie sollten sie auch? Schließlich müßten sie dann auch ihre eigene Ausländerfeindlichkeit, ihre eigenen Vorstellungen von deutscher Ordnung, ihren eigenen Umgang mit den als fremd Stigmatisierten betrachten und daraus schließen, daß vielleicht auch sie potentielle Mörder sind.
Und gerade das wollen sie am allerwenigsten. Die anständigen guten Deutschen wollen sich in den mörderischen Taten, die aus ihrem gemeinsamen Ausgrenzungs- und Vernichtungswahn gegenüber Nichtdeutschen entstehen nicht mehr wiedererkennen.
Und so können sich die Täter auch weiterhin sicher sein, daß sie für ihr mörderisches Handeln zwar manchmal ins Gefängnis kommen, im Großen und Ganzen aber mit akzeptierender Sozialarbeit, Jugendkulturprojekten, neuen rassistischen Gesetzen, noch umfassenderer Kriminalisierung von MigrantInnen und noch schnelleren Abschiebung jener sogenannten Kriminellen belohnt werden.

Leipziger Staatsanwälte und Richter sorgen dafür, daß die Ausblendung des rassistischen deutschen Alltags auch institutionell abgesichert und aktenkundig wird. So wie es aussieht, werden wir sie leider nicht daran hindern können. Aber zumindestens ein wenig stören wollen wir sie. Und gehen deshalb gleich weiter zum Landgericht.



Der rechte Rückspiegel

Antisemitismus hat in Deutschland eine lange Tradition, und solange es einen Konsens zwischen deutsch-nationaler Regierung und dummtröger Masse gibt, wird diese fortleben. Im brandenburgischen Gollwitz wurden nach Protesten der Einwohner 60 jüdische Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion abgewiesen. Aber die Dorfbewohner sind natürlich keine Ausländerfeinde und die Ausländerbeauftragte spricht von "diffuser Planung" der Behörden. Und wer ist schuld? Natürlich das soziale Elend. Nach der Schließung der LPG macht den Gollwitzern das Leben einfach keinen Spaß mehr, so z.B. die junge Welt in einem zweiseitigen Hintergrundbericht, und dann sollen ausgerechnet sie auch noch den Juden ihre Gastfreundschaft entgegenbringen? Na, da hört der Spaß ja nun wirklich auf.

Ganz unspaßig kann es auch werden, wenn mensch, an einer Straßenbahnhaltestelle zum Beispiel, einen anderen Menschen ansieht. Besonders schlimm wirken sich in diesem Zusammenhang lange Haare aus, denn mit folgendem muß gerechnet werden: Der durch Blickkontakt Belästigte sagt: "Ist was, Du langhaarige Zecke?" und anschließend bekommt mensch einen Schlag auf das Nasenbein. Steigt nun der Schläger in die Straßenbahn, verprügelt er aus lauter Verzweiflung, weil er als Gerüstbauer im sozialen Elend lebt, einen Portugiesen, dem er zum krönenden Abschluß ein Messer in den Bauch rammte. So geschehen am 13. Januar 1997 in Leipzig. Nun darf er neuneinhalb Jahre im Knast über sein soziales Elend heulen. Rassismus wird natürlich auch in diesem Fall (bei der Verhandlung Mitte September 1997) ausgeschlossen.

Einen "fremdenfeindlichen Hintergrund" kann die Staatsanwaltschaft ebenfalls bei den Mördern von Achmed Bachir nicht entdekken. Der Prozeß wurde am 29.9. im Landgericht eröffnet. (siehe dazu Klarofix Okt.1997) Ein Urteil gab es zu Redaktionsschluß noch nicht.

Bundesinnenminister Kanther hat sich nun mit den Ursachen für (jugendliche) Gewalt und mögliche Gegenmaßnahmen beschäftigt. In seinem Bericht heißt es, daß viele Jugendliche angesichts ihres Alters sowie des Bildungsstandes über kein "geschlossenes, ideologisch reflektiertes, rechtsextremistisches Weltbild" verfügen. Das ausländerfeindliche und rassistische Gedankengut sei häufig die Aneinanderreihung von Phrasen und Vorurteilen, die auch in der Bevölkerung anzutreffen sind. Na, um so schlimmer, Herr Kanther, denn mit Phrasen und Vorurteilen scheint man in Deutschland schnell politischen Einfluß zu erzielen. Und seien Sie mal ehrlich, wenn Sie nicht so alt und kraftlos wären, würden Sie doch auch gerne mal einen Ausländer verprügeln? Zur Bekämpfung schlagen sie vor, die "gesamtgesellschaftlichen Ursachen schärfer in den Blick zu nehmen". Aber da Sie auf beiden Augen blind sind, werden höchstens die Polizeihunde schärfer. Was heißt eigentlich "gesamtgesellschaftliche Ursachen"? Wir wissen doch längst: das soziale Elend ist schuld...

In Wurzen hatte ein gezielter Überfall von Faschos am 2.10. in der Nähe einer Punkerkneipe schwere Folgen. Mehrere Punks wurden krankenhausreif geschlagen und ihre Autos vollständig zertrümmert. Die Ordnungshüter waren wahrscheinlich inzwischen beim Polizeimeister der Direktion Grimma zu Gast, der ihnen das neue NPD-Programm ans Herz legte. Seine rechtsradikale Gesinnung fiel den Kollegen deshalb sofort auf. Bereits für die verbotene NPD-Demo am 1..Mai in Leipzig hatte der Beamte Busse für seine Kameraden besorgt. Nun wurde er vorläufig vom Dienst suspendiert.

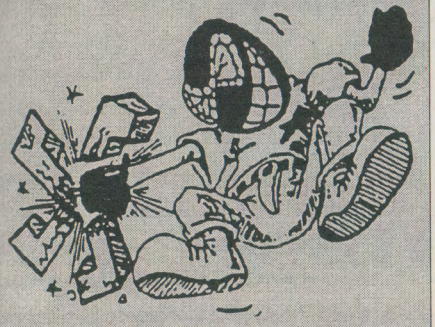
Für ein Verbot der rechtsextremistischen Organisation "Die Nationalen" hat sich der Leiter des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz, Eduard Vermander, ausgesprochen. Außerdem schloß er nicht aus, daß die sogenannte Neue Rechte, die nach Einschätzung der Behörde eine Scharnierfunktion zwischen "etabliertem Konservatismus" und Rechtsextremismus hat, im nächsten Jahresbericht des Berliner Verfassungsschutzes erstmals berücksichtigt wird.

Während der Verfassungsschutz noch überlegt ob und wie, sollte Gaststättenbesitzern in Leipzig schon mal klar werden, daß es sich keinesfalls lohnt, Nazis Raum zu bieten. So herrschte, nicht lange nachdem am 28. Juni in der Gartenkneipe beim TuS Leutzsch ein Konzert mit „Oiphorie", „Schwurbrüder", „Forever" und „Reichssturm" stattfand, ein gar übler Geruch in den Räumlichkeiten. Mit dem entgegengesetzten Problem hat die Spichernhöhe zu kämpfen: Dort hatte die NPD im Frühling ihre Vorbereitungen für den geplanten Aufmarsch zum 1. Mai koordiniert, jetzt im Oktober zog die Herbstluft ungehindert durch viele zerbrochene Scheiben.

Die BILD-Zeitung verrät uns am 1.Oktober, daß es sich beim Ku-Klux-Klan um militante US-Rassenfanatiker handelt, die jetzt auch in Leipzig eine Filiale "Weiße Ritter, Detektei & techn. Dienstleistung" in der Berliner Straße eröffnet haben. Zitat: "Viele Leipziger, die an diesem Büro vorbeigehen fragen sich ratlos: Was ist das bloß für eine Firma, die so offen mit Gewalt-Symbolik Reklame macht?" Wir als Leipziger, die noch nicht an dem Büro vorbeigegangen sind, fragen uns also.

Für Samstag, den 11. Oktober, riefen Gewerk-

schafter und Autonome Antifa zu einer antifaschistischen Demonstration in Saalfeld auf. Die NPD/JN meldete daraufhin einen Aufmarsch gegen die angekündigte Antifa-Demo an, der nicht verboten wurde. In Saalfeld war die Aufregung nun groß, da eine Eskalation vorprogrammiert schien. Die Nazis verlegten ihre Demo nach Rudolstadt. Das Landratsamt verbot zuerst die Antifa-Demo und dann die Nazi-Demo in Rudolstadt. Das Verwaltungsgericht Gera bestätigtete das Verbot, und Innenminister Richard Dewes (SPD) befürwortete es. Ganz Thüringen riegelte die Polizei am Samstag ab. Ein linkes Wohnprojekt in Saalfeld wurde gestürmt und 14 Personen festgenommen, darunter drei Journalisten. Angeblich gäbe es Sprengstoff und Drogen im Haus. Gefunden wurden allerdings nur einige Handies, ein Küchenmesser und ein CS-Gas. In Rudolstadt dagegen machte die Polizei ihren bisher größten Waffenfund in Thüringen: 60 Schlagstöcke, 60 Hieb- und Stichwaffen, 300 Schuß Leuchtspur-Munition, eine komplette Funkanlage und 68 Neonazis... In Sachsen und Thüringen gab es spontane Antifaaktionen. In Leipzig demonstrierten etwa 500 Antifas gegen Nazis und das Demo-Verbot (Ihr wißt schon: Hauptsache Schönes Haar). Etwa 350 Antifas blokkierten die A9 dreieinhalb Stunden in beiden Richtungen. Alle wurden erkennungsdienstlich mißhandelt und anschließend in "Sicherheitsverwahrung" verbracht. Einige wurden noch am Sonntag in einem Schnellverfahren verurteilt. Auch die Diskriminierung von AntifaschistInnen hat in Deutschland eine lange Tradition...



PS: Am 16. November lädt die Initiative 1. Mai ohne Naziaufmarsch um 15.00 Uhr ins Werk II, Halle 5 e.V., um sich über die Verhinderung eines Naziaufmarsches am 1. Mai 1998 zu verständigen. See you.

Faschisten am Werk?

Am Donnerstg, den 18.09. findet im Connewitzer Werk II eine Veranstaltung mit Gregor Gysi statt, am Freitag, den 19.09., eine Podiumsdiskussion der Leipziger Antinationalen Gruppe mit dem Café Morgenland. Bereits am Freitagvormittag entdecken Arbeiter des Leipziger Betriebes für Beschäftigungsförderung (BfB - die lokale Einrichtung für die Umsetzung von Zwangsarbeit für SozialhilfeempfängerInnen), der im Werk II für die Verwaltung verantwortlich zeichnet, einen Brandsatz, der aus einer Gasflasche (etwa zum Nachfüllen von Feuerzeugen) und einer manuellen Zündvorrichtung besteht. Obwohl das Wochenende, an dem sich insgesamt ca. 800 Gäste im Werk II aufhalten werden, vor der Tür steht, werden die Betreiber des Werks nicht informiert. Die Leute vom BfB sagen heute, die Polizei hätte sie darum gebeten, nichts davon nach außen dringen zu lassen.

So kommt es, daß auch die Freitag-Abend-Veranstaltung über die Bühne geht, Jens, der Verantwortliche des Vereins, gegen 1.30 Uhr das Gelände verläßt, nachdem Stühle weggeräumt wurden und alles soweit in Ordnung war. Kurz darauf jedoch entdeckt er von seiner nahegelegenen Wohnung aus Rauchschwaden über dem Werk II. Doch bevor die gegen 1.45 alarmierte Feuerwehr eintrifft, brennen zwei Hallen der Anlage lichterloh. Jens sagt, daß er vor dem Verlassen des Geländes noch in der Halle war, in der das Feuer schließlich ausbrach. Einen Schwelbrand hätte er bemerken müssen. Elektrische Leitungen. die einen Kurzschluß auslösen könnten, gibt es der Halle nicht. Gegen 4.30, als die Feuerwehr, den Brand unter Kontrolle hat, wirde der vom BfB beschäftigte Wachmann in seinem Raum geweckt. Eigentlich, so Jens, hätte er halbstündige Kontrollgänge machen sollen. In den Hallen B und 5b lagern Baumaterialien, die der Stadt Leipzig gehören (und deren Verlust deshalb über einen kommunalen Schadensausgleich gedeckt wird) sowie Theaterkulissen und Bühnenzubehör. Im Gesamtkonzept für das Werk II haben die ausgebrannten Hallen keinen nennenswerten Platz, gelegentlich wurde auch schon über Abriß nachgedacht. Deshalb wahrscheinlich

gibt es leise geäußerte Vorwürfe, die Betreiber hätten hier „heiß saniert". Ein BfB-Mitarbeiter äußerte ganz offen, daß für ihn klar sei, daß die „Linken" ja wohl ihre Veranstaltungen mit Brandsätzen schützen würden und angesichts des der Leute, die das Werk II betreiben, wäre ihm schon klar, wer hier gezündelt hätte. Die Unsinnigkeit dieser Vorwürfe dürfte selbst ungeübten Betrachtern ins Auge springen. Auch wenn die ermittelnden Polizeidienststellen sich bedeckt halten, liegt die Vermutung nahe, daß hier einige „verwirrte Einzeltäter" (mit gestörtem Elternhaus, schlechter Sozialprognose und Freunden, die vielleicht Kontakt zur rechten Szene haben könnten) entschlossen den „politischen Gegner" bekämpften.

Konsequenzen hatte der Brand bisher keine - außer daß der Verwaltervertrag für den BfB zum Jahresende gekündigt wird. Nicht wegen des Brandes, der setzte allem nur die Krone auf. Nein, die Zusammenarbeit war einfach mies. Stromabschaltung ohne Absprachen, Baudreck in Büros etc. Der Verein wird sich in Zukunft eben selber um die Verwaltung kümmern. Aber vielleicht zahlen die gewerblichen Mieter der Gebäude, dann wieder Miete. Damit haben sie nämlich zunächst mal aufgehört, bis der BfB sich bei ihnen entschuldigt und bis die beschädigten Gerätschaften ersetzt sind. Das reißt den Verein etwas rein, der ist nämlich auf die Mieteinnahmen angewiesen, muß er doch 1998 40% des Gesamthaushaltes selbst erbringen. Wenn der Verein durch den Brand mehr Fördergelder bekommt, wie BfB-Chef Hermanni schon mal unterstellt, decken die wahrscheinlich nicht den Schaden.

Wenn es tatsächlich Faschisten waren, die das Werk II treffen wollten, so haben sie das geschafft. Allerdings an einer anderen Stelle, als es vielleicht gedacht war.

Berichte

vom 2. Interkontinentalen Treffen für die Menschlichkeit und gegen den Neoliberalismus

26.7.-3.8.1997

Themen: Information; Arbeit und Produktionsmittel

„Ja, und nun bin ich wieder hier mit meinen Fragen. Lohnt sich eigentlich so ein Treffen?" - schrieb Fernando im letzten Klarofix. Gute Frage, die objektiv nicht ganz leicht zu beantworten ist. Man muß dabei den eigentlichen Zweck des ganzen Treffens im Auge behalten. Zu oft werden derartige Dinge zu sehr auf konkrete schriftliche Ergebnisse angelegt und auch nur danach beurteilt. Unter diesem Druck leidet die wirkliche Diskussion, entweder weil man sich strengstens an vorbestimmte Tagesordnungen halten muß, oder weil man sich nicht genug Zeit nehmen kann, in diesem Falle beispielsweise für Übersetzungen.
Dennoch ist es zu einigen konkreten Formulierungen und Dokumenten gekommen, die ein wenig mehr Einblick geben können. Leider habe ich aber (noch) nicht zu allen Themen was gefunden, deshalb hier nur zu den Themen Information und Arbeit und Produktionsmittel, zu den anderen dann vielleicht in weiteren Ausgaben.

Mesa 3: Kultur und Information
Leider konnte ich zu dieser Mesa auch nur die Infos von der Submesa, die sich mit dem Thema Information befaßte, finden. Etwa 100 Leute trafen sich dazu in Barcelona. Sie entschieden, die Diskussion unter drei Gesichtspunkten zu führen:

1. Kritik der existierenden (neoliberalen) Medien, 2. Unsere Erfahrungen mit alternativen Medien, 3. Schaffen eines Netzwerkes der Kommunikation zwischen Kämpfen.
Es wurde diskutiert, daß durch den Neoliberalismus eine Homogenisierung der Information geschaffen wurde, als Pfeiler eines Systems, das eine einzige Weltsicht aufzwingen will, die die Menschen zu einfachen wirtschaftlichen Produzenten und Verbrauchern reduziert. Information wird zu simpler Unterhaltung gemacht. Deshalb: Stop the show, let's talk about real life!
Punkt drei basiert auf dem Beschluß, der beim vorherigen Treffen in Chiapas verabschiedet wurde:
„Wir werden ein Netzwerk der Kommunikation zwischen all unseren Kämpfen und Formen des Widerstandes schaffen. Ein interkontinentales Netzwerk der alternativen Kommunikation gegen den Neoliberalismus, ein interkontinentales Netzwerk der alternativen Kommunikation für die Menschlichkeit.
Dieses interkontinentale Netzwerk der alternativen Kommunikation wird die Kanäle verflechten, so daß Worte all die Wege des Widerstandes reisen können. Dieses interkontinentale Netzwerk der alternativen Kommunikation wird das Medium sein, durch das die verschiedenen Gruppen des Widerstandes miteinander kommunizieren.
Dieses interkontinentale Netzwerk der alternativen Kommunikation ist weder eine organisierende Struktur, noch hat es einen zentralen Kopf oder Entscheidungsträger, noch hat es ein zentrales Kommando oder Hierarchien. Wir sind das Netzwerk, alle von uns, die reden und zuhören."
Also wurden der Zweck des Netzwerkes (verlässliche und relevante Infos, Verhinderung des Ausschlusses von Frauen und anderer Gruppen), seine interne Organisation (Realisierung, Finanzierung etc.), seine Kommunikationsmethoden (Internet, Druck, Fax, Telefon, Radio etc., bis hin zu Boten zu Pferde - jemand war besonders ambitioniert und schlug eine weltweite TV/ Radiosatellitenstation vor) sowie Probleme (z.B. Sprach- und Kulturbarrieren) diskutiert. Mensch kam zu dem Ergebnis, dass ein solches Netzwerk zumindest teilweise bereits existiert. Zum Beispiel wenn Marcos in den Bergen von Chiapas auf einem Baum sitzt und ein Kommuniqué schreibt, das dann zu Pferde zur nächsten Siedlung gelangt, von dort vielleicht mit dem Auto nach San Cristóbal, wo es in einen Computer getippt wird, übersetzt wird, per Fax, Telefon, Zeitungen, Internet etc. in alle Teile der Welt gelangt, wo es dann als Poster in einem Buchladen oder auf einem Flugblatt erscheint und was weiß ich.
Dem Abschlußplenum in El Indiano wurde folgende Erklärung eingereicht:
Grüße von Barcelona-Submesa 3 "Information an alle, die jetzt hier sind und an alle Menschen der Welt, die sie verändern wollen. Unsere Gruppe erarbeitete ein Statement zum Zweck des Netzwerkes und einen Entwurf der Aufgaben, die wir in Angriff nehmen werden, um ein internationales Netzwerk unabhängiger Kommunikation auszubauen, wie im ersten Treffen vorgeschlagen wurde. Wir werden auf vier Gebieten zusammenarbeiten: Interne Kommunikation, d.h. wie wird das Netzwerk innerhalb des Netzwerkes an Infos kommen; Produktion und Verteilung, d.h. wie wird das Netzwerk Infos von Leuten, die etwas sagen wollen, zu Leuten, die zuhören wollen, leiten; und Aktion, d.h. wie wird das Netzwerk als Koordination für globale Befreiungsbewegungen dienen. Bis wir uns wiedertreffen, werden wir durch folgende Webpage in Kontakt bleiben: http//www.mygale.org/11/zapata

[zum Zweck des Netzwerkes:] Der Zweck die-

ses Netzwerkes ist es, Informationen von sozialen Kämpfen aller Völker der Erde zu übermitteln, als Weg, um alle Formen der Befreiung und eine Welt, die auf Menschen statt Profit basiert, zu erreichen. Jede unserer Welten hat eine andere Realität, und jede kommuniziert auf ihre eigene Art und Weise und in ihrem eigenen Rhythmus. Miteinander kommunizieren und Kontakt aufzunehmen ist ein grundlegendes Menschenrecht, das von dominanten Machtstrukturen verletzt wird. Unser Ziel ist, das globale Medienmonopol zu brechen, Menschen und Kulturen des Widerstandes miteinander zu verbinden mit Hilfe ALLER Kommunikationsmittel, um diese Dominanz zu überwinden.

Nicht als Ziel an sich, aber als Weg, um Ziele zu erreichen, verbreitet das Netzwerk die Stimmen unserer vielen Realitäten und ermöglicht uns, einander trotz großer Distanzen und der Unterdrückung durch neoliberale Kontrolle zu erreichen, uns kennenzulernen und uns wiederzutreffen.

Wir wünschen euch Freude und Revolution. ¡Alegría y Revolución!

Mesa 1a: Arbeit und Produktionsmittel + 1b: Schaffen der Bedingungen für ein Leben mit Würde

Diese beiden Submesas der Mesa 1 (Die neoliberale Wirtschaft gegen die Menschheit. Unser Leben jenseits der Ökonomie) trafen sich in Madrid. Dabei kamen etwa 100 Leute aus ca. 20 Ländern (in der Mehrzahl aus Europa) zusammen. Sie erklärten zunächst die Gründe ihres Zusammentreffens:

„Wir sind zusammengekommen, um dabei zu helfen, eine Welt der Würde und Gerechtigkeit und des Wohlbefindens für die ganze Menschheit zu schaffen. Das sollte die würdige, demokratische Teilnahme von uns allen, Frauen und Männern, bei der Produktion der von uns benötigten materiellen Dinge, bei der Wiederverteilung der Güter, beim Aufziehen unserer Kinder, bei unserem gegenseitigen Umgang miteinander einschließen. Aber neoliberaler Kapitalismus bietet uns nur Elend und Ausbeutung, so daß Arbeiten bedeutet, die Ketten von Armut und Abhängigkeit für die meisten von uns und Wohlstand für einige wenige zu schaffen.

Das kapitalistische Arbeitssystem ist ein System der Spaltungen und Hierarchien: isolierte Individuen im Wettbewerb miteinander durch den Wettbewerb der nationalen Wirtschaft, Hierarchien zwischen Frauen und Männern, in und zwischen Nord und Süd, durch Rasse und nationale Herkunft, durch Lohn und Art der Arbeit. Also müssen auch unsere Kämpfe gegen die Arbeit diese Teilungen überwinden, wenn sie erfolgreich sein wollen.

Veränderungen in der Natur der Arbeit unter Neoliberalismus sind in sich widersprüchlich. Einerseits sind Anstellungen für das Überleben wichtiger denn je, andererseits stehen immer weniger und undankbarere zur Verfügung. Dadurch werden die Bedingungen für den

wachsenden Konflikt mit der kapitalistischen Arbeitswelt geschaffen.

Also treffen wir uns in dieser Mesa, um unser Verständnis von Arbeit unter Kapitalismus zu teilen und um Ideen, Strategien, Forderungen und Netzwerke der Kommunikation und des Kampfes zu entwickeln, die uns helfen werden, Kapitalismus zu überwinden und eine vielfältige und gerechte Welt zu schaffen, es zu wagen, unsere Zukunft zu erfinden."

Auf dieser Basis wurde unter verschiedenen Aspekten über das Thema Arbeit diskutiert. So ging es um die sich verändernden Nord-Süd-Ostbeziehungen, um Individualismus und Kooperation, Selbstbestimmung und direkte Demokratie von unten, (neue) Formen der Sklaverei (wie Knechtschaft durch Verschuldung, Kinderarbeit, erzwungene Prostitution, Gefängnisarbeit etc.), unbezahlte Arbeit (z.B. traditionell von Frauen erledigte Hausarbeit), Dienstleistungen von Arbeitern mit geringem Gehalt an Besserverdienende (sich beispielsweise um den Besitz der Wohlhabenden kümmern), um Gesetze bezüglich Arbeitszeit, Arbeitsverträgen und Mindestlohn, um sozial destruktive und entwürdigende Arbeitsbereiche wie Militär, Polizei, Gefängnisse, Sozialämter und die kapitalistischen Massenmedienapparate, über sozial nutzlose Arbeit wie in Banken oder Versicherungen, um Arbeitsbereiche, die nur aufgrund der Zuviel-Arbeit anderer existieren (wie z.B. Fastfoodrestaurants) usw.

Es wurde über das Thema Technologie gesprochen, in welcher Form sie dem Menschen nützt und in welcher schadet, wie sie ihm Arbeit abnehmen kann und wie mehr Arbeit bereiten, inwiefern sie sich mit der Umwelt verträgt. „Neoliberalismus benutzt Technologie nicht zur Befreiung der Menschheit von öder und unnötiger Arbeit, sondern als Waffe in einer Wettbewerbsschlacht, als Mittel, Arbeit zu kontrollieren und aufzuzwingen.."

Durch kapitalistische Arbeit und Jobsuche werden die Menschen zum Wettbewerb gezwungen. Sie werden zu isolierten Individuen reduziert, ihre Gemeinschaften und ihre Solidarität wird zerstört, damit sie sich nicht gegen die kapitalistische Arbeit wehren können. Außerdem schließt kapitalistische Arbeit die Zerstörung der Umwelt und das Leben mit den Folgen ein.

„Als Antwort zu ... allen Formen der Ausbeutung durch kapitalistische Arbeit verteidigen wir die Notwendigkeit demokratischer, partizipatorischer Kontrolle der Produktion, so daß wir ein würdiges Leben führen können, auch beim Arbeiten, während nutzlose und destruktive Arbeit eliminiert werden kann."

Desweiteren ging es um den kapitalistischen Konsum, der natürlich von Geld bestimmt und insofern eng mit der kapitalistischen Arbeit verbunden ist. „Nur die mit Geld sind frei, im

freien Markt zu konsumieren." Es wurden Themen besprochen wie Überkonsum, dem Konsum gewidmetes Leben, soziale und ökologische Folgen, Schaffung neuer Bedürfnisse und neuer Märkte durch Neoliberalismus, Aufzwingen von Produktionsformen, die weltweite Nutzung enormer Flächen zur Fleischproduktion, die global nicht tragbar ist. Die Bedürfnisse der Millionen von Menschen, die am Rande des Verhungerns oder mit einem Minimum leben, müssen in würdevoller Weise erfüllt werden.

„Diese Probleme können nicht innerhalb des kapitalistischen Marktes gelöst werden. Wir brauchen partizipatorische demokratische Kontrolle über die Produktion, um die Fragen des Konsums zu klären. Um diese Probleme zu lösen, müssen wir in der Lage sein, Konsum auf einer kollektiven und ökologisch tragbaren Basis neu zu organisieren, so daß wir Konsum nicht unter dem Gesichtspunkt von mehr oder weniger betrachten müssen, sondern unter dem Gesichtspunkt, welche Qualität er unserem Leben bringt."

Schließlich wurden unter der Überschrift: „Arbeitszeit reduzieren und nicht-kapitalistische Arbeit schaffen." Formen des Widerstandes und Alternativen besprochen. „Die Kämpfe um die Reduzierung der kapitalistischen Arbeitszeit, um die Kontrolle des Landes und der Arbeitsmittel und um die Produktion und Reproduktion unseres Lebens kann verschiedenste Menschen gegen den unmenschlichen Vampir, genannt neoliberales Kapital, vereinigen. Wir erkennen an, daß wir an vielen verschiedenen Kämpfen um unmittelbare Probleme teilnehmen, um zu überleben, aber wenn diese miteinander verbunden werden, können sie die Tür öffnen zu weitergreifenden und tiefergehenden Kämpfen."

Prinzipien zur Analyse der Kämpfe sollen entwickelt werden, um sicherzugehen, daß sie nicht nach hinten losgehen. Der Kampf um die Reduzierung der kapitalistischen Arbeitszeit, gegen das Kapital und um Alternativen schließt gleichzeitig den Kampf um höhere Löhne und Ausgleichung der Löhne ein. Das betrifft nicht nur bezahlte, sondern auch unbezahlte Arbeiter, Millionen von Farmern und Bauern, Studenten, Arbeitslosen, Hausfrauen, alte Menschen und indigene Bevölkerung. Die Arbeit muß gerecht verteilt sein. Jeder Mensch, ob nun Bürger oder Immigrant, soll ein gesichertes Einkommen haben - alle haben das Recht auf das Erbe jahrhundertelanger kollektiver menschlicher Aktivität. „Dieses Recht ist unabhängig von der Notwendigkeit, für Kapital zu arbeiten. Einkommen ohne Arbeit kann durch verschiedene Kämpfe erworben werden, wie durch Haus- und Landbesetzungen, Wiederaneignungen oder die Verweigerung der Zahlung für Dienstleistungen."

Die Schaffung alternativer Produktions- und Sozialräume ermöglichen Beziehungen außerhalb des Marktes und setzen der kapitalistischen Expansion Grenzen. Hier können Kämpfe geschützt wachsen. Kämpfe nehmen in verschiedenen Regionen unterschiedliche Formen an und können sogar gegensätzlich sein, also muß mensch genau aufpassen, wie sie sich wirklich gegenseitig unterstützen können und nicht gegeneinander ausgespielt werden. Verschiedene Organisationsformen werden für einen erfolgreichen Kampf um eine neue Welt benötigt, und „wir bestehen auf dem Recht aller Menschen, sich gegen Angriffe durch den Staat, Unternehmen, paramilitärische und faschistische Gruppen zu organisieren und zu verteidigen."

Unter der Überschrift „Strategien und Aktionen" wurde diskutiert, daß zunächst Analysen sowohl der eigenen Strategien als auch des Prozesses des Neoliberalismus in all seinen Formen nötig sind. Das neoliberale kapitalistische System ist nur eine von vielen existenten Formen der Ausbeutung. Als fundamentale Organisationsform sollen horizontale und partizipatorische Netzwerke geschaffen werden, die Parteien oder anderen Organisationsformen vorzuziehen sind. Wie dies allerdings konkret geschehen soll, dazu gibt es noch viele offene Fragen.

Konkrete Aktionen können u.a. sein: ziviler Ungehorsam, Boykotte, Kampagnen, Streiks, öffentliche Massenaktionen und Selbstverteidigung durch jegliche erforderliche Mittel, beispielsweise der Antigipfel gegen WHO-Treffen in Genf im Mai '98, Aktionen gegen Maastricht, NAFTA, Waffenhandel, Auslandsverschuldung oder die Unterstützung der Alcobenda-Deklaration.

Schlußwort: „Wir kommen zusammen, um dabei zu helfen, eine Welt der Würde und Menschlichkeit zu schaffen. Der Reichtum unserer Diskussionen, die Wärme unseres Austausches und die Menschlichkeit unserer Erfahrungen und Kämpfe haben uns gezeigt, daß wir würdige Menschen sind. Aber diese Würde wird uns genommen, wenn uns die kapitalistische Arbeitsmaschine für ihre Zwecke ausnutzt. Wir haben die allgemeinen Elemente ausgearbeitet, die einem starken kollektiven NEIN! zu dieser unmenschlichen Lebensweise eine Stimme verleihen. Aber wir wissen auch, daß es viele JAS! gibt, viele verschiedene kompatible Visionen von Wegen, unser Leben als würdige Menschen selbst zu bestimmen.

Auf diesen Grundlagen müssen wir nun Strategien entwickeln, diskutieren und debatieren, die wir unter unseren verschiedenen Umständen anwenden können, um eine Welt der Gerechtigkeit, der direkten Demokratie von unten und der Würde zu schaffen. Wir erwarten, daß sich das nächste Treffen auf die Frage der Strategien konzentrieren wird und auf der Arbeit, die wir bis dahin leisten, aufbaut.

Ein NEIN! viele JAS!"

Wenn der Verfassungsschutz wieder klingelt...

Dieser Artikel ist aus mehr oder weniger aktuellem Anlaß geschrieben worden. Er sollte so bzw. in ähnlicher Form schon einmal am Anfang des Jahres erscheinen, was aber nicht geschah, da das einzige Original aus dem Kontaktbüro vom Klarofix verschwand. Ich habe mich nicht für eine Neuauflage des Artikels entschieden, um explizit meinen Fall zu veröffentlichen, sondern um ein paar Menschen anzuregen, sich Gedanken zum Thema zu machen. So daß man vielleicht mal wieder einen Konsens zum Umgang mit staatlichen, autoritären, repressiven Institutionen bekommt und sie nicht für persönliche Probleme instrumentalisiert (siehe Dönerbudengeschichte) und zwischenmenschliche Beziehungen nicht allzuoft oder gar nicht mehr vom Thema geprägt sind.

Es ist ungefähr ein Jahr her, da bekam ich Besuch von zwei Verfassungsschützern (VSer). Bei einem von beiden handelt es sich höchstwahrscheinlich um den selben, welcher schon einmal im Artikel „...eine freudige Mitteilung?" Klarofix 10/97 beschrieben wurde. Dessen Beschreibung ist folgende:
45-50 Jahre alt, ca. 1,80m groß, mit einer eher schmächtigen Figur, sein Gesicht trägt keine Besonderheiten und hat eine ovale Form. Er hat dunkle Augen, eine kleine Nase und trug keinen Bart. Seine Haare waren bräunlich langsam grau werdend in einem unauffälligem Schnitt. Er trug eine Nickelbrille und war relativ gut gekleidet (ordentlich eben). Was auffällt, ist sein süddeutscher, leicht schweizerischer Dialekt (genau konnte ich das nicht definieren, war aber auf gar keinen Fall bayerisch oder schwäbisch). Ein Augenzeuge sagte, er würde ihn an Trotzki erinnern, hätte nur ein schmaleres Gesicht. Der andere spielte bei der ganzen Sache „nur" eine Nebenrolle, hielt sich die ganze Zeit im Hintergrund und führte auch keine Gespräche mit mir. Er war ca. 25-30 Jahre alt, um 1.70m groß, mit einer normalen Figur, braune Haare. Sein Gesicht war auch sehr unauffällig, ziemlich rund mit kleinem Oberlippenbart.
In der Kennenlernphase verwendeten sie im Prinzip die gleiche Masche wie bei „...eine freudige Mitteilung ?" (KF 10/97). Jemand hat zuerst mit ziemlich miesen Lügen und überzeugendem Schauspiel von meinen Eltern meinen aktuellen Wohnort inklusive Telefonnummer erfragt und bekommen. Dort haben sie dann versucht, mich zu treffen, indem sie das Haus observierten, um mich dann abzufangen. Unser Gespräch verlief dann recht kurz. Ich war auf diese Situation überhaupt nicht vorbereitet, so daß ich einfach nur Schiß davor hatte, überhaupt etwas zu sagen. So daß ich ihm klar machte, daß ich kein Interesse an einem Gespräch habe und er sich verpissen solle. Das tat er auch kommentarlos und bis heute hat sich nie wieder jemand vom VS gemeldet.
Es ist natürlich nicht möglich, zu sagen, wie man sich in solch einer Situation verhalten sollte. Grundsätzlich sollte eigentlich nur klar sein: ich sage nichts, was für meinen Gegenüber interessant sein könnte und das ist fast alles. Ich denke, daß der VS auch persönliche Sachen über dich gierig in sich aufsaugt, um dann vollgefressen an Informationen immer fetter zu werden, um dann mit mit seiner Masse alles zu erdrücken, was sich ihm ihn den Weg stellt. Das ist noch zu verhindern, dabei denke ich, daß sich wohl jeder, der nur irgendwie „anti" oder „pro anders" ist, dessen bewußt sein sollte, daß er interessant für VS, SS (Staatsschutz) usw. ist. D.h. man könnte sich ja schon mal so einen Anwerbeversuch vorstellen und sich klar darüber werden, wie er/sie denn darauf reagieren würde. Ich denke man hat da im Prinzip zwei Möglichkeiten:
1. Du machst denen klar, daß du keine Lust hast, dich mit ihnen zu unterhalten bzw. denen irgendwas zu erzählen
2. Du zeigst erst mal Gesprächsbereitschaft oder verabredest dich mit denen, um sie dann zu fotografieren.

Wichtig ist dabei, was man sich in so einem Fall zutraut. Natürlich ist es wahrscheinlich das Beste, eine gestochen scharfe Nahaufnahme zu bekommen. Da mit sowas aber gerechnet wird, versuchen sie es natürlich zu verhindern, wie auch immer. Nötigenfalls werden sie dich zwingen, den Film wieder herauszugeben, das können sie sogar völlig legal, weil es da so einige Gesetze gegen das Fotografieren solcher Leute gibt. Es ist daher wahrscheinlich das Beste, derartige Fotosessions in Zusammenarbeit mit Personen deines Vertrauens zu machen.
Wichtig ist dabei auf alle Fälle, die ganze Sache zu veröffentlichen. Zum einem, um eine weitere verdeckte Arbeit deiner Kontaktperson möglichst zu erschweren, zum anderem, um den Organen zu zeigen, daß sie bei ihrer Arbeit noch auf Widerstand stoßen und sie doch nicht so sorglos agieren können, wie sie es sich in letzter Zeit offensichtlich immer öfter vorstellen. Und nicht zuletzt, um eine Solidarität zu erzeugen, die vielleicht einige Betroffene dazu bewegt, doch noch zu veröffentlichen. Erfahrungsgemäß reicht das dann auch oft schon, um Ruhe vorm VS zu haben.
Ein großes Problem, welches ich bei der ganzen Geschichte habe, ist der Mythos und die Angst vorm VS und die sich daraus resultierenden Verdachte, Anschuldigungen, Abschottungen untereinander (gemeint sind Leute die den Konsens haben, nicht mit bzw. gegen den VS usw. zu arbeiten). Meiner Meinung nach macht eben dieser Mythos mit all seinen Folgen einen nicht zu unterschätzenden Teil seiner Funktion bzw. seines Erfolges aus.
Klartext: Lediglich die Existenz des VS oder die Tatsache, daß er einer repressiven Tätigkeit nachgeht, hat einen negativen Einfluß auf den Umgang zwischen Leuten innerhalb der sogenannten linken Szene. Genauer gesagt, die Übervorsicht, die einige Leute sogenannten Neuen oder ihnen unbekannten Personen entgegenbringen, was oft dazu führt, daß Kennenlerngespräche (oder wie auch immer man so etwas

freien Markt zu konsumieren." Es wurden Themen besprochen wie Überkonsum, dem Konsum gewidmetes Leben, soziale und ökologische Folgen, Schaffung neuer Bedürfnisse und neuer Märkte durch Neoliberalismus, Aufzwingen von Produktionsformen, die weltweite Nutzung enormer Flächen zur Fleischproduktion, die global nicht tragbar ist. Die Bedürfnisse der Millionen von Menschen, die am Rande des Verhungerns oder mit einem Minimum leben, müssen in würdevoller Weise erfüllt werden.

„Diese Probleme können nicht innerhalb des kapitalistischen Marktes gelöst werden. Wir brauchen partizipatorische demokratische Kontrolle über die Produktion, um die Fragen des Konsums zu klären. Um diese Probleme zu lösen, müssen wir in der Lage sein, Konsum auf einer kollektiven und ökologisch tragbaren Basis neu zu organisieren, so daß wir Konsum nicht unter dem Gesichtspunkt von mehr oder weniger betrachten müssen, sondern unter dem Gesichtspunkt, welche Qualität er unserem Leben bringt."

Schließlich wurden unter der Überschrift: „Arbeitszeit reduzieren und nicht-kapitalistische Arbeit schaffen." Formen des Widerstandes und Alternativen besprochen. „Die Kämpfe um die Reduzierung der kapitalistischen Arbeitszeit, um die Kontrolle des Landes und der Arbeitsmittel und um die Produktion und Reproduktion unseres Lebens kann verschiedenste Menschen gegen den unmenschlichen Vampir, genannt neoliberales Kapital, vereinigen. Wir erkennen an, daß wir an vielen verschiedenen Kämpfen um unmittelbare Probleme teilnehmen, um zu überleben, aber wenn diese miteinander verbunden werden, können sie die Tür öffnen zu weitergreifenden und tiefergehenden Kämpfen."

Prinzipien zur Analyse der Kämpfe sollen entwickelt werden, um sicherzugehen, daß sie nicht nach hinten losgehen. Der Kampf um die Reduzierung der kapitalistischen Arbeitszeit, gegen das Kapital und um Alternativen schließt gleichzeitig den Kampf um höhere Löhne und Ausgleichung der Löhne ein. Das betrifft nicht nur bezahlte, sondern auch unbezahlte Arbeiter, Millionen von Farmern und Bauern, Studenten, Arbeitslosen, Hausfrauen, alte Menschen und indigene Bevölkerung. Die Arbeit muß gerecht verteilt sein. Jeder Mensch, ob nun Bürger oder Immigrant, soll ein gesichertes Einkommen haben - alle haben das Recht auf das Erbe jahrhundertelanger kollektiver menschlicher Aktivität. „Dieses Recht ist unabhängig von der Notwendigkeit, für Kapital zu arbeiten. Einkommen ohne Arbeit kann durch verschiedene Kämpfe erworben werden, wie durch Haus- und Landbesetzungen, Wiederaneignungen oder die Verweigerung der Zahlung für Dienstleistungen."

Die Schaffung alternativer Produktions- und Sozialräume ermöglichen Beziehungen außerhalb des Marktes und setzen der kapitalistischen Expansion Grenzen. Hier können Kämpfe geschützt wachsen. Kämpfe nehmen in verschiedenen Regionen unterschiedliche Formen an und können sogar gegensätzlich sein, also muß mensch genau aufpassen, wie sie sich wirklich gegenseitig unterstützen können und nicht gegeneinander ausgespielt werden. Verschiedene Organisationsformen werden für einen erfolgreichen Kampf um eine neue Welt benötigt, und „wir bestehen auf dem Recht aller Menschen, sich gegen Angriffe durch den Staat, Unternehmen, paramilitärische und faschistische Gruppen zu organisieren und zu verteidigen."

Unter der Überschrift „Strategien und Aktionen" wurde diskutiert, daß zunächst Analysen sowohl der eigenen Strategien als auch des Prozesses des Neoliberalismus in all seinen Formen nötig sind. Das neoliberale kapitalistische System ist nur eine von vielen existenten Formen der Ausbeutung. Als fundamentale Organisationsform sollen horizontale und partizipatorische Netzwerke geschaffen werden, die Parteien oder anderen Organisationsformen vorzuziehen sind. Wie dies allerdings konkret geschehen soll, dazu gibt es noch viele offene Fragen.

Konkrete Aktionen können u.a. sein: ziviler Ungehorsam, Boykotte, Kampagnen, Streiks, öffentliche Massenaktionen und Selbstverteidigung durch jegliche erforderliche Mittel, beispielsweise der Antigipfel gegen WHO-Treffen in Genf im Mai '98, Aktionen gegen Maastricht, NAFTA, Waffenhandel, Auslandsverschuldung oder die Unterstützung der Alcobenda-Deklaration.

Schlußwort: „Wir kommen zusammen, um dabei zu helfen, eine Welt der Würde und Menschlichkeit zu schaffen. Der Reichtum unserer Diskussionen, die Wärme unseres Austausches und die Menschlichkeit unserer Erfahrungen und Kämpfe haben uns gezeigt, daß wir würdige Menschen sind. Aber diese Würde wird uns genommen, wenn uns die kapitalistische Arbeitsmaschine für ihre Zwecke ausnutzt. Wir haben die allgemeinen Elemente ausgearbeitet, die einem starken kollektiven NEIN! zu dieser unmenschlichen Lebensweise eine Stimme verleihen. Aber wir wissen auch, daß es viele JAS! gibt, viele verschiedene kompatible Visionen von Wegen, unser Leben als würdige Menschen selbst zu bestimmen.

Auf diesen Grundlagen müssen wir nun Strategien entwickeln, diskutieren und debatieren, die wir unter unseren verschiedenen Umständen anwenden können, um eine Welt der Gerechtigkeit, der direkten Demokratie von unten und der Würde zu schaffen. Wir erwarten, daß sich das nächste Treffen auf die Frage der Strategien konzentrieren wird und auf der Arbeit, die wir bis dahin leisten, aufbaut.

Ein NEIN! viele JAS!"

Wenn der Verfassungsschutz wieder klingelt...

Dieser Artikel ist aus mehr oder weniger aktuellem Anlaß geschrieben worden. Er sollte so bzw. in ähnlicher Form schon einmal am Anfang des Jahres erscheinen, was aber nicht geschah, da das einzige Original aus dem Kontaktbüro vom Klarofix verschwand. Ich habe mich nicht für eine Neuauflage des Artikels entschieden, um explizit meinen Fall zu veröffentlichen, sondern um ein paar Menschen anzuregen, sich Gedanken zum Thema zu machen. So daß man vielleicht mal wieder einen Konsens zum Umgang mit staatlichen, autoritären, repressiven Institutionen bekommt und sie nicht für persönliche Probleme instrumentalisiert (siehe Dönerbudengeschichte) und zwischenmenschliche Beziehungen nicht allzuoft oder gar nicht mehr vom Thema geprägt sind.

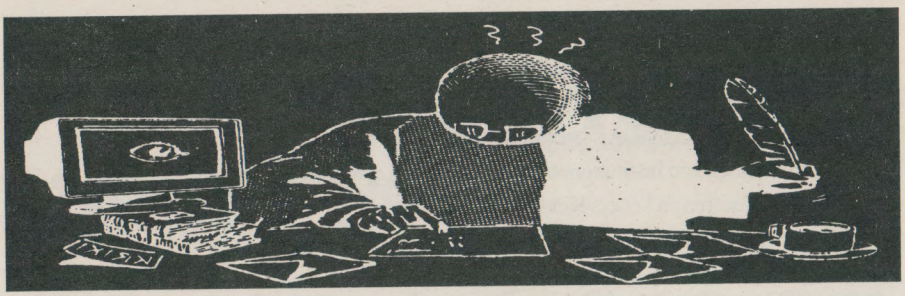
Es ist ungefähr ein Jahr her, da bekam ich Besuch von zwei Verfassungsschützern (VSer). Bei einem von beiden handelt es sich höchstwahrscheinlich um den selben, welcher schon einmal im Artikel „...eine freudige Mitteilung?" Klarofix 10/97 beschrieben wurde. Dessen Beschreibung ist folgende:
45-50 Jahre alt, ca. 1,80m groß, mit einer eher schmächtigen Figur, sein Gesicht trägt keine Besonderheiten und hat eine ovale Form. Er hat dunkle Augen, eine kleine Nase und trug keinen Bart. Seine Haare waren bräunlich langsam grau werdend in einem unauffälligem Schnitt. Er trug eine Nickelbrille und war relativ gut gekleidet (ordentlich eben). Was auffällt, ist sein süddeutscher, leicht schweizerischer Dialekt (genau konnte ich das nicht definieren, war aber auf gar keinen Fall bayerisch oder schwäbisch). Ein Augenzeuge sagte, er würde ihn an Trotzki erinnern, hätte nur ein schmaleres Gesicht. Der andere spielte bei der ganzen Sache „nur" eine Nebenrolle, hielt sich die ganze Zeit im Hintergrund und führte auch keine Gespräche mit mir. Er war ca. 25-30 Jahre alt, um 1.70m groß, mit einer normalen Figur, braune Haare. Sein Gesicht war auch sehr unauffällig, ziemlich rund mit kleinem Oberlippenbart.
In der Kennenlernphase verwendeten sie im Prinzip die gleiche Masche wie bei „...eine freudige Mitteilung?" (KF 10/97). Jemand hat zuerst mit ziemlich miesen Lügen und überzeugendem Schauspiel von meinen Eltern meinen aktuellen Wohnort inklusive Telefonnummer erfragt und bekommen. Dort haben sie dann versucht, mich zu treffen, indem sie das Haus observierten, um mich dann abzufangen. Unser Gespräch verlief dann recht kurz. Ich war auf diese Situation überhaupt nicht vorbereitet, so daß ich einfach nur Schiß davor hatte, überhaupt etwas zu sagen. So daß ich ihm klar machte, daß ich kein Interesse an einem Gespräch habe und er sich verpissen solle. Das tat er auch kommentarlos und bis heute hat sich nie wieder jemand vom VS gemeldet.
Es ist natürlich nicht möglich, zu sagen, wie man sich in solch einer Situation verhalten sollte. Grundsätzlich sollte eigentlich nur klar sein: ich sage nichts, was für meinen Gegenüber interessant sein könnte und das ist fast alles. Ich denke, daß der VS auch persönliche Sachen über dich gierig in sich aufsaugt, um dann vollgefressen an Informationen immer fetter zu werden, um dann mit mit seiner Masse alles zu erdrücken, was sich ihm ihn den Weg stellt. Das ist noch zu verhindern, dabei denke ich, daß sich wohl jeder, der nur irgendwie „anti" oder „pro anders" ist, dessen bewußt sein sollte, daß er interessant für VS, SS (Staatsschutz) usw. ist. D.h. man könnte sich ja schon mal so einen Anwerbeversuch vorstellen und sich klar darüber werden, wie er/sie denn darauf reagieren würde. Ich denke man hat da im Prinzip zwei Möglichkeiten:
1. Du machst denen klar, daß du keine Lust hast, dich mit ihnen zu unterhalten bzw. denen irgendwas zu erzählen
2. Du zeigst erst mal Gesprächsbereitschaft oder verabredest dich mit denen, um sie dann zu fotografieren.

Wichtig ist dabei, was man sich in so einem Fall zutraut. Natürlich ist es wahrscheinlich das Beste, eine gestochen scharfe Nahaufnahme zu bekommen. Da mit sowas aber gerechnet wird, versuchen sie es natürlich zu verhindern, wie auch immer. Nötigenfalls werden sie dich zwingen, den Film wieder herauszugeben, das können sie sogar völlig legal, weil es da so einige Gesetze gegen das Fotografieren solcher Leute gibt. Es ist daher wahrscheinlich das Beste, derartige Fotosessions in Zusammenarbeit mit Personen deines Vertrauens zu machen.
Wichtig ist dabei auf alle Fälle, die ganze Sache zu veröffentlichen. Zum einem, um eine weitere verdeckte Arbeit deiner Kontaktperson möglichst zu erschweren, zum anderem, um den Organen zu zeigen, daß sie bei ihrer Arbeit noch auf Widerstand stoßen und sie doch nicht so sorglos agieren können, wie sie es sich in letzter Zeit offensichtlich immer öfter vorstellen. Und nicht zuletzt, um eine Solidarität zu erzeugen, die vielleicht einige Betroffene dazu bewegt, doch noch zu veröffentlichen. Erfahrungsgemäß reicht das dann auch oft schon, um Ruhe vorm VS zu haben.
Ein großes Problem, welches ich bei der ganzen Geschichte habe, ist der Mythos und die Angst vorm VS und die sich daraus resultierenden Verdachte, Anschuldigungen, Abschottungen untereinander (gemeint sind Leute die den Konsens haben, nicht mit bzw. gegen den VS usw. zu arbeiten). Meiner Meinung nach macht eben dieser Mythos mit all seinen Folgen einen nicht zu unterschätzenden Teil seiner Funktion bzw. seines Erfolges aus.
Klartext: Lediglich die Existenz des VS oder die Tatsache, daß er einer repressiven Tätigkeit nachgeht, hat einen negativen Einfluß auf den Umgang zwischen Leuten innerhalb der sogenannten linken Szene. Genauer gesagt, die Übervorsicht, die einige Leute sogenannten Neuen oder ihnen unbekannten Personen entgegenbringen, was oft dazu führt, daß Kennenlerngespräche (oder wie auch immer man so etwas

nennt) von einem derartigen Mangel an Sympathie geprägt sind, daß mögliche Kontakte und Beziehungen schon von vornherein abgewürgt werden. Oder das Personen mit bestimmten Verhaltensweisen oft mit Verdachten überhäuft werden, was Leute, wenn sie nicht gerade ein überragendes Selbstbewußtsein haben, ganz schön fertig machen kann. Und das ist nicht ersponnen, sondern läßt sich an konkreten Beispielen festmachen. Das soll nicht heißen, daß eine Skepsis oder Zurückhaltung unbekannten Personen gegenüber unangebracht ist, im Gegenteil! Nur sollte man sich klar darüber sein, was ich nur einem ausgewähltem Personenkreis oder gar niemandem erzähle. Für mich heißt das, daß ich das Problem auf eine praktische Ebene bringe, was bedeutet, daß ich mir bewußt bin, daß jede Person, der ich nicht unbedingt vertraue, Informationen gewollt oder ungewollt an die falsche Adresse bringen kann und mir deshalb klar ist, was ich nicht erzählen will. Das bedeutet andererseits, daß ich das Problem nicht auf eine persönliche Ebene bringe, deshalb versuche so offen und frei von derartigen Hintergedanken wie nur möglich mit ihm umgehe. Andernfalls hätte ich das Gefühl, mich von Institutionen wie dem VS instrumentalisieren zu lassen. Konkret: daß ich nicht irgendwelche Personen für die Existenz von VS usw. verantwortlich machen will.
Ich finde es deshalb wichtig, daß jeder mal schaut, wie er mit solchen Spitzelverdachten umgeht und mal ein paar Selbstverständlichkeiten hinterfragt. Das heißt mal zu schauen, wer will mir hier eigentlich an den Arsch, gegen wen muß ich mich hier wirklich gerade verteidigen, und inwiefern lasse ich mich gerade vereinnahmen und arbeite unbewußt zu. Kein Platz für Denunziationen und Verleumdungen.

Agnes Rainer Schloch

Änlichkeiten mit lebenden oder toten VS- und Staatsschutzagenten sind (leider) rein zufällig



Früher Konsens Heute Grund Zur Denunziation

Im folgenden drucken wir den Beitrag von rita ratlos, die im Oktoberheft in einem LeserInnenbrief wegen ihrer Berichterstattung zum Dönerbudenprozeß (KlaroFix 9/97) gerügt wurde, bei dem zwei Leute, welche die Polizei nach einer Denunziation in der Stöckartstraße verhaftete, zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Für alle, die sich an den LeserInnenbrief nicht mehr genau erinnern können hier noch ein Auszug: *„Auf genauere Ausführungen wäre ich sehr gespannt. Das mit dem vergessenen Beweismaterial war übrigens eine andere Razzia. Wieso verwendest Du das Wort „WIR", wenn es um Leute geht, die z.B. andere anzinken? Staatsschutzparanoia? Diese latente Möglichkeit, daß Menschen zu Spitzeln werden, hat es vor dem Anruf beim Revier Südwest und Deinem Artikel noch nicht gegeben? Ich frage dies, um die Sinnhaftigkeit Deiner Forderung nach weiteren Artikeln dieses Kalibers (Diskussion ist immer gut, nicht wahr!) in Frage zu stellen."*

Daß ich auch immer was vergesse! Gut, daß es in der Oktoberausgabe nachgereicht wurde: Völlig egal zu welchem Thema du dich öffentlich äußerst - irgendeineR fühlt sich immer zutiefst angegriffen und reagiert ein wenig hysterisch. Auch deshalb - meine ich - äußern sich viele gar nicht.

Dabei ist das Thema (über)lebenswichtig. Es geht immerhin um nichts weniger als die erste protokollierte (und damit nachweisbare) Denunziation. „Sich-selbst-erfüllende-Prophezeiungen" hin und her - darüber müssen „wir" reden. (Nach der Prophezeiungsvariante gäbe es übrigens kaum noch Themen, die öffentlich diskutierbar wären.)

Daß der „Hinweis" aus dem engeren Umfeld kam, ist nicht von der Hand zu weisen. Kaum einer kannte die beiden, da sie erst kurze Zeit in der „Stö" waren und noch weniger wußten, daß zumindest einer der beiden aus Chemnitz war und noch weniger, wo sich die beiden an diesem Nachmittag aufgehalten haben.

Im übrigen: Wieso bist Du Dir so sicher, daß die Bullen Beweismaterial nur bei einer Razzia vergaßen?

Die heftigen Verdächtigungen gegen Personen inner- und außerhalb der „Stö" sind mir bekannt. Wenn mich nicht alles täuscht, hat jetzt auch der Verein, der sich seit längerem heftig bemüht, ein Projekt der „Stö" zu unterstützen, einen „schwarzen Peter" abgekriegt. Das ist Paranoia, besser gesagt: es sind die leider logischen Auswirkungen einer solchen Handlungsweise. Und genau deshalb sollten wir über **das Klima** reden, in dem so etwas möglich ist und uns nicht hinter Detailfragen verstecken. Aber da Du's unbedingt wissen willst: am Benefizkonzert war ich nicht gänzlich unbeteiligt und meinen Arsch kriege ich auch immer noch soweit hoch, um mich selbst zu bedauern.

Du hast recht mit Deiner Kritik an meiner Wortwahl - ich werde mich bemühen, mein Vokabular für infantile Überzwanzigjährige zu erweitern.

Aber ich habe auch ganz bewußt provokant Sprache und Versatzstücke verwandt, die ich allerorten immer wieder aufgeschnappt habe. Der Diskussion über den Umgang mit „rücksichtslosen und kriminellen Wohnasseln" wohne ich nun auch schon seit Jahren bei. Mein Verständnis hierfür hält sich für alle Seiten in Grenzen und bezieht sich auf die Gefühle derer, die ihre Ideen, Projekte oder einfach nur ihren Lebensbereich durch das Verhalten anderer gefährdet sehen. Und daß es in der „Stö" (und nicht nur dort) sich widersprechende Interessen bis hin zu Interessenlosigkeit gibt, ist wohl völlig klar.

Zur Genossenschaft: noch gibt es - entgegen den Versprechen der Stadt - keine einzige Hausüberschreibung. [*Diese Information ist nicht ganz richtig, hat doch die Stadt kurz bevor alles zu spät war, ein Haus in der Herderstraße gekauft. Der Besitzer hatte zuvor schon Räumungsdrohungen an die BewohnerInnen geschickt. Von einer Einhaltung der Versprechen durch die Stadt kann allerdings keine Rede sein. Vielmehr ist durch den Kauf in letzter Minute der Status quo erhalten worden. - d.t.*] Aber es ist wohl klar, daß irgendwann Knete ran muß - entweder abgeführt an die Stadt oder zur Sanierung der Projekte. Nicht alle werden sich daran halten, ihren monatlichen Obulus zu entrichten, wie sich jetzt schon einige nicht daran halten können, durch ihr Verhalten keine erfolgreichen Razzien zu provozieren und damit das Ganze zu gefährden. Wenn Du behaupten willst, die Mitglieder der Genossenschaft hätten noch nicht darüber nachdenken müssen, wie mensch mit diesen Personen umgeht, lügst Du Dir ins Hemd.

Über den Rest haben wir schon oft diskutiert. Und ich hoffe, wir werden das weiterhin tun, falls wir demnächst mal in irgendeinem Kneipchen aufeinanderprallen.

Also: Versuch bis dahin, die Bälle wieder etwas flacher zu halten. *rita ratlos*

Sagt nicht, ihr hättet davon nichts gewußt!

Eine Chronologie deutscher AusländerInnenpolitik

12.08.1997 Eine kurdische Frau und drei kurdische Männer werden in Abwesenheit vom Stuttgarter Oberlandesgericht zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gericht sieht es als erwiesen an, daß sie Angehörige der PKK sind und sie sich somit der "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" schuldig gemacht haben. Außerdem macht das Gericht die Angeklagten für die Planung und Steuerung von Anschlägen auf türkische Geschäfte im südlichen Raum verantwortlich.
(jW 13.8.97)
Nach dem "illegalen" Grenzübertritt bei Schellerhau an der deutsch-tschechischen Grenze werden 37 Flüchtlinge aus Rumänien von BeamtInnen des Bundesgrenzschutzes festgenommen.
(LVZ 13.8.97)

13.08.1997 Sollte der Entwurf des neuen Flüchtlingsaufnahme- und Unterbringungsgesetzes verabschiedet werden befürchten baden-würtembergische Wohlfahrtsverbände, die Verhinderung der Sozialbetreuung für Flüchtlinge in Sammelunterkünften, Abhängigkeit von unteren Verwaltungsbeamtlnnen und Arbeitslosigkeit von SozialarbeiterInnen. Das bisherige Einvernehmen mit dem Land wäre aufgkündigt, hält die Liga der freien Wohlfahrtspflege Innenminister Thomas Schäuble (CDU) in Stuttgart vor. Es sei ein Punkt erreicht, an dem die Landesregierung bekennen müsse, was ihr eine qualifizierte Sozialarbeit wert sei, die den Flüchtlingen dient, dem Frieden in den aufnehmenden Gemeinden und die das Land bei seiner Aufnahmepflicht unterstütze. Die Kritik der Liga richtet sich gegen die Senkung der Kostenerstattung durch das Land um 228 auf 800 Mark.
(KNA 13.8.97)
Der Beauftragte der Bundesregierung für Flüchtlingsrückführung, Dietmar Schlee, bezeichnet Wiedereinreisegebühren für BosnienückkehrerInnen als "illegal". Wenn eine bosnische Stadt damit anfange, zurückkehrende Flüchtlinge "auszunehmen", dann werde sie künftig auch keine deutschen oder internationalen Finanzhilfen mehr erhalten, erklärt er in Bonn. Angehörige einer Roma-Familie hatten berichtet, die Behörden in ihrem Heimatort Zavidovici hätten für die Registrierung 9.000 Mark verlangt. Diese sogenannte "Kriegssteuer" wird nach Angaben des Niedersächsischen Flüchtlingsrates in den meisten Gemeinden der bosnisch-kroatischen Föderation von den vermeintlich "Reichen" RückkehrerInnen aus Deutschland erhoben. MitarbeiterInnen seines Stabes werden in den nächsten Tagen nach Zavidovici fahren und die Verantwortlichen dazu hören, kündigt Schlee an. Falls sich die Aussagen der Roma-Familie bestätigten, werden Konsequenzen gezogen. Es könne nicht sein, daß Deutschland Rückkehrprogramme finanziere, um Flüchtlingen den Neubeginn in der Heimat zu erleichtern und die Behörden vor Ort sich dann "wie Raubritter benehmen".
(epd 13.8.97)
Das Verwaltungsgericht München entscheidet in einem veröffentlichten Urteil, daß Flüchtlinge, die im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen in Deutschland aufgnommen wurden, Anspruch auf Ausstellung eines Reisepasses haben. In dem konkreten "Fall" hatte eine jüdische Familie, die im März 1991 als sogenannte "Kontingent-Flüchtlinge" aus der Ukraine nach Bayern übergesiedelt waren, gegen die Verweigerung eines Paßdokuments geklagt. (Az.: Verwaltungsgericht München M 7 K 97.854)
(AP 13.8.97)

15.08.1997 Eine positive Zwischenbilanz der freiwilligen Rückkehr bosnischer Kriegsflüchtlinge zieht Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU). Bislang sind 65 000 der ursprünglich 345 000 BosnierInnen wieder heimgekehrt, erklärt Kanther in Bonn. Dies zeige, daß das gestaffelte Rückkehrkonzept der deutschen InnenministerInnen funktioniere. Sowohl die Lage in Bosnien-Herzegowina als auch "besondere humanitäre Härtefälle" werden dabei berücksichtigt.
(dpa 15.8.97)
Vor einer Abschiebung von bis zu 16.000 überwiegend palästinensischen Flüchtlingen in den Libanon warnen sechs Menschenrechtsorganisationen die deutschen Behörden. Palästinensische Flüchtlinge seien im Libanon "unerwünscht" und hätten dort keine sozialen oder bürgerlichen Rechte, heißt es in einem in Frankfurt veröffentlichten Brief an Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP). Die geplante Massenabschiebung könne auch den Friedensprozeß in der Region gefährden. Deutsche Stellen haben der Regierung in Beirut bereits einen Entwurf für ein Rückübernahmeabkommen vorgelegt. Der Libanon hat der Rückführung nach Angaben der MenschenrechtlerInnen prinzipiell zugestimmt. Berliner Behörden hätten vielen palästinensischen Familien unter Hinweis auf dieses Abkommen bereits Grenzübertrittsbescheinigungen ausgestellt, schreiben die Organisationen.
(KNA 15.8.97)
Versteckt in der Deckenverkleidung eines Schnellzuges aus Bukarest reisen etwa 25 PakistanerInnen "illegal" nach

Deutschland ein. Die Gruppe sei von einem Schleuser auf dem Bahnhof der rumänischen Hauptstadt hinter der Deckenverkleidung eines Abteilwagens versteckt worden, teilt die Polizei in München mit. Zwei Grenzpolizisten nehmen sechs von ihnen noch im Zug festgenommen. Sie werden nach Österreich abgeschoben.
(Reuter 15.8.97)

17.08.1997 Die Entwicklungshilfe wird nach Worten von Bundesauflenminister Klaus Kinkel (FDP) stärker an die Bereitschaft der Empfängerländer geknüpft, aus Deutschland ausgewiesene Flüchtlinge wieder aufzunehmen. Kinkel erklärt in einem Beitrag für die Kölner Zeitung "Sonntag-Express", es könne nicht angehen, daß sich einige, vor allem afrikanische Staaten weigerten, eigene Staatsangehörige wiederaufzunehmen. Die sei eine völkerrechtswidrige Blockadehaltung, die die Gesamtbeziehungen beschädige. FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle fordert, diesen Staaten die Entwicklungshilfe zu kürzen oder ganz zu streichen. Wer die Ampel bei der völkerrechtlich gebotenen Wiederaufnahme eigener Staatsangehöriger auf Rot stelle, dürfe sich nicht wundern, wenn in Deutschland die Forderung nach dem entwicklungspolitischen Rotstift laut werde, erklärt Kinkel weiter. Mit Entwicklungshilfeminister Carl-Dieter Spranger (CSU) und Innenminister Manfred Kanther (CDU) sei er sich einig, daß die politischen, die wirtschafts-, entwicklungs- und asylpolitischen Interessen Deutschlands stärker miteinander verbunden werden müßten.
(Reuter 17.8.97)
Elf Menschen werden bei einem Brand in einem Flüchtlingsheim im nordrhein-westfälischen Würselen verletzt. Die Polizei in Aachen teilt mit, daß das Feuer aus noch ungeklärter Ursache im Keller des Hauses ausgebrochen ist. Hinweise auf eine fremdenfeindliche Straftat gebe es nicht.
(AP 17.8.97)
Niedersachsen will den Schutz und die Betreuung ausländischer Prostituierter verstärken, die vor Gericht gegen MenschenhändlerInnen aussagen wollen. Im September soll in Hannover ein Projekt seine Arbeit aufnehmen, durch daß ZeugInnenschutzprogramme der Polizei durch psychosoziale Betreuung ergänzt werden sollen.
(Die Welt 18.8.97)

18.08.1997 Zur Unterstützung der Rückkehr bosnischer Flüchtlinge kündigt Bundesaußenminister Klaus Kinkel Hilfen für einige Orte in der "Serbenrepublik" an. Er sagt in Berlin, die Bundesregierung werde in einigen "Pilotorten" den Versuch machen zu helfen. "Damit wollen wir sagen: Wenn ihr Flüchtlinge zurücknehmt, dann wird euch auch geholfen." Die Rückkehr müsse mit Fingerspitzengefühl, aber nachhaltig vorangetrieben werden, erklärt der FDP-Politiker. "Wir können keine Rückführung auf dem Silbertablett liefern. Es ist nicht denkbar, daß die Flüchtlinge erst dann nach Bosnien zurückkehren, wenn es dort Verhältnisse wie in Deutschland gibt", fügt der Minister hinzu.
(AP 18.8.97)

19.08.1997 Vor dem erweiterten Schöffengericht Berlin Tiergarten beginnt der Prozeß gegen 16 PolizistInnen wegen Körperverletzung und Strafvereitlung im Amt. Ihnen wird vorgeworfen zwischen Oktober 93 und Mai 94 mehrere Festgenommene geschlagen und mißhandelt zu haben.
(Die Welt 20.8.97)

20.08.1997 Das Amtsgericht Zittau verurteilt zwei Taxifahrer weil sie "illegal" eingereiste Flüchtlinge befördert haben, zu einem Jahr und zehn Monate bzw. zu einem Jahr und vier Monate Gefängnis. Sie werden wegen "Einschleusens von Ausländern" und "Beihilfe zur unerlaubten Einreise" verurteilt.
(jungle World 21.8.97)
Auf Weisung des bayerischen Innenministeriums verschicken die Ausländerbehörden des Landes an bosnische Flüchtlinge sog. "Ausreisescheine". In diesen bekommen die Flüchtlinge eine Frist zur Ausreise gesetzt die von den Behörden auch verlängert werden kann. Das Ziel ist Druck auf Flüchtlinge, die derzeit nicht abgeschoben werden dürfen, auszuüben, damit sie am Ende "freiwillig" ausreisen. Dieser Praxis will die 8.Kammer des Münchner Verwaltungsgerichts ein Ende machen. In einer veröffentlichten Bekantmachung des Gerichts erklärt es, "Dieses Institut der Verlängerung der Ausreisepflicht ist im Ausländergesetz nicht vorgesehen; die von den Beklagten und anderen Ausländerbehörden geübte Praxis ist rechtswidrig".
(jungle World 21.8.97)
Der seit drei Jahren in London inhaftierte Europa-Sprecher der PKK, Faysal D., wird an Deutschland ausgeliefert. Weiterhin nimmt die Kölner Polizei sieben mutmaßliche SpendengelderpresserInnen der PKK fest.
(FR 21.8.97)

21.08.1997 Ein unnachgiebiger Kurs, gegen die seit vier Wochen, in Plettenberg im Sauerland, hungerstreikenden kurdischen Flüchtlinge, wird von CDU, SPD und UWG einstimmig befürwortet. Der grüne Landtagsabgeordnete Siggi Martsch bezeichnet dies, angesichts der "minimalen Forderungen der Hungerstreikenden" als "ungeheuerlich borniert", denn "dadurch wird die Lage hier dramatisch zugespitzt und der Boden für rechtsradikale Gruppe geradezu bestellt". Demonstrationsanmeldungen der Republikaner zeugen davon, daß die Saat aufzugehen droht, erklärt er. Als die grüne Landtagsabgeordnete Brigitte Hermann vor den Flüchtlingen sprechen will, wird sie Bürgern und Bürgerinnen der Stadt niedergebrüllt: "Grüne und Scheinasylanten raus" rufen sie und stimmen ein Lied an - "Muß i denn zum Städele hinaus".
(taz 25.8.97)

22.08.1997 Das Berliner Oberverwaltungsgericht (OVG) gibt in einer veröffentlichten Entscheidung einer Beschwerde des Landesamtes für Soziale Aufgaben (LASoz) statt. Mit dieser Entscheidung ist die Ausgabe von Waren statt Bargeld für den Lebensunterhalt von Flüchtlingen rechtens. Der Weg der Berliner Verwaltung, 2300 Flüchtlinge in Berlin mit Gutscheinen für zwei Geschäfte statt mit Bargeld zu versorgen, ist damit erlaubt.
(jW 25.8.97)

26.08.1997 Der Pfarrer Alfred Hanke bestätigt, daß seit ca. einer Woche in der Martinskirche

in Zschopau eine christlich-türkische Familie in Kirchenasyl lebt.
(jW 27.8.97)

27.08.1997 Die Stadtverordnetenversammlung von Brandenburg/Havel beschließt, daß die Stadt das Land auf die Übernahme der "Kosten" für die Unterbringung bosnischer Flüchtlinge verklagt. Das Land hat die "Kostenerstattung" für Bürgerkriegsflüchtlinge bis Ende 97 begrenzt.
(jW 29.8.97)

31.08.1997 Aus einem Urteil des Wehrdienstsenats des Bundesverwaltungsgerichts in München geht hervor, daß Soldaten die sich im Dienst rassistisch äußern mit der höchsten Disziplinarstrafe rechnen müssen. Im konkreten "Fall" wird ein KapitänleutnantderReserve, der AusländerInnen als minderwertig bezeichnete in den niedrigsten Grad eines Matrosen der Reserve degradiert.
(FR 1.9.97)

01.09.1997 Das sächsische Innenministerium teilt in Dresden mit, daß fast die Hälfte der bosnischen Flüchtlinge die in Sachsen leben bzw. lebten der Ausreiseaufforderung nachgekommen sind und ausgereist ist. In fünfzehn "Fällen" wurden Flüchtlinge abgeschoben, erklärt Hardradt (CDU).
(LVZ 2.9.97)
Der innenpolitische Sprecher der sächsischen CDU-Landtagsfraktion, Volker Bandmann, fordert, daß ausländische "SchleuserInnen" nicht einfach bloß abgeschoben werden, sondern in Deutschland abgeurteilt und dann zur Verbüßung ihrer Strafe in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden sollen.
(LVZ 2.9.97)

02.09.1997 Die niedersächsische Justizministerin Heidi Alm-Merk will verurteilte "StraftäterInnen" ohne deutschen Paß künftig vermehrt in Gefängnisse ihrer Herkunftsländer abschieben. Eine Änderung des "Überstellungsübereinkommens" des Europarates soll, so die SPD-Politikerin, noch in diesem Monat eingeleitet werden. Bisher können ausländische Häftlinge nicht gegen ihren Willen abgeschoben werden, dies soll nun geändert werden.
(Taz 3.9.97)

03.09.1997 Das Bundesamt für die Aberkennung ausländischer Flüchtlinge läßt MitarbeiterInnen für die Anhörung besonderer AsylbewerberInnengruppen speziell ausbilden. Gerade die Anhörung von verfolgten Frauen, unbegleiteten Minderjährigen und Folteropfern sei häufig schwierig und erfordere von den EntscheiderInnen großes Einfühlungsvermögen, teilt das Bundesamt in Nürnberg mit. Nach einem Pilotprojekt 1996 seien nun 94 EinzelentscheiderInnen zu Sonderbeauftragten ernannt worden. Auf ihre Aufgaben werden sie nach Angaben der Behörde durch intensive Schulungen vorbereitet, die im

Herbst beginnen. Im Mittelpunkt stehe neben Rechtsfragen vor allem die psychologische Sensibilisierung.
(dpa 3.9.97)
Der Bischof von Banja Luka, Franjo Komarica, kritisiert die Rückführungspolitik der Vereinten Nationen (UN) für bosnische Flüchtlinge scharf. Die UN würde auf Druck der europäischen Staaten die Flüchtlinge zwar nach Bosnien zurückbringen, aber nicht in ihre Heimat, sondern in Siedlungsgebiete, in denen die jeweilige Bevölkerungsgruppe die Mehrheit darstelle, sagt Komarica in einem Interview in Augsburg. Damit bestätige die UN die ethnische Säuberung. Das sei "menschenverachtend".
(KNA 3.9.97)

04.09.1997 Nach einem leichten Anstieg im Juli ist die "Zahl" der neu in Deutschland registrierten AsylbewerberInnen im August wieder etwas gesunken. Das Bundesinnenministerium teilt in Bonn mit, daß im abgelaufenen Monat 8.536 Flüchtlinge um politisches Asyl nachsuchten, das sind 303 Menschen oder 3,4 Prozent weniger als im Monat davor. Gegenüber August 1996 sank die „Zahl" der neuen AsylbewerberInnen um 10,6 Prozent.
(AP 4.9.97)
Baden-Württemberg schiebt 44 Menschen in die Republik Bosnien-Herzegowina ab. (AP 4.9.97)
Eine grundsätzliche Ausweisung ausländischer "StraftäterInnen" will der Hamburger Senat zwar nicht, doch dafür bringt Henning Vorscherau (SPD) einen anderen Antrag zur Änderung der Strafprozeßordnung beim Bundesrat ein. Künftig sollen Nebenentscheidungen zur Aufenthaltsberechtigung ausländischer "StraftäterInnen" getroffen werden. Dadurch obliegt die Entscheidung über die Ausweisung künftig den RichterInnen.
(Taz 5.9.97)

07.09.1997 VertreterInnen der Stadt Leipzig und Flüchtlinge aus den beiden Flüchtlingsunterkünften der Stadt einigen sich darauf, daß in den beiden Heimen Geschäfte eingerichtet werden in denen die Flüchtlinge mit Berechtigungsscheinen einkaufen "können". Vorangegangen waren Proteste gegen die Versorgung mit Lebensmittelpaketen.
(LVZ 8.9.97)
Der kurdische Flüchtling Zülf D. wird vom BGS, auf dem Frankfurter Flughafen, in die Türkei abgeschoben. Er beschuldigt mehrere BGS-Beamten ihn bei einem vorangegangenen Abschiebungsversuch im Juli diesen Jahres mißhandelt zu haben. Er wird bei seiner Ankunft in Istanbul von türkischen Sicherheitskräften in Gewahrsam genommen.
(FR 8.9.97)

08.09.1997 Vier der acht angeklagten Polizisten der Wache Bernau werden durch das Landgericht Frankfurt /Oder vom Vorwurf der Körperverletzung im Amt in mehreren "Fällen" freigesprochen. Ihnen wurde vorgeworfen, VietnamesInnen mißhandelt zu haben.
(jW 9.9.97)
Die Liste Internationaler Sozialde-mokraten (LIS) in der Frankfurter Kommunalen Ausländervertretung (KAV) fordert die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung auf, "eine Antidiskriminierungssatzung für die Stadt Frankfurt zu verabschieden".
(FR 9.9.97)

09.09.1997 AlgerierInnen werden wegen der Massaker in ihrer "Heimat" vorerst nicht aus Sachsen-Anhalt abgeschoben. Das verfügt Innenminister Manfred Püchel in Magdeburg. Der Abschiebestopp gelte, bis Bund und Ländern ihr Vorgehen abgestimmt hätten, teilt das Innenministerium mit.
(AP 9.9.97)
Das Bundesinnenministerium teilt in Bonn mit, daß die "Zahl" "illegal" eingereister Flüchtlinge im ersten Halbjahr 1997 deutlich gestiegen ist. Der Bundes-

grenzschutz nahm 15 400 "Illegale" fest, daß sind rund 30% mehr als im Vergleichszeitraum des vorigen Jahres. Aus diesem Grund erklärt Kanther, daß er den BGS an den Grenzen zu Polen und zu Tschechien um weitere 1500 BeamtInnen aufstocken will.
(LVZ/ jW 10.9.97)

11.09.1997 Die Staatsanwaltschaft fordert vor dem Berliner Langericht Schuldsprüche gegen vier angeklagte PolizistInnen und Freisprüche gegen sechs weitere BeamtInnen. Ihnen allen wurde Strafvereitlung und Körperverletzung im Amt in zwölf "Fällen", in der Zeit zwischen Oktober 1993 und Mai 1994, vorgeworfen.
(jW 12.9.97)

12.09.1997 Auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/ Die Grünen erklärt die Bundesregierung in Bonn, daß sie keine Notwendigkeit für einen generellen Abschiebestopp für algerische AsylbewerberInnen sieht, das aber gegebenenfalls aus humanitären Gründen von einer Abschiebung abgesehen werden könne.
(jW 13.9.97)
Die Bundesregierung sieht keine Notwenigkeit für einen generellen Abschiebestopp nach Algerien. Dies geht aus einer Antwort auf eine kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen hervor. Zugleich heißt es, es könne aber von einer Abschiebung aus „humanitären Gründen" abgesehen werden, wenn den Betroffenen eine individuelle Gefahr für Leib und Leben drohe.
(FR 13.9.97)

14.09.1997 Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) widerspricht der Forderung des Bundesjustizministers Edzart Schmidt - Jortzig (FDP), in Deutschland geborene AusländerInnen auch dann nicht abzuschieben, wenn sie Verbrechen begangen hätten. Diese „Wunschvorstellungen" hätten nichts mit geltenden Recht zu tun, sagt Stoiber. Jorzig erklärte, in Deutschland geborene AusländerInnen seien InländerInnen.
(FR 15.9.97)

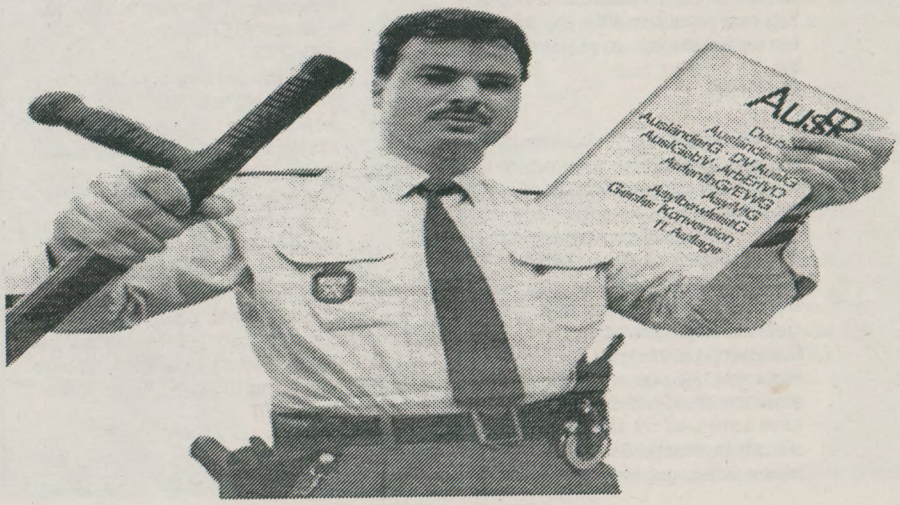
15.09.1997 Die katholische und evangelische Kirche in Bayern halten am Kirchenasyl zum Schutz von Flüchtlingen fest. Dies gelte aber „nur für den fall, da· verbürgte Erkenntnisse über die Verfolgungssituation oder über eine rechtlich nicht korrekte Behandlung vorlägen und so begründete Hoffnung auf eine positive Lösung bestünde", heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der beiden Kirchen.
(FR 16.9.97)
ArbeiterInnen müssen sich an ihrem Arbeitsplatz keine rassistischen oder andere diskriminierende Äußerungen gefallen lassen. Darauf weißt das Arbeitsgericht in Frankfurt am Main im Prozeß zwischen einem fristlos gekündigten Koch und einem Gastwirt hin. Im Vergleichswege einigten sich die Prozeß Parteien allerdings auf die Umwandlung in eine ordentliche Kündigung. Der Gastwirt hatte formale Fehler begangen. Der Koch beschimpfte seine ausländischen KollegInnen häufig rassistsich und sprach einem indischen Kollegen das Lebensrecht ab, „in Stalingrad hätte man dich als Kanonenfutter verwendet".
(FR 16.9.97)

16.09.1997 Das hessische Frauenministerium macht sich für den bundesweit ersten Abschiebestopp stark, der gezielt Frauen schützen soll. Algerierinnen und Afghaninnen sollen nicht mehr in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden, weil sie dort einer geschlechtsspezifischen Verfolgung ausgesetzt sind, unterstreicht Monika Homberg als Vertreterin des Ministeriums in Frankfurt am Main. Bei einer Podiumsdiskussion Über „Frauen im Asylverfahren" machen Fachfrauen darauf aufmerksam, daß sich geschlechsspezifische Verfolgung nicht auf Vergewaltigungen und andere körperliche Gewalt aus politischen Motiven beschränke. So sei es Frauen in Afghanistan verboten zu arbeiten. Dadurch wird verwittweten Frauen die Lebensgrundlage entzogen.
(FR 17.9.1997)
Nordrhein-Westfalens Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) fordert die Bundesregierung energisch dazu auf, weitere Hilfen für die Bundesrepublik Jugoslawien von der größeren· Bereitschaft Belgrads abgelehnte Asylbewerberinnen aufzunehmen abhängig zu machen.
(FR 17.9.97)

18.09.1997 Von den zehn wegen Körperverletzung im Amt angeklagten PolizistInnen wird der frühere Zugführer zu einer sechsmonatigen Bewährungsstrafe und zwei weitere zu geringfügigen Geldstrafen verurteilt. Die weiteren sieben werden, wie schon sechs andere in den Wochen zuvor, von dem Berliner Gericht freigesprochen. Der Richter sieht es allerdings als erwiesen an, daß Übergriffe, hauptsächlich auf VietnamesInnen, stattgefunden haben, daß es allerdings unmöglich war abschließend zu klären, wer von den Angeklagten für diese verantwortlich ist.
(jW 19.9.97)
Mit ihrer Kampagne „Einbürgerung erleichtern" wollen die Jungen Liberalen (Julis) ihre Forderung nach einem neuen Staatsbürgerrecht untermauern. Am kommenden Wochenende wollen MitgliederInnen der FDP-Nachwuchsorganisation bundesweit weinrote Broschüren in Form von EU-Reisepässen , mit der Aufschrift „den bekommt, wer hier geboren ist", verteilen.
(FR 19.9.97)
17 000 Flüchtlinge kehrten bisher „freiwillig" aus Nordrhein-Westfalen nach Bosnien zurück. 13 000 davon bekamen von dem Bundesland sog. Rückkehrhilfen.
(FR 19.9.97)

19.09.1997 750 Menschen demonstrieren in Bremen gegen rassistische Übergriffe durch PolizistInnen auf Flüchtlinge und andere „ausländisch aussehende" Menschen.
(jW 22.9.97)
Die niedersächsische Polizei beendet in Uchte (Landkreis Nienburg) ein Kirchenasyl mit Gewalt. Eine kurdische Familie suchte aus Angst davor, in die Türkei abgeschoben zu werden vor ca. sieben Wochen Zuflucht in der evangelisch-lutherischen Kirche.
(FR 20.9.97)
Das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz entscheidet, daß AusländerInnen die wegen einer vorsetzlichen Straftat verurteilt wurden nicht mehr eingebürgert werden dürfen. In der Urteilsverkündung erklärt das Gericht, daß AusländerInnen, die eingebürgert werden wollen, über gewisse charakterliche Mindestvoraussetzunngen verfügen sollten.
(FR 20.9.97)

22.09.1997 Bremens Innensenator Ralf Borttscheller (CDU) verbietet den türkischen „Bremer Volkskulturverein", weil es sich seiner Meinung nach um eine Ersatzorganisa-



tion des 1993 vom Bundesinnenministerium verbotenen Vereins „Devrimci-Sol" (Revolutionäre Linke) handelt.
(FR 23.9.97)

23.09.1997 Nach öffentlicher Kritik teilt der Berliner Sozialsenat mit, daß in Berlin die Verteilung von Sachleistungen an AsylbewerberInnen umgestellt wird. Künftig können die BezieherInnen der Unterstützung demnach in normalen Läden gegen Gutscheine Lebensmittel und andere Güter erwerben, nicht mehr nur in zwei Sammelläden. Diese sollen geschlossen werden.
(AP 23.9.97)

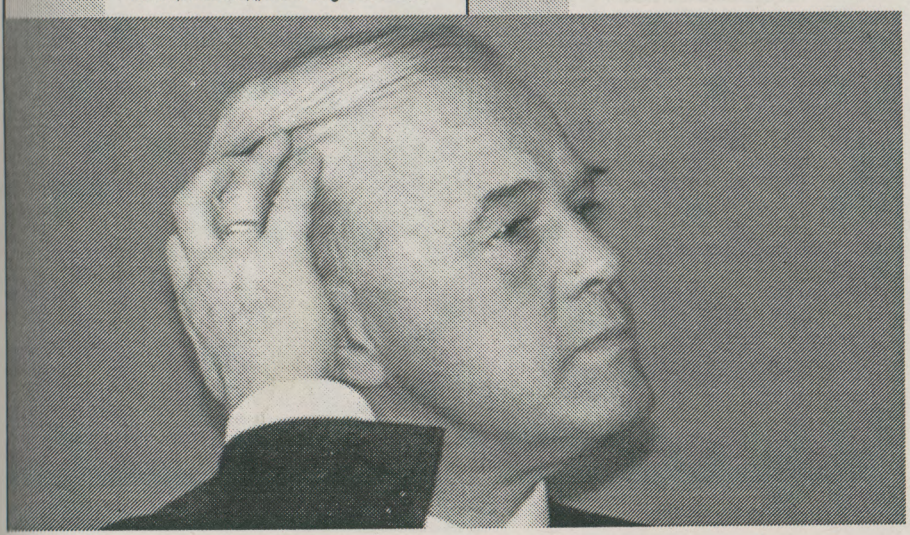
24.09.1997 Eine bosnische Familie, die Ende März aus Bayern zwangsweise abgeschoben wurde, mußte für eine besuchsweise Einreise in den Freistaat frühere Abschiebungskosten erstatten. Erwin Bartsch, Mitarbeiter der evangelischen Rochusgemeinde Zirndorf, sagt die
Familie Hrustic habe vor der Erteilung einer auf zehn Tage befristeten „Betretungserlaubnis" durch das Ausländeramt der Stadt Fürth rund 5.300 Mark bezahlen müssen.
(epd 24.9.97)
Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) spricht sich gegen die bargeldlose Versorgung von AsylbewerberInnen aus. Diese Art von „Zwangseinkauf" beschneide die Menschenwürde der Betroffenen, erklärte der Berliner DRK-Landesverband. Wer dafür plädiere, nehme au·erdem eine zusätzliche Belastung des Berliner Haushalts von mehreren Millionen Mark billigend in Kauf. In der Erklärung heißt es zudem, das DRK wende sich auch „gegen jegliche Kriminalisierung durch Verantwortliche des Sozialsenats". Staatssekretär Detlef Orwat (CDU) hatte im Zusammenhang mit der geplanten Schließung der beiden Berliner Sachleistungsmagazine, die mit körperlichen Bedrohungen gegen MitarbeiterInnen und Sachbeschädigungen begründet wurde, kritisiert, „daß sich gesellschaftspolitische Verbände und Vereinigungen von diesen Kriminellen nicht ausreichend distanziert haben".
(KNA 24.9.97)
Die Gemeindevertreterversammlung der brandenburgischen Gemeinde Gollwitz spricht sich einstimmig gegen die Aufnahme von jüdischen AussiedlerInnen aus den Staaten der früheren SU aus. Der Bürgermeister des Ortes Andreas Heldt erklärt, wenn es um die Aufnahme „der Juden aus Osteuropa gehe sehen wir einfach Probleme". Es gebe Sorgen und Ängste unter den rund 400 BewohnerInnen des Dorfes auf die die Behörden nicht eingegangen seien.
(jW 25.9.97)

25.09.1997 Immer mehr rumänische Flüchtlinge haben in den letzten Wochen versucht, illegal die tschechisch-deutsche Grenze zu überschreiten. Wie am Donnerstag die Prager Zeitung „Mlada fronta dnes" berichtet, daß in diesem Monat allein am Grenzabschnitt zu Bayern mehr als 250 Flüchtlinge aus Rumänien von der tschechischen Grenzpolizei aufgegriffen wurden. Im gesamten ersten Halbjahr seien es dagegen nur 190 gewesen.
(dpa 25.9.97)
Trotz massiver Kritik von Flüchtlingsinitiativen und Kirchen will das Land Berlin am Sachleistungsprinzip für AsylbewerberInnen festhalten. Ab Beginn des kommenden Jahres sollen die rund 2.300 Asylsuchenden in der Bundeshauptstadt mit Hilfe einer Chipkarte bei möglichst vielen Lebensmittelketten und Einzelhändlern einkaufen können, sagt Sozialsenatorin Beate Hübner (CDU). Die Chipkarte, die mit dem zur Verfügung stehenden Betrag aufgeladen wird, sollen später auch die in Berlin lebenden 32.000 Flüchtlinge erhalten.
(epd 25.9.97)

26.09.1997 Alle in Deutschland lebende AusländerInnen sollen nach dem Willen des Bundesrats das Recht auf Teilnahme an Kommunalwahlen erhalten. Die SPD-beherrschte Länderkammer nimmt einen von sieben SPD-regierten Bundesländern eingebrachten Gesetzesantrag an, der allen AusländerInnenn das aktive und passive Kommunalwahlrecht ermöglichen soll. Das erweiterte Wahlrecht soll alledings nicht obligatorisch vorgegeben werden. Vielmehr sollen die jeweiligen LandesgesetzgeberInnen entscheiden, ob sie auch Nicht- EU- AusländerInnen zu Kommunalwahlen zulassen wollen.
(AFP 26.9.97)

27.09.1997 Die Bundesregierung will einem Pressebericht zufolge die Beschäftigung von AusländerInnen aus Nicht-EU-Staaten drastisch einschränken. Ein Maßnahmenkatalog von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) sieht eine Verschärfung von Einreisevorschriften, die schrittweise Absenkung der Zahl der SaisonarbeiterInnen und ein völliges Arbeitsverbot für AsylbewerberInnen vor, berichtet die „Bild am Sonntag" unter Berufung auf das ihr vorliegende Papier. Zugleich solle das Bußgeld für UnternehmerInnen, die ausländischen Beschäftigten den Mindestlohn verweigern, von jetzt höchstens 100.000 Mark auf 500.000 Mark aufgestockt werden. Das Blüm-Papier soll in der kommenden Woche mit den SozialpolitikerInnen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion abgestimmt werden, heißt es. Es sehe unter anderem vor, den „Mißbrauch" von Besuchs-Visa zu erschweren, AntragstellerInnen schärfer zu kontrollieren und Personen, die Verwandten oder Freunden aus dem Ausland mit gefälschten Unterlagen eine dreimonatige Besuchserlaubnis verschaffen, in einer Datenbank erfassen zu lassen. Außerdem sollten „fälschungssichere Einladungsformulare" eingeführt werden.
(ddp/ADN 28.9.97)
Die SPD-Fraktion des Leipziger Stadtrates wendet sich in einem offenen Brief an Sachsens Innenminister Klaus Hardtradt (CDU). Darin fordert sie erneut die Versorgung von Flüchtlingen in Leipzig von Essenspaketen auf Wertgutscheine umzustellen.
(LVZ 29.9.97)

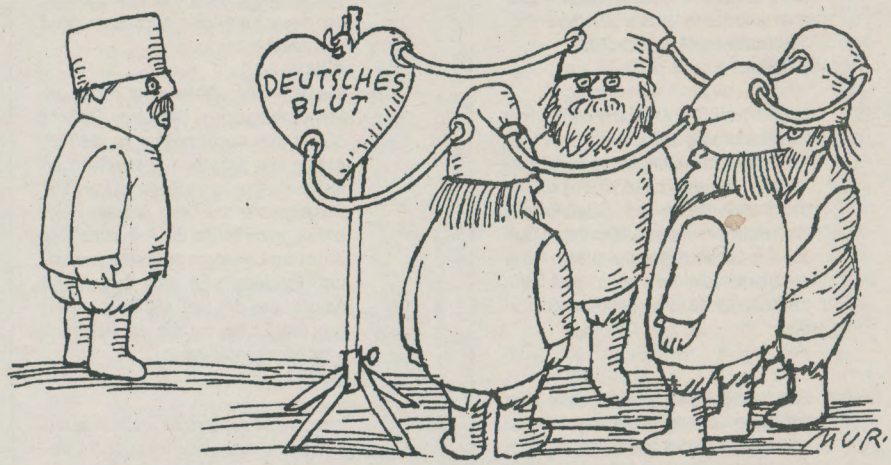
28.09.1997 Nach lautstarken Protesten der EinwohnerInnen des brandenburgischen Dorfes Gollwitz werden die sechzig jüdischen AussiedlerInnen aus der ehemaligen SU nicht in Gollwitz untergebracht. Der brandenburgische Regierungschef Manfred Stolpe (SPD) erklärt, daß er von der Unterbringung der jüdischen AussiedlerInnen in Gollwitz absieht da ausreichend Platz zur Verfügung steht. Es stehe keine „Judenfeindschaft" hinter der Diskussion. „Vielmehr handelt es sich um offenkundige Planungsfehler der Verwaltungen, die ohne ausreichende Vorbereitung 60 jüdische Menschen im 300-Einwohner-Dorf ansiedeln wollte", sagt Stolpe. Auch die Ausländerbeauftragte des Landes, Almuth Berger, betont, daß es sich



bei dem Verhalten der CollwitzerInnen weniger um eine bewußte Ablehnung von Juden als um eine „allgemeine Abwehrhaltung gegenüber allem Fremden" handelt.

29.09.1997 Zu einer „humanen Umsetzung" des AsylbewerberleistungsgesetzesIn Thüringen rufen Caritas, Diakonie, Deutscher Gewerkschaftsbund und Flüchtlingsrat Thüringen auf. Land und Kommunen sollten ihren Ermessensspielraum nutzen und Bargeldleistungen statt Wertgutscheine gewähren, erklären die Organisationen in Erfurt aus Anlaß der „Woche der ausländischen Mitbürger". Das seit Juni geltende novellierte Gesetz erweitere den Entscheidungsspielraum der Behörden bei der Art der Leistungen an Asylsuchende und Flüchtlinge.
(KNA 30.9.97)

30.09.1997 Der Flüchtlingsdienst der Jesuiten in Berlin begrüßt das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Erteilung von Duldungen an Flüchtlinge, die nicht abgeschoben werden können und wendet sich gegen eine Verschärfung des Ausländerrechts. Der Seelsorger für vietnamesische Flüchtlinge und MigrantInnen im Erzbistum Berlin, Pater Stefan Taeubner, sagt in Berlin, nach seiner Auffassung sei der bisherige Zustand „eigentlich nicht gesetzmäßig· ". Bisher seien den Betroffenen „Grenzübertrittsbescheinigungen" ausgestellt worden, ein „Phantasie-Aufenthaltspapier, das nach dem Ausländergesetz überhaupt nicht vorgesehen ist", so der Jesuit. Die Ausländerbehörde habe auf diese Weise „massenhaft Vietnamesen illegalisiert".
(KNA 30.9.97)
Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg hebt die zeitliche Aufenthaltsbegrenzung für türkische SpezialitätenköchInnen in Deutschland auf. Nach einem verkündeten Urteil dürfen sie über die bislang auf höchstens drei Jahre befristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis hinaus in Deutschland bleiben, wenn sie weiter eine Anstellung als Koch/Köchin nachweisen. (AZ: C-98/96).
(AFP 30.9.97)
Der mit seiner Familie aus Deutschland abgeschobene kurdische Flüchtling Habib Demir wird nach Angaben der niedersächsischen Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Türkei gefoltert. Man habe ihn an den Füßen aufgehängt und geschlagen, berichtet die Flüchtlingssozialarbeiterin Angelica Williams bei einer Pressekonferenz der Grünen in Hannover. Weiter sei er über seine politische Arbeit, die er neun Jahre lang in Deutschland geleistet habe, ausgefragt worden. Er habe ihr seine blutverkrusteten Fußgelenke und geschwollenen Fußsohlen gezeigt, erklärt Williams nach einer Reise nach Istanbul. Bevor man ihngegen eine größeren Geldsumme freigekauft habe, sei Demir mehr als zwei Tage lang festgehalten worden.



Seinen derzeitigen Aufenthaltsort halte Demir aus Furcht vor einer neuen Verhaftung geheim. Demir und seine Familie waren vor elf Tagen von der Polizei gewaltsam aus dem „Kirchenasyl" in Uchte geholt worden. Habib Demir ist nach Angaben der Kirchengemeinde mit Hilfe eines Feuerwehrschlauchs vom Dach eines Mitarbeiterwohnhauses der Kirchengemeinde „heruntergespritzt" worden. Er hatte sich den Angaben zufolge zusammen mit seiner Ehefrau Hazar Demir seit Ende Juli in den Räumen der evangelisch-lutherischen Gemeinde aufgehalten.
(epd 30.9.97)

01.10.1997 Die Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John kritisiert das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Duldung „straffällig"gewordener VietnamesInnen. Es müsse klar getrennt werden zwischen denjenigen, die in ihr Heimatland zurückkehren könnten und denjenigen, deren Herkunftsländer die Rückkehr nicht erlaubten, fordert John in Berlin. Den/die einen dürfe man den Aufenthalt nicht attraktiv gestalten, die/der andere müsse integriert werden. Das Bundesverwaltungsgericht entschied am vergangenen Donnerstag, daß „straffällig" gewordene VietnamesInnen, die nicht abgeschoben werden können, nach dem Ausländergesetz geduldet werden müssen. Dabei spiele es keine Rolle, ob die Betroffenen die Möglichkeit hätten, freiwillig zurückzukehren. „Wer eine Duldung hat, hat keine Arbeitserlaubnis, der hat keinen Zugang zur Ausbildung, der ist also ohne Perspektive hier und will natürlich in der ihm verbleibenden Zeit hier viel Geld verdienen. Wie kann man das aber ohne legale Arbeit machen?" sagt John. Es sei ein Widerspruch in sich, wenn Menschen einerseits von der Ausländerbehörde zur freiwilligen Ausreise aufgefordert würden und dies nicht täten und diese Menschen andererseits einen Rechtsanspruch auf monate- oder jahrelange Unterstützung durch das Asylbewerberleistungsgesetz hätten.
(AP 1.10.97)

Gegen die „Asylpraxis der deutschen Behörden" protestieren VertreterInnen der Menschenrechtsorganisation amnesty international (ai) am Frankfurter Rhein-Main-Flughafen. Mit der Protestaktion fordert ai einen Abschiebeschutz für Asylsuchende, denen in ihrer Heimat Menschenrechtsverletzungen drohten. Amnesty weißt darauf hin, daß der Frankfurter Flughafen wegen des sogenannten Flughafenverfahrens ein besonderer „Brennpunkt"sei, über den viele Asylsuchende Deutschland erreichten und von dem zahlreiche Flüchtlinge auch wieder abgeschoben würden. Es sei notwendig, das Flughafenverfahren nachzubessern, so ai. Weiterhin fordert ai, die geschlechtsspezifische Verfolgung als Form der politischen Verfolgung anzuerkennen.
(KNA 1.10.97, jW 2.10.97))
Bei seiner vierten Mahnwache vor dem Innenministerium in Mainz fordert der Arbeitskreis Asyl RheinlandPfalz einen sofortigen Abschiebestop für KurdInnen aus der Türkei und für algerische Flüchtlinge.
(KNA 1.10.97)
Den Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland kritisiert der niedersächsische Flüchtlingsrat. Ihre Behandlung trage „Züge von Apartheid", schreibt der Rat in einer in Hildesheim veröffentlichten Erklärung zum „Tag des Flüchtlings", der am Freitag begangen wird. An den Rand gedrängt, ghettoisiert, vom Arbeitsmarkt ausgesperrt und mit Leistungen weit unterhalb des Existenzminimums abgespeist, sei den Flüchtlingen ein Leben in Würde kaum mehr möglich. Auch das „Europäische Jahr gegen Rassismus", das zu Anfang dieses Jahres ausgerufen worden sei, habe daran nichts ändern können.
(KNA 1.10.97)
Eine jetzt ausgehobene österreichische „Schlepperbande" hat in den vergangenen fünf Jahren etwa 11 000 Kosovo-AlbanerInnen „illegal" nach Deutschland und Österreich „eingeschleust". Wie die Polizei in Linz mitteilte, wurden etwa 7

400 dieser „illegalen" Flüchtlinge nach Deutschland gebracht.
(dpa 1.10.97)
Das Kieler Landgericht verurteilt einen Polizisten wegen Körperverletzung im Amt zu einer Berwährungsstrafe von zehn Monaten. Die vierte Strafkammer sieht es als erwiesen an, daß der Beamte Anfang Oktober 1992 einen festgenommenen Esten geschlagen und mit der Dienstpistole bedroht hat. Das Amtsgericht hatte zuvor eine Freiheitsstrafe von 20 Monaten verhängt.
(jW 2.10.97)
Zum Tag des Flüchtlings setzen sich Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl und ai sowie die evangelische Kirche für mehr Schutz für verfolgte Frauen ein. Am morgigen Tag wollen ai und Pro Asyl auf achtzig Veranstaltungen die Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgungen als Asylgründe fordern. In den meisten „Fällen" werden systematische Vergewaltigungen im Krieg, erleiden von Folter oder Verstöße gegen die Kleiderordnung als „nicht asylerheblich" interpretiert.
(FR 2.10.97)

02.10.1997 Ein kontinentales Abwehrsystem gegen ImmigrantInnen, wie es die Bundesregierung von der EU fordert, lehnt der langjährige Sprecher der Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge „Pro Asyl", Herbert Leuninger, entschieden ab. Leuninger widerspricht in Düren auch der Auffassung der Regierung, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Dies widerspreche auch der Feststellung der EU, Deutschland stehe auf diesem Gebiet nach den USA an zweiter Stelle in der Welt.
(KNA 2.10.97)
Der schleswigholsteinische Innenminister Ekkehard Wienholtz zieht in Kiel eine positive Bilanz der seit einem Jahr arbeitenden Härtefallkommission des Landes. Das Gremium habe die Abschiebung von

30 Flüchtlingen ganz verhindern und 102 Menschen zumindest teilweise helfen können, indem entweder die Ausreisefrist verlängert oder die Weiterwanderung ermöglicht worden sei, sagt der SPD-Politiker.
(AP 2.10.97)
Ein sicheres Aufenthaltsrecht für ausländische MitbürgerInnen fordert der Münchner Caritasdirektor Peter Neuhauser. Außerdem sollten in Deutschland geborene Kinder und Jugendliche, deren Eltern eine gültige Aufenthaltserlaubnis besitzen, ein uneingeschränktes Recht auf die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen, heißt es in einer in München veröffentlichten Mitteilung des katholischen Wohlfahrtsverbands. Zugleich kritisiert der Prälat, daß AusländerInnen immer wieder als Sündenböcke für ungelöste gesellschaftliche Probleme wie Arbeitslosigkeit oder Wohnungsnot dienten. Dadurch werde in der Bevölkerung Angst geschürt und somit ein Klima von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung gefördert.
(KNA 2.10.97)
Als „Versuch, jahrelanges rechtswidriges Handeln des Senats und der Berliner Ausländerbehörde zu legalisieren", bezeichnet die Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge „Pro Asyl" die vom Berliner Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) angekündigte Gesetzesinitiative zur Verschärfung des Ausländerrechts. Das von Diepgen kritisierte Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Erteilung von Duldungen an ausreisepflichtige AusländerInnen sei eine „notwendige Klarstellung und die Quittung für jahrelanges Handeln ohne Rechtsgrundlage", erklärt „Pro Asyl"-Sprecher Heiko Kauffmann in Frankfurt am Main. Die Länder Bayern, Berlin und Thüringen hätten Tausende von Flüchtlingen - darunter PalästinenserInnen und KurdInnen aus dem Libanon, Muslime aus der „Republik Srpska" und VietnamesInnen durch die Verweigerung von Duldungen in die Illegalität gedrängt, so Kauffmann. „Auf Unverständnis" stoß·e bei „Pro Asyl", daß sich die Ausländerbeauftragten der Bundesregierung und des Berliner Senats nach dem Gerichtsurteil „als Stichwortlieferantinnen politischer Hardliner" betätigt hätten.
(KNA 2.10.97)

03.10.1997 Die Arbeitsmöglichkeiten für Nicht-EU-AusländerInnen in Deutschland sollen eingeschränkt werden. Darauf hat sich nach Informationen des Norddeutschen Rundfunks (NDR) eine von der Unionsfraktion eingesetzte Arbeitsgruppe in Absprache mit dem Arbeitsministerium verständigt. Das Konzept soll in den nächsten Wochen durch eine Verordnung der Bundesregierung Gesetz werden,berichtet der NDR.
(dpa 3.10.97)

04.10.1997 Die CSU fordert die „Kürzung von Entwicklungshilfe" für jene Staaten, die aus Deutschland ausgewiesene AusländerInnen nicht zurücknehmen wollen. Es könne nicht sein, da· rechtskräftig verurteilte ausländische „StraftäterInnen" de facto ein Aufenthaltsrecht auf Dauer erhielten, nur weil ihre Heimatstaaten ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen zur Rücknahme nicht nachkommen, sagt der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Michael Glos, in Hamburg.
(ddp/ADN 4.10.97)

05.10.1997 Die CSU will abgelehnten AsylbewerberInnen den Rechtsanspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz entziehen. Nach dem Willen der CSU sollen Städte und Gemeinden AusländerInnen zudem Künftig zu gemeinnützigen Arbeiten heranziehen dürfen.
(jW 6.10.97)

07.10.1997 Das Bundesinnenministerium teil mit, da· die „Zahl" der AsylbewerberInnen weiter zurückgeht. Im Vergleich zum September des vorigen Jahres kamen in diesem September 16,1% weniger Flüchtlinge nach Deutschland.
(jW 8.10.97)
Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP) zeigt sich empört darüber, daß Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) Verständnis dafür hat, daß die Gollwitzer Gemeindevertretung sich gegen die Unterbringung von jüdischen AussiedlerInnen aus der ehemaligen SU in Gollwitz wendet.
(FR 8.10.97)

08.10.1997 Die Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl wirft deutschen Behörden vor Flüchtlinge abzuschieben noch bevor ihr Asylverfahren beendet ist. Im konkreten „Fall" wurde trotz laufenden Asylverfahrens eine 21jährige Frau nach Kenia abgeschoben und weder das Bundesamt für Aberkennung ausländischer Flüchtlinge noch das Verwaltungsgericht Gießen hätten dies verhindert.
(jW 9.10.97)
Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe teilt mit, daß ein 25jähriger Kurde wegen des Verdachts der „Rädelsführerschaft ineiner terroristischen Vereinigung" verhaftet wurde. Ihm wird vorgeworfen Gebietsverantwortlicher der PKK für die Region Baden gewesen zu sein.
(jW 9.10.97)

Diskussionsveranstaltung der Zeitschrift **GegenStandpunkt**

'Globalisierung' - der neueste Titel für den Kampf der Nationen um den Weltmarkt des Kapitals

13. November 1997, 19.00 Uhr
Brandvorwerkstraße 52-56, 04275 Leipzig

Beim Stichwort "Globalisierung" ist normalerweise allen alles klar: Die Einen meinen zu wissen, daß "wir" uns auf das Unvermeidliche mit viel Gürtel-enger-Schnallen einstellen müssen, weil "es" erstens sowieso kommt, zweitens einige Härten mit sich bringt, und man deshalb drittens am besten daran tut, sich gleich darauf einzustellen. Andere - "Kritiker" - meinen, man hätte es mit nichts weiter, als einer neuen Ausrede von "denen da oben" zu tun, mit der sie ihre Gemeinheiten gegen "die da unten" billig entschuldigen wollen. Wieder andere erklären die unvermeidlichen materiellen Opfer für vollkommen bedeutungslos gegenüber der neuen - entweder beschimpften oder begrüßten - Kultur des "global village" und der Überwindung "nationalstaatlicher Denk- und Wertmuster".
Bei allem Streit zwischen diesen Parteien herrscht gleichzeitig ein nicht zu übersehender common sense, der sich allerdings alles andere als von selbst versteht.

So leuchtet allen ein, daß "Globalisierung" die Verarmung weiter Teile der hiesigen und auswärtigen Menschheit mit sich bringt; und zwar so notwendigerweise, daß sich jede Erklärung dafür erübrigt. Nur: Warum eigentlich? Sollte man sich nicht doch einmal erklären, warum die "Globalisierung" dessen, was in allen zivilisierten Staaten ohnehin an ökonomischen Zwecksetzungen und Rechnungsweisen gültig ist, plötzlich allen "Normalverbrauchern" ans Leder geht? Ist es nicht doch eine Frage und erst recht eine Antwort wert, daß ausgerechnet die Tatsache, daß kein Erdenwinkel mehr davor sicher ist, "Standort" der gegenwärtig gepflegten Reichtumsproduktion zu werden, dazu führen soll, daß alle den Gürtel enger schnallen müssen? Überall müssen sich alle einschränken, weil überall mehr produziert wird? Soll sich *das* wirklich von selbst verstehen? Wäre da nicht - jenseits aller "Globalisierung" - ein höfliches Nachfragen bezüglich der genaueren Beschaffenheit des Reichtums fällig, dessen weltweite Vermehrung dafür sorgt, daß seine Produzenten weltweit weniger haben?
Ist nicht zu befürchten, daß dieser Reichtum in etwas anderem besteht, als dem berüchtigten "Güterberg" der VWL, der immer nur das Problem seiner Verteilung aufgeben soll?

Ebenso einig sind sich alle Kommentatoren darin, daß "Globalisierung" etwas ist, was - tatsächlich oder auch erlogenerweise - über die Menschheit hereinbricht, und dem *Staaten* genauso ausgeliefert sind, wie deren *Insassen*. Nur: Sind die Staaten dem Verhängnis wirklich so machtlos ausgeliefert, wenn sie immerhin die Macht haben, gegen die ihnen unterstellten Völker alle Maßnahmen durchzusetzen, die sie angesichts der "Gefahr" für notwendig erachten? Ausgerechnet alternativ-, subjekt- und namenlosen Zwang, dem sie wie die ortsansässigen "Eliten" ausgeliefert sind, sollen sich diejenigen zur Brust nehmen und einleuchten lassen, denen von den Subjekten der nationalen Politik zwar keine namen-, dafür aber umso alternativlosere Zwänge aufgemacht werden? Und ist es nicht in dem Zusammenhang verwunderlich, daß immer dann, wenn zum Kampf mit den "Herausforderungen", die das *anonyme Ding* aufmacht, gleich ganz viele, kein bißchen anonyme *Konkurrenten* auf's Tapet gebracht werden, gegen die es sich auf den "Märkten des 21. Jahrhunderts" durchzusetzen gilt? Ist es nicht genauso verwunderlich, daß gut fünfzig Jahre nachdem der "freie Westen" den Weltmarkt in seiner modernen Form mitsamt aller zugehörigen Institutionen (GATT, IWF,...) *geschaffen* und daran ja wohl auch *profitiert* hat, ebendieser Weltmarkt und das darin heimische internationalisierte Kapital als ebenso neue, wie unvorherseh- und unbeeinflußbare Phänomene hin-

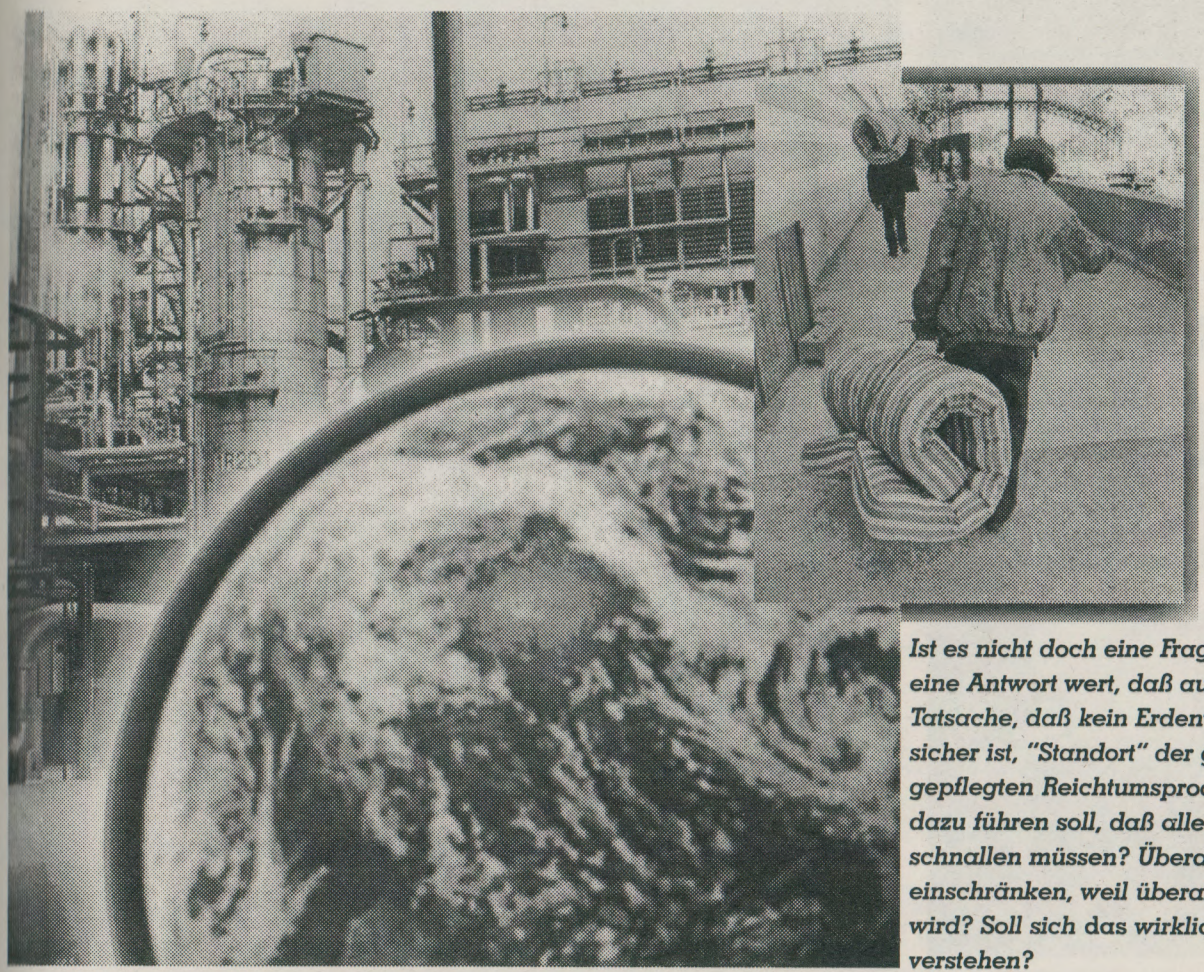
gestellt werden - glatt so, als ob internationales Kapital nicht älter ist als das Internet? Ist nicht zu befürchten, daß "Globalisierung", in deren Namen allerorten zur ökonomischen Generalmobilmachung geblasen wird, dann eben auch der Titel für die *nationalen Kampfprogramme* ist, die den Zweck verfolgen, das *international agierende* Kapital an den jeweils eigenen Standort zu binden, also den Nutzen des Weltmarkts zu *nationalisieren*; und dafür die Nation als "Standort" herzurichten? Und daß das Postmoderne daran lediglich ist, daß der nationale Ertrag der weltweiten Geschäfte zu wünschen übrig läßt?

Man hört auch überall - immer unter so dummen Überschriften wie "Neoliberalismus", "Dezentralisierung" usw. -, daß Staaten wg. oben ihrer Neigung zur Verhätschelung der arbeitenden Volksteile nicht mehr frönen können, stattdessen vielmehr dazu gezwungen sind, so einiges an Wohltaten in Zukunft zu unterlassen. Was umgekehrt die genannten Volksteile mit der Einsicht darein danken sollen, solche Wohltaten in Zukunft auch nicht mehr zu fordern, schon gar nicht als "Arbeitnehmer" und mit Verweis auf die Gewinne der "Arbeitgeber", weil dieses "Klassendenken" angesichts von ... überholt und sogar gefährlich ist - für den "Standort". Nur: Ist es nicht komisch, daß der nationale Vorstand hierzulande die Volksverarmung mit dem Verweis auf die gleiche Praxis auswärtiger Kollegen rechtfertigt - und letztere ihren Leuten dasselbe erzählen? Warum hören sie dann nicht alle gleichzeitig damit auf, ihre Leute schlecht zu behandeln, womit der Zwang dann ja wohl weg wäre?

Ist nicht zu befürchten, daß "Nationalstaaten" sich gar nicht gegenseitig *daran hindern* können, *weil sie noch nie den Zweck hatten*, ihre Insassen vor den Härten der Marktwirtschaft in Schutz zu nehmen, und dafür zu sorgen, daß allgemeiner Wohlstand einreißt? Sie stattdessen schon immer den Erfolg des Kapitals als den ihren ausgemacht und sich um den gesorgt, also auch immer auf die Sortierung ihrer Bürger in *Klassen* und ihrer entsprechend sortierten Behandlung bestanden haben?

Wenn die Nation von ihrer Führung dermaßen umgekrempelt wird, daß die Öffentlichkeit Tag und Nacht nicht zur Ruhe kommt, dann ist der linke Rest der Nation natürlich aufgeregt bei der Sache. Eines ist dabei allerdings fraglich: Ob man ein paar sachdienliche Auskünfte über das, was tatsächlich unter dem Titel "Globalisierung" abläuft, zu erwarten hat, von Theorien, denenzufolge das Kapital in Casino-Manier seine staatliche Korrekturinstanz entmachtet und in Casino-Manier seinen eigenen Untergang herbeifeiert (Robert Kurz & Gemeinde), bzw. durchgeknallte Nationalisten - besonders unverbesserlich deutsche - die Welt dem Abgrund näherbringen (Elsässer, Ebermann/Trampert & Co.).

Jede Menge Fragen also - um deren Beantwortung soll es auf der Veranstaltung gehen.



Ist es nicht doch eine Frage und erst recht eine Antwort wert, daß ausgerechnet die Tatsache, daß kein Erdenwinkel mehr davor sicher ist, "Standort" der gegenwärtig gepflegten Reichtumsproduktion zu werden, dazu führen soll, daß alle den Gürtel enger schnallen müssen? Überall müssen sich alle einschränken, weil überall mehr produziert wird? Soll sich das wirklich von selbst verstehen?

Ein paar Worte zum
ZORO - FESTIVAL

von zwei BesucherInnen

Kommt endlich runter vom Partyfilm - die Chose ist seit 4 Wochen vorbei! Geht lieber arbeiten - hedonistisches Pack!!

Und allen, die nicht teilnehmen konnten, ein frohes Weihnachtsfest!!!

Obwohl man von guten Parties gern noch lange spricht, und uns beim Gedanken an dieses Wochenende immer noch ganz warm um's Herz wird, wollen wir uns hier nicht in Details ergehen, die zu Papier gebracht nicht annähernd so geeignet sind, den Widrigkeiten des Lebens mit einem fetten Grinsen im Gesicht entgegenzutreten, wie das selbst Erlebte. Wer da war, weiß sicher, wie wir das meinen. Good Vibrationes!

Ach ja, nochwas. Falls Ihr in letzter Zeit einige unerklärliche Veränderungen Eurer geistigen und körperlichen Verfassung bemerkt habt, empfehlen wir Euch, folgenden Test zu machen. Sollte Euch das Ergebnis etwas verunsichern, dann gebt nicht gleich auf und versucht's nochmal mit Test Nr. 2.

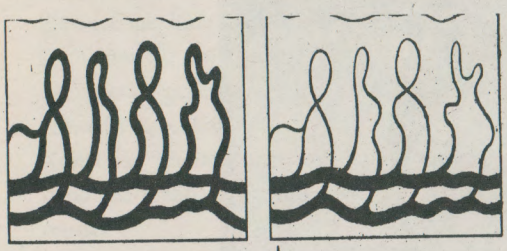


Abb. 12 Blutgefäße der Haut bei kühler Außentemperatur
a – unter Alkoholeinwirkung; b – im Normalzustand

Tabelle 1	ja	nee
1. In der letzten Zeit leide ich häufiger unter Zittern der Hände		
2. Ich hatte zeitweilig, besonders morgens, ein Würgegefühl oder Brechreiz		
3. Ich habeschon einmal versucht, Zittern oder morgendlichen Brechreiz mit Alkohol zu kurieren		
4. Es kommt nicht selten vor, daß ich vor dem Mittagessen oder zweiten Frühstück Alkohol trinke		
5. Nach den ersten Gläsern Alkohol habe ich ein unwiderstehliches Verlangen, weiterzutrinken		
6. Ich denke oft an Alkohol (Schnaps, Bier, Wein, Sekt usw.)		
7. Ich habe manchmal auch dann Alkohol getrunken, wenn es mir vom Arzt verboten wurde		
8. In Zeiten erhöhten Alkoholkonsums habe ich weniger gegessen		
9. An der Arbeitsstelle hat man mir schon einmal Vorhaltungen wegen meines Alkoholkonsums gemacht		
10. Seitdem ich Alkohol trinke, bin ich weniger tüchtig		
11. Ich habe nach dem Trinken von Alkohol schon öfter Gewissensbisse (Schuldgefühle) gehabt		
12. Ich habe ein Trinksystem versucht (z.B. nicht vor bestimmten Zeiten zu trinken)		
13. Ich glaube, ich sollte weniger Alkohol trinken		
14. Ohne Alkohol hätten ich weniger Probleme		
15. Wenn ich aufgeregt bin, trinke ich Alkohol, um mich zu beruhigen		
16. Ich glaube der Alkohol zerstört mein Leben		
17. Einmal möchte ich aufhören mit dem Trinken, dann wieder nicht		
18. Andere Leute können nicht verstehen, warum ich trinke		
19. Wenn ich nicht trinken würde, käme ich mit meinem Partner besser zurecht		
20. Ich habe versucht, zeitweilig ohne Alkohol zu leben		
21. Man hat mich schon auf meine Alkoholfahne aufmerksam gemacht		
Wenn Sie bei ehrlicher Selbstprüfung mehr als fünf Fragen mit „Ja" beantworten müssen, so besteht die Wahrscheinlichkeit, daß Sie Alkoholiker sind.		

Tabelle 2	ja	nee
1. Leiden Sie an Gedächtnislücken nach starkem Trinken ?		
2. Trinken Sie heimlich ?		
3. Denken Sie häufig an Alkohol ?		
4. Trinken Sie die ersten Gläser hastig ?		
5. Haben Sie wegen Ihres Trinkens Schuldgefühle ?		
6. Vermeiden Sie in Gesprächen Anspielungen auf Alkohol ?		
7. Haben Sie nach den ersten Gläsern ein unwiderstehliches Verlangen weiterzutrinken ?		
8. Gebrauchen Sie Ausreden, warum Sie trinken ?		
9. Zeigen Sie ein besonders aggressives Verhalten gegen die Umwelt ?		
10. Versuchten Sie periodenweise völlig abstinent zu leben ?		
11. Neigen Sie zu innerer Zerknirschung und dauerndem Schuldgefühl wegen des Trinkens?		
12. Haben Sie häufig den Arbeitsplatz gewechselt ?		
13. Richten Sie ihre Arbeit und ihren Lebensstil auf den Alkohol ein ?		
14. Haben Sie einen Interessenverlust an anderen Dingen als an Alkohol bemerkt ?		
15. Zeigen Sie auffallendes Selbstmitleid ?		
16. Haben sich Änderungen im Familienkreis ergeben ?		
17. Neigen Sie dazu, sich einen Vorrat an Alkohol zu sichern ?		
18. Vernachlässigen Sie Ihre Ernährung ?		
19. Wurden Sie wegen Alkoholmißbrauchs in ein Krankenhaus aufgenommen ?		
20. Haben Sie mitunter tagelang hintereinander getrunken ?		
21. Beobachten Sie einen moralischen Abbau an sich selbst ?		
22. Wurde Ihr Denkvermögen beeinträchtigt ?		
23. Trinken Sie mit Personen, die weit unter Ihrem Niveau stehen ?		
24. Trinken Sie gelegentlich technische Alkoholprodukte (Haarwasser oder Brennspiritus) ?		
25. Wurde die Verträglichkeit für Alkohol geringer ?		
26. Beobachten Sie morgendliches Zittern ?		
27. Wurde das Trinken zum Zwang ?		
28. Hatten Sie bereits ein Alkoholdelir ?		
Wenn Sie bei ehrlicher Selbstüberprüfung mehr als fünf Fragen mit „Ja“ beantworten müssen, so besteht die Wahrscheinlichkeit, daß Sie Alkoholiker sind.		

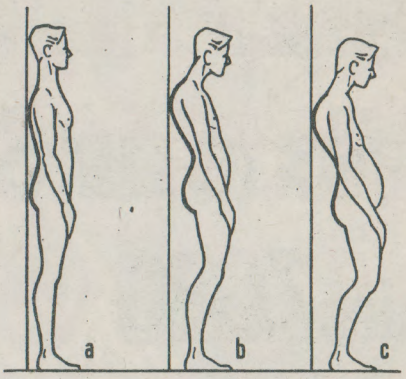


Abb. 6 Die einzelnen Stadien des Haltungsverfalls
a — ideale Haltung; b — leicht verfallene Haltung; c — sehr schlechte Haltung

Abb. 21 Damit auch der Geist nicht rostet, eine Partie Schach

Was schon wieder „alle Fünfe“? Macht Euch keine Sorgen! Für Euch gibt`s nämlich exklusiv in Klarofix den Alternativ - Festivalplan für näxtes Jahr:

Uhrzeit	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend	Sonntag
7.20	Vorstellungsgruppe (Patienten schildern ihre Lebensgeschichte unter dem Aspekt der Alkoholabhängigkeit)				
8.00	Arbeitstherapie	Arbeitstherapie	Zahnärztliche Betreuung	Arbeitstherapie	Arbeitstherapie
10.30	Seminar: Organschäden	Seminar: Alkohol und Führerschein	„Die Gruppe“ wichtiger Teil der Therapiekette	Seminar: Rückfall-problematik	Gruppenratsbesprechung (3Patienten)
12-13	Mittagspause				
13.00	Situationstraining	Arbeitstherapie	Kulturaktiv	Arbeitstherapie	Exkursion, Stadtausgang
15.00	Musiktherapie: gemeinsames Singen	Gruppe: „Trinkmotive“	Gespräch mit einem abstinent lebenden Alkoholiker	Sport	
18.00	Abendbrot				
19.00	Ein Patient stellt sein Hobby vor	Gesprächsrunde: „Schlaf & Traum“	Tischtennisturnier	Gespräch mit einem Rückfallpatienten über seine Erfahrungen, Motive usw.	Literarischer Abend und Diskussion
21.30	Schallplattenabend	Spieleabend		Diavortrag: Brandenburg	
00.00	Stationsreinigung				

Quelle: Hubertus, Windischmann, Ein Gläschen in Ehren... VEB Verlag Volk und Gesundheit, Berlin 1989

Ein paar Worte zur Situation des ZORO

vom ZORO

Bald werden sich ein paar grundlegende Dinge für das ZORO ändern, was einige von Euch interessieren könnte.

Seit alles mit der Besetzung des Hauses um Jahresende 1991 begann, hatten wir ständig Probleme, einen akzeptablen Vertrag für die (legale) Nutzung des Hauses zu bekommen. Außerdem gab es lange Zeit Ärger mit dem Ordnungsamt wegen der nicht angemeldeten Konzerte, fehlender Schankerlaubnis und verschiedenster bauordnungsrechtlicher Auflagen. Zu allem Überfluß tauchte auch noch um Jahre verspätet eine riesige Strom- und Gasrechnung auf, deren Begleichung immer noch aussteht. Alles in allem kaum nachvollziehbare Beträge, da den Stadtwerken weder die Nummern, noch Ort und Anzahl der Elektrozähler bekannt waren.

Nach dem Stadtverwaltung und LWB uns bei den Vertragsverhandlungen 1992 mehr oder weniger in einen Mietvertrag mit dem Jugendamt gezwängt hatten, verweigerten wir für 3 ½ Jahre Unterschrift und Zahlung der geforderten 5000 dm Monatsmiete.

Im April 1997 wurden wir deshalb vom Jugendamt zur Schlichtungskommission beordert, um zu klären, wieviel der angeblichen Schuldsumme von ca. 200.000 dm wir zurückzuzahlen hätten. Ergebnis war eine Monatsrate von 500 dm, die wir 10 Jahre lang an die Stadt für nicht gezahlte Betriebskosten der Jahre 1995/1996 löhnen müssen, und die Verpflichtung, die aktuellen monatlichen Betriebskosten von 1450 dm artig und pünktlich zu bezahlen. Die übrige Forderung von 3700 dm monatlicher Grundmiete für die zwei Jahre wurde zu unseren Gunsten zurückgewiesen, da von der LWB während der gesamten Zeit keine Mark für die Instandhaltung des Gebäudes ausgegeben wurde, wodurch die „nötigsten" Ausgaben und Arbeiten von uns übernommen werden mußten.

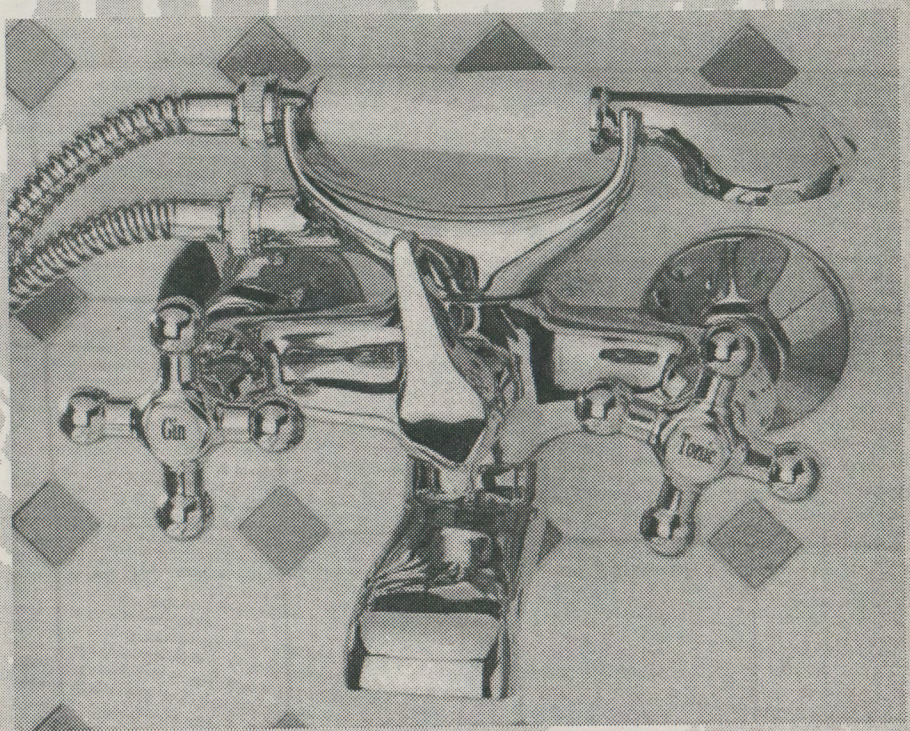
Der bisherige Mietvertrag zwischen uns und dem Jugendamt ist am 30.9.1997 abgelaufen. Das bedeutet, daß wir ab 1.10.97 direkt mit der LWB einen Mietvertrag abschließen müssen. Die Vertragsverhandlungen darüber haben hauptsächlich folgendes ergeben: Die Höhe der Betriebskostenpauschale bleibt gleich; die Grundmiete wird ca. 1000 dm (1 dm/qm) betragen, soll aber nicht von uns bezahlt, sondern durch Abrechnung der ohnehin notwendig durchzuführenden Instandhaltungsarbeiten abgegolten werden; Vertragsdauer ist wiederum 5 Jahre, da aufgrund des noch ungeklärten Restitutionsanspruchs kein auf längere Zeit festgesetzter Vertrag möglich ist.

Noch haben wir den neuen Mietvertrag nicht unterschrieben in der Tasche. Da aber über so gut wie alle angesprochenen Punkte Einigung erzielt wurde, rechnen wir bis Anfang November mit einem Abschluß der bürokratischen Prozedur.

Auf Grundlage der nun für uns absehbaren monatlichen Zahlungsverpflichtungen kann jetzt auch ein nächster Versuch unternommen werden, sich mit den Stadtwerken über die Modalitäten der Stromversorgung zu einigen. Es sieht also alles gar nicht soo schlecht aus. Und damit das auch so bleibt und nachwievor noch ganz schön viel am, im und um das Haus herum zu tun ist, soll die beim diesjährigen Festival eingenommene Kohle für anstehende Zahlungen und Instandhaltungsmaßnahmen, z.B. die Erneuerung der Elektroanlagen, verwandt werden.

in diesem Sinne

ALTERNATIV JA; AUTOBAHN NEIN!



favorisierter Entwurf für die Neugestaltung der Gemeinschaftsbadanlagen im Keller des Hauses

ANIMAL-MAN
ER RETTET TIERE AUS FUN!
ICH WUSSTE DOCH,
DASS IHR AUCH EINFACHER
ZUM LACHEN ZU BRINGEN
SEID...

DER BALL IST RUND

Seit September berichten die Sportseiten der Leipziger Tageszeitungen immer vom gleichen Thema: Turbulenzen im Verein FC Sachsen, Trainerwechsel in Dösen, allgemeine Aufgeregtheit. Nun ist Fußball nicht jedermanns Sache und gibt es sicher auch manch andere Freizeitbeschäftigungen, aber wer kennt eine andere Freizeitbeschäftigung, die so viele Menschen zusammenbringt, die so aufs Miteinander angelegt ist, auf Ausleben, Gute Laune und Kreativität, die so viel nachvollziehbarer auf das Wörtchen "Befreiung" paßt, als Klassenkampftherorien oder Weltflucht. Wer nun denkt, was hat das denn mit Fußball zu tun, Fußball ist doch nur sinnlose Volksverblödung und Kommerz, der zudem noch die Leute von den eigentlichen Problemen ablenkt, dem sei gesagt, daß er eben das genauso wenig sein muß, wie die gegenwärtige Welt, die so dringend zu verbessern ist. Natürlich ist da immer die Frage "Wie?" und solange da keine Erleuchtungen vom Himmel fallen, kann es nicht schaden, auf dem Fußballplatz anzufangen.

Wer den Zeitungs-Maraton über die Chaoswochen in Leutzsch und Probstheida also durchgehalten hat, wird inzwischen wissen, daß in Leutzsch beim FC Sachsen und beim Vfb die Trainer gefeuert wurden und in Ermangelung besserer, Nachwuchstrainer bzw. Spieler auf die freigewordenen Stellen nachgerückt sind. Natürlich hatte das nicht nur finanzielle Gründe. Die Vereinsführungen in beiden Teilen Leipzigs, sitzen nun mal auf nicht so krisensicheren Hockern, wie man glauben möchte, hat man das Fußballgeschehen nur an den Wochenenden im Blickfeld. Die Herren im Nadelstreif sind bekanntlich nur Freizeitsportfreunde, die hauptamtlich mit Wurst und Wohnungen handeln (FC Sachsen) oder Politik machen (VfB). Logisch, daß da Freizeit und Geschäftsinteressen manchmal eigene Wege gehen (gerade vor Wahlen) bzw. durch dickköpfige Vereinsgremien nicht die Richtung einschlagen, die auch fürs Geschäft gut ist. Kämmerer Kaminski und CDU Politiker Czibulla, die beide im nächsten Jahr um Lehmanns Rathausposten kandidieren wollten, haben ihre Chancen sicher schon verspielt. Wer ist so blöd, bekennt sich wie Kaminski zum FC Sachsen oder Czibulla zum VfB (derzeit VfB Boß) und verliert somit die Hälfte der Stimmen in der Stadt, die jeweils auf die andere Mannschaft halten. Tiefensee dagegen operiert da geschickter und buhlt aus der zweiten Reihe und bei beiden Vereinen. Zudem hat er mit seinen Zentralstadion- und WM Plänen noch überregionale Fußballtrümpfe im Ärmel.

Wer denkt, Fußball hätte in Leipzig nichts mit Politik zu tun, der irrt. In Leipzig ist er so verquickt wie kaum anderswo, und warum wohl? Natürlich, weil sich die Gemüter hier an ermüdenden Trainerfragen mehr erhitzen, als an abgefahrenen Rathausaktivitäten. Das Desinteresse der Bürger an Mitbestimmung in ihrer Stadt ist dermaßen aufs Zeitungsblabla degeneriert, daß Projekte, wie Flughafen, Neue Messe, Altes Messegelände, Innenstadtmessehäuser, Hauptbahnhof, Neuer S-Bahntunnel, Bildermuseeum, Uniriese, Ausgustusplatztiefgarage und was nicht noch alles, problemlos an den staunenden Leipzigern vorbei aus dem Boden gestampft werden. Gäbe es nicht "Leipzigs Neue" mit aktuellpolitischer Jammerberichterstattung und ab und zu ein paar öffentlichkeitsbedachte Grüne, könnte man denken, die Leipziger wären so bescheuert, daß selbst die abgefahrensten Ganoven hier mit Glasperlen und ner großen Fresse noch was rausholen. Wenn dann mal einer auffliegt, dann wird er auch noch berühmt wie ein Immobilienfritze Schneider, dessen Name in Leipzig unsterblich wurde. Und nichtmal nach diesem großen Krach fragt mal einer im Rathaus an, wie das passieren konnte, weil man weiß, daß die davon Null Plan haben bzw. nicht drum scheren.

Wenn du also privatwirtschaftlich oder für deine eigene Karriere etwas erreichen willst in Leipzig, dann über das Rathaus. Und ins

Kaminski (CDU) verprellt ungeschickterweise mit seinem Bekenntnis zum FC Sachsen die Hälfte der fußballinteressierten WählerInnenschaft.

Rathaus kommst du nicht mit Innovationen oder Ideen, sondern mit Mehrheiten, die eben nicht auf der Straße, sondern viel eher in Leutzsch und Probstheida liegen. Zugegeben, nach Gerüchten einer Kandidatur von NPD Chef Deckert als Lehmann-Grube Nachfolger ist zu vermuten, daß in Leipzig langsam auch auf anderer Ebene Stimmen zu gewinnen sind.

Nun ja, Ende Oktober wurde in Leutzsch eine neue Chefetage gewählt, die jedoch aus heutiger Sicht (Mitte Okt.) auch keine allzugroßen Veränderungen mit sich bringen dürfte. Und auch bei den Lokisten durfte das sinnlose Taumeln im Mittelfeld der 2. Bundesligatabelle eher Stabilität bedeuten, denn Volksaufstand. Wenn die CDU mit Kaminski im nächsten Jahr die OBM Wahl an Tiefensee verliert (was ja ziemlich zu erwarten ist) und in Leutzsch das wahrhaftige Chaos in dem der Verein steckt, zu neuerlichen Umstrukturierungen führt, wird sich Kaminski vielleicht doch noch mal um die Sachsen-Krone bemühen und dann läuft der Laden vielleicht doch noch ins Jahr 2000. Immerhin hat Kaminski als städtischer Kohleverwalter die Finanzlöcher so gut zu retuschieren vermocht, daß Leipzig von politischen Skandalen verschont wurde, die so manch andere ostdeutsche Stadt nach der Wende erlebte. Wer hörte in Leipzig schon auf das klägliche Jammern von einigen Kindergärtnerinnen, von

Als ehemals parteiloser Bündnisgrüner weiß Tiefensee (SPD) dagegen, wie man zwischen den Stühlen schifft.

den paar kleinen Kulturprojekten, den wenigen Bademeistern, Tierpflegern usw., zumal auch noch jeder seine Bürde für sich trägt? Mit etwas Tschingterassassa das Neue Messe u.ä. abwerfern, sieht das Wirtschaftsgebiet Leipzig dann schon recht gesund aus, und das alles auch dank Kaminski! Jetzt machen sich Gerüchte breit, daß die Sparkasse Leipzig bei den Lokisten als Sponsor aussteigen will und dieser Verein hoffentlich bald pleite geht, womit sich Leipzig als Oststadt wirklich sehen lassen kann.

Es könnte wirklich alles so gut laufen, wenn eben nicht immer noch ein paar nicht klug zu kriegende Ossies im Wege stehen würden, die rumjammern und die weiße Weste ihrer Stadt beflecken, wenn mal ausversehen ein Schwuler in Wahren bestialisch umgebracht wird oder ein Gemüsehändler aus Syrien in der Liebknechtstraße. Auch Fußball könnte eine so ruhige, imagefördernde Sache werden, wenn nicht immer irgendwelche sogenannten Fans mehr verlangten, als ihr Geld an den Kassen abgeben zu dürfen. Bei Lok klappt es ja schon ganz gut, da braucht man selbst Zuschauer kaum noch, denn der Verein hat sich auf deren Schultern fast unabhängig gemacht und lebt von der 2. Bundesliga, die ihre Mitglieder durch Fernsehgelder und Sponsorenattraktivität am Leben erhält. Nur in Leutzsch haben noch viel zu wenig Zuschauer begriffen, worum es beim Fußball auf Profiebene nun eigentlich geht. Hier ist doch der Verein nicht nur für die Zuschauer da, sondern geht er eine Symbiose mit Stadt, Politik und Wirtschaft ein. Ein Herr Tiefensee braucht die Leipziger Fußballidylle für seine WM Fantasien, die SPD ortet potentielle Wählerstimmen in der Leutzscher Aue und ein Herr Wienhold hat mit seiner Immobilienfirma seinen Fuß auch in Leizig, wenn er ihn erstmal sicher in Leutzsch hat. Fußballbegeisterung ist das doch nicht, was den ehemaligen Polizisten und CDU Politiker aus Berlin nach Leipzig zieht.

Leider gibt es eben bei Chemie immer noch ein paar Leute, die das nicht einsehen wollen und sich aufregen, wenn ein Wienhold, bloß weil er mit seinem Geld das Schicksal des Vereins in seinen Händen hat, alles nach seiner Fasson verändern will. Genau das waren die Ursachen, warum der Verein im Oktober knapp vor dem Konkurs stand, denn wenn Wienhold als Geldgeber seinen Geldhahn zugedreht hätte, hätte man den Grabstein setzen können. Um den guten Mann trotz der ausgebrochen Proteste nicht ganz zu verscheuchen, warf dann alles was Rang und Namen hatte, das Handtuch und gab die Bahn frei, um alles durch Neuwahlen wieder ins Lot zu bringen. Wie auch immer. Gelingt das nicht, kann man den weiterhin angestrebten Aufstieg dann völlig vergessen und den ganzen Verein gleich mit. Dann wäre die Ära Chemie zu Ende.

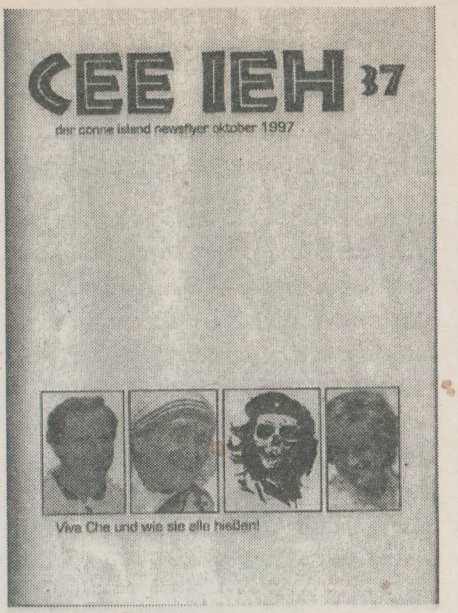
Natürlich braucht Leipzig nicht Chemie, auch wenn man sich das immer gern einredet. Eine gute Mannschaft reicht für die Region völlig. Es würde Sponsoren, Stadtpolitik und Zuschauer auf eine gemeinsame Sache konzentrieren und nicht wie bisher spalten.

Aber, und das muß man sich bei solchen Gedanken auch vor Augen halten, Leipzig würde mit Chemie wieder um ein Stück ärmer werden, denn es würde wieder ein Stück Identität verlieren, wie es sie schon an hunderten anderen Stellen in der Stadt verloren hat in der Vergangenheit. Leipzig macht für Bonzen und Bürgersäcke sicher die Neue Messe, die prunkvolle Innenstadt, der spektakuläre Bahnhof und so aus, aber bei den einfachen Leuten in der Region steht Chemie Leipzig für eine Art Lebensgefühl, für eine Art Selbstbewußtsein und Eigenart, die man unter den heutigen Ellenbogenbedingungen gern ausgemertzt sehen würde.

Heute Chemiefan sein, bzw. die Ereignisse, die dort in Leutzsch vor sich gehen, nicht tatenlos und hämisch beobachten, sondern sie im eigenen Sinne beeinflussen, ist in diesen Monaten vielleich die letzte Chance. Ansonsten könnte diese Rubrik eine der ersten sein, die in diesem Heft wegfällt, da es einfach nichts mehr gibt, über was zu berichten wäre. Natürlich kannst du jetzt sagen: Was geht mich Fußball an? Fußball find ich blöd., aber denk dran, wie oft andere schon gesagt haben, Kindergärten find ich blöd, oder meinen jahrelang ausgeübten Job, meine liebgewonnene Wohnung, die typischen Leipziger Stadtviertel, oder von mir aus auch Antifaarbeit.

A.R.

der runde umschlag



Aus aktuellem Anlaß setzt sich das **CEE IEH** 37 gleich in zwei Texten mit seinem Kalkül im Umgang mit Skins und Hools auseinander. „Damit wird gewissermaßen eine Hackordnung unter den Skinheads befördert, die darauf zielt, den unpolitischen Teil der Skinheadbewegung zu stärken, was für ostdeutsche Verhältnisse schon ziemlich viel bedeutet." Diese Zielsetzung suggeriert, daß Skinheads latent rechts wären und es im Osten (Hier müssen halt kleinere Brötchen gebacken werden.) schon ein Erfolg ist, mehr unpolitische Skins zu haben. Da beschäftigen sie sich wenigstens mit sich und müssen nicht mehr Zeckenhäuser anbrennen.

Der Schreiber der Cook-Sparrer-Konzertvorschau kennt sich da besser aus und behauptet sogar „Entweder man ist in erster Linie Skinhead oder man ist in einem politischen Lager gelandet:" (Cee Ieh #37, S. 4) Naziskins/-Punx, die traurig vor der Tür stehen, weil sie ihre Jacke nicht im Auto lassen können, werden sich das ganze bestimmt mal durch den Kopf gehen lassen:

„He Nazi, der Du da behauptest Skinhead zu sein, solltest auch Du diese Zeilen lesen, überprüfe mal Deine Biographie und frage Dich mal ernsthaft nach deiner Verklemmung" (Cee Ieh #37, S. 5) Vorher wird noch behauptet, daß der Rassenwahn von Fascho\-skins nur ein Männer\-komplex verklemmter Arschlöcher sei. Da wissen wir ja endlich, warum es Rassisten gibt oder soll es bei denen mit Haaren anders sein? Aufeinmal doch alles sozial geschädigte Jugend.

Die Ursachen für den Zwang zum martialischen Auftreten und zur Uniformität liegen also bei Faschos nur in einer verkorksten Biographie. Skins können durchaus Sympathen sein und es ist absoluter Unsinn, daß Skins unpolitisch sein müssen. SHARPs oder Redskins ordnen sich eindeutig politisch links ein. Zu behaupten, unpolitisch zu sein, ist einfach, denn alles Verhalten zur Umwelt wird angeblich nur vom ganz individuellen Standpunkt bestimmt und man wäre dann von jedem Auseinandersetzen damit befreit. Skins sind aber politisch, wenn sie sich als eine Bewegung mit Zielen verstehen. Und das sollte doch befördert werden, den linken und nicht den unpolitischen Teil der Skinbewegung zu stärken.

Das alles zu verwaschen, um Nazis ruhig zu stellen, weil die Anforderung an rechte Skins unpolitisch zu werden, geringer sei als bis links zu gehen, man ihnen also ein Stück entgegengehen müsse, ist unverständlich. Umso mehr, bezieht man politische Ressentiments, die sonst aus dem C.I.-Umfeld kommen ein. Wer den „politischen Standort von Typen" von rechts (?) über unpolitisch sein „nach links verrücken" will (Cee Ieh #37, S. 64), setzt voraus, daß eine mögliche Entwicklung der politischen Meinung zum Un\-politischen gehen könne, das dann zwischen rechts und links läge. Wenn die selbst auferlegten Grundsätze wirklich eingehalten werden, gibt es gegen Skinkonzerte oder Hoolparties nicht einzuwenden, aber die Versuche, das alles mit fragwürdigen Konstrukten politisch zu erklären muß lächerlich wirken wie die Flyer zum Cook-Sparrer-Konzert. Hauptsache Ruhe bewahren und damit drohen die schnelle mobile Einsatzstaffel aus dem C.I. anzurufen.

Das Konzertpublikum war höflichster Güte. Es ist auch völlig o.k., wenn das C.I. mit ein paar Kumpels eine Party feiert. Es ist auch nichts dagegen einzuwenden, daß Skin\-konzerte, die wirklich die besseren im C.I. sind, hier stattfinden. An den Sozialarbeiteransatz, Skinheads unpolitisch zu machen, glaubt doch auch im C.I. nicht wirklich jemand. Gedanken sollten sich die C.I.erInnen zu Image/Textinhalten von Pöbel&Gesocks und Kassierern machen und mal versuchen das mit ihren politischen und kulturellen Zielen zu erklären. Sie brauchen sich auch nicht so viel Mühe geben, aus einer guten Party einen politischen Coup zu machen.

Klasse, daß mal ein paar Nazi-Leutscher aufs Maul gekriegt haben, aber Alfred sollte sich mal fragen, ob das wirklich bezeichnend ist für Chemiehools. Gerade bei dem Spiel gegen RW Erfurt verhielt sich der Hauptfanmob durchaus rassistisch. Es bringt wenig, auf Kritik am Subjekt Chemiehool mit Polemik zu antworten. Laßt Taten sprechen und haut die Rassisten und Faschisten aus diesen Zusammenhängen!

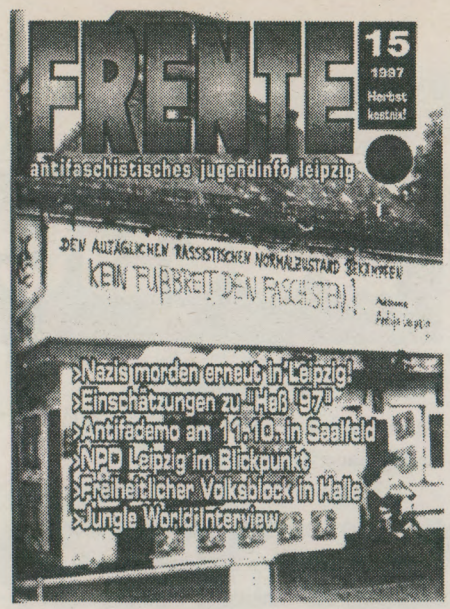
Nur noch kurz zum Rest. Die Combosachen lese ich wenig - der Eintritt ist eh meist zu teuer. Soon E MC las sich gut und auch die junge Hardcorehoffnung Full Speed A Head hat einen hype verdient. Prima, wenn sich Leute mit dem beschäftigen, was sie umsetzen wollen - Rolis Teil II habe ich abgeheftet.

Im politischen Teil zeigt Ralf, wie die Linke verkommen ist; diesmal am Beispiel ihres Verhaltens zur Verurteilung von Uli, der 9 Monate auf Bewährung gekriegt hat, weil er auf einer Demo den Slimehit "Deutschland muß sterben" abspielte. Außerdem noch ein ANG-Text, ein Café Morgenland Text und eine Buchbesprechung "Die Autonomen". Das Heft ist mit 68 Seiten stark genug und sollte in keiner Bibliothek fehlen.

Seit anderthalb Jahren gibt es das **VENCEREMOS** aus Dresden wieder. Die dreimonatliche Erscheinungsweise wird eingehalten und die Macher ziehen im Editorial der Ausgabe für September bis Oktober ein bißchen verdutzt eine positive Bilanz. Jede Menge Beiträge, die nicht von der Redaktion selbst verfaßt werden müssen und trotzdem das Konzept für die Zeitung in der Hand behalten. Für die aktuelleren Informationen sorgt derweil der „Autonome Nachrichtendienst (AND)", der als kostenlose Flugschrift 14-tägig vertrieben wird. Das aktuelle Heft bestätigt den Eindruck der Redaktion in allen Punkten. Durch die örtliche Nähe zu den Landesvorständen von sächsischen Parteien und Organisationen gelingt es den Dresdnern dort wirklich lesenswerte Informationen abzuzapfen, ohne gleich zum

Verlautbarungsorgan jener Organisationen zu werden. Gerade durch diese Informationen gewinnen die Schwerpunkte zu Migration und Innerer Sicherheit das ihnen gebührende Gewicht, auch wenn an diesem Themen ständig Interessierte schwerlich viel Neues finden können.

Durch eingestreute Erlebnisberichte und einem Vergleich allgemeiner Strategien mit den lokalen Gegebenheiten ist das Venceremos jedoch selbst für ExpertInnen lesenswert. Ein dritter Schwerpunkt des Heftes ergibt sich durch den beigehefteten AND. Dieser befaßt sich ausschließlich mit einem Leserinnenbrief an die Venceremos und die darauf erfolgeten Reaktionen. In dem dort nocheinmal dokumentierten Brief werden Infoladen und Venceremosredaktion wegen der in ihnen ausgeprägten sexistischen Strukturen angegriffen. Vorausgegangen war der Streit um einen Abstellraum im Infoladen, um dessen Nutzung sich eine Frauengruppe beworben hatte. Damit ging sofort das alte Spiel los: Warum brauchen die überhaupt einen Raum und was machen die da eigentlich? Ließe sich der bis dahin nicht wirklich genutzte Raum nicht anders viel effektiver nutzen usw. usf. Die Schreiberin des Briefes kündigt daraufhin ihren Rückzug aus den gemischten Verhältnissen der autonomen Szene in Dresden an. Aber so geht es doch nicht, tönt ein vielstimmiger Männerchor zurück, der aus seiner Kränkung keine Hehl machen will und stattdessen darauf hinweist, daß es doch ums „zusammen



kämpfen“ gehen muß. Also kremple mal die Ärmel hoch, liebe Frau, und „beiß Dich durch“. Alles in allem Ignoranz der angesprochenen Problem und Wundenlecken, also Diskussion auf tiefstem Niveau. Weiter hinten folgen dann noch ein paar Beiträge, die einer Diskussion eher förderlich sind. Insgesamt wurde in Dresden einiger Staub aufgewirbelt, hektische Bewegungen allerorten, was aber die Ergebnisse sein werden, wenn der Nebel sich wieder gelegt hat ist aus dem AND-Special nicht herauszulesen. Gewarnt sollten allerdings all jene sein, die meinen, hier sei etwas typisch Dresdnerisches passiert und im weltoffenen Leipzig sei alles viel abgeklärter. Die bisherigen Erfahrungen haben genau das Gegenteil bewiesen. Die öffentliche Nicht-Diskussion des Themas heißt nicht, daß kein Problem existiere. So hatte man nämlich auch in Dresden geglaubt.

Aber zurück zur Venceremos! Wer glaubt es handle sich hier um ein lustfeindliches Politmag, wie Euer Lieblingsheft, der irrt. Die Redaktion leistet sich neben geheimdienstlich anmutenden Antifaseiten voller Namen, Organisationen und Fotos doch tatsächlich auch ein Feuilleton. Dort darf Neben Neoisten Guru Karen Elliot (Transmissionsriemen Kunst? über Space Art, Genetic Art und Techno-Pop) auch Mail-Art in der DDR und heute sowie ein paar Theaterprojekte und Bücher gefeatured werden. Nach soviel Schwerpunkten verbietet es sich fast, die Kleinigkeit wie Oder-Armee Bundeswehr, die Analyse sächsische Schulen und Holocaust oder „Warum ich mich nicht für Politik interessiere?“ auch nur zu erwähnen. Ist für 2,50 aber alles dabei. (Leseexemplar im Infoladen Leipzig! Check it out!)

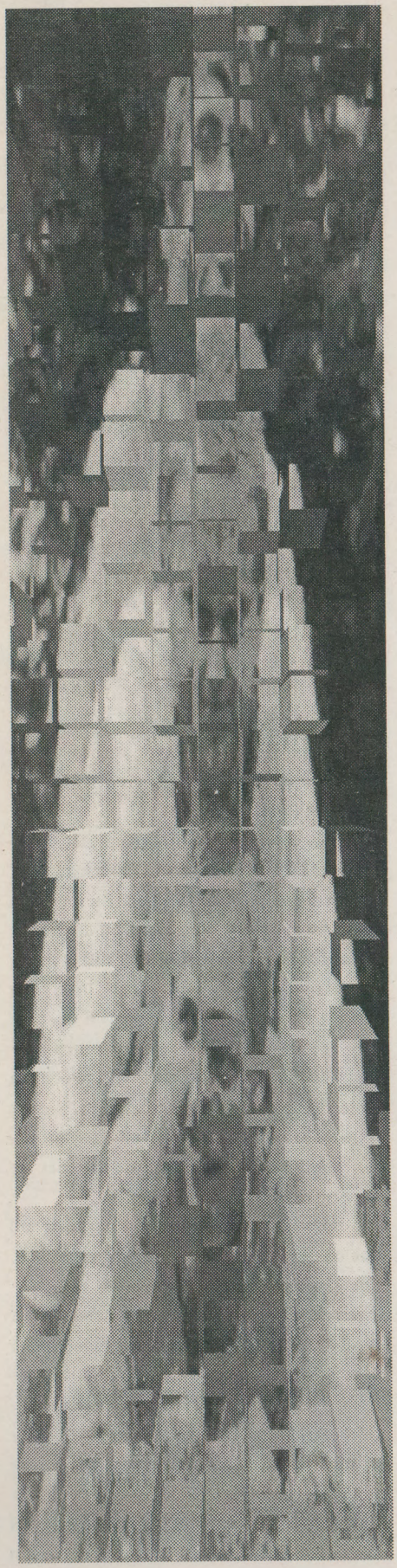
Kostenlos aber nicht umsonst gibt es ein neues **FRENTE** (wenn es noch welche gibt). Selten habe ich so viel Lob über ein Frente-Heft gehört, wie über dieses. Ziemlich detailliert bringen die HerausgeberInnen Wissenswertes für AntifaschistInnen aus Leipzig und Umgebung. Sechzehn Seiten news von rechts sollten doch für jedeN noch was Neues beinhalten. (In Berlin werden sog. „Gau-Dreiecke“ verboten, weil sie Kennzeichen verbotener Organisationen sind, in Grimma dagegen sieht man das anders - dort werden Dreieck-Träger vom Vorwurf der Verwendung solcher Kennzeichen freigesprochen.) Ein kurzer Bericht vom Europa-Vorn-Pressefest in Halle ist in diesem Teil des Heftes ebenso enthalten wie ein Review eines Nazikonzertes in Leipzig-Leutzsch, aufmerksam gesammelte Informationen zu den Aktivitäten der Faschos im Leipziger Umland (Borna, Schöna, Muldental etc.). Aber auch darüberhinaus ist das Heft sein Geld wert ;-). Obwohl der detaillierte Bericht über den schwulenfeindlichen Mord in Wahren aus dem letzten Klaro geklaut ist, ergänzen zahlreiche Fotos vom Prozeß den Artikel und werten ihn auf.

Zum ausgefallenen Heß-Marsch gibt es einen Abriß der bisherigen Heßmärsche samt einer kurzen Einschätzung der diesjährigen Versuche der Nazis, ihre Füße auf die Straße zu bekommen. Der Aufruf zur Vorbereitung von Aktivitäten gegen die Nazis-Demo zum 1.Mai 1998 wird von einem Artikel über die Leipziger NPD begleitet, satte 5 Seiten widmen sich dem „Freiheitlichen Volksblock“ in Halle. Auch die mir immer noch nicht ganz einleuchtende Aktion mit Thekla Kosche (siehe Klaro 9/97) wird gehypt, wie sich das für ein Antifaheft gehört.

Für SoziologiestudentInnen, die noch ein Thema für eine Semesterarbeit brauchen, kann der Artikel über Sozialarbeit mit rechten Jugendcliquen den Anstoß liefern, über den Sinn ihres Studiums nachzugrübeln. Aber selbstverständlich ist er auch für Nicht-Soziologen interessant, werden hier doch sozialdemokratische Plattheiten und sozialarbeiterische Ideen einer „akzeptierenden Sozialarbeit“ kritisch untersucht.

Und damit ihr wißt, was ihr lesen sollt, bis das näxte Frente erscheint gibts noch den jungle world hype #2375.

Einfach selber lesen.



bücher

Flammen im Schnee

Ingvar Ambjörnsen
Verlag Sauerländer, 1995

Und wieder mal ein Jugendbuch über zwei Teenies, die Detektiv spielen. Gibt es ja schon oft genug. Und langweilig wird es auch langsam. Oder?

Peter und der Prof, zwei Figuren von Ingvar Ambjörnsen, werden in dem Roman "Flammen im Schnee" in ein etwas ungewöhnliches Jugendbuchambiente gestellt.

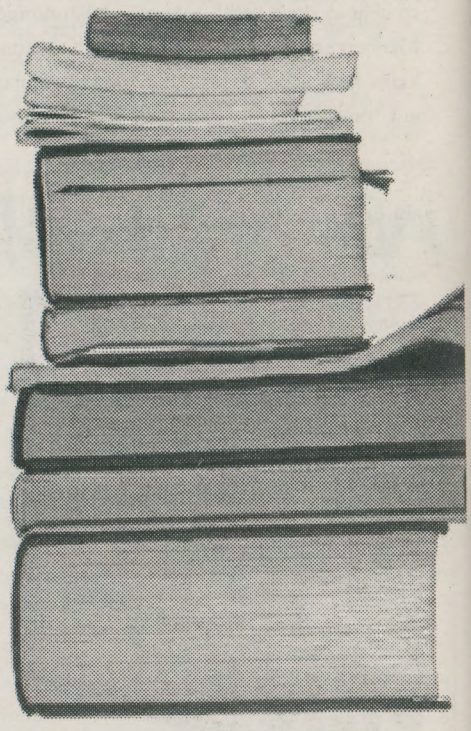
Der Bruder vom Prof ist schwul und hat einen Freund, welcher ein bekannter Fernsehmoderator ist. Bekannte schwule Fernsehmoderatoren sind eine Sache, solche, denen gleich noch sexuelle Gewalt an Jungen vorgeworfen wird, eine ganz andere. Peter und der Prof gehen der ganzen Sache auf den Grund, und so finden sie eine ganz andere Wahrheit als die, die besagten Fernsehmoderator angedichtet wird.

Das Besondere an diesem Buch besteht nicht nur an der eigentlichen Handlung - es gibt nicht viele Jugendbücher, die sich mit Homosexualität beschäftigen - sondern auch an dem erfrischend unverkrampften Umgang mit diesem Thema. Es gibt viele kleine Dinge neben diesen beiden großen, die dieses Buch zu einem etwas anderen Jugendbuch machen - die Freundin vom Prof, die die beiden tollen Typen bei den Nachforschungen mal eben kurz in die Tasche steckt, die selbstverständliche Verwendung der weiblichen Endung in ganz normalen Schilderungen ... Sehr gut gelingt Ambjörnsen die Veranschaulichung der Probleme, die einfach nur aufgrund von unterschiedlichen Erziehungsansätzen entstehen; Peter, dessen Eltern ihre Kinder sehr liberal erziehen (alte Hippies eben), hatte nie Schwierigkeiten damit, gleichgeschlechtliche Liebe als etwas selbstverständliches zu begreifen, da seine Eltern ihm nie etwas anderes beigebracht haben. Der Prof hingegen, aus einem eher konservativ geprägten Elternhaus, erzählt von den Szenen in der Familie, die das coming out seines Bruders ausgelöst hatte, den Schwierigkeiten, die er selber eine Zeitlang mit Homosexualität hatte und die seine Eltern noch haben.

Alles in allem ist dies ein Jugendbuch, das zum Glück die Art von Plattheiten vermissen läßt, die andere AutorInnen bei solcherlei "heiklen" Themen absondern, und dazu noch spannend geschrieben.

Nachzutragen wäre noch, das Peter und der Prof eine Krimi-Reihe ist, in der Ambjörnsen verschiedene gesellschaftlich ernste Themen aufgreift und für Kids witzig-spannend bearbeitet. Ambjörnsen selber wurde 1956 in Norwegen geboren. Nach einer kurzen Schulkarriere begannen lange, unruhige Jahre in den Randgruppen der Gesellschaft. Inzwischen gilt er nicht nur in Norwegen als erfolgreicher Autor. Seit 1985 lebt er in Hamburg. Auch seine "Erwachsenen"-Krimis möchte ich wärmstens empfehlen, sie spielen meistens in den untersten bzw. außenstehenden Klassen der Gesellschaft.

Bruchsteine

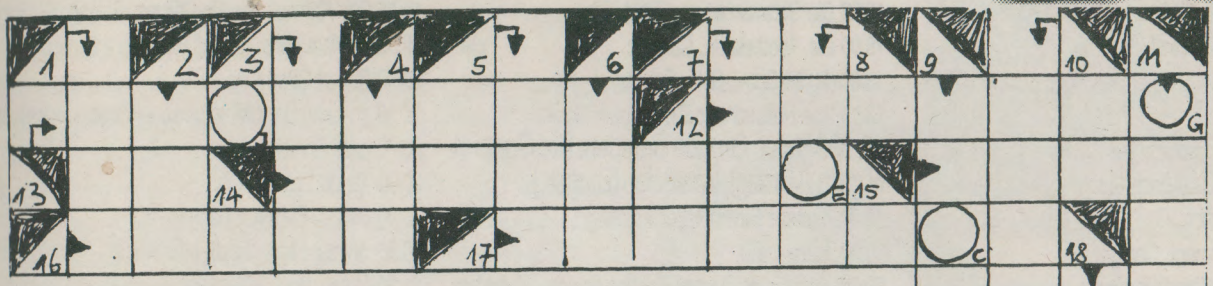


Glücksrätsli

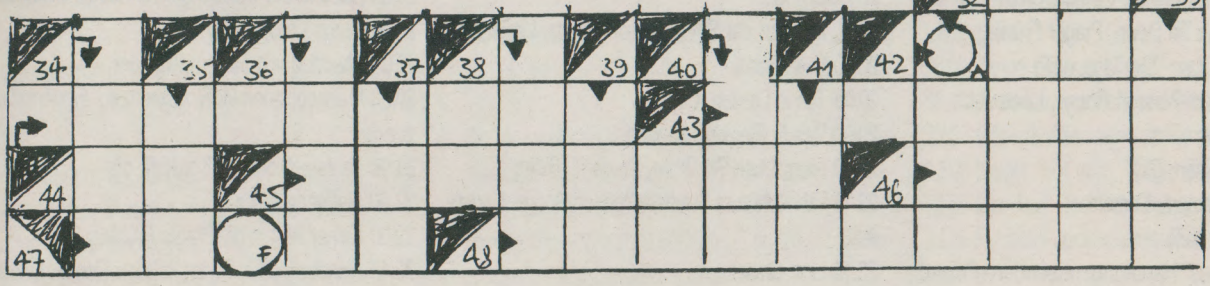
Liebe Leserin, lieber Leser!

Auch der Herbst hat oft noch schöne Tage! Vor allem dann, wenn man im **Klarofix-Glücksrätsli** eine musikalisch wertvolle CD oder 3 Strumpfhosen für bildschöne Beine gewinnt.
Wie auch immer: Mit den kniffligen Rätseln werden Sie sich aufs angenehmste entspannen können. Wir wünschen viel Spaß!

Ihre Sieglinde



1. Halt!; **2.** traurig, aber wahr-so waren Südfrüchte im Osten; **3.** dort knutschen Hollywoodstars und picklige Teenies; **4.** englischer Stauverursacher; **5.** gibt's bei Helge Schneider mit Möhrchen und Erbschen aus dem Glas, Baby !; **6.** da frißt der Teufel auch Fliegen; **7.** hängst du an diese Musik jamaicanischen Ursprungs was dran, wird's zur Freizeitbeschäftigung in deutschen Kneipen; **8.** dieses Salz streuen sich die Kumpel nicht in die Suppe; **9.** Oh, eine Religionsgemeinschaft!; **10.** tarnt voyeuristische Omas; **11.** Sammelbezeichnung für Grieß-, Plum- und Schokopudding; **12.** natürliche Alternative zum Solarium; **13.** Hauptbeschäftigung von Cellisten und Verteilern städtischer Fördermittel; **14.** reimt sich auf scheißegal und ist es uns auch (Antifa-Aufkleber die Erste); **15.** Barbies Lieblingsfarbe; **16.** Gott der Priorität; **17.** wenn der pfuscht, stürzt die Brücke wieder ein; **18.** ... O Form !; **19.** ehemaliger polnischer Staatspräsident auf dem Weg zur Donau; **20.** Jahrgeld für Fürsten; **21.** gehört zu Freddy, wie bayrisches Gebirgsidyll zu Zensi und Resi; **22.** Nachname von Edgar Allan; **23.** Hätte Mutter Theresa statt ihrer Ordenskluft dieses Gewand getragen, hätte sie Lady DIE an Attraktivität um nichts nachgestanden; **24.** So wäre die Königin der Herzen gestorben, wenn sie sich nicht totgefahren, sondern totgekotzt hätte; **25.** Das rufen wir Dir, sächsischer Rätsellöser, zu !; **26.** Alle Kinder pissen in die ..., außer Gunther, der liegt drinne.; **27.** Rühe und seine Kühe bilden diese mörderische Herde; **28.** ziemlich gewöhnlich; **29.** Punkerband mit Wut im Bauch; **30.** haariger Grundsatz der Skinheadbewegung voll hintergründigen Witzes; **31.** was tun Zecken never? (Antifa-Aufkleber die Zweite); **32.** endlose Sirene; **33.** zauberhafte Gewalt; **34.** steht gegenüber vom Fernseher; **35.** Schwanz vom Schlund; **36.** griechische Siegesgöttin, zieht deutschen Eltern das Geld aus der Tasche; **37.** einer der vielen Vornamen des Bären (ganz schön schweinig); **38.** Mauervorsprung; **39.** Vorgebirge in guter Hoffnung; **40.** Abk. für Diana und Dodi al-Fayed und Dienstag und Donnerstag; **41.** von N's umzingeltes U; **42.** Stino täuscht Stil vor, **43.** wenn Dodi da nicht gewesen wäre, gäbe es jetzt keine Gerüchte um die Schwangerschaft einer humanitär gelaunten Klunkermieze (2 Worte); **44.** in dieser Branche üben Animateure ihr schmutziges Handwerk aus; **45.** Hauptstadt von Nepal; **46.** Synonym für den Gesamtbär aus 37. ; **47.** frz.: Mach's Atsche!; **48.** bald dürfen das der BND und der Verfassungsschutz auch in Ihrem Wohnzimmer!



Lösungswort:

(einfach eintragen und an unsere Adresse schicken und gewinnen!)

A B C — G — E F G H J

Sieglinde exclusiv:

Elton John wird "Candle in the wind" niemals wieder in einem seiner Konzerte singen. "Dianas Lied" kostet den Sänger einfach zu viel Kraft.

erster

Sagt nicht, ihr hättet nichts gewußt! Antifaschistisch-antirassistische Demonstartion in Freiberg
17.00 Emil und die Detektive, Prager Frühling
18.00 Die Salzmänner von Tibet, City
18.00 Die Apothekerin, Camera
18.00+20.30+22.30 Show Girls, Extrem
19.30 From Dusk Till Dawn, Prager Frühling
20.00 Leipziger Dokfestival, naTo
20.00 Reise oder Agonie eines jungen Mannes (Theater), Lindenfels
20.00 Kaya (Percussion), Liwi
20.00 Catty Caress (Konzert), mb
20.00 Tango Lesson, City
20.00 Das 5. Element, Camera
20.30 Der Streit (Oper), Scheune
20.30 Dok-Film für Frauen: 37 Geschichten vom Weggehen, Frauenkulturzenrum
21.00 Tod eines Handlungsreisenden+Poisson Rouge, Lindenfels
21.00 Spinning Mill (Konzert), Geyser Haus
22.00 Leipziger Dokfestival, naTo
22.00 Karriere Girls, Prager Frühling
22.00 The Futur Sound of Jazz (4): Fauna Flash+DJs, Conne Island
22.00 Rosa Libre (Disco), Rosa Linde
22.15 Tango Lesson, City
22.45 Die Apothekerin, Camera
23.00 Sittenstrolche (Performance), Rosa Linde
Halloween, Distillery

zweiter

15.00-20.00 Infoladen im Conne Island
17.00 Emil und die Detektive, Prager Frühling
18.00 Abi fauq ash-Sajara - Mein Vater auf dem Baum (OF), naTo
18.00 Die Salzmänner von Tibet, City
18.00 Die Apothekerin, Camera
18.00+20.30 Show Girls, Extrem
18.15 Das Kabinett des Dr. Caligari, Grassi
19.30 From Dusk Till Dawn, Prager Frühling
20.00 Al Yam Al Yam - Die Tage, naTo
20.00 Maries Lied+Poisson Rouge, Lindenfels
20.00 Lea, Grassi
20.00 Tango Lesson, City
20.00 Das 5. Element, Camera
22.00 Gallivant, naTo
22.00 Tod eines Handlungsreisenden+Poisson Rouge, Lindenfels
22.00 Karriere Girls, Prager Frühling
22.15 Lea, Grassi
22.15 Tango Lesson, City

dritter

15.30 Mädchen machen Radio I (ab 8), Mona LiesA
18.00-20.00 KDV-Beratung, Conne Island
18.00 Al-Hudud - Die Grenze (OF), naTo
18.00 Die Salzmänner von Tibet, City
18.00 Die Apothekerin, Camera
18.00+20.30 Show Girls, Extrem
18.15 Das Kabinett des Dr. Caligari, Grassi
19.30 Mexico Gruppe Dresden: Die Ogoni in Nigeria (Vortrag), Weltladen (Burgstr.)
19.30 Karriere Girls, Prager Frühling
20.00 Aziza, naTo
20.00 Zazie in der Metro+Poisson Rouge, Lindenfels
20.00 Lea, Grassi
20.00 Tango Lesson, City
20.00 Das 5. Element, Camera
20.30 Arbeitskreis Feministische Theorie, Frauenkulturzenrum
22.00 Gallivant, naTo
22.00 From Dusk Till Dawn, Prager Frühling
22.15 Lea, Grassi
22.15 Tango Lesson, City
D'Rotzbouwen+The Fixtures, Zoro

vierter

15.00-18.00 KGB, Peterssteinweg 13
16.00-18.00 Mihraban-Frauen im Asyl, Frauenkulturzenrum
18.00 Die Salzmänner von Tibet, City
18.00 Die Apothekerin, Camera
18.00+20.30 Show Girls, Extrem
18.15 Das Kabinett des Dr. Caligari, Grassi
19.30 Karriere Girls, Prager Frühling
19.00 Massive Töne+South Side Rockers+Emilio+Afrob+Freundeskreis, Conne Island
20.00 In seinem Garten liebt Don Perlimplin Belisa (Theater), mb
20.00 Im Land der Stille+Poisson Rouge, Lindenfels
20.00 Lea, Grassi
20.00 Tango Lesson, City
20.00 Das 5. Element, Camera
22.00 From Dusk Till Dawn, Prager Frühling
22.15 Fahrstuhl zum Schafott+Poisson Rouge, Lindenfels
22.15 Lea, Grassi
22.15 Tango Lesson, City
22.30 Al Dajaj - Die Hühner, naTo

fünfter

18.00 Al-Irhab wa Al-Kabab - Terror und Kebab, naTo
18.00-24.00 Fraunecafé, Frauenkulturzenrum
18.00 Die Salzmänner von Tibet, City
18.00 Die Apothekerin, Camera
18.00+20.30 Show Girls, Extrem
18.15 Das Kabinett des Dr. Caligari, Grassi
19.30 Karriere Girls, Prager Frühling
20.00 Bab el-Qued City, naTo
20.00 Im Land der Stille+Poisson Rouge, Lindenfels
20.00 Lea, Grassi
20.00 Tango Lesson, City
20.00 Das 5. Element, Camera
20.30 Animal Farm (Film), Mühlstraße
21.00 Unter den Dächern von Paris+Poisson Rouge, Lindenfels
22.00 Gallivant, naTo
22.00 From Dusk Till Dawn, Prager Frühling
22.15 Rendezvous in Paris+Poisson Rouge, Lindenfels
22.15 Lea, Grassi
22.15 Tango Lesson, City

sechster

15.00-20.00 Infoladen im Conne Island
15.30 Mädchen machen Radio II (ab 8), Mona LiesA
17.30 Das 5. Element, Camera
18.00-20.00 Grüne Hilfe, Conne Island
18.00 Arabische Filme, naTo
18.00 Tango Lesson, City
18.00+20.30+22.30 Sexy Sadie, Extrem
19.30 Romeo und Julia, Prager Frühling
20.00 Offenes Antifaschistisches Plenum, Conne Island
20.00 Napalm Death+dBh, Conne Island
20.00 Haifa, naTo
20.00 In seinem Garten liebt Don Perlimplin Belisa (Theater), mb
20.00 Zazie in der Metro+Poisson Rouge, Lindenfels
20.00 Tango Lesson, City
20.00 Abschied von Matjora, Camera
20.30 Philosophinnen III: R. Luxemburg, Frauenkulturzenrum
21.00 Fanfare Ciocarlia (Konzert), mb
22.00 Gallivant, naTo
22.00 Keiner liebt mich, Prager Frühling
22.15 Rendezvous in Paris+Poisson Rouge, Linden-

fels
22.30 Abschied von Matjora, Camera
Knochenfabrik+Supernichts, Zoro

siebenter

Glokalisierung, Seminar des BUKO zu Globalisierung und Regionalisierung in Bonn, Anmeldung: Tel: 040-393156
Die Zukunft des Sozialstaates - Strategien gegen Sozialabbau, Forum der AG SPAK in Kassel, Anmeldung: Tel: 08806-95094
Lebensstile, Jugendseminar des Eine Welt e.V., Anmeldung: Weltladen (Stöckartstr.)
10.30 Puppenspiel: Die hüpfende Prinzessin, Mühlstraße
14.30 Puppenspiel: Rumpelstilzchen, Mühlstraße
17.00 Emil und die Detektive, Prager Frühling
17.30 Das 5. Element, Camera
18.00 Tango Lesson, City
18.00+20.30+22.30 Sexy Sadie, Extrem
19.30 Dying in Silence+White Noize feat. Opossum+Somehow Different, Heilges Kreuz Kirche (Neustadter Markt)
19.30 Romeo und Julia, Prager Frühling
20.00 Der ewige Jude, mit Einführung und Diskussion, naTo
20.00 Im Land der Stille+Poisson Rouge, Lindenfels
20.00 Tango Lesson, City
20.00 Abschied von Matjora, Camera
20.30 Reiprich+Pötsch (Konzert), Mühlstraße
21.00 Madonna Hip Hop Massaker (Konzert), mb
21.00 Unter den Dächern von Paris+Poisson Rouge, Lindenfels
22.00 Keiner liebt mich, Prager Frühling
22.15 Rendezvous in Paris+Poisson Rouge, Lindenfels
22.15 Tango Lesson, City
22.30 Abschied von Matjora, Camera
24.00 Fahrstuhl zum Schafott+Poisson Rouge, Lindenfels
Rhythm Club, Distillery

achter

Glokalisierung, Seminar des BUKO zu Globalisierung und Regionalisierung in Bonn, Anmeldung: Tel: 040-393156
Die Zukunft des Sozialstaates - Strategien gegen Sozialabbau, Forum der AG SPAK in Kassel, Anmeldung: Tel: 08806-95094
Lebensstile, Jugendseminar des Eine Welt e.V., Anmeldung: Weltladen (Stöckartstr.)
9.00 Demonsstration zum Gedenken an die Reichspogromnacht, Erfurt Bahnhof
11.00 Parlament gegen Rechts, u.a. mit Saalfelddemo, Neoliberalismus, Kein Mensch ist illegal, Mythos "Innere Sicherheit", Bioethik, ..., Erfurt Haus der Gewerkschaften
11.00-15.00 Treff des AK Mädchen (nur mit Anmeldung!), Mona LiesA
11.00 Puppenspiel: Der Krautesel (ab 4), Lindenfels
13.30 Puppenspiel: Schneewittchen (ab 5), Lindenfels
14.00 Puppenspiel: Richtige Musik, Lindenfels
14.30 Puppenspiel: August und das Krokodil (ab 7), Lindenfels
15.00 Puppenspiel: Richtige Musik, Lindenfels
15.30 Puppenspiel: Die Prinzessin auf der Erbse, Mühlstraße
15.30 Puppenspiel: König Drosselbart, Lindenfels
16.00 Puppenspiel: Richtige Musik, Lindenfels
16.30 Puppenspiel: Zwei Männer im Wald (ab 7), Lindenfels
17.00 Emil und die Detektive, Prager Frühling
17.30 Das 5. Element, Camera
18.00 Tango Lesson, City
18.00+20.30+22.30 Sexy Sadie, Extrem
19.30 Romeo und Julia, Prager Frühling
20.00 No Use For A Name+Terrorgruppe+Swingin' Utters+The Suicide Machines, Conne Island
20.00 Rendezvous in Paris+Poisson Rouge, Lindenfels
20.00 Tango Lesson, City
20.00 Abschied von Matjora, Camera
21.00 Unter den Dächern von Paris+Poisson Rouge, Lindenfels
22.00 Keiner liebt mich, Prager Frühling
22.00 Rosa Libre (Disco), Rosa Linde
22.15 Tango Lesson, City
22.30 Abschied von Matjora, Camera
24.00 Zazie in der Metro+Poisson Rouge, Lindenfels
E-Werk, Distillery

neunter

Glokalisierung, Seminar des BUKO zu Globalisierung und Regionalisierung in Bonn, Anmeldung: Tel: 040-393156
Die Zukunft des Sozialstaates - Strategien gegen Sozialabbau, Forum der AG SPAK in Kassel, Anmeldung: Tel: 08806-95094
Lebensstile, Jugendseminar des Eine Welt e.V., Anmeldung: Weltladen (Stöckartstr.)

11.00 Puppenspiel: Prinzessin auf der Erbse (ab 6), Lindenfels
13.30 Puppenspiel: Frühstücksmärchen (ab 7), Lindenfels
14.00 Puppenspiel: Varieté Marionetten, Lindenfels
14.30 Puppenspiel: Eine Schildkrötenliebesgeschichte (ab 7), Lindenfels
15.00-20.00 Infoladen im Conne Island
15.00 Puppenspiel: Varieté Marionetten, Lindenfels
15.00 Tanztee für Frauen, Frauenkulturzenrum
15.30 Puppenspiel: Die Prinzessin auf der Erbse, Mühlstraße
15.30 Puppenspiel: Phuleshwari+Bhlanath (ab 10), Lindenfels
16.00 Puppenspiel: Puppenspiel: arieté Marionetten, Lindenfels
16.30 Puppenspiel: Rotkäppchen (ab 5), Lindenfels
17.00 Emil und die Detektive, Prager Frühling
17.30 Das 5. Element, Camera
18.00 Tango Lesson, City
18.00+20.30 Sexy Sadie, Extrem
19.30 Romeo und Julia, Prager Frühling
20.00 Godard: A bout de souffle - Außer Atem, naTo
20.00 Rendezvous in Paris+Poisson Rouge, Lindenfels
20.00 Puppenspiel: Die Abenteuer des Herrn Nasebyll, Lindenfels
20.00 Tango Lesson, City
20.00 Abschied von Matjora, Camera
22.00 Godard: Allemagne année 90, naTo
22.00 Keiner liebt mich, Prager Frühling
22.00 Lax Alex' Con-Trax, Blauer Pudel
24.00 Fahrstuhl zum Schafott+Poisson Rouge, Lindenfels

+++watch out for flyers+++watch out for flyers+++watch out for flyers+++watch out for flyers+++watch

zehnter

15.30 Mädchen machen Radio III (ab 8), Mona LiesA
17.30 Das 5. Element, Camera
18.00-20.00 KDV-Beratung, Conne Island
18.00 Tango Lesson, City
18.00+20.30 Sexy Sadie, Extrem
19.30 Keiner liebt mich, Prager Frühling
20.00 Messer im Kopf+Poisson Rouge, Lindenfels
20.00 Slava-Baryschewski-Konzert, Werk II (Halle 5)
20.00 Puppenspiel: Arzt wider Willen, Lindenfels
20.00 Stammtische: Feministische Theologie+ Juristinnen, Frauenkulturzenrum
20.00 Tango Lesson, City
20.00 Abschied von Matjora, Camera
22.00 Godard: Nouvelle Vague, naTo
22.00 Romeo und Julia, Prager Frühling
22.15 Tod eines Handlungsreisenden+Poisson Rouge, Lindenfels

elfter

15.00-18.00 KGB, Petersteinweg 13
17.30 Das 5. Element, Camera
18.00 Tango Lesson, City
18.00+20.30 Sexy Sadie, Extrem
19.00 Antirassistische Gruppe gegen Freßpakete, Conne Island
19.30 euro-scene: Julius Cäsar, Schauspielhaus
19.30 Keiner liebt mich, Prager Frühling
19.30 Irland in Wort und Bild, Mona LiesA
20.00 Godard: JLG/JLG - Autoportrait de décembre, naTo
20.00 Auf Liebe und Tod+Poisson Rouge, Lindenfels
20.00 Tango Lesson, City
20.00 Abschied von Matjora, Camera
20.30 Fanfare Clocarlia (konzert), Scheune
20.30 Grenzgängerinnen (nur für Frauen!), Frauenkulturzenrum
21.00 Alkfrei Party: mit Cocktails, Shakes + Kekse, Liwi
22.00 Godard: Nouvelle Vague, naTo
22.00 Romeo und Julia, Prager Frühling
22.15 Messer im Kopf+Poisson Rouge, Lindenfels

zwölfter

17.30 euro-scene: Bernadette (Film), Metropol
17.30 Das 5. Element, Camera
18.00-24.00 Frauencafé, Frauenkulturzenrum
18.00 Tango Lesson, City
18.00+20.30 Sexy Sadie, Extrem
19.00 zirka(1): Austellungseröffnung, HGB
19.00 Rosenstolz, Haus Leipzig
19.30 euro-scene: De UtschlAns - Kommune 97, Probebühne Mockau
19.30 euro-scene: Come Quick Danger, Neue Szene
19.30 Keiner liebt mich, Prager Frühling
20.00 Godard: Forever Mozart, naTo
20.00 Tod eines Handlungsreisenden+Poisson Rouge, Lindenfels
20.00 Tango Lesson, City
20.00 Abschied von Matjora, Camera
20.30 Das siebente Siegel (Film), Mühlstraße
22.00 Godard: Nouvelle Vague, naTo
22.00 euro-scene: Pax Germania, Lindenfels
22.00 Romeo und Julia, Prager Frühling
22.30 Auf Liebe und Tod+Poisson Rouge, Lindenfels

dreiOter

15.00-20.00 Infoladen im Conne Island
15.30 Mädchen-Kreativangebot (ab 6), Mona LiesA
17.00 euro-scene: 70 Hill Lane, Kellertheater
17.30 euro-scene: Lourdes (Film), Metropol
17.45 Charlie-Chaplin-Revue, Grassi
18.00-20.00 Grüne Hilfe, Conne Island
18.00 Tango Lesson, City
18.00 Der Baulöwe, Camera
18.00+20.30+22.30 Sexy Sadie, Extrem
19.30 euro-scene: De UtschlAns - Kommune 97, Probebühne Mockau
19.30 euro-scene: Come Quick Danger, Neue Szene
19.30 Gilbert Grape - Irgendwo in Iowa, Prager Frühling
20.00 Offenes Antifaschistisches Plenum, Conne Island
20.00 The Skatalites+The Allstonians, Conne Island
20.00 Focus, naTo
20.00 Klamotten-Tausch-Börse, Frauenkulturzenrum
20.00 Gorillas im Nebel+Luxo jr., Lindenfels
20.00 Mein Leben Rosarot, Grassi
20.00 Der Bewegte Mann, City
20.00 Orfeu Negro, Camera
20.30 String II (Konzert), Mühlstraße
22.00 Eisenstein: Que viva Mexico, naTo
22.00 euro-scene: Pax Germania, Lindenfels
22.00 euro-scene: Animo, Kellertheater
22.00 Bandits, Prager Frühling
22.15 Mein Leben Rosarot, Grassi
22.30 Fahrstuhl zum Schafott+Luxo jr., Lindenfels
22.30 Der Baulöwe, Camera

vierOter

Genopoly, Seminar des Gen-ethischen Netzwerkes in Berlin, Anmeldung: Tel: 030-6858030
11.00-14.00 euro-scene: Workshop, Kellertheater
17.00 euro-scene: 70 Hill Lane, Kellertheater
17.00 Das doppelte Lottchen, Prager Frühling
17.30 euro-scene: Bernadette (Film), Metropol
17.45 Charlie-Chaplin-Revue, Grassi
18.00 Orphanage+Totenmond+Within Temptation+Cracked Corpuscles+Gallery, Haus Leipzig
18.00 Tango Lesson, City
18.00 Der Baulöwe, Camera
18.00+20.30+22.30 Sexy Sadie, Extrem
19.30 euro-scene: Die Alte, Schauspielhaus
19.30 Gilbert Grape - Irgendwo in Iowa, Prager Frühling
20.00 Man...Or Astroman?+Toenut, Conne Island
20.00 Theater 3 nach 12: Iphigenie auf Tauris, Scheune
20.00 Focus, naTo
20.00 Zazie in der Metro+Luxo jr., Lindenfels
20.00 Mein Leben Rosarot, Grassi
20.00 Der Bewegte Mann, City
20.00 Orfeu Negro, Camera
20.30 C. Lüders: Mata Hari (Lesung), Frauenkulturzenrum
21.00 Bisexualität hat viele Gesichter (Vortrag+ Diskussion), Rosa Linde
22.00 Eisenstein: Que viva Mexico, naTo
22.00 euro-scene (Film): Geschichtsunterricht+Luxo jr., Lindenfels
22.00 euro-scene: Bestes deutsches Tanzsolo, Schauspielhaus
22.00 Bandits, Prager Frühling
22.15 Mein Leben Rosarot, Grassi
22.15 Tango Lesson, City
22.30 Der Baulöwe, Camera
24.00 Fahrstuhl zum Schafott, Lindenfels
Rhythm Club, Distillery

fünfOter

Genopoly, Seminar des Gen-ethischen Netzwerkes in Berlin, Anmeldung: Tel: 030-6858030
11.00-14.00 euro-scene: Workshop, Kellertheater
17.00 euro-scene: Animo, Kellertheater
17.00 euro-scene: Applegames, Neue Szene
17.00 Das doppelte Lottchen, Prager Frühling
17.30 euro-scene: Lourdes (Film), Metropol
17.45 Charlie-Chaplin-Revue, Grassi
18.00 Tango Lesson, City

+++watch out for flyers+++watch out for flyers+++watch out for flyers+++watch out for flyers+++watch

+++watch out for flyers+++watch out for flyers+++watch out for flyers+++watch out for flyers+++watch

18.00 Der Baulöwe, Camera
18.00+20.30+22.30 Sexy Sadie, Extrem
19.30 euro-scene: Bernadette, agra Halle 2
19.30 Gilbert Grape - Irgendwo in Iowa, Prager Frühling
20.00 Kassandra (Theater), Lindenfels
20.00 Mein Leben Rosarot, Grassi
20.00 Der Bewegte Mann, City
20.00 Orfeu Negro, Camera
20.30 Fräulein Braun (Theater), Frauenkulturzenrum
20.30 Anca Parghel+Swinging Way (Konzert), Mühlstraße
21.00 Pinkelpause+Last Station, Werk II (Halle 5)
21.00 The Jinx (Konzert), mb
21.00 Poszeck (Konzert), Geyser Haus
22.00 euro-scene (Film): Julius Cäsar, Lindenfels
22.00 euro-scene: Bestes deutsches Tanzsolo, Schauspielhaus
22.00 Bandits, Prager Frühling
22.00 Rosa Libre (Disco), Rosa Linde
22.15 Mein Leben Rosarot, Grassi
22.15 Tango Lesson, City
22.30 Der Baulöwe, Camera
Benefiz für Anwaltskosten: Totes Land+Kimusawea+Zom, Zoro
Schweden, Distillery

sechl0ter

Genopoly, Seminar des Gen-ethischen Netzwerkes in Berlin, Anmeldung: Tel: 030-6858030
12.00 Charms Zwischenfälle+Luxo jr., Lindenfels
15.00 1. Mai ohne Naziaufmarsch, Vorbereitungstreffen, Werk II (Halle 5)
15.00-20.00 Infoladen im Conne Island
17.00 euro-scene: Applegames, Neue Szene
17.00 Das doppelte Lottchen, Prager Frühling
17.45 Charlie-Chaplin-Revue, Grassi
18.00 euro-scene: Die Nase, Oper
18.00 Tango Lesson, City
18.00 Der Baulöwe, Camera
18.00+20.30 Sexy Sadie, Extrem
19.30 euro-scene: Privatbesitz, Schauspielhaus

The Skatalites am 13. November: Conne Island

19.30 euro-scene: Bernadette, agra Halle 2
19.30 Gilbert Grape - Irgendwo in Iowa, Prager Frühling
20.00 Focus, naTo
20.00 Jakob der Lügner+Luxo jr., Lindenfels
20.00 Mein Leben Rosarot, Grassi
20.00 Der Bewegte Mann, City
20.00 Orfeu Negro, Camera
22.00 Eisenstein: Que viva Mexico, naTo
22.00 euro-scene: Bestes deutsches Tanzsolo, Schauspielhaus
22.00 Bandits, Prager Frühling
22.15 Gorillas im Nebel+Luxo jr., Lindenfels
22.15 Mein Leben Rosarot, Grassi

siebl0ter

15.30 Mädchen-Körpererfahrung (ab 11), Mona LiesA
17.45 Charlie-Chaplin-Revue, Grassi
18.00-20.00 KDV-Beratung, Conne Island
18.00 Tango Lesson, City
18.00 Der Baulöwe, Camera
18.00+20.30 Sexy Sadie, Extrem
19.30 Bandits, Prager Frühling
20.00 Der Holzschuhbaum, naTo
20.00 Arbeitskreis Feministische Theorie, Frauenkulturzenrum
20.00 Julius Cäsar, Lindenfels
20.00 Mein Leben Rosarot, Grassi
20.00 Der Bewegte Mann, City
20.00 Orfeu Negro, Camera
21.00 Messer im Kopf+Luxo jr., Lindenfels
22.00 Gilbert Grape - Irgendwo in Iowa, Prager Frühling
22.15 Geschichtsunterricht+Luxo jr., Lindenfels
22.15 Mein Leben Rosarot, Grassi

achtl0ter

15.00-18.00 KGB, Petersteinweg 13
16.00-18.00 Mihraban-Frauen im Asyl, Frauenkulturzenrum
17.45 Charlie-Chaplin-Revue, Grassi
18.00 Tango Lesson, City
18.00 Der Baulöwe, Camera
18.00+20.30 Sexy Sadie, Extrem
19.30 Bandits, Prager Frühling
20.00 Corduroy, Conne Island
20.00 Der Holzschuhbaum, naTo
20.00 Charms Zwischenfälle+Luxo jr., Lindenfels
20.00 Mein Leben Rosarot, Grassi
20.00 Der Bewegte Mann, City
20.00 Orfeu Negro, Camera
20.00 Es war eine Lerche (Theater), mb
20.30 Rain Man, Scheune
21.00 Farmer Boys+Dying in Silence, mb
21.00 Zazie in der Metro+Luxo jr., Lindenfels
22.00 Jakob der Lügner+Luxo jr., Lindenfels
22.00 Gilbert Grape - Irgendwo in Iowa, Prager Frühling
22.15 Mein Leben Rosarot, Grassi
Queer presents: Sugar Gay Beats, Distillery

+++watch out for flyers+++watch out for flyers+++watch out for flyers+++watch out for flyers+++watch

+++watch out for flyers+++watch out for flyers+++watch out for flyers+++watch out for flyers+++watch

neun10ter

17.45 Charlie-Chaplin-Revue, Grassi
18.00-24.00 Frauencafé, Frauenkulturzenrum
18.00 Der Baulöwe, Camera
18.00+20.30 Sexy Sadie, Extrem
19.00 Erstes Vorbereitungstreffen gegen den Wahn der "Inneren Sicherheit", Braustraße 20
19.30 Bandits, Prager Frühling
20.00 Der Holzschuhbaum, naTo
20.00 Geschichtsunterricht+Luxo jr., Lindenfels
20.00 Mein Leben Rosarot, Grassi
20.00 Der Bewegte Mann, City
20.00 Orfeu Negro, Camera
20.30 Das versteckte Gesicht Guatemalas (Film), Mühlstraße
21.00 Jakob der Lügner+Luxo jr., Lindenfels
22.00 Messer im Kopf+Luxo jr., Lindenfels
22.00 Gilbert Grape - Irgendwo in Iowa, Prager Frühling
22.15 Mein Leben Rosarot, Grassi

20ster

15.00-20.00 Infoladen im Conne Island
15.30 MädchenDonnerstag, Mona LiesA
18.00-20.00 Grüne Hilfe, Conne Island
18.00 Mein Leben Rosarot, Grassi
18.00 Topless Woman Talk About Their Lives, City
18.00 Der Bewegte Mann, Camera
18.00+20.30 Last Dance, Extrem
19.30 Die Stadt der verlorenen Kinder, Prager Frühling
20.00 Offenes Antifaschistisches Plenum, Conne Island
20.00 Helke Misselwitz: Engelchen, naTo
20.00 Charms Zwischenfälle+Luxo jr., Lindenfels
20.00 Mein Leben Rosarot, Grassi
20.00 Topless Woman Talk About Their Lives, City
21.00 L.A.R.S. (Konzert), Werk II (Halle 5)
22.00 Sarunas Bartas: Few of us, naTo
22.00 Gorillas im Nebel+Luxo jr., Lindenfels
22.00 1. Deutsche Schnabelschau mit Gästen, Lindenfels
22.00 Der Bauch des Architekten, Prager Frühling
22.00 Die Cannes Rolle 97, Grassi
22.30 Der Bewegte Mann, Camera

ein•20ster

17.00 Das doppelte Lottchen, Prager Frühling
18.00 Mein Leben Rosarot, Grassi
18.00 Topless Woman Talk About Their Lives, City
18.00 Der Bewegte Mann, Camera
18.00+20.30 Last Dance, Extrem
19.30 Die Stadt der verlorenen Kinder, Prager Frühling
20.00 Naked Lunch+Chromosome 86, Conne Island
20.00 Helke Misselwitz: Engelchen, naTo
20.00 Passagen: Kurt-Wolff-Ehrung, Lindenfels
20.00 Mein Leben Rosarot, Grassi
20.00 Topless Woman Talk About Their Lives, City
20.30 B.Brecht Programm, Scheune
21.00 Jakob der Lügner+Luxo jr., Lindenfels
22.00 Sarunas Bartas: Few of us, naTo
22.00 Der Bauch des Architekten, Prager Frühling
22.00 Die Cannes Rolle 97, Grassi
22.30 Der Bewegte Mann, Camera
24.00 Ekel, Lindenfels
Rhythm Club, Distillery

zwei•20ster

11.00 Passagen: Ausstellungseröffnung, Lindenfels
15.00 Passagen: Clown (Theater), Lindenfels
17.00 Unterwegs - Begegnung mit Irmtraud Morgener (Film+Lesung+Gespräch), naTo
17.00 Das doppelte Lottchen, Prager Frühling
18.00 Mein Leben Rosarot, Grassi
18.00 Topless Woman Talk About Their Lives, City
18.00 Der Bewegte Mann, Camera
18.00+20.30 Last Dance, Extrem
19.30 Theaterfieber '97, Steinstraße
19.30 Hänsch: Handlungspotentiale lesbischer Frauen (Lesung), Mona LiesA
19.30 Die Stadt der verlorenen Kinder, Prager Frühling
20.00 Schlöndorf+Reinhardt (Gespräch)+Der Unhold, Lindenfels
20.00 Topless Woman Talk About Their Lives, City
20.00 7 Jahre Grassi: Am Ende der Gewalt, Grassi
20.30 Michael Günther (Konzert), Mühlstraße
21.00 Don't go slow (Konzert), Geyser Haus
22.00 7 Jahre Grassi: Band, Intershop
22.00 Live is ... electrifyin' - one year of Partysan Ost (live+djs+breakdance), Conne Island
22.00 Der Bauch des Architekten, Prager Frühling
22.00 Rosa Libre (Disco), Rosa Linde
22.00 Die Cannes Rolle 97, Grassi
22.30 Der Bewegte Mann, Camera
Tolshock (ex Warcollapse+ Counterblast)+Homomilitia, Zoro
Distille Classics, Distillery

drei•20ster

11.00 Passagen: Schlöndorf+Deutschland im Herbst, Lindenfels
15.00-20.00 Infoladen im Conne Island
17.00 Das doppelte Lottchen, Prager Frühling
18.00 Hermann Bohlen: Hier rein, da raus (Hörspiel+Lesung), naTo
18.00 Mein Leben Rosarot, Grassi
18.00 Topless Woman Talk About Their Lives, City
18.00 Der Bewegte Mann, Camera
18.00+20.30 Last Dance, Extrem
19.30 Theaterfieber '97, Steinstraße
19.30 Die Stadt der verlorenen Kinder, Prager Frühling
20.00 Helke Misselwitz: Engelchen, naTo
20.00 Passagen: Manfred Flügge (Lesung)+Reinhardt (Gespräch)+Casablanca, Lindenfels
20.00 Mein Leben Rosarot, Grassi
20.00 Topless Woman Talk About Their Lives, City
22.00 Sarunas Bartas: Few of us, naTo
22.00 Der Bauch des Architekten, Prager Frühling
22.00 Die Cannes Rolle 97, Grassi

vier•20ster

15.30 Mädchen-Naturkosmetik, Mona LiesA
18.00-20.00 KDV-Beratung, Conne Island
18.00 Mein Leben Rosarot, Grassi
18.00 Topless Woman Talk About Their Lives, City
18.00 Der Bewegte Mann, Camera
18.00+20.30 Last Dance, Extrem
19.30 Theaterfieber '97, Steinstraße
19.30 Der Bauch des Architekten, Prager Frühling
20.00 Arbeitskreis Feministische Theorie, Frauenkulturzenrum
20.00 Helke Misselwitz: Engelchen, naTo
20.00 Casablanca+Luxo jr., Lindenfels
20.00 Mein Leben Rosarot, Grassi
20.00 Topless Woman Talk About Their Lives, City
21.00 Anatephka Raptors+Stahlhammer+Khmer, mb
21.00 Der Unhold+Luxo jr., Lindenfels
22.00 Sarunas Bartas: Few of us, naTo
22.00 Die Stadt der verlorenen Kinder, Prager Frühling
22.00 Die Cannes Rolle 97, Grassi
22.15 Ekel+Luxo jr., Lindenfels

fünf•20ster

15.00-18.00 KGB, Peterssteinweg 13
18.00 Mein Leben Rosarot, Grassi
18.00 Topless Woman Talk About Their Lives, City
18.00 Der Bewegte Mann, Camera

+++watch out for flyers+++watch out for flyers+++watch out for flyers+++watch out for flyers+++watch

+++watch out for flyers+++watch out for flyers+++watch out for flyers+++watch out for flyers+++watch

18.00+20.30 Last Dance, Extrem
19.00 Antirassistische Gruppe gegen Freßpakete, Conne Island
19.30 Theaterfieber '97, Steinstraße
19.30 Ahrendt-Schulte: Hexenbilder (Lesung), Mona LiesA
19.30 Der Bauch des Architekten, Prager Frühling
20.00 Heike Misselwitz: Engelchen, naTo
20.00 Mein Leben Rosarot, Grassi
20.00 A-Social-Linden-Street-Beat, Villa
21.00 Rinaldo Rinaldini (Konzert), mb
21.00 Deutschland im Herbst+Luxo jr., Lindenfels
22.00 Sarunas Bartas: Few of us, naTo
22.00 Die Stadt der verlorenen Kinder, Prager Frühling
22.00 Die Cannes Rolle 97, Grassi

sechs°20ster

18.00-24.00 Frauencafé, Frauenkulturzenrum
18.00 Mein Leben Rosarot, Grassi
18.00 Topless Woman Talk About Their Lives, City
18.00 Der Bewegte Mann, Camera
18.00+20.30 Last Dance, Extrem
19.30 Theaterfieber '97, Steinstraße
19.30 Emma-Club, Frauenkulturzenrum
19.30 Der Bauch des Architekten, Prager Frühling
20.00 Heike Misselwitz: Engelchen, naTo
20.00 Sarafina+Luxo jr., Lindenfels
20.00 Mein Leben Rosarot, Grassi
20.00 Topless Woman Talk About Their Lives, City
20.30 Die Rache der Wölfe (Film), Mühlstraße
21.00 Der Unhold+Luxo jr., Lindenfels
22.00 Sarunas Bartas: Few of us, naTo
22.00 Die Stadt der verlorenen Kinder, Prager Frühling
22.00 Die Cannes Rolle 97, Grassi
22.30 Casablanca+Luxo jr., Lindenfels

sieben°20ster

15.00-20.00 Infoladen im Conne Island
15.30 Mädchen-Indianerinnenmärchen (ab 6), Mona LiesA
18.00-20.00 Grüne Hilfe, Conne Island
18.00+20.30 Last Dance, Extrem
18.45 Kaspar Hauser, Grassi
19.30 Theaterfieber '97, Steinstraße
19.30 Die Liebenden von Pont-Neuf, Prager Frühling
20.00 Offenes Antifaschistisches Plenum, Conne Island
20.00 Auf Streife, naTo
20.00 Deutschland im Hernst+Eine Mittelstandsehe, Lindenfels
20.00 Am Ende der Gewalt, Grassi
20.00 Topless Woman Talk About Their Lives, City
20.00 Die Cannes Rolle 97, Camera
21.00 DI.WI.EN+Falling Snow, Blauer Pudel
22.00 Touch of Evil - Im Zeichen des Bösen (OF), naTo
22.00 Kolya, Prager Frühling
22.30 Ekel+Eine Mittelstandsehe, Lindenfels
22.30 Am Ende der Gewalt, Grassi
22.30 Mein Leben Rosarot, City
Podivna Formace+Infection+Überraschungsgäste, Zoro

acht°20ster

14.00 J. Lässig: Deutschland vor und nach der Wende, Frauenkulturzenrum
17.00 Pünktchen und Anton, Prager Frühling
18.00+20.30 Last Dance, Extrem
18.45 Kaspar Hauser, Grassi
19.30 Theaterfieber '97, Steinstraße
19.30 Sandow, Haus Leipzig
19.30 Die Liebenden von Pont-Neuf, Prager Frühling
20.00 Lag Wagon+Beatsteaks, Conne Island
20.00 Auf Streife, naTo
20.00 Kassandra (Theater), Lindenfels
20.00 Le bal (Lesbentanzkursabschlußball), Rosa Linde
20.00 Am Ende der Gewalt, Grassi
20.00 Topless Woman Talk About Their Lives, City
20.00 Die Cannes Rolle 97, Camera
20.30 A. Pötzsch: Zeit zu fliegen (Konzert), Frauenkulturzenrum
20.30 Die Saitlinge (Konzert), Mühlstraße
21.00 Sarafina+Eine Mittelstandsehe, Lindenfels
22.00 Touch of Evil - Im Zeichen des Bösen (OF), naTo
22.00 Kolya, Prager Frühling
22.30 Am Ende der Gewalt, Grassi
22.30 Mein Leben Rosarot, City
24.00 Ekel, Lindenfels
Rhythm Club, Distillery

neun°20ster

13.00-18.00 Ottl: Frauen lernen Doppelkopf, Workshop (nur mit Anmeldung), Mona LiesA
17.00 Pünktchen und Anton, Prager Frühling
18.00+20.30 Last Dance, Extrem
18.45 Kaspar Hauser, Grassi
19.30 Theaterfieber '97, Steinstraße
19.30 Pe Werner, Haus Leipzig
19.30 Die Liebenden von Pont-Neuf, Prager Frühling
20.00 Auf Streife, naTo
20.00 Kassandra (Theater), Lindenfels
20.00 Am Ende der Gewalt, Grassi
20.00 Topless Woman Talk About Their Lives, City
20.00 Die Cannes Rolle 97, Camera
20.00 Wimmerschinken+Youkali+Herr Döring?, Scheune
21.00 Heiter bis Wolkig, Werk II (Halle 5)
21.00 Dr. Mabuse (Konzert), mb
21.00 Der Unhold+Eine Mittelstandsehe, Lindenfels
22.00 Kemistry+Storm (metalhaedz), Conne Island
22.00 Touch of Evil - Im Zeichen des Bösen (OF), naTo
22.00 Kolya, Prager Frühling
22.00 Frauendiskothek, Frauenkulturzenrum
22.00 Rosa Libre (Disco), Rosa Linde
22.30 Am Ende der Gewalt, Grassi
22.30 Mein Leben Rosarot, City
24.00 Ekel, Lindenfels
00.30 Posingpopundpoesie: Lesung "Mensch und Mösel und was schön kam", Prager Frühling
Phuture Club Duisburg Tour, Distillery

30ster

15.00-20.00 Infoladen im Conne Island
17.00 Pünktchen und Anton, Prager Frühling
18.00+20.30 Last Dance, Extrem
18.45 Kaspar Hauser, Grassi
19.30 Die Liebenden von Pont-Neuf, Prager Frühling
20.00 Auf Streife, naTo
20.00 Herr der Fliegen (Hörspiel), Lindenfels
20.00 Am Ende der Gewalt, Grassi
20.00 Topless Woman Talk About Their Lives, City
20.00 Die Cannes Rolle 97, Camera
21.00 Sarafina+Eine Mittelstandsehe, Lindenfels
22.00 Touch of Evil - Im Zeichen des Bösen (OF), naTo
22.00 Kolya, Prager Frühling
22.30 Am Ende der Gewalt, Grassi
22.30 Mein Leben Rosarot, City

+++watch out for flyers+++watch out for flyers+++watch out for

klarofix gibt 's (so ungefähr)
ab jeden ersten im monat bei

33 1/3, alexandrina,
in altenburg (wo auch immer),
al pascha, b12 (braustraße),
buchladen bruchsteine,
cafe und buch (hamburg),
conne island,
connewitzer stadtbuchhandlung,
culton, doc arthur,
el rojito (hamburg), frau krause,
freezone, generation x,
ig rock (haus leipzig),
infoladen im conne island,
infobüro, hdd cafe,
kailash buchhandlung, killy willy,
kulturtreff mühlstraße,
lichtwirtschaft, mrs. hippie,
muzak, nato, plaque, sack und hand,
schall und rausch, substanz, uni leipzig,
weltladen stöckartstraße, werk II,
zoro, bei elke im handverkauf

wer will im abo

und natürlich bei deinem marktfrisch

Mehrere Vermummte versetzten Connewitz in Schrecken

Anschlag auf Supermarkt und brennende Barrikaden

Etwa 20 Vermummte haben gestern nacht Connewitz in Angst und Schrecken versetzt. Gegen 0.30 Uhr brachen sie in den Supermarkt am Connewitzer Kreuz ein und legten an den Kassen Feuer. Sie konnten fliehen, bevor Feuerwehr und Polizei eintrafen. Hinweise auf eine Laden-Plünderung gebe es nicht, sagte ein Polizeisprecher.

In der benachbarten Sparkasse schlugen die Täter insgesamt 13 Scheiben ein. Auch hier sei nichts gestohlen worden, so die Polizei. An der Bornaischen Straße/Ecke Biedermannstraße schließlich errichteten die Unbekannten eine Barrikade aus Müllcontainern, von denen sie einige anzündeten. „Hinweise auf eine politisch motivierte Straftat liegen nicht vor", formulierte der Polizeisprecher. Die Kripo ermittele in alle Richtungen – auch, ob die Taten in Zusammenhang stehen mit der Demo von Autonomen am Vorabend in der Leipziger City.

Connewitz gilt als Zentrum der Autonomen. Vor einigen Jahren war es dort zu straßenschlachtähnlichen Auseinandersetzungen zwischen ihnen und der Polizei gekommen. -tv